8c

Tagebuch 1 9 4 1

Band II

16.April bis 30.Juni

IV/3

Mittwoch, den 16. April 1941

12²⁰

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1500

Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter und dem Distriktsbeauftragten Pawlu in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Kundt.

Der Herr Generalgouverneur sichert dem Beauftragten des Distriktschefs für die Stadt Krakau Pawlu seine ganze Unterstützung in dem Übermaß von Aufgaben zu, das nunmehr auf dem Chef der Verwaltung der Stadt Krakau liegt. Er gibt dabei seinem Wunsche Ausdruck, daß die Stadt Krakau als Hauptstadt des Generalgouvernements der besonderen Fürsorge der Regierung empfohlen zu sein hat.

Der Herr Generalgouverneur hat im einzelnen vor allem folgende Aufträge erteilt:

1. Ein neues Programm für Eingemeindungen in die Stadt Krakau ist dem Generalgouverneur vorzulegen.
2. Der Stadt Krakau ist ein weiterer Kredit im laufenden Etatsjahr für den Ausbau von Wohnungen zu bewilligen, soweit dies die gegenwärtige Material-, Transport- und Arbeitslage zuläßt.
3. Es ist dafür zu sorgen, daß für die Soldaten eine große Bierbude im Stile von Volksfest-Bierbuden errichtet wird, in der den Soldaten die Möglichkeit gegeben ist, sich in Massen zum Verzehr volkstümlicher Getränke und Speisen zu billigsten Preisen zu treffen.
4. Es ist dafür zu sorgen, daß die Qualität des in der Stadt Krakau an die Deutschen verkauften Brotes auf das gleiche Niveau gehoben wird, wie es die anderen Distriktshauptstädte aufweisen.
5. Der Generalbebauungsplan der Stadt Krakau ist unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Regierung unverzüglich weiter zu bearbeiten.
6. Der Generalgouverneur genehmigt die Vorschläge des Distriktsbeauftragten für die Stadt Krakau für die Er-

richtung von Wohnungen in dem Teil der Stadt Krakau, der als ausgeprägtes Wohnungsgebiet für die Deutschen bestimmt wird.

Im übrigen nimmt der Herr Generalgouverneur die Anregung des Distriktsbeauftragten Pawlu zur Kenntnis, nach welcher die Möglichkeit der Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen erwogen werden soll und ein entsprechender Vorschlag an die Hauptabteilung Finanzen der Regierung durch Unterstaatssekretär Kundt weiterzuleiten ist.

7. Der Herr Generalgouverneur gibt dem Distriktsbeauftragten Pawlu die Weisung, möglichst bald für die Beseitigung des Pilsudski- und Kosciusco- hügels zu sorgen, da es auf die Dauer unerträglich ist, daß die beiden Wahrzeichen polnischer Machterhebung über der Stadt Krakau weithin ins Land sichtbar sind.

Der Distriktsbeauftragte nimmt diese Erklärung des Herrn Generalgouverneurs mit Dank entgegen und verspricht äußerste Pflichterfüllung. Er übermittelt sodann dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zur Eröffnung des neu erstellten Ratskellers der Stadt Krakau am 1. Mai.

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Abteilungspräsident Tetzner in Gegenwart des Unterstaatssekretärs Kundt.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Leiter der Abteilung Devisen in der Hauptabteilung Wirtschaft der Regierung des Generalgouvernements Tetzner seinen Dank für dessen Entgegenkommen in der Angelegenheit der dienstlichen Neuorganisierung der Abteilung Devisen innerhalb der Hauptabteilung Wirtschaft aus und versichert ihn seines besonderen dienstlichen Wohlwollens.

Der Leiter der Abteilung Devisen Tetzner berichtet über die Devisenlage im Generalgouvernement, die zur Zeit außerordentlich günstig ist. Tetzner regt an, unter allen Umständen die Einkäufe für das Generalgouvernement im Reich

3 16.4.1941

zu fördern, da er zur Zeit gegenüber jeder Devisenanforderung in Reichsmark durchaus gerüstet sei. Wenn man bedenke, daß die Emissionsbank noch außerdem zur Zeit über ein Guthaben von 280 Millionen Zloty bei der Reichsbank in Berlin verfüge, so könne die Devisenlage des Generalgouvernements als ganz ausgezeichnet betrachtet werden. Da dieses Guthaben eine starke weitere Devisenreserve darstelle, so könne die Währungs- und Devisenlage des Generalgouvernements in der gegenwärtigen Kriegszeit schlechterdings als unvergleichlich bezeichnet werden.

Der Herr Generalgouverneur spricht Abteilungspräsident Tetzner seine Anerkennung für das Wirken der Devisenabteilung aus.

In der Devisenangelegenheit des Zeitungsverlages der Krakauer Zeitung beauftragt der Herr Generalgouverneur den Unterstaatssekretär Kundt, den Abteilungspräsidenten Tetzner auf seinen Antrag zum Vortrag in dieser Sache zu empfangen, und zwar nach Erstattung des Berichtes, den Abteilungspräsident Tetzner durch seine Organe über diese Frage angeordnet hat.

[illegible]9⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Burg Krakau

Donnerstag, den 17. April 1941

IV/3

11^00^ Besprechung mit Unterstaatssekretär Kundt, Abteilungspräsident Westerkamp und Leiter des Personalamts Dr. Gstöttenbauer.

Unterstaatssekretär Kundt macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von einem Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers an den Staatssekretär, in welchem darum gebeten wird, daß die Reichsdeutschen und Volksdeutschen angewiesen werden, sich auf Verlangen auch gegenüber der polnischen Polizei auszuweisen. Das gelte insbesondere für Fälle der Überschreitung von Verkehrsvorschriften.

Weiter berichtet Unterstaatssekretär Kundt, daß nach einem Vorschlage des Reichsfinanzministeriums der Betrag, der von Beamten aus dem Reich ins Generalgouvernement herübergenommen werden könne, von 300.- auf 1 000 RM erhöht werden solle, vorausgesetzt, daß sich diese Beamten im Besitze eines Passierscheines befänden.

Wegen des Anerbietens der Willi-Busch-Betriebsgemeinschaft, spielfertige Operetten nach Krakau zu bringen, soll sich Unterstaatssekretär Kundt mit Intendant Stampe in Verbindung setzen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, eine Abordnung der Ukrainer zu empfangen, ist jedoch nicht willens, irgendwelche Wünsche der Ukrainer vor diesem Empfang zur Kenntnis zu nehmen, um nicht von ihnen vor Fragen gestellt zu werden, zu deren Beantwortung er weder bereit noch imstande sei.

In diesem Zusammenhang bittet Unterstaatssekretär Kundt den Herrn Generalgouverneur um seine Zustimmung, die Abteilung "Bevölkerungswesen und Fürsorge" der Abteilung "Innere Verwaltung" zu unterstellen, und regt an, dieser Abteilung die Bezeichnung "Nationalitätenpolitik" zu geben.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtig, den Ausdruck "Volkstum" zu gebrauchen und die Aufgaben der Fürsorge einer anderen Abteilung zu geben. Jedenfalls müsse das deutsche Volkstum scharf von den anderen Volkstümern der Polen,

Ukrainer usw. getrennt werden; man könne unmöglich die Polen und Ukrainer verwaltungsmäßig den Deutschen gleich behandeln.

Abteilungspräsident Westerkamp legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Antwortschreibens an Staatsminister Dr. Meißner vor, in welchem zu der Frage der Einführung der blauen Beamtenuniform Stellung genommen wird. Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er seine in dieser Angelegenheit erlassene Verordnung aufrechterhalte, und weist Abteilungspräsident Westerkamp an, ein entsprechendes Schreiben an Staatsminister Dr. Meißner zu entwerfen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird die Frage der Verdeutschung polnischer Ortsnamen erörtert. Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß man hier vielfach des Guten zu viel tue, und hält z.B. die Ersetzung der polnischen Ortsbezeichnung „Rzeszow" durch "Reichshof" für völlig verfehlt.

Mit einer Erhöhung der Gebührnisse der Sonderdienstkommandoführer auf 3 600 RM jährlich erklärt sich der Herr Generalgouverneur vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzpräsidenten Spindler einverstanden.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann zu dem im "Schwarzen Korps" (Nr. 15 vom 10. April 1941) unter der Überschrift "Vom deutschen Erbübel" erschienenen Artikel Stellung. Er habe die in diesem Artikel erhobenen Angriffe gegen Richter des Sondergerichts Krakau in einer Verlautbarung, die in der Krakauer Zeitung veröffentlicht worden sei, zurückgewiesen. Er werde auch in Zukunft die gleiche Haltung einnehmen und u.U. vor einem Verbot dieser Zeitschrift für das Generalgouvernement nicht zurückschrecken. Er sei bereit, Beamte, die in ihrer dienstlichen Eigenschaft angegriffen würden, persönlich zu empfangen und ihnen Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben.

In diesem Zusammenhang hält es der Herr Generalgouverneur für geboten, im Sinne einer überdienstlichen oder außerdienstlichen kameradschaftlichen Betreuung eine Vertretung für die Beamten zu schaffen. Dieser Gedanke müsse vielleicht

in einer Verordnung oder einem Erlaß Ausdruck finden. Diese beamtenpolitische Betreuung würde in den Händen des Leiters der Abteilung "Innere Verwaltung" in enger Zusammenarbeit mit dem Personalamt zu liegen haben. Jedenfalls müßten die Beamten das Gefühl haben, daß sie, wenn sie zu Unrecht angegriffen oder kritisiert würden, stets des Schutzes des Generalgouverneurs und der Regierung sicher sein könnten.

Unterstaatssekretär Kundt bemerkt, daß er in Zukunft einen Beamten mit der Überprüfung der Artikel des "Schwarzen Korps" beauftragen werde.

Die Vorlegung einiger neuer Karten für das Reichsgebiet und das Gebiet des Generalgouvernements gibt dem Herrn Generalgouverneur Veranlassung, zu verfügen, daß allen Dienststellen des Generalgouvernements eine große Reichskarte neuesten Standes und eine Karte des Generalgouvernements überwiesen werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Abteilungspräsident Westerkamp, daß die Zahl der Sonderdienstmannschaften notdürftig ergänzt werden könnte und für 2 000 Mann Schußwaffen zur Verfügung gestellt worden seien. Die polnische Polizei trage keine Schußwaffen.

In der Frage der Umbenennung von Straßen und Plätzen der Städte des Generalgouvernements behält sich der Herr Generalgouverneur in jedem Falle entsprechend einer Weisung des Führers seine Entscheidung vor.

Der Herr Generalgouverneur empfängt sodann in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Kundt und des Abteilungspräsidenten Westerkamp den Leiter des Personalamts Dr. Gstöttenbauer.

Zunächst wird zur Frage der Publikationen in der Krakauer Zeitung Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß Personalien in der Krakauer Zeitung nur publiziert werden dürfen, wenn diese Publikationen vom Personalamt genehmigt wird.

17.4.1941

Abteilungsleiter Dr. Gstöttenbauer berichtet über seine bisherige Tätigkeit als Leiter des Personalamts. Er habe die zahlreichen nebeneinander bestehenden Karteien und Akten fast restlos beseitigt und eine einheitliche Kartei für das ganze Generalgouvernement geschaffen. Auch sei Vorsorge getroffen, daß nunmehr die Akten der einzelnen Beamten vervollständigt würden. Über die Berufung eines Beamten in das Generalgouvernement werde jetzt an der Zentralstelle eine genaue Kontrolle geführt. Personalbogen, ein ärztliches Gutachten über den Gesundheitszustand des Beamten, ein Fragebogen über die Abstammung, ggf. Strafregisterauszüge würden in den einzelnen Akt aufgenommen. Fortan müsse der Grundsatz gelten, daß Einberufungen von Beamten und Angestellten nur durch das Personalamt vorgenommen werden könnten. Einem selbständigen Vorgehen der Distriktschefs in dieser Hinsicht müsse entgegengearbeitet werden. Hier dürfe nur die Regierung des Generalgouvernementsin Erscheinung treten.

Wie Dr. Gstöttenbauer weiter ausführt, hat eine Überprüfung der ausgegebenen Lebensmittelkarten ergeben, daß offenbar auch von Seiten der deutschen Beamten versucht werde, sich Lebensmittelkarten ohne Bezugsrecht zu verschaffen. Daher müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Lebensmittelkarten von einer Zentralstelle ausgegeben würden, die eine genaue Kontrolle führe. Lebensmittelkarten dürfe überhaupt nur derjenige erhalten, der polizeilich gemeldet sei. Deshalb sei auch die Einführung einer polizeilichen Meldepflicht unbedingt erforderlich.

Der Herr Generalgouverneur hält im Hinblick auf solche Vorkommnisse die Schaffung einer Beamtendisziplinarkammer oder eines Disziplinarsenats für geboten. - In den großen Städten müsse ein Polizeipräsidium geschaffen werden, das dem Stadthauptmann unterstellt sei.

Abteilungsleiter Dr. Gstöttenbauer behandelt des weiteren die Frage der Einstufung der Beamten. Die Einstufung liege bisher lediglich in den Händen der Finanzabteilung. Dieses Verfahren sei aber deshalb unzweckmäßig, weil er als

Leiter des Personalamts niemanden einberufen könne, wenn er nicht wisse, welche Bezüge er erhalten solle.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß nunmehr in dieser Frage das Personalamt federführend sei, selbstverständlich in engster Zusammenarbeit mit der Finanzabteilung.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Unterstaatssekretär Kundt, dem Obermedizinalrat Dr. Walbaum ein freiwilliges Ausscheiden aus seiner Stellung nahezulegen; andernfalls müßte er sich genötigt sehen, sich an Staatssekretär Dr.Conti mit der Bitte zu wenden, er möge Obermedizinalrat Dr. Walbaum spätestens zum 1. Juni abberufen.

Die Frage der Nebenbeschäftigung der Beamten wird zur Zeit, wie Abteilungsleiter Dr. Gstöttenbauer mitteilt, einer gründlichen Bearbeitung unterzogen.

12[00] Besprechung mit Abteilungspräsident Regierungsrat Ohlenbusch in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Kundt.

Zunächst wird die Frage erörtert, ob und in welcher Höhe dem Warschauer Theater ein Zuschuß gegeben werden soll.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen die offenbar in Warschau vertretene Ansicht, daß er bereits eine Summe von 1 Million Zloty als Zuschuß für dieses Theater zugesagt habe. Er habe bisher lediglich eine Feststellung darüber verlangt, wieviel Zuschuß das Warschauer Theater brauche, und werde seinen Entschluß nur im Einvernehmen mit der Finanzabteilung fassen. Daß das Warschauer Theater nicht ohne einen Zuschuß arbeiten könne, dafür habe er Verständnis.

Regierungsrat Ohlenbusch wirft dann die Frage auf, in welcher Höhe der ukrainische Nationalchor finanzielle Zuwendungen erhalten solle. Er sei durchaus für eine Unterstützung der künstlerischen Bestrebungen dieses Chors, halte aber Aufwendungen, die über ein gewisses Maß hinausgingen, für unmöglich. Die Mitglieder des Chors müßten sich eben ggf. noch eine andere Beschäftigung suchen.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich dieser Auffassung an.

Regierungsrat Ohlenbusch erinnert daran, daß seinerzeit eine größere Anzahl von Standard-Rundfunkgeräten für Polen in Auftrag gegeben worden sei. Es frage sich nun, ob es angebracht sei, den Polen schon jetzt den Rundfunkempfang mit eigenen Apparaten zu ermöglichen.

Der Herr Generalgouverneur hält den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, den Rundfunkempfang für Polen freizugeben, will aber den Umstand berücksichtigen, daß etwa 20 000 Arbeiter mit der Herstellung dieser Geräte beschäftigt sind. Er ordnet an, daß die Erledigung dieser Frage bis auf weiteres zurückgestellt wird.

Weiter erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß Rundfunkapparate, die früher Polen gehört haben und sich jetzt im Besitz von Reichsdeutschen befinden, von diesen angekauft werden können.

Regierungsrat Ohlenbusch nimmt dann zu dem Problem der im Generalgouvernement bestehenden Verlage Stellung und will insbesondere das Verhältnis des Ostverlages zur Partei geklärt wissen. Die Behandlung der Verlage müsse einheitlich geregelt werden. Dabei stehe die Frage im Vordergrunde, ob sie als Regiebetriebe zusammengefaßt oder privat geführt werden sollen. Er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß sie privatwirtschaftlich arbeiten sollten, soweit nicht Belange der Regierung dem entgegenstehen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß die Regierung kraft einer Satzung direkte Beziehungen zu dem Zeitungsverlag der Krakauer Zeitung habe. Zu diesem Zweck könne sie auch über ansehnliche Mittel verfügen. Ob man in der jetzigen Zeit reine Privatverlage genehmigen könne, sei ihm zweifelhaft. Jedenfalls müßten solche Verlage unter der Kontrolle der Propagandaabteilung stehen. Ferner müßten etwa bestehende Distriktsverlage sofort aufgehoben und für sie eine besondere Regelung getroffen werden.

7

17.4.1941

Regierungsrat Ohlenbusch gibt dem Wunsche Ausdruck, daß das Kinotheater "Urania" auch für große Kundgebungen der Partei usw. zur Verfügung gestellt werde. Die Räume müßten allerdings noch entsprechend ausgebaut werden. Für diesen Ausbau lägen bereits Entwürfe von Architekten vor. Schwierigkeiten biete nur die Frage, ob und in welchem Umfange der bisherige Besitzer geneigt sei, Kapitalien für den Umbau zur Verfügung zu stellen. Der bisherige Besitzer habe die Urania für 5 Jahre gemietet.

Unterstaatssekretär Kundt betont, daß das Haus der Urania einem Privatbesitzer nicht zu Eigentum übertragen werden könne. Wohl aber sei es möglich, mit dem Besitzer einen Vertrag zu schließen, nach welchem er die Urania weiter pachten und auch entsprechende Kapitalien inverstieren könne.

Regierungsrat Ohlenbusch geht sodann kurz auf die Frage der Filmpropaganda ein und teilt mit, daß für die Zwecke der Propaganda unter der Bevölkerung z.B. Filme zur Verfügung ständen, die die Bekämpfung des Flecktyphus und die Frage der Landarbeiterverschickung zum Gegenstand hätten. - Weiter werde es notwendig sein, das Lautsprechernetz auszubauen. In den großen Städten lasse sich zwar eine Nachrichtenübermittlung auf diesem Wege erreichen, aber die Anlagen in den Kreishauptmannschaften ließen doch noch zu wünschen übrig. - Er beabsichtige, in den Monaten August oder September in Krakau und Warschau Deutsche Tage des Generalgouvernements zu veranstalten, die vor allem kulturellen Zwecken durch Aufführung von Opern und Symphoniekonzerten dienen würden. - Die Tatsache, daß von einigen Abteilungen, so vor allem derjenigen für Ernährung und Landwirtschaft Plakate herausgegeben worden seien, die zu mißverständlichen Auffassungen in der Bevölkerung führen könnten, lege den Gedanken nahe, daß über das gesamte Plakatwesen durch die Propagandaabteilung eine Kontrolle geführt und sämtliche Plakate vor ihrer Veröffentlichung der Abteilung vorgelegt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur sagt Regierungsrat Ohlenbusch seine volle Unterstützung in allen diesen Fragen zu. Er weist auch Unterstaatssekretär Kundt an, dem Abteilungspräsidenten Ohlenbusch in jeder Weise hilfreich zur Seite zu stehen. Aufgabe des Abteilungspräsidenten Ohlenbusch werde es sein, die Verbindung mit dem Reich, vor allem mit der Reichspresse aufrechtzuerhalten. Ungeachtet der völligen Selbständigkeit der Arbeit des Generalgouvernements müsse mit dem Reichspropagandaministerium der engste Kontakt gehalten werden. Er wolle nur nicht, daß Befehle der Zentralen in Berlin sich im Generalgouvernement auswirkten, sondern die maßgebenden Anordnungen von der Regierung des Generalgouvernements getroffen würden. Andererseits dürfe nicht der Eindruck entstehen, als wolle man sich im Generalgouvernement vom Reiche absondern.

Die Frage des Unterstaatssekretärs Kundt, ob Regierungsrat Ohlenbusch die Ministerialzulage erhalte, wird von diesem verneint.

Der Herr Generalgouverneur verfügt eine alsbaldige Regelung der Gehaltsbezüge des Abteilungspräsidenten Ohlenbusch. Er wirft in diesem Zusammenhang die Frage der Dienstaufwandsentschädigung für die Hauptabteilungspräsidenten auf und gibt dabei seinem Wunsche Ausdruck, daß die Hauptabteilungspräsidenten eine Aufwandsentschädigung von Zl. 1 000,- monatlich, der Staatssekretär eine solche von 2 000 Zl. und der Unterstaatssekretär eine zwischen diesen beiden Summen liegende Dienstaufwandsentschädigung erhalten sollten. Die gleiche Regelung solle für den Höheren SS- und Polizeiführer und die Distriktschefs gelten.

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seiner Freude darüber Ausdruck, daß Abteilungspräsident Ohlenbusch gewillt sei, in die Abteilung Volksaufklärung und Propaganda neues Leben hineinzubringen. Er lege größtes Gewicht darauf, die Berichte des Abteilungspräsident Ohlenbusch zu hören, und bitte ihn, ihm auch ohne besondere Aufforderung, so oft er das für notwendig halte, Vortrag zu halten.

17.4.1941

12³⁵ Besprechung mit Oberbereichsleiter Schalk.

16⁰⁰ Oberstleutnant Fischer meldet sich beim Herrn Generalgouverneur zum Antritt seines Dienstes als Verbindungsoffizier zum OKW.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es ihm in Besprechungen mit Generalfeldmarschall Keitel gelungen sei, einen Verbindungsoffizier zum OKW. zu erhalten, dessen Tätigkeit gerade in den kommenden Wochen und Monaten unerläßlich notwendig sei. Aufgabe des Verbindungsoffiziers zum OKW. werde es sein, sich in gewissen Fällen mit einem Sachkomplex vertraut zu machen und dann darüber in Berlin an der zuständigen Stelle zu berichten. Im Vordergrunde werde selbstverständlich der Gesamtkomplex "Wehrmacht" stehen. - Der Herr Generalgouverneur lädt Oberstleutnant Fischer ein, an der in der nächsten Woche stattfindenden Besichtigungsfahrt in die Ostgebiete des Generalgouvernements teilzunehmen.

17⁰⁰ Besprechung mit Unterstaatssekretär Kundt.

19³⁰ Filmvorführung im Großen Saale der Burg. Zur Aufführung gelangen zwei Wochenschauen und der Film "Ohm Krüger".

II/3

Freitag, den 18. April 1941

10^{30} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Unterstaatssekretär Kundt und Präsident Westerkamp über polizeiliche Fragen. An der Besprechung nehmen im weiteren Verlauf noch SS-Obergruppenführer Krüger, Generalleutnant Riege und SS-Oberführer Dr. Schöngarth teil.

Vor Eintritt in die Besprechungen überreicht der Herr Generalgouverneur dem Höheren SS- und Polizeiführer SS-Obergruppenführer Krüger die Ernennungsurkunde zum General der Polizei und richtet hierbei an SS-Obergruppenführer Krüger folgende Worte:

Ich möchte Ihnen, lieber Pg. Krüger, diese Urkunde des Führers hiermit überreichen und möchte Sie von ganzem Herzen im Namen von uns allen beglückwünschen zu dieser wirklich wohlverdienten Beförderung. Ich möchte Ihnen auch gleichzeitig die Glückwünsche des Führers und des Reichsführers SS übermitteln. Die Ihnen zuteil gewordene Auszeichnung gibt mir Anlaß, Ihnen von ganzem Herzen für alles zu danken, was Sie und Ihre Polizei und SS in diesem Raume geleistet haben. Es ist das ein Bestandteil der Geschichte dieses Ostkampfes. Ich könnte mir den Aufbau des Generalgouvernements und die Durchsetzung alles dessen, was geschehen ist, nicht denken ohne Ihren persönlichen Einsatz, ohne den Einsatz Ihrer Polizei und SS. Ich glaube, daß die Beförderung, die Ihnen der Führer ausgesprochen hat, nicht nur für Sie selbst, sondern für uns alle eine Anerkennung bedeutet. Ich gedenke in diesem Augenblick auch der Gefallenen und Verwundeten der Polizei, die eine ernste Mahnung für uns bedeuten, daß dieser Kampf noch nicht beendet ist und daß der Abschluß der kriegerischen Handlungen der Wehrmacht immer erst der Anfang für kriegerische Handlungen der rassischen und völkischen Auseinandersetzungen ist.

(Die Beratungen waren vertraulich.)

18.4.1941

16[30] Oberregierungsrat Schulte-Wissermann berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Arbeiten seiner Dienststelle, die trotz großer Schwierigkeiten gute Fortschritte gemacht hätten. Wie intensiv die Preisüberwachungsstelle arbeite, gehe daraus hervor, daß pro Monat rund 2 Millionen Zloty Strafgelder vereinnahmt werden, die sich zum größten Teil aus kleinen Einzelbeträgen zusammensetzten, wenn auch gelegentlich höhere Strafen, bis zu 100 000 Zloty und darüber vorkämen.

Von einer Reihe von Dienststellen werde - sicherlich mit guten Gründen - die Meinung vertreten, daß auf ihrem Sektor Preiserhöhungen eintreten müßten. Das Bestreben der Abteilung Preisbildung gehe dahin, ein Preisniveau zu erreichen, das sich möglichst dem Preisniveau des Reiches nähere, jedenfalls nicht darüber hinaus gehe. Daß man dabei selbstverständlich jene Preise, die jetzt noch unter den Reichspreisen liegen, ganz besonders ungern in die Höhe steigen lasse, liege auf der Hand. Es handle sich hierbei insbesondere um Preise aus dem ernährungswirtschaftlichen und aus dem holzwirtschaftlichen Sektor. Eine erhebliche Preissteigerung trete ab 1. Mai bezüglich der Mieten ein, die seit 1939 50 % der Friedensmiete betrugen und nunmehr auf 100 % erhöht werden. Diese Maßnahme lasse sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht umgehen. In Fällen besonderer Härte müsse ein Eingreifen durch die Abteilung Finanzen erwogen werden. In den Preisen für Vieh und Fleisch sei ungefähr das Preisniveau des Reiches erreicht und es mache sich bereits eine weitere Steigerung geltend. Bei Zucker liege der Preis infolge einer besonders hohen Steuerlast über den Reichspreisen. Ähnlich sei es auf vielen anderen Gebieten.

Preiserhöhungen, die zu dem Zweck erfolgen, einen unbedingt notwendigen Bedarf zu decken, habe sich die Abteilung Preisbildung niemals widersetzt. Ein solcher Fall habe vorgelegen bei der Wehrmacht, die dringend Fuhrleistungen benötigt habe und diese Leistungen nur durch eine Erhöhung der Fuhrlöhne bekommen konnte. In diesem Falle sei die Ab-

18.4.1941

teilung für Preisbildung den Wünschen der Wehrmacht entgegengekommen, habe aber ausdrücklich betont, daß es sich dabei um ein ausnahmsweises Entgegenkommen handle. Da auch die Holzabfuhr in großem Umfang für die Wehrmacht erfolge, sei die Preiserhöhung auch auf dieses Gebiet erstreckt worden.

Die Wehrmacht verursache auf dem Gebiet der Preise große Schwierigkeiten, da sie sehr große Einkäufe tätige und dadurch zwangsläufig zu einer Preiserhöhung beitrage. Insbesondere schütze sich die Wehrmacht bei ihren Einkäufen nicht genügend gegen Preisüberforderungen. Sie schicke einfach ihre Rechnungen an die Abteilung für Preisbildung mit der Bitte, zu bestätigen, daß der Preis in Ordnung gehe. Das sei natürlich bei der ungeheuren Zahl dieser Rechnungen nicht durchführbar. Die Wehrmacht müsse sich selbst vor Übervorteilung schützen, indem sie sich bei den Einkäufen fachkundiger Soldaten bedienen solle. Die Abteilung Preisbildung sei gern bereit, diese Leute zu schulen.

Ein scharfes Vorgehen sei gegen Lohnerhöhungen größeren Ausmaßes - man habe Lohnerhöhungen bis zu 200 % und darüber zu verzeichnen - geboten. Ebenso müßten Gewinne, die infolge Nichteinhaltens der vorgeschriebenen Preise erzielt wurden, abgeschöpft werden. Diese Beträge seien der Kasse des Generalgouvernements zuzuführen.

Das größte Übel sei nach wie vor der Schleichhandel. An seiner Bekämpfung beteiligen sich zahlreiche Stellen, aber jede tue nur das, was ihr gut dünke. Auf diese Weise lasse sich natürlich kein befriedigendes Ergebnis erzielen. Es empfehle sich eine Anordnung des Herrn Generalgouverneurs daß die Abteilung Preisbildung auf diesem Gebiet federführend sein solle.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Er beauftragt Oberregierungsrat Schulte-Wissermann, die Frage mit dem Unterstaatssekretär zu besprechen. Im übrigen spricht der Generalgouverneur Oberregierungsrat Schulte-Wissermann Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

18.4.1941

7[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein von Unterstaatssekretär Kundt, Gouverneur Dr. Wächter und Präsident Westerkamp eine ukrainische Abordnung unter Führung von Professor Kubijowitsch.

Professor Kubijowitsch hebt hervor, daß der ukrainischen Volksgruppe im Generalgouvernement eine besondere Aufgabe zufalle, denn zum ersten Mal in der Geschichte befinde sich ein Teil der ukrainischen Volksgruppe und des ukrainischen Volksgebietes unter rein deutscher Oberherrschaft. Im Generalgouvernement könne sich die ukrainische Kultur und die nationale Idee der Ukrainer entfalten. Deshalb schaue das ganze Ukrainertum der Welt auf die Verhältnisse im Generalgouvernement. Die ukrainische Volksgruppe im Generalgouvernement spreche dem Herrn Generalgouverneur für das Verständnis und die Förderung, die er ihr habe zuteil werden lassen, den Dank aus.

Professor Kubijowitsch überreicht sodann dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift, die die Wünsche der ukrainischen Volksgruppe enthalte. Als besonders vordringlich bezeichnet Professor Kubijowitsch die Verleihung der Eigenschaft einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft an die ukrainische Volksgruppe im Generalgouvernement, die Einführung einer Kennkarte für Ukrainer, die Ersetzung polnischer Beamter in ukrainischen Gebieten durch Ukrainer, die Zulassung der ukrainischen Sprache als Amtssprache in den ukrainischen Gebieten, die Einführung von Verwaltungskursen zur Schulung ukrainischer Beamter, die Herauslösung ukrainischer Gemeinden aus polnischen Sammelgemeinden, die Schaffung von zwei weiteren Gymnasien und einer Lehrerbildungsanstalt, die Rückgabe weiterer Kirchen, die Einsetzung römisch-katholischer Geistlicher ukrainischer Nationalität in römisch-katholischen ukrainischen Gegenden, die Schaffung einer ukrainischen Jugendorganisation und auf wirtschaftlichem Gebiete eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung des Lemkenlandes, Schaffung von Ankaufszentralen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Beschaffung von Krediten für die Wirtschaft.

18.4.1941

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Denkschrift entgegen und sichert eingehende Prüfung der vorgetragenen Wünsche durch den Generalgouverneur, den Unterstaatssekretär und den Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu. Das Ergebnis der Prüfung werde der ukrainischen Abordnung Mitte Mai in einer nochmaligen Zusammenkunft bekannt gegeben werden.

18[30] Direktor Dr. Coblitz legt dem Herrn Generalgouverneur folgenden Erlaß über die Errichtung des Nikolaus Kopernikus-Preises des Instituts für Deutsche Ostarbeit vor.

1.

Am 20. April 1941, dem Geburtstag den Führers und dem ersten Jahrestag der Gründung des Instituts für Deutsche Ostarbeit, errichte ich zur Förderung der wissenschaftlichen Erforschung der Probleme des Ostraumes hiermit den

"Nikolaus Kopernikus-Preis des Instituts für Deutsche Ostarbeit".

2.

Der Preis beträgt jährlich 50 000,-- Zloty.

3.

Der Preis kann im ganzen oder geteilt durch den Präsidenten des Instituts zuerkannt werden.

Die Preisrichter schlagen dem Präsidenten des Instituts die Preisträger und die Preisverteilung vor.

Die Preisrichter sind:

1) der stellvertretende Präsident des Instituts für Deutsche Ostarbeit,

2) der Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit

3) der Vertreter desjenigen Faches am Institut für Deutsche Ostarbeit, aus dessen Aufgabenbereich die wissenschaftliche Leistung erbracht wird.

4.

Der Preis kann zuerkannt werden:

1) für die Bearbeitung eines durch ein Preisausschreiben des Instituts gestellten Forschungsthemas,

2) für andere nicht durch Preisausschreiben des Instituts veranlaßte wissenschaftliche Arbeiten über Probleme des Ostens.
Der Preis kann außerdem zur Verleihung von Forschungsstipendien verwendet werden.

5.

Die Verleihung des Nikolaus Kopernikus-Preises des Instituts für Deutsche Ostarbeit findet alljährlich am 20. April in Krakau statt.

6.

Die Verleihung des Preises erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges nach freiem Ermessen des Präsidenten des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Erlaß mit der Maßgabe, daß in Ziff. 1) die Worte "...der Probleme des Ostraumes" ersetzt werden durch ".... von Problemen aus dem Arbeitsbereich des Instituts für Deutsche Ostarbeit" und in Ziff. 4) die Worte ".... über Probleme des Ostens" durch "....aus dem Arbeitsbereich des Instituts für Deutsche Ostarbeit".

Direktor Dr. Coblitz berichtet dem Herrn Generalgouverneur dann noch über seine gehaltliche Einstufung, die der Herr Generalgouverneur genehmigt.

19^00 Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/3 **Sonnabend, den 19. April 1941**

10^{00} Ankunft auf der Burg.

10^{55} Besprechung mit Oberbereichsleiter Schalk.

Oberbereichsleiter Schalk legt dem Herrn Generalgouverneur das Programm für die Kundgebung aus Anlaß des Geburtstages des Führers vor. Weiter berichtet er über die Vorbereitungen für den in Aussicht stehenden Besuch des Gauleiters Bracht/Oberschlesien und legt dem Herrn Generalgouverneur die Berufung von 6 führenden Parteigenossen in Parteiränge innerhalb des Arbeitsbereiches der NSDAP. vor.

11^{15} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Gegenwart des Unterstaatssekretärs Kundt dem Adjutanten SS-Untersturmführer Pfaffenroth das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse.

Unterstaatssekretär Kundt überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben des Inspekteurs der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten SS-Obergruppenführers Heißmeyer, in welchem dieser um die Errichtung einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt bittet und anregt, die Oberschule in Zakopane für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Schreibens an SS-Obergruppenführer Heißmeyer:

> Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 10. d.M. in der Angelegenheit der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt. Ich habe daraufhin den Präsidenten der Abteilung Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Herrn Hofrat Watzke beauftragt, sich wegen der Oberschule mit Internat in Zakopane sofort mit Ihnen direkt in Verbindung zu setzen.

An Abteilungspräsident Hofrat Watzke richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben:

> Ich ersuche Sie, sich wegen der Errichtung einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt im Generalgouvernement direkt mit SS-Obergruppenführer Heißmeyer in Verbindung zu setzen. Wie Sie wissen, legt der Führer auf die Förderung der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten großes Gewicht. Es wäre für uns auch im Interesse des Deutschtums vorteilhaft, wenn eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt im Generalgouvernement aufgemacht werden könnte. Ich bitte Sie als den zuständigen Erziehungsführer des Generalgouvernements, mich über den Fortgang der Verhandlungen über diese Frage auf dem laufenden zu halten.

Unterstaatssekretär Kundt macht dann dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von einem Schreiben, nach welchem Oberregierungsrat Schulte-Wissermann als Ministerialdirigent in den Stellenplan eingruppiert zu werden wünsche. - Angesichts der von den zuständigen Stellen des Reiches erhobenen Forderungen, daß Waren aus dem Generalgouvernement nur auf Grund von im Generalgouvernement gültigen Preisen ins Reich geliefert werden dürften, hebt Unterstaatssekretär Kundt die Schwierigkeiten hervor, die einer solchen Forderung entgegenständen. Wenn im Bereiche des Generalgouvernements zu verhältnismäßig niedrigen Preisen verkauft werde, so sei das nur infolge der niedrigen Lebenshaltung möglich. Wenn die geringe Menge von Waren, die vom Generalgouvernement ins Reichs ausgeführt werden könne, zu Preisen des Generalgouvernements verkauft werde, so werde man schon in normalen Zeiten auf größte Schwierigkeiten stoßen.

Was die Frage des Ausscheidens des Obermedizinalrats Dr. Walbaum aus seinem Amte angehe, so habe dieser ihm mitgeteilt, daß er den Brief an den Herrn Generalgouverneur im Einvernehmen mit Staatssekretär Dr. Conti geschrieben habe, der ihn vollständig zu decken bereit sei. Er, der Unterstaatssekretär, habe Obermedizinalrat Walbaum eröffnet, daß es keinen Zweck mehr habe, bei dem Herrn Generalgouverneur vorzusprechen. Obermedizinalrat Dr. Walbaum sei auch von ihm darüber unterrichtet worden, daß er nach Ansicht des Herrn Generalgouverneurs die Amtsbezeichnung "Gesundheitsführer" zu Unrecht führe. Demgegenüber habe sich Obermedizinalrat Dr. Walbaum darauf berufen, daß er durch eine Verfügung des Herrn Generalgouverneurs vom Oktober 1939 auf Anordnung des Reichsgesundheitsführers und mit dessen Einverständnis als "Gesundheitsführer des Generalgouvernements" eingesetzt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß diese Auffassung des Obermedizinalrats Dr. Walbaum von seiner amtlichen Stellung mittlerweile überholt sei, umsomehr, da das General-

gouvernement nicht mehr besetztes Gebiet sei. Im übrigen sei er, der Generalgouverneur, bereit, den Reichsgesundheitsführer Staatssekretär Dr. Conti jederzeit zu empfangen und mit ihm die Sachlage zu besprechen. Er ersuche Unterstaatssekretär Kundt, den Staatssekretär Dr. Conti entsprechend zu benachrichtigen und ihm gleichzeitig mitzuteilen, daß eine Verhandlung mit Obermedizinalrat Dr. Walbaum angesichts seines unqualifizierbaren Schreibens an den Generalgouverneur nicht mehr möglich sei und daher für sein Ausscheiden aus dem Dienst des Generalgouvernements eine Frist bis zum 31. Mai 1941 gesetzt werden müsse.

Als Nachfolger für den aus seiner Tätigkeit ausgeschiedenen Dr. Fischeder hat der Herr Generalgouverneur den Prof. Dr. Störmer-Dresden ausersehen. Unterstaatssekretär Dr. Kundt wird beauftragt, Verhandlungen über die Übernahme dieser Stellung mit Prof. Dr. Störmer aufzunehmen.

Abschließend teilt Unterstaatssekretär Kundt mit, daß nunmehr die Verordnung über den Wirtschaftsverkehr des Ghettos in Warschau fertiggestellt worden sei. Gegen die Fassung des § 1 dieser Verordnung, nach welcher Maßnahmen hinsichtlich des Ghettos in Warschau nur im Rahmen der allgemeinen Richtlinien der Regierung getroffen werden können, habe Gouverneur Dr. Fischer Bedenken erhoben.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt die Abordnung der Ukrainer aus Biala Podlaska.

Der Führer der Abordnung richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Zum zweiten Male jährt sich der Tag, an dem es uns vergönnt ist, Ihnen unsere Glückwünsche für den Führer des Großdeutschen Reiches zu überbringen. Ich spreche hier im Namen der ukrainischen Volksgruppe im Generalgouvernement, im Namen dieses Volkes, das sich schon am ersten Tage des großen europäischen Entscheidungskampfes

19.4.1941

ohne Zögern und ungeachtet des Kriegsrisikos an die Seite derer gestellt hat, die sich vorbehaltlos dem Führer des deutschen Volkes mit vollem Vertrauen und Entscheidenheit angeschlossenhaben. Wir haben den festen Willen, mit dem deutschen Volke bis zum Endsieg auszuharren, getreu unserer Überzeugung, daß das Wohlergehen des deutschen Volkes zugleich unser Wohl ist.

Wir bitten daher, zu Ihren Händen, Herr Generalgouverneur, dem großen Führer die herzlichsten und innigsten Glückwünsche aller Ukrainer des Generalgouvernements in besonders aufrichtiger Hingabe darbringen zu dürfen. Adolf Hitler ist nicht nur der Führer des deutschen Volkes, er ist zugleich Bahnbrecher und Führer im großen europäischen Entscheidungskampf, ist Führer aller derer, die an eine bessere Zukunft Europas glauben und darauf hoffen. Möge Gott seine Arbeit segnen! Möge sein Kampf mit ruhmreichem Sieg gekrönt werden!

Ich bitte Sie, diese unsere Huldigung und unsere Glückwünsche dem Führer zur Kenntnis zu bringen.

Am gleichen Tage des vorigen Jahres erschien vor Ihnen, Herr Generalgouverneur, eine Abordnung in Volkstrachten aus dem südlichen Teil des ukrainisch-ethnographischen Gebietes, d.h. aus dem Lemkenlande. Heute sehen Sie hier eine Gruppe aus dem entgegengesetzten Teil des ukrainischen Gebietes im Generalgouvernement, aus Biala-Podlaska und anderen Gegenden. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß alle ukrainischen Gebiete im Generalgouvernement an unserer Huldigung teilnehmen.

Als Geschenke für den Führer werden dem Herrn Generalgouverneur eine reichgeschnitzte, mit Intarsien versehene Holzkassette und eine künstlerisch ausgeführte Adresse in gesticktem Einband übergeben.

Der Herr Generalgouverneur richtet darauf folgende Ansprache an die Abordnung:

19.4.1941

Ich danke Ihnen für die schöne Ehrung, die Sie dem Führer des Reiches zu bringen die Güte haben. Ich darf Ihnen auch im Namen des Führers danken und werde dafür Sorge tragen, daß dem Führer selber morgen diese Geschenke überreicht werden. Diese Ihre Geschenke werden den Führer besonders erfreuen, ist er sich doch dessen wohl bewußt, welche schweren kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Nöte das ukrainische Volk in seinem Kampfe auf sich hat nehmen müssen. Wir haben gestern bereits Gelegenheit gehabt, über die Nöte des ukrainischen Volkes im Generalgouvernement zu sprechen. Ich möchte Ihnen heute erneut die Versicherung abgeben, daß die Wohlfahrt des ukrainischen Volkes auf kulturellem, sozialem und nationalem Gebiete uns hier im Generalgouvernement eine stete ernste Sorge sein wird. Was an mir liegt, wird geschehen, um den Wünschen des ukrainischen Volkes zu entsprechen und seine Belange zu vertreten, hat sich doch dieses Volk in außergewöhnlicher loyaler und diensteifriger Form für den Aufbau und die Neuordnung Europas zur Verfügung gestellt.

6 **19.4.1941**

12^{00} **Arbeitssitzung.**

Beratung der Verordnung über den Wirtschaftsverkehr des Warschauer Ghettos.

An der Beratung nehmen teil:
Der Herr Generalgouverneur
Unterstaatssekretär Kundt
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Finanzpräsident Spindler
Ministerialdirigent Dr. Emmerich
Bankdirigent Dr. Paersch
Ministerialrat Plodeck
Abteilungspräsident Westerkamp
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh
Distriktsbeauftragter Pawlu
Dr. Gater von der Hauptabteilg.Wirtschaft
Oberregierungsrat Reetz/Abteilg. Arbeit

Unterstaatssekretär Kundt gibt zunächst einen Überblick über die Entstehung der Verordnung. Der ursprüngliche Entwurf habe, wie Unterstaatssekretär Kundt ausführt, einer Umarbeitung unterzogen werden müssen, weil in ihm dem Gouverneur Dr. Fischer für den Bezirk Warschau eine von der sonstigen Verwaltungsübung abweichende Sonderermächtigung gegeben worden sei. Gouverneur Dr. Fischer habe nun gegen die Fassung des § 1 Einspruch erhoben, nach welchem der Distriktschef nur ermächtigt sein solle, im Rahmen der allgemeinen Richtlinien der Regierung seine Maßnahmen für das Warschauer Ghetto zu treffen. Im vorliegenden Falle müsse aber die zuständige Hauptabteilung der Regierung gegebenenfalls Richtlinien grundsätzlicher Art zu erlassen befugt sein.

Der zweite Einspruch sei von Bankdirigent Dr. Paersch aus grundsätzlichen finanzpolitischen Erwägungen erhoben worden. Das sei auch der Grund gewesen, weshalb der Herr

Generalgouverneur die Unterzeichnung der Verordnung hinausgeschoben habe.

Gouverneur Dr. Fischer erinnert daran, daß die ursprüngliche Fassung des § 1 mit Staatssekretär Dr. Bühler und Unterstaatssekretär Kundt besprochen worden sei. Damals sei in der Fassung des § 1 die Einschränkung "im Rahmen der allgemeinen Richtlinien der Regierung" nicht enthalten gewesen. Dieser Verordnungsentwurf sei auch bereits vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet worden. Es lasse sich nicht vermeiden, daß eine bestimmte Stelle die Verantwortung für das Ghetto übernehme. Er habe daraufhin entsprechende Vorbereitungen getroffen und sich auf Grund jenes § 1 eine Ermächtigung geben lassen. Es sei doch eigentlich selbstverständlich, und er könne auch dafür bürgen, daß er als Gouverneur mit dieser Ghettobildung nichts gegen die Interessen des Generalgouvernements bezw. der Regierung zu unternehmen gewillt sei. Wenn schon eine Ermächtigung erteilt werde, daneben aber noch jede einzelne Hauptabteilung der Regierung von sich aus Anordnungen für das Ghetto geben könne, dann sei für ihn nicht die Möglichkeit gegeben, erfolgreich zu arbeiten.

Bankdirigent Dr. Paersch hält es für geboten, die Sachlage auch grundsätzlich unter finanzpolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Ghettobildung in Warschau gehe auf das Ghetto Lodsch zurück. Zum Unterschiede zu dem Warschauer Ghetto werde das Lodscher Ghetto von der Stadt betrieben. Die Zahl der Belegschaft des Lodscher Ghettos betrage 150 000 bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 600 000. In Warschau seien die Schwierigkeiten noch dadurch größer geworden, daß ein geschlossenes Ghetto errichtet worden sei. In Lodsch sei man davon ausgegangen, daß es mit der Eingliederung der Ostgebiete möglich sein würde, die Polen und Juden sofort aus der Stadt zu entfernen. Auch in wirtschafts-

19.4.1941

und finanzpolitischer Beziehung seien die Verhältnisse des Lodscher Ghettos besser zu übersehen, da es zeitlich früher angelegt worden sei. Man habe in Lodsch versucht, die Möglichkeit einer Beschäftigung der Insassen des Ghettos zweckentsprechend zu organisieren, und zwar auf den beiden Wegen des Arbeitseinsatzes und der auftragsweisen Beschäftigung. Die auftragsweise Beschäftigung habe sich hauptsächlich auf den Gebieten der Textilwirtschaft und der Tischlerei vollzogen. Trotzdem habe sich herausgestellt, daß das Lodscher Ghetto einen monatlichen Zuschuß von 1 Million Reichsmark erfordere. In Lodsch habe man sich alle Mühe gegeben, die Juden entsprechend zu beschäftigen. Auch in Warschau werde man, nachdem die alten Vorräte aufgezehrt seien, eines Tages vor dem Problem der Kostendeckung stehen. In der Denkschrift des Reichskuratoriums für Wirtschaft sei der Standpunkt vertreten, daß etwa 20 000 Ghettoinsassen in Arbeit gebracht werden könnten. Daraus könnte geschlossen werden, daß der tägliche Aufwand auf 100 000 Zloty zurückgehe. Man habe nochmals feststellen wollen, welche Erfahrungen in Lodsch vorlägen, um zu vermeiden, daß vor allem die Lebensmittelvorräte, die in großem Umfange vor der Bildung des Ghettos eingefahren worden seien, verbraucht würden. Im übrigen erkläre er sich mit dem Inhalt der Verordnung in großen Zügen einverstanden, wenn auch noch einige Angaben fehlten, deren es zu einer ausreichenden Beurteilung des Problems bedürfe. Feststellungen müßten allerdings noch getroffen werden über die Menge der im Warschauer Ghetto vorhandenen bezw. dort vorgefundenen Vorräte, ferner darüber, welche Aufträge bisher vom Ghetto hätten eingeholt und verrechnet werden können, endlich, welche Produktionsstätten in Warschau mittlerweile hätten errichtet werden können.

Der Herr Generalgouverneur stimmt der Bildung des Ghettos in Warschau zu und ist der Auffassung, daß gar nicht anders hätte gehandelt werden können. Zur Wahl stehe

19.4.1941

der geschlossene Wohnbezirk oder das geschlossene Ghetto. Wenn ein geschlossener Wohnbezirk mit stufenweiser Anpassung an das Vorbild in Lodsch geschaffen worden wäre, dann hätte man die Wirtschaftsbeziehungen der Juden mit den anderen Bewohnern nicht zerrissen. Jeder einzelne hätte für seinen Lebensunterhalt die Verantwortung gehabt und wäre nicht so der Allgemeinheit zur Last gefallen, wie es jetzt der Fall sei, wenn jeder wirtschaftliche Verkehr mit der Ghetto weitgehend unterbunden werden. Man verlagere die Fürsorge, die der Einzelne für seinen Lebensunterhalt habe, in der geschlossenen Ghettobildung auf die Gesamtheit.

Gouverneur Dr. Fischer weist darauf hin, daß man bemüht gewesen sei, aus den Lodscher Erfahrungen zu lernen. Man habe die dortigen Verhältnisse monatelang studiert, und er habe regelmäßig Sachbearbeiter hingeschickt, die die gesamte Entwicklung des Lodscher Ghettos beobachtet hätten. Das Lodscher Ghetto stehe insofern vor einer schwierigen Situation, weil man im Anfang sämtliche Vorräte und Produktionsmittel aus ihm herausgeholt habe. In Warschau sei man diesen Weg nicht gegangen; was seit November vorigen Jahres herausgeholt worden sei, spiele überhaupt, wirtschaftlich gesehen, keine Rolle. Überwiegend handle es sich um Devisen, Golde und ähnliche Werte. Textilien habe man sehr wenig erfaßt. Was aus dem Warschauer Ghetto herauskomme, gehe sofort an die Treuhandstelle und werde dann durch die Transfer-Stelle verwertet. Nach einer Aufstellung des Arbeitsamtes gebe es im Warschauer Ghetto 115 000 männliche und 60 000 weibliche arbeitsfähige Juden. Zur Zeit würden ungefähr 12 000 Juden laufend in der Stadt Warschau beschäftigt. 25 000 Juden seien für Meliorationsarbeiten herangezogen, und der Distrikt Lublin habe ebenfalls 25 000 Juden angefordert, die auch wohl schon zum größten Teil abtransportiert seien. An und für sich blieben also im Ghetto nicht viel Männer übrig, die noch in Arbeit gebracht werden müßten. Auch liefen jetzt Werkstätten

an mit einem Anfangsbestand von 6 000 bis 7 000 Arbeitern. Nach alledem befürchte er eigentlich gar keine Schwierigkeiten für das Warschauer Ghetto. Würde man einen geschlossenen Wohnbezirk schaffen und die Juden frei herumlaufen lassen, dann sei die Gefahr noch viel größer: dann würden nämlich die Juden alles, dessen sie außerhalb des Ghettos habhaft werden könnten, hamstern und in das Ghetto bringen. Dann könnte man die Juden ebenso gut außerhalb eines geschlossenen Wohnbezirkes wohnen lassen. Seiner Ansicht nach sei doch in Warschau schon eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Gerade die wirtschaftliche Seite habe man ganz eingehend geprüft. Über die von einigen Seiten geltend gemachten Einsprüche sei auch schon längst gesprochen worden, es sei Vorsorge getroffen, daß die ganze Ghettofrage absolut nach den Richtlinien der Abteilung Wirtschaft behandelt werde.

Bankdirigent Dr. Paersch sieht in diesen Hinweisen schon eine wesentliche Klarstellung der Verhältnisse, vermißt aber Angaben darüber, ob und in welchem Umfange seit der Schließung des Ghettos am 25. November 1940 Vorräte weggeschafft worden seien.

Gouverneur Dr. Fischer kann keine Zahlenangaben darüber machen, glaubt aber versichern zu können, daß die Menge dessen, was herausgeholt worden sei, nicht sehr groß sei.

Bankdirigent Dr. Paersch weist darauf hin, daß im Reich ein großer Mangel an Arbeitskräften bestehe, während hier genügend Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. Angesichts des Problems der Beschaffung von Arbeitern stehe man vor gewissen Schwierigkeiten. Deshalb sei es auch nicht möglich gewesen, das Lodscher Ghetto ohne monatliche Zuschüsse in Höhe von 1 Million Reichsmark zu führen.

Gouverneur Dr. Fischer meint, daß man vielfach von falschen Voraussetzungen ausgehe. In Warschau habe man von Anfang an Wert darauf gelegt, daß die Geschäftsbeziehungen der Juden zu den Polen nach wie vor bestehen blieben. So finde denn auch noch heute ein starker Geschäftsverkehr statt.

Finanzpräsident Spindler hatte zunächst Bedenken gegen die Verordnung insofern gehabt, als auf Grund von Mitteilungen laufend ein jährlicher Zuschuß von 100 Millionen Zloty ~~jährlich~~ erforderlich wäre. Das wäre für die Finanzverwaltung untragbar gewesen. Er habe aber seine Bedenken fallen lassen, nachdem Ministerialdirigent Dr. Emmerich erklärt habe, daß eine solche Summe nicht in Frage käme. Er bitte um Beantwortung der Frage, welche Sicherheit gegeben sei, daß ein jährlicher Zuschuß von 72 Millionen nicht notwendig sei.

Gouverneur Dr. Fischer kann sich auf eine bestimmte Summe nicht festlegen, betont aber, daß die Geschäftsbeziehungen zwischen den Insassen des Ghettos und der Außenwelt nicht abgebrochen, sondern im Gegenteil gepflegt werden sollen. Es sei auch eine deutsche Firmengemeinschaft in Warschau gebildet worden, die sich dieser Aufgabe widmen wolle. Zum anderen sei zu bedenken, daß man von der Wehrmacht bereits große Aufträge für das Ghetto habe. Im Gegensatz zu dem in Warschau eingeschlagenen Verfahren habe man in Lodsch alles irgendwie Verwertbare aus dem Ghetto herausgeholt, sodaß die Juden überhaupt keine Möglichkeit gehabt haben, sich irgendwie zu betätigen. Man habe die Zeit benutzt, um das Ghetto wirtschaftlich aufzubauen. Mehr könne man zunächst nicht tun. Wenn auch nur 115 000 jüdische Arbeiter beschäftigt würden, dann sehe er überhaupt für das Ghetto keine Gefahr, und man werde bald auch dort Arbeitermangel haben.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich sieht in der Bildung des Warschauer Ghettos kein nur rein kommunales, sondern ein Problem der Gesamtwirtschaft mit allen seinen Ausstrah-

lungen. Ob es sich nun um die Beschaffung von Rohstoffen oder Aufträgen aus dem Reich handle, es sei notwendig, daß sich die Zentralinstanzen mit der Frage beschäftigten und ein Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft und den besonderen Interessen des Ghettos gesucht werde. Die Zulassung des Verkehrs des Ghettos mit der Außenwelt sei eine Organisationsfrage. In dem Maße, wie man die nötige Breite für diesen Verkehr finde, könne man sich auch den Zustand einer Abkapselung des jüdischen Wohnbezirks annähern, immer aber unter der Voraussetzung, daß die Verkehrsbehinderung praktisch durch entsprechende Maßnahmen überwunden werde. Daß man wirtschaftliche Gesichtspunkte immer berücksichtigt habe, davon sei er nicht ganz überzeugt. Offenbar hätten von Anfang an keine ganz klaren Vorstellungen über das Problem geherrscht.

Gouverneur Dr. Fischer wendet demgegenüber ein, daß diese klare Vorstellung von allem Anfang an bestanden habe. Er habe den nachdrücklichen Befehl gegeben, zu prüfen, wie der Wirtschaftsverkehr zwischen Ghetto und der übrigen Stadt aufrechterhalten werden könne. Sein Beauftragter Schön habe auf der gleichen Linie gearbeitet.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist demgegenüber darauf hin, daß sich die zuständigen Sachbearbeiter offenbar das Wirken der Transfer-Stelle als einer wirtschaftlichen Organisation gedacht hätten. Wenn man den anfangs eingeschlagenen Weg mit der Abschneidung der Telefonleitungen usw. usw. weiterbeibehalten hätte, dann wäre es zu einem bürokratischen Apparat ohnegleichen gekommen, der eingeschaltet hätte werden müssen, wenn irgend jemand das Ghetto auch nur besuchen wollte. Zugegeben, daß die Transfer-Stelle die Absicht gehabt habe, den Wirtschaftsverkehr aufrecht zu erhalten, - bei den organisatorischen Voraussetzungen sei man aber zunächst einen taktisch falschen Weg gegangen.

Deshalb habe er auch der ganzen Frage sein Interesse zugewendet, und darauf sei auch die Intervention des Dr.Gater zurückzuführen , der unter allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten den Bestand der einzelnen Komplexe aufgenommen habe. Er habe seine Bedenken zurückgestellt, nachdem klargestellt worden sei, daß die Transfer-Stelle nicht etwa als haftendes Organ für Regressansprüche der Wehrmacht eintreten solle. Die Transfer-Stelle könnte ja auch solche Risiken nicht übernehmen. Bei den eingehenden Besprechungen in Warschau habe sich dann gezeigt, daß man es mit privatwirtschaftlichen Kontrahenten zu tun habe. Die Schneider würden z.B. zu Genossenschaften zusammengeschlossen, und andererseits ständen ihnen deutsche Firmen gegenüber, die mit der Transfer-Stelle ein Vertragsverhältnis hätten. Man solle im Ghetto nach kapitalistischen Methoden vorgehen, dürfe aber nicht eine amtliche Stelle in ein Engagement bringen, das sie nicht tragen kann. Eine Gegensätzlichkeit der Auffassung zwischen Gouverneur Dr. Fischer und der Abteilung Wirtschaft bestehe jetzt nicht mehr.

Gouverneur Dr. Fischer erinnert daran, daß er drei Wochen lang die Transfer-Stelle im einzelnen aufgebaut habe und von den Leistungen dieser Stelle überrascht gewesen sei. Er habe ~~aber~~ festgestellt, daß sie durchaus nach kaufmännischen Gesichtspunkten arbeitet.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich nimmt vor allem Interesse an den Umsatzziffern und glaubt, daß man in Anbetracht der Tatsache, daß das Ghetto schon fünf Monate bestehe, zu sehr bescheidenen Zahlen kommen werde. Die Abteilung Wirtschaft habe das größte Interesse daran, den Warschauer Instanzen zu helfen.

19.4.1941

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu den Aufgaben der Transfer-Stelle Stellung genommen. Finanzpräsident Spindler legt großes Gewicht darauf, daß sich die Transferstelle nicht mit Risiken belaste, die sie nicht tragen könne. Bankdirigent Dr. Paersch will in ihr eine Stelle für die Überwachung der Durchführung der öffentlichen Aufträge sehen.

Abteilungspräsident Westerkamp hält es für richtig, die Aufsichtsführung über das Ghetto und die Stadt verwaltungsmäßig aufzuteilen. Der Beauftragte für die Stadt Warschau müßte dann insgesamt für die Dinge verantwortlich gemacht werden. Er könne einen Kommissar mit einer gewissen Selbständigkeit einsetzen. Andererseits müsse bedacht werden, daß gewisse Zusammenhänge eben nicht aus der Welt geschafft werden könnten.

Gouverneur Dr. Fischer gibt zu bedenken, daß die Stadtverwaltung allein diese Aufgabe nicht übernehmen könne. Außerdem bearbeite die Wirtschaftsabteilung des Distrikts auch die Fragen der Gesamtwirtschaft für die Stadt. Der Geschäftsgang würde sich wesentlich vereinfachen, wenn hier eine Einheitlichkeit geschaffen würde. Eine große Anzahl der für die Stadt zu bewältigenden Aufgaben werde ja sowieso vom Distrikt durchgeführt. Hier handle es sich um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Regelung für möglich, nach welcher die Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Beauftragten des Distriktschefs getroffen würden.

Gouverneur Dr. Fischer betont, daß im Interesse der Stadtverwaltung bei der gegenwärtigen Regelung zahlreiche Angestellte und Arbeiter gespart würden.

Abteilungspräsident Westerkamp ist gleichwohl der Ansicht, daß der Distriktsbeauftragte Leist eine Oberverantwortung haben müßte. Im übrigen sei es ja praktisch so, daß das Ghetto gewissermaßen eine ausländische Stadt darstelle.

Gouverneur Dr. Fischer gibt zu bedenken, daß es sich bei der Ghettobildung um eine neue Erscheinung handle, auf die man allgemeine Verwaltungsgrundsätze nicht ohne weiteres anwenden könne. Von Seiten des Distrikts würden seit fünf Monaten Maßnahmen hinsichtlich des Ghettos im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung und niemals gegen die Stadtverwaltung getroffen.

Unterstaatssekretär Kundt erklärt, man habe sich durch die Darlegung überzeugen lassen, daß es zweckmäßig sei, diese Teilung vorzunehmen, wenn auch die Bildung des Ghettos vom Standpunkt der allgemeinen Verwaltungsordnung aus ein einmaliger Ausnahmefall bleiben sollte.

Die Transfer-Stelle solle der Förderung und Überwachung des Wirtschaftsverkehrs dienen. Dagegen habe sie mit der Durchführung des Geschäftsverkehrs nichts zu tun, sie sei also nicht ein Unternehmen. Über die grundsätzliche Frage, ob das Ghetto im Laufe der Zeit Geld kosten werde, lasse sich streiten. Vor allem komme es darauf an, das Ghetto wirtschaftlich so zu führen, daß es den Staat fast nichts koste.

Finanzpräsident Spindler will sich damit abfinden, daß ein gewisses finanzielles Risiko übernommen werden muß.

Bankdirigent Dr. Paersch kann seine Bedenken durch die Darlegung des Gouverneurs Dr. Fischer nicht als widerlegt betrachten. Man stehe doch vor dem klaren Tatbestand, daß ein Ghetto schon mehrere Monate bestehe und sich jetzt das Ergebnis zeigt, daß allmonatlich eine Summe von 1 Million

<u>19.4.1941</u>

Reichsmark zugeschossen werden müsse. Diesen Zuschuß trage allerdings die Haupttreuhandstelle Ost.

Ministerialrat <u>Plodeck</u> wünscht Aufklärung darüber, ob eventuell aus Mitteln seiner Verwaltung eine Unterbilanz gedeckt werden solle, die doch wohl allem Anschein nach befürchtet werde.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> ist der Auffassung, daß man, wenn man nicht ein Ghetto für die Juden in Warschau bilde, mit dem man den Schwierigkeiten einigermaßen begegnen könne, dann eben den Umstand in Kauf nehmen müßte, daß angesichts der freien wirtschaftlichen Betätigung der Juden die Wirtschaft völlig unkontrollierbar sei. Man werde hier wohl das kleinere Übel wählen müssen. Daß man das Ghetto nicht auflösen und die Juden sich frei betätigen lassen könne, darüber sei man doch wohl einig. Zudem habe ihm der Führer versprochen, daß das Generalgouvernement als erstes Gebiet von Juden völlig befreit werden solle. Es handle sich danach nicht um eine dauernde Belastung, sondern um eine typische Kriegserscheinung, vielleicht sogar um eine Reichsverteidigungsmaßnahme. Selbst wenn diese Maßnahme Kosten verursachen sollte, so würde es für ihn doch ein beruhigendes Gefühl sein, eine halbe Million Juden unter Kontrolle zu haben. Er stimme dem Gouverneur Dr. Fischer darin bei, daß es sich hier um eine völlig neue Maßnahme handle. Andererseits mache er es ihm aber zur Pflicht, diese ganze Frage des Warschauer Ghettos als eine Angelegenheit des Generalgouvernements und nicht lediglich als eine solche des Distrikts aufzufassen. Gouverneur Dr. Fischer müsse sich, wenn irgendwelche Schwierigkeiten aufträten, auch hinsichtlich einer einzelnen Maßnahme unverzüglich immer mit der Regierung in Verbindung setzen. Bevor Gouverneur Dr. Fischer Maßnahmen ergreife, müsse er den interessierten Abteilungspräsidenten der Regierung Gelegenheit geben, sich zu beteiligen. Andererseits müsse auch von Seiten

der Regierung dem Gouverneur Dr. Fischer jegliche Unterstützung zuteil werden. Bei solchen Verhandlungen dürfe Gouverneur Dr. Fischer auch nicht einen Referenten mit seiner Vertretung beauftragen, sondern er müsse sich persönlich beteiligen.

Unterstaatssekretär Kundt will festgestellt sehen, daß die Bildung des Ghettos in Warschau einmalig sei und in anderen Distrikten nicht nachgeahmt werde.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß das zu Protokoll festgelegt wird.

Im Anschluß an die Beratung berichtet der Distriktsbeauftragte für die Stadt Krakau über die Bildung des jüdischen Wohnbezirkes in Krakau. Es handle sich hier um einen Wohnbezirk, in welchen etwa 15 000 Juden Unterkunft finden sollten. Im übrigen seien die Krakauer Verhältnisse mit denen der Stadt Warschau nicht zu vergleichen.

Abteilungspräsident Westerkamp erklärt sich für eine scharfe Durchführung der Bestimmungen über die Aufenthaltsbeschränkung der Juden. Gegen Übertretungen des Verbots eines Verlassens des Ghettos müsse mit schärfsten Strafen, eventuell mit der Todesstrafe vorgegangen werden.

Die Verordnung wird hierauf unterzeichnet.

Gouverneur Dr. Fischer macht sodann noch Mitteilung von einer beabsichtigten Mietpreissenkung in Warschau, gegen die von Seiten der Abteilung Preisbildung keine Einwendungen erhoben würden.

Finanzpräsident Spindler bemerkt, daß er sich grundsätzlich dafür ausgesprochen habe, unter der Voraussetzung,

19.4.1941

daß die Abteilung "Innere Verwaltung" dieser Maßnahme zustimme.

Gouverneur Dr. Fischer überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen

Plan der Stadt Warschau
mit eingezeichneten Grenzen des Ghettos.

18[30] Abholung der Hoheitsfahne des Arbeitsbereichs durch eine Hunderschaft politischer Leiter im Hof der Burg zu Krakau.

20[00] K u n d g e b u n g des Arbeitsbereichs "Generalgouvernement" der NSDAP. in der Urania zu Krakau.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Oberbereichsleiters Schalk ergreift der Herr Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. Frank das Wort zu folgender Ansprache:

Deutsche! Es ist ein Wunder, das wir immer wieder aufs neue bestaunen, daß es uns hier in dieser früheren, durch viele Jahrhunderte hindurch als Hochburg des Polentums gewerteten Stadt möglich ist, im Braunhemd, in der Uniform des alten Kämpfertums des Führers, Arm in Arm mit der siegreichen Wehrmacht unseres Reichs und angesichts der siegreichen Fahne unserer Bewegung, die heute über allen Häusern weht, ein Fest zu begehen, an dem heute das ganze deutsche Volk weit über die alten Grenzen hinaus innerlich Anteil nimmt. Es ist ein Wunder, daß wir uns in Krakau, in der Hauptstadt des östlichsten Machtbereiches Großdeutschlands zusammen-

daß die Abteilung "Innere Verwaltung" dieser Maßnahme zustimme.

Gouverneur Dr. Fischer überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen

Plan der Stadt Warschau

mit eingezeichneten Grenzen des Ghettos.

18³⁰ Abholung der Hoheitsfahne des Arbeitsbereichs durch eine Hunderschaft politischer Leiter im Hof der Burg zu Krakau.

20⁰⁰ K u n d g e b u n g des Arbeitsbereichs "Generalgouvernement" der NSDAP. in der Urania zu Krakau.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Oberbereichsleiters Schalk ergreift der Herr Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. Frank das Wort zu folgender Ansprache:

Deutsche! Es ist ein Wunder, das wir immer wieder aufs neue bestaunen, daß es uns hier in dieser früheren, durch viele Jahrhunderte hindurch als Hochburg des Polentums gewerteten Stadt möglich ist, im Braunhemd, in der Uniform des alten Kämpfertums des Führers, Arm in Arm mit der siegreichen Wehrmacht unseres Reichs und angesichts der siegreichen Fahne unserer Bewegung, die heute über allen Häusern weht, ein Fest zu begehen, an dem heute das ganze deutsche Volk weit über die alten Grenzen hinaus innerlich Anteil nimmt. Es ist ein Wunder, daß wir uns in Krakau, in der Hauptstadt des östlichsten Machtbereiches Großdeutschlands zusammen-

finden können, so, wie wir das aus Deutschland gewohnt sind, aus den jahrelangen Kämpfen unserer Bewegung, und wie wir es nicht mehr anders sehen wollen.

Dieses Wunder hat allerdings eine Erklärung. Denn ein einzigartiger Mann, ein Mann, vor dem sich die Generationen unseres Volkes in den kommenden Zeitläuften verneigen werden, ein Mann, wie er in dieser Größe und auf dieser Erde überhaupt noch nie einem Volk geschenkt worden ist, unser unvergleichlich großer Adolf Hitler hat dieses Werk vollbracht.

Es ist sehr leicht, heute rückschauend zu sagen: 1920 hat Adolf Hitler die Bewegung gegründet, 1923 hat er mit dieser seiner Bewegung den ersten Versuch zur Machterreichung gemacht. Dann wurde er zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt und hat ein Jahr im Gefängnis gesessen. 1925 begann dann aufs neue der Kampf der Bewegung, und schon nach 7 1/ 2 oder 8 Jahren gelang es Adolf Hitler, die Macht in Deutschland zu erringen. 1933 wurde der Aufstieg eingeleitet, und nach nunmehr 7 oder 8 Jahren ist das Großdeutsche Reich eine Selbstverständlichkeit geworden. Am Vorabend des Geburtstages des Führers müssen wir in dieser so schlichten Aneinanderreihung von geschichtlichen Tatsachen erkennen: in diesen Jahren, die nunmehr vor unserem geistigen Auge lebendig werden, inmitten der Vehemenz der letzten kriegerischen Ereignisse, für die man den Ausdruck "Blitzkrieg" gefunden hat, liegt ein übermenschliches Maß von Leistungen und Sorgen, ein Umfang von Arbeit, von Hingabe an das Werk, von schlaflosen Nächten, von Opferwilligkeit, daß wir tatsächlich von einem Wunder sprechen können. Wir dürfen nie vergessen, daß dieses Wunder nichts anderes ist als die übermenschliche Leistung Adolf Hitlers.

(Lebhafter Beifall)

Am Vorabend des zweiten Kriegsgeburtstages des Führers, gerade hier im östlichsten Machtbereich, wo man die Dinge sehr ernst zu sehen beginnt und wo wir Schritt um Schritt, Punkt um Punkt der deutschen Position Raum erarbeiten müssen,

dürfen wir nie vergessen, was dieses Wort von der Leistung Adolf Hitlers bedeutet. Was immer wir ihm geben würden und werden, und sei es, daß wir dazu entschlossen sind, unser Leben, unser Lebenswerk hinzugeben, es ist nichts gegenüber dem, was der Führer uns gegeben hat.

(Lebhafter Beifall)

Heute steht der Führer Adolf Hitler in weltweiter Größe über den Ereignissen. Es gab noch nie einen Mann, dessen Name so ununterbrochen um den Erdball läuft wie dieser. Herr Roosevelt in Washington kennt den Namen genau so gut wie irgendein anderer letzter Spätling der Gegnerschaft gegen Adolf Hitler. Aber in zunehmenden Maße bekennen sich zu ihm alle jene auf dieser Erde, die noch an eine bessere Freiheit ihres Volkes glauben, als die, die ihnen Englands Piratentum übriggelassen hat.

(Lebhafter Beifall)

Heute ist der Name Adolf Hitler, der einmal so wenig bekannt war, der einmal Träger der Persönlichkeit eines innenpolitischen Machtringens in Deutschland war und dann der Name eines großen Staatsmanns wurde, der Name des größten Feldherrn der deutschen Nation. Dieser Name Adolf Hitler ist das leuchtende Symbol einer letzten Hoffnung für diese verzweifelten Generationen absterbender Völker.

Wir können daher mit Stolz bekennen: wohin uns der Führer nunmehr gestellt hat, wie etwa hier in das Generalgouvernement, - wir stehen hier kraft seines Willens und damit kraft des Willens des Höchsten, der uns Adolf Hitler geschickt hat. Und nichts menschliches, nichts irdisches, keine Kraft irgendeiner Gemeinschaft auf dieser Erde wird uns von diesem Platz wegholen können.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Das ist ja das in uns immer stärker werdende Empfinden, daß wir die Träger und Mitgestalter eines Schicksals sein dürfen.

Meine lieben deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen! Wenn wir an unsere eigene Arbeit denken, so können wir nur sagen: wir sind nur deshalb hier, weil der Führer die

Geschlossenheit unseres Volkes geschaffen und uns mit auf den Weg gegeben hat. Das unterscheidet uns im Generalgouvernement in größtem Umfange von manchen im Reich. Hier gibt es keine Trennung der Deutschen nach landmannschaftlichen Stammesunterschieden, nach heimischen Dialekten oder gar nach Konfessionen oder anderen Traditionen. Die Dialekte können hier sehr wenig gepflegt werden, weil sie gegenseitig schwer verstanden werden würden.

(Heiterkeit)

Wir sprechen hier alle so eine Art gemäßigtes Hochdeutsch, auf das wir uns geeinigt haben.

(Erneute Heiterkeit)

Wir können auch nicht in eine katholische oder protestantische Kirche laufen. Denn wenn einer z.B. in eine katholische Kirche gehen würde, dann käme er ja in einen Polackentempel. Daher können wir nur als Nationalsozialisten sagen: wenn irgendwo das deutsche Weltanschauungsempfinden rein und stark und hart ohne trennende Tradition verwurzeln kann, dann hier in unserer Gemeinschaft. Wir sind ja erst am Anfang. Wer so wie Adolf Hitler anfängt, daß er nunmehr in zunehmender Kürze des Zeitablaufes ganze Länder zur Kapitulation bringt, der weiß, wie das einmal werden wird, wenn das Tempo innegehalten werden kann. Und unsere Wehrmacht wird schon dafür sorgen.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind absolute Optimisten. Ich habe den Eindruck, daß das Deutsche Reich im Schlußkampf gegen England immer größer sein und immer mehr wachsen wird. Das Großdeutsche Reich ist noch lange nicht das größte Deutsche Reich. Die Aufgabe, die wir hier haben, muß uns bewegen, immer in größten Zusammenhängen zu denken. Hüten wir uns davor, hier die kleinlichen Strömungen und Strahlungen hineinzulassen, die manchmal da und dort im Reich trotz aller Bewußtheit der Geschlossenheit noch nicht restlos überwunden sind. Es wäre sinnlos, wenn in unserem Generalgouvernement der eine anfinge, sich über den andern erhaben und dünkelhaft erhoben zu fühlen.

Hier ist der Wert des Deutschen schlechthin der Maßstab. Und da kann nun die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, der Arbeitsbereich im Generalgouvernement eine Schule aufbauen. Die Revolution des Nationalsozialismus kann nur aus Gebieten, wie wir hier eines aufziehen, immer wieder die Urkraft ihrer kämpferischen Energie gewinnen. Ich selber muß wie ein Luchs aufpassen, daß mir nicht der Egoismus in mehr oder weniger versteckter Form seine Finger hineinstreckt. Ich muß wie ein Jäger aufpassen, daß mir hier nicht jene Einzelerscheinungen von Ressortzuständigkeiten und Selbstherrlichkeiten aufsteigen, die wir als schlimmstes Übel im Reich oftmals verspürt haben.

(Lebhafter Beifall)

Daher ist es klar, daß ich auf meiner Burg sitze wie ein alter Raubritter und manchmal losziehe, um im Lande mit dem Hammer herumzuhauen. Das wäre ja auch noch schöner, wenn ich's nicht täte.

(Heiterkeit)

Und daher, glaube ich, ist es immer wieder an der Zeit, daß wir in der Besinnung auf die Persönlichkeit des Führers, seine eigene Weltanschauung, seine Lebensführung, die große Ausrichtung finden. Wir haben im Generalgouvernement alle Möglichkeiten, wir haben alle Vollmachten des Führers erhalten und können in großen Planungen das vollenden, was uns aufgegeben ist. Dieses Gebiet ist dank dem Heldenmut unserer Soldaten deutsch geworden, und das Weichseltal wird vom Quell bis zur Mündung ins Meer einmal so deutsch sein, wie das Rheintal es ist.

(Stürmischer Beifall)

Freilich, das ist ein schweres Stück Arbeit. Ein Großes liegt da vor uns, ein unheimliches Wirken und Werken wird uns da zusammenführen müssen. Wer immer hier Generalgouverneur ist, der wird wieder und wieder an diese Urkraft des Führers appellieren müssen und sie den wenigen Deutschen hier im Lande vor Augen halten. Das versteht mancher noch nicht. Wenn man so die Stimmen von Besuchern aus dem Reich

hört, die kurze Zeit bei uns weilen, so hat man manchmal den Eindruck, als ob sie glaubten, sie kämen in einen der deutschesten Gaue des Reiches und seien entrüstet, wenn sie in Krakau noch Schmutz auf den Straßen liegen sehen. Dank der hervorragenden Tätigkeit unserer Propagandaabteilung mag es sein, daß man in weiten Gegenden des Reiches annimmt, wir seien der deutscheste und der arischste Gau des Deutschen Reiches.

(Heiterkeit)

Aber das wäre eine irrtümliche Auffassung. Daher ist es ganz gut, wenn wir immer wieder darauf hinweisen: wir sind ganz wenige Deutsche auf Millionen Fremder. Nein, es ist keine leichte Aufgabe, und es war auch keine normale Aufgabe. Wenn mir ein Landrat aus Kissingen oder Bad Tölz käme und mir sagte, wie überrascht er sei, daß es hier in Krakau noch schmutzige Straßen gibt, daß er kein fließendes warmes und kaltes Wasser in seinem Zimmer finde, dann würde ich ihm nur sagen: Bau Dir Dein Zeugs selbst, wie wir es auch gemacht haben.

(Lebhafter Beifall und große Heiterkeit)

Ich renne mir auch oft meinen Schädel ein auf der Burg vor lauter Gotik.

(Erneute Heiterkeit)

Aber in diesen Dingen sind wir nicht empfindlich, wir sind hart. Es ist von allem Anfang so, daß wir hier werken und schaffen müssen. Die Kritiker, die Meckerer, die alten Phrasendrescher sollen uns verschonen.

Daher bin ich auch immer so glücklich, wenn wir von Zeit zu Zeit zusammenkommen. Es kommt selten genug vor. Man müßte hier viel mehr zusammenkommen, damit sich nicht die Zirkel bilden und die Stammtische, nicht jene Klubs sich aufmachen, die wir im Reich Gottseidank beseitigt haben, damit nicht jene Unterschiede wieder gezüchtet werden, die wir mit Not und Mühe drüben abgeschafft haben. Wir Nationalsozialisten sind ja daran gewöhnt, so zu denken. Die einzige Hoffnung und Erwartung, die einzige Größe und Stärke, die

19.4.1941

jeder hat, ist der Glaube an diese Kraft des Volkes. Ihn hat uns der Führer mit auf den Weg gegeben. Wie wären wir wohl durchgekommen, als wir im Jahre 1920 in München begonnen haben, wenn wir nicht diesen blinden Glauben gehabt hätten. Dieser Glaube hat uns nun hierher gebracht.

Wir freuen uns, daß wir die Vertreter der deutschen Wehrmacht unter uns sehen. Es ist mir ein herzliches Bedürfnis, in unser aller Namen Euch Soldaten, Euch, den Männern, die nun wieder für das Dritte Reich kämpfen, zu sagen, daß die NSDAP. glücklich ist, auch der Wehrmacht danken zu können. Wir wissen, daß hier die Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht, Staat und Polizei vorbildlich, schön und aufgeschlossen ist.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Aufgabe in den nächsten Monaten nicht leichter werden wird. Es spukt allerhand in der Luft herum; man kennt sich nicht so recht aus. Die Kriege kommen so plötzlich wie die Blitze aus den Wolken. Da heißt es für uns: hart, entschieden und klar sein. Nehmen wir uns auch hier den Führer als Beispiel. Da sitzt er nun in seiner schlichten grauen einfachen Uniform, er, der das alles geschaffen, hochgehoben und hochgehalten hat. Er verteilt Würden und Ränge, Sterne und Auszeichnungen. Er schmückt jeden seiner Helden. Wer schmückt ihn? Wer gibt ihm den Stern, den Rang, das Abzeichen? Er spürt, daß niemand dazu imstande wäre. Wer von dem ewigen Herrgott so ausgezeichnet ist wie Adolf Hitler, kann von Menschen nicht ausgezeichnet werden. Aber sein Volk schmückt ihn, der Heldenmut seiner Soldaten schmückt ihn, unsere Liebe und Verpflichtung ihm gegenüber.

Das ist alles nicht so einfach. So, wie die Dinge im deutschen Volke gestanden haben, war es höchste Zeit, daß die Umkehr kam. Heute noch träumt mancher von der Verleihung von Titeln, Würden und Rängen. Ich muß gestehen, daß ich mich auch als Parteigenosse früher in meinem einfachen Braunhemd wohler gefühlt habe, als jetzt, wo ich durch Dr. Leys Gnade mit allerhand Abzeichen geschmückt bin. Aber Dienst

ist Dienst, und Stern ist Stern.

(Heiterkeit)

Darauf kommt es ja auch nicht an. Aber eins müssen wir uns immer vor Augen halten. Denken wir bei alledem, was uns im Leben bewegt, was dem Einzelnen an Schwerem begegnet, was er für sich, für sein Dasein, sein Vorwärtskommen, seine Familie, seinen Aufstieg erfährt, immer daran, daß wir uns stets den Führer, seine stille Bescheidenheit, aber auch seine zähe Härte, Zielklarheit und Sauberkeit zum Vorbild nehmen müssen. In unserem deutschen Volke wird dann alles richtig gehen, wenn jeder Einzelne sich bei jeder seiner Handlungen immer fragt: was würde der Führer jetzt zu mir und zu meinem Handeln sagen? Wenn wir diesen Grundsatz zum Inhalt unseres Lebens machen, wenn das millionengleich ausstrahlt, dann wird dieses deutsche Volk immer mehr ausgerichtet sein. Ist es nicht schon geglückt, diesen Geist in die Millionen deutscher Menschen zu bringen? Sind nicht die Soldaten, die jetzt für den Führer vorstürmen, dieses Geistes stolze Künder? Sind es nicht auch die Deutschen in allen Stämmen und Gauen und Ländern und Städten, die nunmehr alles opfern und hingeben, die dem Führer und seinem Werk dienen? Wir im Generalgouvernement sollten uns immer daran erinnern, wir sollten hier immer miteifern. Ich wünschte sehr, daß hier alles andere eher hereinkommt, als das, was man früher einmal Etappenluft nannte.

(Lebhafter Beifall)

Hier müssen wir hart und entschlossen sein. Wir müßten hier eigentlich sowieso ein Vorbild sein. Denn aus dem Osten kommt der Schein, und wir sind diejenigen, die am weitesten im Osten stehen, so weit, daß man in Berlin Städte, die wir noch haben, schon nach Sowjetrußland verlegt.

(Heiterkeit)

Das ist selbstverständlich ein geographischer Irrtum, und es wäre viel schwieriger, wenn es umgekehrt wäre.

Daher ist es klar, daß dieser Kampf, diese Arbeitsweise,

ist Dienst, und Stern ist Stern.

(Heiterkeit)

Darauf kommt es ja auch nicht an. Aber eins müssen wir uns immer vor Augen halten. Denken wir bei alledem, was uns im Leben bewegt, was dem Einzelnen an Schwerem begegnet, was er für sich, für sein Dasein, sein Vorwärtskommen, seine Familie, seinen Aufstieg erfährt, immer daran, daß wir uns stets den Führer, seine stille Bescheidenheit, aber auch seine zähe Härte, Zielklarheit und Sauberkeit zum Vorbild nehmen müssen. In unserem deutschen Volke wird dann alles richtig gehen, wenn jeder Einzelne sich bei jeder seiner Handlungen immer fragt: was würde der Führer jetzt zu mir und zu meinem Handeln sagen? Wenn wir diesen Grundsatz zum Inhalt unseres Lebens machen, wenn das millionengleich ausstrahlt, dann wird dieses deutsche Volk immer mehr ausgerichtet sein. Ist es nicht schon geglückt, diesen Geist in die Millionen deutscher Menschen zu bringen? Sind nicht die Soldaten, die jetzt für den Führer vorstürmen, dieses Geistes stolze Künder? Sind es nicht auch die Deutschen in allen Stämmen und Gauen und Ländern und Städten, die nunmehr alles opfern und hingeben, die dem Führer und seinem Werk dienen? Wir im Generalgouvernement sollten uns immer daran erinnern, wir sollten hier immer miteifern. Ich wünschte sehr, daß hier alles andere eher hereinkommt, als das, was man früher einmal Etappenluft nannte.

(Lebhafter Beifall)

Hier müssen wir hart und entschlossen sein. Wir müßten hier eigentlich sowieso ein Vorbild sein. Denn aus dem Osten kommt der Schein, und wir sind diejenigen, die am weitesten im Osten stehen, so weit, daß man in Berlin Städte, die wir noch haben, schon nach Sowjetrußland verlegt.

(Heiterkeit)

Das ist selbstverständlich ein geographischer Irrtum, und es wäre viel schwieriger, wenn es umgekehrt wäre.

Daher ist es klar, daß dieser Kampf, diese Arbeitsweise,

dieser Opfermut, diese Geschlossenheit, dieser stete Wille, den Führer zum Vorbild zu nehmen, der Entschluß sein soll, den heute auch der Letzte fassen muß. Ich muß mich oft wundern, daß hier im Generalgouvernement die Bedeutung der Partei so gewaltig zunimmt. Die Partei ist hier unser aller großer Gemeinschaftsplatz, an dem sich die Deutschen treffen, sich wie zu Hause fühlen sollen und einmal ganz offen über die Dinge reden können, die sie bewegen. Es darf hier keine Stickluft, keine Kritikasterecken geben. Die Partei muß und wird dafür sorgen, daß in diesem Lande ein Vorbild an Kameradschaft, an Solidarität, an Zusammenstehen inden kommenden Monaten in steigendem Maße entsteht. Helft mit dabei! Sagt nicht: ach Gott, jetzt haben wir schon so viele Verpflichtungen, wir haben in unserer Behörde zu arbeiten, und nun sollen wir abends noch in die Partei gehen. Jawohl, ich bitte Euch, Ihr Deutschen des Generalgouvernements, erhaltet Euch mit aller Kraft dieser Bewegung und seid stolz auf sie. Versprecht es mir und dem Führer. Er hat die Bewegung geschaffen als das große Erleben, aus dem die Zukunft unseres Volkes erstand. Daß Ihr Euch dieser Bewegung mit aller Kraft und Leidenschaft verschreiben wollt, das wäre wirklich der schönste Gruß, den Ihr mir am Vorabend des Geburtstages des Führers darbringen könntet. Aus dieser Bewegung ist ja alles emporgestiegen. Der Führer hat damals gesagt: Ich aber beschloß, Politiker zu werden. Das war in seiner schwersten Stunde nach dem Zusammenbruch Deutschlands, als er im Lazarett lag. Und dann ringt er sich als Politiker empor, dann schafft er die NSDAP. Glauben Sie mir, meine Volksgenossen: es ist heute wie früher. Wenn die Leute zum Führer kommen, dann sitzt er an seinem kleinen Tisch in der Reichskanzlei, und er spricht mit uns von diesen alten Zeiten. Man muß sich immer wieder fragen: welch'ein Geschick? Da sitzt man nun mit dem größten Mann dieser Zeit zusammen,und er spricht über persönlichste Dinge, die nun schon über zwei Jahrzehnte zurückliegen. Er hat dieses Verbundensein mit der Bewegung, mit seiner alten Kampfbewegung, auf die er so stolz ist,

19.4.1941

noch immer. Und es ist eine Ehre, sich dieser Kampfbewegung als geschlossener Trupp zurechnen zu können.

Wir sind besonders stolz darauf, daß wir im Arbeitsbereich den östlichsten Teil der Bewegung aufgebaut haben. Ich bitte Euch: gebt dieser Bewegung Eure Kraft. Wenn in der Bewegung der alte Kampfgeist lebendig bleibt, dann wird sich in alle Zukunft der Polacke die Zähne ausbeißen. Wir sind hier als die Künder der ersten großen Bewegung, und wir können nur sagen: sind schon diese Brüder in Berlin damals mit uns nicht fertig geworden, wie sollte jemals dieses waschlappige Dreckzeug, dieses Nomadenvolk mit uns fertig werden, das seinen eigenen Boden so miserabel behandelt, daß es nicht einmal richtige Äcker hat schaffen können. Und da möchte ich noch eins sagen: wir wollen hier nicht das polnische Volkstum schützen, wir haben auch keinen Anlaß,den Polen mehr Kultur beizubringen, als sie selber haben wollen. Ich muß immer wieder dagegen bremsen, daß übereifrige Repräsentanten unseres deutschen Geistes bemüht sind, den Polen aus einem Nomaden zu einem seßhaften Mittelständler zu entwickeln. Daran haben wir gar kein Interesse, - er selber übrigens auch nicht. Denn wenn er schon Nomade bleiben will, dann würde er als Mittelständler sowieso Bankrott machen. Wenn ich aber in einer Zeitung lese, daß sich eine Dienststelle dessen rühme, sie gedenke einen polnischen Mittelstand aufzubauen, so muß ich schon sagen: die Leute haben den Krieg verschlafen, die haben nicht gekämpft, die wissen nicht, wie es in Polen aussieht. Da muß auch die Partei auftreten und mit aller Bestimmtheit sagen: wir haben hier Abrechnung zu halten für ein halbes Jahrtaussend deutscher Unterdrückung in diesem Raum. Was kündet im Weichseltal nicht alles den deutschen Schaffensgeist? Die Burgen, die Schlösser, die Straßen, die Städte, - wer hat sie gebaut ? Nicht der Pole, der Deutsche hat sie gebaut. Das sind die Mahnmale, die die früheren Generationen für uns errichtet haben, damit wir nicht wieder müde und weich und schwach werden. Das heißt nicht, daß wir einen Feldzug beginnen wollen, wie ihn die Po-

len den Deutschen gegenüber unternommen haben. Es gibt schon wieder Leute, die das offenbar nicht mehr wissen. Ich habe einmal jemandem gesagt, daß die Polen 60 000 Deutsche umgebracht haben, und da fragte er mich: wann? Meine Volksgenossen, wir dürfen nicht wieder weich werden, wir dürfen nicht wieder mildherzig und kulturell sein, wir dürfen den anderen nicht das beibringen, was uns groß gemacht hat. Denn dann würden uns die Polen eines Tages die Gurgel durchschneiden, wobei es vielleicht um manche Gurgel nicht allzu schade wäre.

(Heiterkeit)

In diesem Kampf geht es um Generationen, um Jahrtausende. Ich will Ihnen daher sagen, daß auch der Führer diese ernste Sprache spricht. Wir dürfen also nicht in den Fehler verfallen, hier weich, mildherzig zu sein, erzieherisch und kulturvermittelnd wirken zu wollen. Was hat man denn mit den Deutschen gemacht, die hier die Burgen und die Schlösser und die Häuser gebaut haben ? Man hat sie aus dem Lande gejagt, und ihre Nachkommen hat man gemordet. Glauben Sie, die Polen würden es mit den kommenden Generationen jemals anders machen? Ein Ukrainer hat mir mitgeteilt, daß die Polen sagten: soviele Bäume gibt es gar nicht, wie sie brauchten, um uns alle aufzuhängen. Ja, das würde den Kerlen so passen. Aber da würden wir wohl die Bäume wohl erst einmal für uns und für unsere Absichten in Anspruch nehmen.

Es ist eine der Aufgaben der Bewegung, wie wir sie allerdings noch nie gestellt haben, daß wir dieses Bewußtsein der nationalen Rassenkampfstimmung hochhalten, daß wir das deutsche Volk emporreißen, daß jeder Deutsche, der von draußen zu uns hereinkommt, gleich in diese Schule der Härte, der Entschlossenheit, des Nie-wieder-weichen-wollens von diesem Platz aufgenommen wird. Wie sollten wir sonst vor den deutschen Soldaten bestehen, die in diesem Lande gefallen sind, wie sollten wir vor den Gräbern bestehen, die dieses Land trägt? Wie sollten wir vor allem vor dem Führer bestehen, der uns in dieses Land geschickt hat, um die deutsche

19.4.1941

Machtgröße zu repräsentieren? Ich bin durchaus mit vielem zufrieden. Ich bin zufrieden mit dem vielen, was wir trotz alledem in diesen anderthalb Jahren geschaffen haben. Es hätte vielleicht noch weit mehr sein können. Aber es ist doch so unendlich viel geschaffen worden, so daß der Führer mir sagte: das Generalgouvernement ist das bestverwaltete besetzte Gebiet, das er kennt. Mehr können wir nicht verlangen. Daher dürfen wir auch mit Stolz auf diese Arbeit schauen. Und wenn wir weiter so arbeiten können, dann werden wir aus diesem Lande fast ein Paradies machen. Wir werden hier alles entwikkeln können. Wir können hier die alten Kulturwerke aufrichten und dem deutschen Menschen im Rahmen der Möglichkeit Arbeit geben. Also wir können unendlich viel bauen, schaffen, richten, und ich glaube, das werden wir auch tun.

Die Partei hat dabei ihre besondere Aufgabe. Sie muß alle Deutschen in diesem Raum dahin bringen, sich in die Gemeinschaftsarbeit einzureihen. Vielleicht kommen jetzt die schwierigsten Monate des Krieges. Wir können nicht alle Stellen mit Deutschen besetzen; auch das muß einmal gewissen Vertretern des Reiches offen gesagt werden. Bei der großen Arbeit, die wir zu verrichten haben, bei der Arbeit in den öffentlichen Werken, in den Fabriken usw. brauchen wir die Polen. Und hier muß ich auch eins offen sagen: es gibt tausende von Polen, die absolut loyal und eifrig ihre Pflicht erfüllen. Wir müssen das anerkennen, wir tun es und werden den Polen auch gar keine Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn sie sich in ihrer Lebensführung auf polnische Art betätigen. Wir wollen ihnen weder Glauben noch Sprache noch Eigenart nehmen. Wir werden uns aber nur durchsetzen, wenn die Autorität der deutschen Führung restlos anerkannt wird und sich auch überall mit Nachdruck durchsetzt.

Ein besonderes Wort gelte den fremdvölkischen Ukrainern. Gerade den Ukrainern müssen wir für ihre großartige loyale Zusammenarbeit mit den Deutschen hier im Lande danken. Dieses Volk, das eine schwere nationale Leidensgeschichte kennt, das unendlich viel für sein nationales Ideal gelitten hat, -

dieses ukrainische Volk, soweit es im Generalgouvernement lebt, ist des Schutzes des Reiches ausdrücklich versichert. Wir haben schon viele hunderte von Kirchen, die die Polen den Ukrainern wider Recht und Moral, allerdings unter dem Schutz des Hl. Vaters in Rom, genommen haben, ihnen wieder zurückgegeben. Die Kirchen allerdings, die die Polen den Ukrainern niedergebrannt haben, konnten wir bislang nicht wieder aufbauen. Hier könnte man die internationalen demokratischen Phrasendrescher einmal hinführen und könnte ihnen zeigen, was die Kultur dieses sogen. polnischen Staates bedeutete. Man könnte sie in die ukrainischen Dörfer führen und ihnen zeigen, wie unter dem Schutz der Regierung ganze Dome enteignet wurden, daß eine Bevölkerung von vielen Ukrainern sozusagen über Nacht ihres Domes als einer Glaubensstätte beraubt wurde. So sind wir Deutschen in dieses Land gekommen als die Betreuer nicht nur der deutschen, sondern ebenso sehr der fremdnationalen, aber mit dem Deutschen sympathisierenden Elemente.

Im allgemeinen kann ich daher nur sagen: wir können bei einem Blick in dieses Land der Überzeugung sein, daß dieser Geist lebendig ist. Sorgen wir auch als Partei dafür, daß er lebendig bleibt.

Nun tönen in diesem Augenblick die Glocken der Ehrfurcht im Raume der deutschen Weihe. Es beginnt der Feiertag. Auch für uns, die wir jetzt von unserer Arbeit, unserer Gemeinschaft, ihren Notwendigkeiten, Sorgen und Zukunftsaussichten gesprochen haben, beginnt jetzt die Feier. Jetzt sind wir einmal ganz die Deutschen. Jetzt ist es völlig gleichgültig, welchen Rang oder Stand jemand besitzt; jetzt sind wir nur deutsche Menschen, die des größten Deutschen gedenken. Jetzt ertöne die Glocke: wir sind das begnadetste Volk der Welt und damit das verpflichtetste. So, wie wir gesegnet wurden, ist noch kein Volk vom ewigen Schicksal gesegnet worden. Das ist nicht etwa so nebenher zu sagen, sondern es ist die Weihe unseres Lebens. Alles, was wir künftig in uns und mit uns erleben, ist nichts im Vergleich zu dem, daß wir die

19.4.1941

Mitgestalter des Lebenswerks Adolf Hitlers sein dürfen. Er hat uns wieder aufgerichtet; er hat uns diesen Glauben wiedergegeben, er hat uns das Werk, die Kraft und den Glauben an die Zukunft geschenkt. Was wäre aus uns geworden, was wäre mit dem deutschen Volk geschehen, wenn er nicht gekommen wäre? Was wären wir dann heute? In welchen Abgründen der Not und des Elends würden wir nicht heute stecken? Die Millionen der Arbeitslosen, die zerstörten Fabriken, die Not der Städte und des Landes, wie hätten sie sich in die Tiefe hinein entwickelt, wie wäre nicht jedem Einzelnen ein Leben in Deutschland zum Grauen geworden! Und heute? - Welch' ein strahlendes Licht in der deutschen Bewußtheit, welcher Glaube, welches Aufgerichtetsein für den Einzelnen wie für das Volk! Das muß man in dieser Feierstunde in sich tragen: die deutschen Soldaten am Olymp, an dem alten herrlichen Mahnmal höchster arischer Kultur, die Deutschen am Nordkap, dort, wo die ewige Stimme des germanischen Bewußtseins aufsteigt, die Deutschen an den Pyrenäen, dort, wo die Grenzmark des Reiches Karls des Großen lag, die Deutschen in Marburg, in Straßburg, in Metz, die Deutschen wieder in Posen, in Danzig, in Prag, die Deutschen in Krakau, in Warschau und in Memel! Welch' ein Klang der Verzweiflung war einmal mit diesen Namen verbunden und wie tönen sie heute in unseren Herzen! Und das alles durch Adolf Hitler!

Neben dieser Glocke der Feier hören wir eine andere Glocke in Europa und in der Welt, eine Armesünderglocke tönt, nervös zittert sie durch den Äther: es ist die Todesglocke Englands. Wie man einen ertappten Missetäter zur Richtstatt führt, so schlägt sie diesen Cliquen der Ausbeuterklasse Londons dem Ende zu. Niemand, der hier die Stimme des Mitleids oder Erbarmens hört. Hier steht eine ganze Welt als Richter und einer als der Vollstrecker des Urteils, Adolf Hitler. Das ist jene Macht, die nun seit 400 Jahren die Reichtümer der Welt aufgesaugt, die mit allen Mitteln und allen verbrecherischen Methoden Völker vernichtet,

19.4.1941

Menschen geknechtet, den Arbeitsertrag fleißiger Nationen wie ein Geizhals bei sich aufgestapelt und damit die Welt in Unordnung gebracht hat. Und heute? Keines dieser Mittel verfängt mehr. Es ist die Todesstunde Englands, die diese Armesünderglöcke einleitet. England, fahre dahin, rüste Dich, Dein letzter Gang hat begonnen! Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Aus den Ozeanen, aus den fernsten Zonen der Erde erheben sich die, die durch Dich in Verzweiflung dahinsanken und untergingen. Die Geister steigen wieder auf, die Du aus dem irdischen Glück gebracht hast. England, fahre dahin, England, rüste Dich! Dein Todesgang hat begonnen. Und Adolf Hitler ist der Vollstrecker dieses Welturteils.

Was in Indien geschah durch zwei Jahrhunderte, wo man die Träger eines der höchsten Kulturvölker hinmordete und vor die Kanonen band, - was durch viele Jahrhunderte in Irland geschah, was in Südafrika mit den Buren geschah, was überall sonst in der Welt geschah, es ist uns wichtig und wert, daß es mit auf der Rechnung steht.

Aber, England, was Du Deutschland getan hast, das sei Dir aufgezählt. Unter denen, die Du mordetest, befinden sich die über eine Million deutscher Kinder und Frauen und Männer, die Du durch Deine Hungerblockade umgebracht hast. Und da stehen die Toten der Kriege, die Du geführt hast, um Deine Piratenmacht durch Zerreißung der anderen Völker zu halten. Diese Glocke tönt durch das Weltall. Sie kann auch nicht jener unwürdige Nachfolger eines so würdigen Mannes wie Washington, sie kann Herr Roosevelt nicht zum Verstummen bringen. Es war sein Vorgänger Washington, der dieses Wort sprach: von England sich zu befreien, heißt, der Menschheit sich wieder verschreiben zu dürfen. Dieses Wort Washingtons hat der Führer heute zu seinem Programm gemacht.

England, fahre dahin, Deine Todesstunde ist gekommen. Wenn man die Geschichte über die Jahrtausende hinweg sieht, wenn das Kleine immer kleiner und das Große immer größer

19.4.1941

wird, wenn man so, wie wir heute auf Cäsar oder Arminius zurückschauen, einmal in zwei Jahrtausenden auf diese unsere Zeit zurückschauen wird, dann wird einmal der Name Adolf Hitlers der des Gestalters dieser Zeit sein. Er wird bei seinem Namen den Ehrentitel tragen: Wiedererwecker des Deutschen Reiches als der Heimat der Neuordnung der Welt, Zerstörer und Vernichter Englands als der Heimstätte unsäglichster Verbrechen.

(Stürmischer Beifall)

Wir können daher von diesem ernsten Punkt der Weltgeschichte aus, an dem wir stehen, aus dieser Zone der Überschneidung der nationalen Energien in jeder Richtung, nur sagen: in diesem Bewußtsein einer geschichtlichen Sendung begehen wir die Feierstunde von Führers Geburtstag. Adolf Hitler, Du kannst Dich auf Deine Deutschen im Generalgouvernement verlassen! Deine Deutschen, ganz gleich, welche Uniform sie tragen, ob sie Soldaten des Heeres oder der Luftwaffe, ob sie Soldaten der Bewegung, des Staates und der Verwaltung sind - wir alle wollen Dir dienen und als unser Geschenk zu Deinem Geburtstag Dir unser Leben weihen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Oberbereichsleiter Schalk: Aus dem Erlebnis dieser Stunde, die Sie, Herr Generalgouverneur, uns bereitet haben, senden wir das nachfolgende Telegramm an den Führer und Reichskanzler:

> Mein Führer! Die in einer machtvollen Kundgebung versammelten Deutschen Krakaus grüßen Sie auf diesem Wege und senden Ihnen die heißesten Glück- und Segenswünsche. Möge der Segen des Allmächtigen weiter über Ihnen und Ihrem gigantischen Werke stehen. Die Deutschen Krakaus grüßen Sie mit Ihrem alten Kampfruf: Sieg Heil dem Führer!

Mit dem Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

/3 **Sonntag, den 20. April 1941**

5 Der Herr Generalgouverneur überreicht seinen Protokollführern Staatsanwalt Dr. Meidinger und Regierungsrat Gnauck mit Worten der Anerkennung für die von Ihnen geleistete Arbeit das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse.

Der Herr Generalgouverneur überreicht in Gegenwart des Oberbereichsleiters Schalk den Pg. Ollesch, Senftleben und Hollweger die Ernennungsurkunden zu Bereichsleitern, den Pg. Stahl, Thüringer und Seifert die Ernennungsurkunden zu Hauptabschnittsleitern und Pg. Pfliegner die Ernennungsurkunde zum Abschnittsleiter.

Staatsakt im Hofe der Burg zu Krakau aus Anlaß des Geburtstages des Führers.

Auf dem Burghofe sind angetreten: eine Abordnung der Luftwaffe, eine Abordnung des Heeres, eine Kompanie der Waffen-SS mit Musikzug und Spielleuten, eine Hundertschaft politischer Leiter, eine Abteilung des Arbeitsdienstes, eine Abordnung der Hitler-Jugend und eine Gruppe Volksdeutscher.

Nachdem die neu zu weihenden Hoheitsfahnen der Distriktsstandorte zusammen mit der Hoheitsfahne des Arbeitsbereichs in den Burghof gebracht worden sind und Oberbereichsleiter Schalk in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung des Tages hingewiesen hat, hält der Herr Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. Frank, folgende Ansprache:

Nationalsozialisten! Auf dem Hofe der alten Burg zu Krakau, die durch den Heldenmut unserer Soldaten in einem Kriege ohne Vorbild in der Geschichte wieder deutsch geworden ist, an dieser alten, erlebnisreichen Stätte deutscher Kultur, deutscher Baukunst und deutscher Geschichte, umfängt

20.4.1941

uns an dem Weihetage unseres Volkes, dem zweiten Kriegsgeburtstag unseres Führers, eine feierliche Stimmung.

Ich danke Euch allen, Ihr Männer, die Ihr Euch hier in den weiten Bereichen des Generalgouvernements in allen Dienststellungen, allen Gruppenverbänden, allen Berufen, in Partei und Staat, in Wehrmacht, Polizei und SS betätigt, damit sich das Gebilde formt, dem der Führer den Namen "Generalgouvernement" gegeben hat. Es ist eine schwere, hohe, stolze Aufgabe, die uns der Führer in seinem östlichsten Machtbereich gegeben hat. Immerdar müssen wir eine verschworene Gemeinschaft bleiben. Wir, die Männer des Ostens, die Kämpfer des Reiches in diesem Raum, dürfen niemals vergessen, daß, was durch Kampf gewonnen wurde, nur durch Kampf und Opfer gehalten werden kann. Wehe uns, wenn jemals wieder dieser nationalsozialistische, dieser alte deutsche soldatische Kampfgeist unserem Volke verlorenginge, wehe uns, wenn wir jemals wieder zurücksinken würden in faule Lässigkeit und schwatzhafte Gleichgültigkeit!

Diese Hineinbezogenheit des Einzelnen und seines Werkes in die Gemeinschaft ist die Form des Lebens, die uns der Führer gegeben hat, die ihm zu geloben unser Geschenk an seinem Geburtstag sein soll.

Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, vom Führer unmittelbar nach dem Unglück des Jahres 1918 gegründet, ist mittlerweile zur Trägerin der germanischen Weltrevolution geworden. Aus ihr nahm das deutsche Volk die Kraft, den Aufstieg unter seinem Führer anzutreten. Euch, Ihr Volksdeutschen dieses Gebietes, gilt der besondere Gruß und Dank des Führers. Ihr habt auf diesem Boden unter den schwierigsten Umständen und unter ständigen terroristischen Verfolgungen eines von Irrwahn durchzogenen Staates, der sogen. polnischen Republik, dem deutschen Namen Ehre gemacht. Im Namen des Führers, des Reiches und der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei sei Euch dafür immerdar gedankt. Neben den Gräbern unserer Soldaten in diesem Lande sind Eure Volksgenossen zu Tausenden hier begraben,

die als Opfer der polnischen sadistischen Verfolgung gefallen sind. Ihrer gedenken wir. Diese Weihestunde soll daher dadurch gekrönt sein, daß ich von dieser Stelle aus symbolisch die für den Eintritt in die Partei geeignet gefundenen Volksgenossen des Generalgouvernements hiermit in den alten Kampforden der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei aufnehme. Ihr seid nun Parteigenossen. Kämpft mit uns den Kampf weiter! Fühlt Euch damit einbezogen in den engsten Kreis derer, die unser Führer aus dem deutschen Volke als Vorkämpfer der nationalen Entschlossenheit um sich gesammelt hat. Diese Fahne, die hier weht, ist die Reichsflagge des Großdeutschen Reiches. Sie ist unsere alte Parteifahne geblieben. Mit ihr haben wir den Kampf gewonnen. Diese Fahne trugen wir in unserem Kampf gegen eine verschworene Welt von Feinden. Sie wird nunmehr auch von Euch als Deutschen und als Parteigenossen getragen.

Ich bitte nun die Distriktstandortführer, hier zu erscheinen und mir bei der Übernahme der Fahne im Namen des Führers Treue zu geloben. Hütet und wahrt diese Fahne der alten Kampfbewegung. Im Namen des Führers übergebe ich Euch diese Fahnen. Haltet sie hoch und fest. Möge mit diesen Fahnen wie bisher der Sieg sein!

Ihr Fahnen, seid geweiht!

Mit dem von Oberbereichsleiter Schalk ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und mit den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt dann die einzelnen Formationen und läßt sich die in die Partei aufgenommenen Volksdeutschen vorstellen.

Burg Krakau

Montag, den 21. April 1941

Unterstaatssekretär Kundt hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die laufenden Dienstgeschäfte.

Der Herr Generalgouverneur teilt dem Unterstaatssekretär seine Beobachtungen auf einem abendlichen Rundgang durch Krakau mit. Als besonders beklagenswert und mit der deutschen Autorität unvereinbar bezeichnet der Generalgouverneur die große Anzahl von betrunkenen Uniformierten, die sich auf der Straße und in den Lokalen herumtrieben. Es müsse sofort mit Polizei, SS und Wehrmacht wegen eines allenfallsigen Schnapsausschankverbotes nach 19[00] Uhr in Verbindung getreten werden. Auffallend sei das völlige Fehlen von deutschen Polizeistreifen in den Straßen; eine Abhilfe hierin sei dringend notwendig und müsse sofort in die Wege geleitet werden. Der Herr Generalgouverneur beanstandet ferner den immer noch sehr starken Autoverkehr, der offenbar weitgehend privaten Zwecken, insbesondere dem Besuch von Gaststätten und Vergnügungslokalen, diene. Dieser Autoverkehr müsse auf das schärfste kontrolliert werden, nötigenfalls, wenn die Polizei auf diesem Gebiet versage, durch Heranziehung von Sonderdienstkommandos. Einer Überwachung bedürfe auch die Einhaltung der Sperrstunde in den Kasinos. Auch hierbei sei unter Umständen an die Heranziehung des Sonderdienstes zu denken. Die deutschen Beamten und Angestellten aller Dienststellen seien darauf aufmerksam zu machen, daß es eine Ehrenpflicht sei, nicht nur Lokale und Kasinos, sondern auch Kultureinrichtungen wie das Staatstheater zu besuchen.

Es kommt dann noch die Einrichtung eigener Regierungswerkstätten zur Sprache. Der Herr Generalgouverneur äußert dabei den Wunsch, daß eine solche Einrichtung von Regierungswerkstätten in weitestem Umfang und für alle Gebiete des gewerblichen Bedarfes erfolgen möge. In Lublin habe man das Problem durch die Arbeitsstätten mit jüdischen Arbeitskräften geregelt.

Kressendorf

21.4.1941

Burghauptmann Buchner, Verwaltungsführer Angeloch und Architekt Horstmann berichten dem Herrn Generalgouverneur über den Fortgang der Bauarbeiten auf der Burg und über die weitere Ausgestaltung von Schloß und Park in Kressendorf.

334

Kressendorf

Dienstag, den 22. April 1941

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur zur Unterzeichnung vor:

VO. über den Luftschutz im Generalgouvernement,
" über den Feuerschutz im Generalgouvernement,
" zum Schutze von Wald, Moor und Heide gegen Brände,
" über Erhebung der Grundsteuer,
" über die Entschädigung von Kriegs-und Volkstumssachschäden im Generalgouvernement,
" über die Bekämpfung übertragbarer Tierseuchen,
" über Postsparkassendienst im Generalgouvernement,
" über Torfausbeutung im Generalgouvernement,
" über die Anerkennung der altkatholischen Kirche der Utrechter Union im Generalgouvernement,
" über die Anerkennung der Methodistenkirche im Generalgouvernement.

Kressendorf

Mittwoch, den 23. April 1941

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit dem Direktor des Ostinstituts Dr. Coblitz.

Der Herr Generalgouverneur äußert den Wunsch, daß das Institut einen universitätsmäßigen Betrieb mit Vorlesungen bekannter Professoren aus dem Reich aufziehe. Auf die Mitteilung von Dr. Coblitz, daß für solche Vorträge bereits Professoren aus Breslau und Jena sowie Staatssekretär Dr. Freisler gewonnen worden seien, regt der Herr Generalgouverneur an, an Staatssekretär Frank mit der Bitte heranzutreten, einen Vortrag über das Protektorat und seine geschichtliche und staatsrechtliche Bedeutung zu halten.

Dr. Coblitz teilt ferner mit, daß im Institut eine Sektion Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Pulawy gegründet werde. Es sei beabsichtigt, Präsident Körner zum Mitglied des Ostinstituts zu ernennen.

Die in Vorbereitung befindliche Veit Stoß-Ausstellung - so teilt Dr. Coblitz mit - wäre sehr schön und reichhaltig; es sei gelungen, eine Reihe neuer Werke von Veit Stoß zu bekommen.

Auf eine Anfrage des Herrn Generalgouverneurs teilt Dr. Coblitz mit, daß sich der Beheim-Codex zur Zeit zur Reproduktion in Berlin befinde. An der Herausgabe sei das Institut mitbeteiligt.

Dr. Coblitz berichtet dann abschließend noch über die geplanten baulichen Änderungen im Gebäude des Instituts.

Dr. Ing. Buch legt dem Herrn Generalgouverneur eine ausführliche Denkschrift über die Energieversorgung des Generalgouvernements vor. In Gegenwart von Unterstaatssekretär Kundt Präsident Emmerich, Präsident Körner, Ministerialrat Plodeck und Generaldirektor Frauendorfer erläutert Dr. Buch an Hand von Karten und graphischen Darstellungen die technischen Einzelheiten des in der Denkschrift niedergelegten Projektes.

23.4.1941

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Präsident Bauder, Oberbaurat Hofer und Notar Gutbrod über den Stand der Bauarbeiten für das Staatskasino.

Oberbaurat Hofer gibt der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn nicht außergewöhnliche Umstände dazwischentreten, das Kasino am 1. August in Betrieb genommen werden könne.

337

Burg Krakau

Donnerstag, den 24. April 1941

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

Besprechung mit Major Wieser.

Major Wieser überbringt die Grüße des Admirals Canaris und gibt einen allgemeinen Überblick über die Abwehrlage im Generalgouvernement. Admiral Canaris hat, wie Major Wieser weiter mitteilt, nunmehr nachdrücklich Weisung gegeben, daß sich auch die Abwehrstelle der Wehrmacht bei dem Bedarf an Zloty ausschließlich der regulären Einrichtungen des Generalgouvernements zu bedienen hat. - Major Wieser gibt sodann dem Wunsche Ausdruck, daß vielleicht bei Erlaß und Vollstreckung von Todesurteilen gegen Polen gelegentlich einmal die Urteile veröffentlicht werden möchten. Er verspricht sich davon eine gewisse Abschreckungswirkung auf die allgemeine Bevölkerung.

12^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{30} Der Herr Ge[illegible]ouverneur empfängt Gauleiter Oberstleutnant [illegible]

15^{15} Besprechung mit Abteilungspräsident Ohlenbusch und Pressechef Gaßner.

Abteilungspräsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß für die Monate Mai und Juni Besuche hervorragender Künstler aus dem Reiche bevorstünden, so z.B. von Tiana Lemnitz, Edwin Fischer und einem der besten italienischen Tenöre. Vorgesehen wären weiter ein Konzert des Ukrainischen Nationalchors und das Gastspiel italienischer Opernsänger. Ferner werde Karl Napp mit seinem Ensemble nach Krakau kommen. Weiter sei ein Gastspiel ~~sei~~ ein Gastspiel der Wiener Sängerknaben und ein Ballettabend des Deutschen Opernhauses in Berlin in Aussicht genommen sowie ein Konzert des Leipziger Gewandhaus-Orchesters.

24. 4.1941

In diesem Zusammenhang wird die Frage der Unterbringung auswärtiger Künstler erörtert. Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß der Komplex "Grand Hotel" demnächst eingehend besprochen werden soll.

Abteilungspräsident Ohlenbusch geht dann kurz auf den bevorstehenden Besuch des Gauleiters Bracht ein. Er berichtet weiter, daß demnächst in Lublin eine landwirtschaftliche Ausstellung und in Warschau eine Wirtschaftsausstellung stattfinden solle.

Der Herr Generalgouverneur warnt angesichts der zur Zeit im Generalgouvernement herrschenden Verkehrsverhältnisse vor solchen Veranstaltungen.

Der Film "Ohm Krüger" wird, wie Abteilungspräsident Ohlenbusch mitteilt, am Freitag, dem 25. April, in der "Urania" zur Vorführung gebracht. Der Einlaß ist nur Deutschen unter Vorlegung ihres Personalausweises gestattet.

Abteilungspräsident Ohlenbusch nimmt sodann zur Frage des Rundfunks Stellung. Er ist der Ansicht, daß mit der Auslieferung von Rundfunkgeräten an die Polen noch zurückgehalten werden müsse. Die bislang produzierten Apparate könnten an die Wehrmacht oder an die Deutschen abgegeben werden, damit die Industrie keinen Schaden erleide. Mit Rundfunkgeräten sei ein schwunghafter Handel getrieben worden. Über 1 Million Zloty Kaufgelder stehe noch aus. - Übrigens habe die Postverwaltung zwei fahrbare Sender für den polnischen Nachrichtendienst zur Verfügung gestellt. Allerdings sei der Sendebetrieb nicht in Gang gekommen. Das Generalgouvernement müsse ein eigenes Sendersystem aufbauen.

Der Herr Generalgouverneur würde es begrüßen, wenn es möglich wäre, das Schlußkonzert der Philharmonie des Generalgouvernements mit der Solistin Elly Ney auf einen deutschen Sender, vielleicht auf den Deutschlandsender zu übertragen.

Präsident Ohlenbusch erklärt sich bereit, einen entsprechenden Antrag bei der Reichs-Rundfunkgesellschaft zu stellen.

24.4.1941

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann das Verhältnis der Partei zur Abteilung Volksaufklärung und Propaganda erörtert. Hierbei steht die Frage im Vordergrund, ob Ministerialrat Horst Dreßler-Andres noch in seiner Stellung bei der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda bleiben könne, wenn er fast völlig von der Parteiarbeit in Anspruch genommen sei. In der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda habe Ministerialrat Dreßler-Andres die aktive Propaganda übernehmen sollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, über diese Frage mit Oberbereichsleiter Schalk zu sprechen und eine befriedigende Lösung zu suchen.

Abschließend wird dann noch über die Filmfrage gesprochen, und hier gibt der Herr Generalgouverneur seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß zur Zeit die deutsche Filmproduktion nur wenig gute neue Filme herausbringe.

Pressechef Gaßner legt dem Herrn Generalgouverneur den Stellenplan seiner Abteilung vor. Der Herr Generalgouverneur weist Pressechef Gaßner an, diesen Plan noch mit den zuständigen Stellen zu besprechen.

15[45] Besprechung mit Finanzpräsident Spindler.

Finanzpräsident Spindler erklärt sich mit einer Aufwandsentschädigung für die Hauptabteilungsleiter grundsätzlich einverstanden. Seine Bedenken hätten sich lediglich dagegen gerichtet, daß diese Aufwandsentschädigung zu groß wäre. Wenn sie aber auf die 12 Hauptabteilungsleiter beschränkt werden würde, dann sei vom Standpunkte der Finanzabteilung aus keine Einwendung dagegen zu erheben. Werde aber die Aufwandsentschädigung zu hoch bemessen, dann werde sofort die Begehrlichkeit anderer Beamtenkreise geweckt. Er schlage vor, den Hauptabteilungsleitern eine Dienstaufwandentschädigung von Zl. 400.-- monatlich, dem Staatssekretär eine solche von Zl. 2 000.-- und dem Unterstaatssekretär 1 200 Zl. zu geben.

24.4.1941

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden unter der Voraussetzung, daß diese Regelung zunächst für die Dauer des Krieges Geltung haben solle.

In diesem Zusammenhang betont der Herr Generalgouverneur daß vielfach über die lange Dauer der Einstufung von Beamten und Angestellten durch die Finanzabteilung geklagt werde. Manche Beamten und Angestellten wüßten nach einem halben Jahr noch nicht, welches Gehalt ihnen zustehe.

Abteilungspräsident Spindler glaubt, die gegen die Finanzabteilung erhobenen Vorwürfe zurückweisen zu können. Man sei jetzt in der Bearbeitung der Sachen so weit, daß man sie nicht mehr über Gebühr liegen zu lassen brauche. Anfangs habe man eben leider nicht über eine genügende Anzahl von Beamten zur Erledigung der Arbeit verfügt. Zu bedenken sei, daß ja auch noch andere Dienststellen, wie das Personalamt und die Abteilung Innere Verwaltung an der Regelung dieser Dinge beteiligt seien.

Auf die Frage des Finanzpräsidenten Spindler, ob es zutreffe, daß der Herr Generalgouverneur dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle eine Zuwendung von Zl. 3 000.-- aus dem Dispositionsfonds versprochen habe, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er sich lediglich bereit erklärt habe, aus Anlaß des Jahrestages der Gründung des Sonderdienstes den hier versammelten Sonderdienst-Kommandoführern aus dem Fonds "Krakau-Warschauer-Zeitung" eine Summe von Zl. 3 000.-- zur Verfügung zu stellen.

16[05] Besprechung mit Unterstaatssekretär Kundt.

Unterstaatssekretär Kundt berichtet dem Herrn Generalgouverneur zunächst über Lieferungen des Generalgouvernements an die Wehrmacht und teilt dabei mit, daß u.a. in einem Monat 60 000 Kg Butter geliefert worden seien.

In der Angelegenheit der "Ostha" (Osthandelsgesellschaft) in Lublin verfügt der Herr Generalgouverneur, daß ihm der Entwurf eines Briefes an den Gauleiter Röver vor-

vorgelegt werde, den er persönlich unterschreiben wolle. Weiter beauftragt der Herr Generalgouverneur Unterstaatssekretär Kundt, die Akten über die Verhängung von Schutzhaft seitens der Distriktsverwaltung in Lublin durchzusehen und festzustellen, ob und wieweit sich Gouverneur Zörner hier nicht richtig benommen habe und ob Zusammenhänge zwischen Gouverneur Zörner und dem Komplex der "Ostha"-Gründung zu finden seien. Ferner müsse Abteilungspräsident Wille über den Sachverhalt ins Bild gesetzt werden. Vor allem müsse von ihm untersucht werden, wie es möglich sei, daß oldenburgische Rechtsanwälte mit einer Sache beschäftigt würden, die in Lublin vor sich ginge. Er wünsche nicht, daß die Interna in dieser Angelegenheit öffentlich bekannt würden. Es müsse den Anwälten die Erlaubnis entzogen werden, im Generalgouvernement aufzutreten. In dem Briefe müsse dem Gauleiter Röver klargelegt werden, daß es sich um die Verhängung von Schutzhaft gegen einige Personen handle und die Angelegenheit noch nachgeprüft werden würde.

Unterstaatssekretär Kundt macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß Präsident Gerteis eine Dienstordnung für die planmäßigen Beamten der Ostbahn aufgestellt habe, die am 1. April in Kraft getreten sei. Es sei hier erstmalig, ohne daß man sich vorher mit der Regierung des Generalgouvernements in Verbindung gesetzt habe, eine Dienstordnung herausgegeben worden, die z.B. Bestimmungen über Gewährung von Ruhegehalt im Falle dauernder Dienstunfähigkeit, von Witwen- und Waisengeld enthalte. Offenbar sei diese Dienstordnung im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsministerium erlassen worden. Er werde die Sachlage noch genau überprüfen lassen.

Der Herr Generalgouverneur weist Unterstaatssekretär Kundt an, den Präsidenten Gerteis aufzufordern, das Inkrafttreten dieser Dienstordnung sofort zu stoppen. Jedenfalls werde von ihm die Dienstordnung in dieser Form und unter diesen Voraussetzungen nicht genehmigt werden. Es sei

überhaupt an der Zeit, die Konstruktion der Ostbahn, ihre Aufgaben usw. zu erörtern. Die Ostbahn stehe verwaltungsmäßig im Eigentum des Generalgouvernements, das ja schließlich auch die Haftung übernehme. Aus allen diesen Gründen könne nicht ohne weiteres einseitig von der Ostbahn eine Dienstordnung mit Gesetzeskraft erlassen werden.

Unterstaatssekretär Kundt bemerkt, daß er bereits heute eine Besprechung über diese Frage mit Vertretern der Ostbahn habe, in der auch zu dem neuen Stellenplan Stellung genommen werden solle. Es müsse einmal klargestellt werden, was zum Bereiche der Generaldirektion und darüberhinaus zum Bereiche der Regierung gehöre. Die Ostbahn habe offenbar in Vereinbarungen mit der Berliner Zentrale einen eigenen Stellenplan geschaffen, nach welchem eine ganze Anzahl von Beamten befördert würde. Dieses Vorgehen habe selbstverständlich Rückwirkungen auf andere Beamtenschichten.

16³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Assistenzarzt Prof. Dr. Mikorey.

Freitag, den 25. April 1941

A b f a h r t des Sonderzuges von Krakau.

A n k u n f t in Deutsch-Przemysl.

Auf dem Bahnhof wird der Herr Generalgouverneur durch den Stadthauptmann Dr. Hahn begrüßt.

Anschließend Fahrt durch die Stadt zu dem für die Errichtung einer Schulungsburg vorgesehenen Bauplatz. Dieser Bauplatz befindet sich außerhalb des Stadtkerns auf einem Hügel, genannt Wina Gora (Weinberg). Der Herr Generalgouverneur unterzieht das Gelände einer eingehenden Besichtigung und bestimmt ein auf dem Hügel gelegenes Haus als Kern der Schulungsburg.

Stadthauptmann Dr. Hahn gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die bauliche Lage der Stadt Deutsch-Przemysl. Der Blick vom Hügel zeigt deutlich den Unterschied des deutschen Teiles zu dem russischen Teil. Während die Stadt Deutsch-Przemysl zumeist nur einfache kleine Gebäude aufweist, zeigt der russische Teil jenseits des San-Ufers große Baulichkeiten. Das russische Przemysl zählt ungefähr nur 4 000 Einwohner, Deutsch-Przemysl etwa 17 000. Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß ein früher blühendes Gemeinwesen durch die Grenzziehung völlig auseinandergerissen worden sei. Stadthauptmann Dr. Hahn macht darauf aufmerksam, daß diese Grenzziehung im Anfang zu manch' eigenartigen Zuständen geführt habe. Das zeige z.B. die Tatsache, daß von dem auf der russischen Seite gelegenen Elektrizitätswerk Strom auch nach Deutsch-Przemysl geliefert worden sei, offenbar, ohne daß die Russen davon Kenntnis gehabt hätten. Erst später sei ihnen diese Tatsache bekannt und eine Vereinbarung über eine Bezahlung des Stromes getroffen worden. Russisch-Przemysl sei, soweit Beobachtungen darüber möglich seien, stark mit Militär besetzt. Die Ernährungsverhältnisse ließen offenbar zu wünschen übrig. In letzter Zeit sei Russisch-Przemysl wieder mit neuen Truppen belagt worden. Kürzlich hätten einige russische Flieger die Stadt Deutsch-Przemysl überflogen. Auch hätten die Russen vor einigen Wochen am jenseitigen

25.4.1941

Ufer eine starke Lautsprecherpropaganda entfaltet, die sich offenbar an die Polen gewandet habe. Nachdem von deutscher Seite in Gestalt einer ebenfalls starken Lautsprecheranlage entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen worden seien, sei die russische Lautsprecheranlage weiter zurück in das Innere der Stadt Russisch-Przemysl verlegt worden.

Die Wagenkolonne begibt sich darauf zu einer in der Nähe liegenden, noch aus der österreichischen Zeit stammenden Zitadelle. Sie liegt auf einem Hügel, von dem man einen Blick in das Tal des San hat, das mit seinen Bergen an Thüringen erinnert. Auch dieses Gebiet ist, soweit es zu Rußland gehört, zumeist evakuiert.

17^{30} Besuch des Städtischen Krankenhauses unter Führung des leitenden Arztes Dr. Kunte.

17^{45} Besichtigung der Deutschen Oberschule für Jungen mit Internat unter Führung des Leiters der Anstalt Stud.Ass. Roth.

18^{00} Besichtigung des Stadttheaters.

Das Stadttheater wird auch für Kinovorführungen benutzt. Von der Loggia des Theaters aus bietet sich ein Blick auf die Uferstraße von Russisch-Przemysl.

18^{30} Besprechung mit Unterstaatssekretär Kundt, Gouverneur Dr. Wächter, Oberstleutnant Fischer und Stadthauptmann Dr. Hahn.

20^{00} Abendessen im "Deutschen Hof".

Stadthauptmann Dr. Hahn gibt in einer Begrüßungsansprache dem Gefühl der Freude darüber Ausdruck, daß sich der Herr Generalgouverneur mit Unterstaatssekretär Kundt, Gouverneur Dr. Wächter und zahlreichen Mitarbeitern nach Deutsch-Przemysl begeben habe. Sein besonderer Dank gilt dem Herrn Generalgouverneur dafür, daß er nunmehr den Plan

zur Errichtung einer Schulungsburg des Arbeitsbereichs verwirklichen wolle. Er fährt dann fort:

"Herr Generalgouverneur! Alles, was diese Stadt Deutsch-Przemysl im Laufe der letzten zehn Monate schaffen konnte, verdankt sie Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Deutsch-Przemysl wäre nichts, ~~auch~~ ohne die Unterstützung durch den Herrn Unterstaatssekretär, nichts ohne die aktive und fördernde Mithilfe seines Gouverneurs Dr. Wächter, der sich jederzeit, soweit es ihm möglich war, für uns eingesetzt hat. Ohne das stets offene Ohr und letzten Endes auch die offene Hand aller Herren der Regierung wäre es nicht möglich gewesen, im Laufe von 10 Monaten ein Aufbauprogramm durchzuführen, das sonst Jahre in Anspruch genommen hätte. Ich bitte die Herren aus Deutsch-Przemysl, ihr Glas zu erheben und auf das Wohl unserer Gäste, insbesondere auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs zu trinken."

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Im Namen aller meiner Herren möchte ich Ihnen, Herr Stadthauptmann, unseren herzlichen Dank für diesen so liebenswürdigen Empfang zum Ausdruck bringen. Als wir an jenem Festtage die Stadt Deutsch-Przemysl buchstäblich aus der Taufe eines Platzregens gehoben haben, haben wir wohl alle nicht geglaubt, daß die Stadt sich in kurzer Zeit so entwickeln würde. Wir konnten nicht annehmen, daß diese Entwicklung in einem so rapiden Tempo vor sich gehen würde. Ich glaube, Herr Stadthauptmann, Sie sind auf dem richtigen Wege. Die Stadt am San lockt zu Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung. Auch ist dieser Punkt vielleicht für allerhand Planungen wichtig. Die Stadt Deutsch-Przemysl wird als Grenzpunkt des Deutschen Reiches für alle Zukunft den Beweis für die Leistungsfähigkeit deutscher Männer im fremden Raum ablegen. Sie haben namens der Stadtverwaltung den Männern der Regierung und des Distrikts Ihren Dank ausgesprochen. Ich danke Ihnen im Namen der Regierung und des Distrikts für

Ihre und Ihrer Mitarbeiter hingebungsvolle Tätigkeit. Sie können überzeugt sein, daß wir tun werden, was in unseren Kräften steht, um die Erfüllung der schweren Aufgaben zu ermöglichen. Die Schulungsburg der NSDAP., die wir heute in so selten eindrucksvoller Weise eröffnet haben, ist ein weiterer Beweis dafür, welches Gewicht nicht nur etwa das Generalgouvernement, sondern weit darüberhinaus die unsere Weltanschauung tragende Bewegung der NSDAP. der Schulung im nationalsozialistischen Sinne beimißt. Ich bitte Sie, Herr Stadthauptmann, dieser Heimstätte nationalsozialistischer Schulung ein förderlicher Gönner sein zu wollen.

MeineHerren, ich bitte Sie, mit mir auf das Wohl unseres Gastgebers, des Stadthauptmanns Dr. Hahn und seiner Mitarbeiter zu trinken!

- Übernachtung im Sonderzug -.

<u>Sonnabend, den 26. April 1941</u>

F r ü h s t ü c k im Sonderzug.

Meldung des Kreishauptmanns von Sanok Regierungsrat Dr. Schaar.

A b f a h r t mit Kraftwagen über Domaradz nach Sanok.

A n k u n f t in Sanok.

Besuch des Kinogebäudes, in welchem sich Kasinoräume für die Wehrmacht befinden.

Besprechung mit Unterstaatssekretär Kundt, Gouverneur Dr. Wächter, Oberstleutnant Fischer und Kreishauptmann Dr. Schaar.

F r ü h s [illegible] c k beim Kreishauptmann von Sanok. Auf eine Begr[illegible]ansprache des Kreishauptmanns erwidert der Herr Gene[illegible]ur mit folgenden Worten:

Herr Kreish[illegible]h danke Ihnen für Ihren liebenswürdigen Empfang, [illegible] uns bereitet haben. Ich kann Ihnen nur sagen: wir wä[illegible] auch gekommen, wenn heute schönes Wetter wäre. Daß wir aber auch bei diesem schlechten Wetter gekommen sind, mögen Sie als Beweis dafür nehmen, daß wir die Fahrt nicht als Weekend-Ausflug betrachten.

Wir wissen alle, schwere Aufgaben liegen vor uns, unendliche Probleme werden uns in den kommenden Wochen und Monaten gestellt werden. Auf allen Gebieten wird das, was wir bisher geschaffen haben, weiter ausgebaut werden müssen. Neue Aufgaben werden uns entgegentreten. In diesem Aufgabenbereich werden wir uns bewähren wie bisher. Sie, Herr Kreishauptmann, und Ihre Männer stehen dabei auf einem vorgeschobenem Posten des großdeutschen Machtbereiches. Mit besonderer Intensität werden sich in den kommenden Wochen Schwierigkeiten zeigen. Sie werden sich aber voll und ganz auf meine Unterstützung und die Unterstützung des Großdeutschen Reiches verlassen können.

348

26.4.1941

Besondere Freude macht es mir, daß zwischen Ihrer Dienststelle und den Dienststellen der Wehrmacht ein harmonisches Zusammenarbeiten besteht. Ich weiß, wie schwierig die Lage der Truppe hier ist, und ich bin Ihnen daher dankbar, daß Sie sich gerade die Pflege der Beziehungen zur Wehrmacht angelegen sein lassen. Dafür gilt Ihnen meine besondere Anerkennung. Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl des Herrn Kreishauptmanns.

[illegible] Weiterfahrt mit Kraftwagen über Cisna an die ungarische Grenze Rostoki.

Unterwegs wird in Cisna ein kurzer Halt gemacht. Hier wird der Herr Generalgouverneur durch ukrainische Bevölkerung begrüßt, die in ihren Trachten erschienen ist. Der Herr Generalgouverneur dankt den Männern und Frauen dafür, daß sie trotz des schlechten Wetters gekommen seien, ihn zu begrüßen.

Die Fahrt wird dann weiter fortgesetzt und führt an die ungarische Grenze bei Rostoki.

[illegible] A b e n d e s s e n im Sonderzug.

- Übernachtung im Sonderzug -.

Sonntag, den 27. April 1941

A b f a h r t von Sanok.

A n k u n f t in Krosno.

Auf dem Bahnhof melden sich Oberst Unger und Kreishauptmann von Jaslo Regierungsrat Dr. Gentz.

Die Wagenkolonne begibt sich dann nach dem Fliegerhorst Krosno.

Im Kasino des Fliegerhorstes begrüßt Oberst Schimpf den Herrn Generalgouverneur und die anderen Gäste namens des Generals Waver.

Oberst Unger gibt dann an Hand einer Karte einen Überblick über die Gestaltung und die Baulichkeiten des Fliegerhorstes. Er führt dabei u.a. aus, daß die Anlagen des Flugplatzes Krosno mit englischen und französischen Geldem großzügig ausgebaut worden seien. Die Anlagen seien in drei Gruppen geteilt, von denen heute allerdings die Gruppen II und III nicht mehr benutzt würden. Durch die Anlage der Gruppen II und III sei das Rollfeld verhältnismäßig klein geworden und biete für Flugzeuge modernster Bauart nicht mehr ausreichende Startmöglichkeiten. Im Juni 1939 sei der Flugplatz zum ersten Mal mit polnischen Fliegern belegt worden. Dort sei auch eine polnische fliegertechnische Schule eingerichtet worden. Bei dem Bau und der Durchführung der Anlage sei es offenbar zu irgendwelchen Korruptionserscheinungen gekommen. Der polnische General Rayski habe sich Schmiergelder zahlen lassen und sei deshalb auch vor Beginn des Krieges erschossen worden. Die Polen seien der Ansicht gewesen, daß der Flugplatz Krosno Polens modernste und beste Anlage sei. Wenige Wochen nach der ersten Belegung des Flugplatzes sei der Krieg ausgebrochen. Bei deutschen Luftangriffen seien dann einige Hallen und das Rollfeld beschädigt und einige am Boden stehende Maschinen zerstört worden. Schon am 6. Oktober sei die erste deutsche Kommandantur errichtet worden.

27.4.1941

So weiträumig und vorbildlich die Anlage des Flugplatzes auf den ersten Blick auch erscheinen möge, so zeige sie doch verschiedene Nachteile. Das Rollfeld sei sehr schlecht dräniert, sodaß es bei starkem Regenwetter nur schwer benutzbar sei. Allerdings sei dieser Nachteil auch auf die Bodenverhältnisse zurückzuführen, die sich für die Landwirtschaft ebenfalls ungünstig auswirkten. Über die Frage, ob man das Rollfeld noch einmal dränieren solle, seien die Meinungen geteilt. Der Lehmboden sei so undurchlässig, daß auch eine 30 cm tiefe Kiesbettung nicht genüge, um das Wasser abzuziehen. Man werde wohl den Lehm mit Sand und Kies vermischen müssen, um eine einigermaßen brauchbare Fläche für die Dauer herstellen zu können. Die ganze Anlage sei im übrigen zu eng gebaut und entspreche auch nicht den Luftschutzbedingungen. In Deutschland habe man die Fliegerhorste neuerdings wesentlich weiträumiger gestaltet. Diese Weiträumigkeit gewährleiste einen besseren Luftschutz.

Besondere Aufmerksamkeit werde der Frage der kulturellen Betreuung der Offiziere, Beamten und Mannschaften zugewendet. Diese Aufgabe sei nicht leicht, und es bedürfe der besonderen Liebe und Hingabe der vorgesetzten Dienststelle, den Männern etwas Zeitvertreib zu bringen. Er sei bemüht, für das Offizierkorps und die Beamtenschaft des Horstes einen Mittelpunkt deutschen Kultur- und Geselligkeitslebens zu schaffen.

Unter Führung des Oberst Unger und einiger Offiziere des Fliegerhorstes findet eine Besichtigung der großen Flughalle, einiger dort aufgestellter Flugzeuge und Fliegerbomben statt.

A b f a h r t mit Kraftwagen in Richtung Jaslo.

Besichtigung eines Bohrturmes der Preußag, der vor kurzem in Betrieb genommen worden ist, und eines bereits seit längerer Zeit in Betrieb befindlichen Bohrturmes einfacher Bauart unter Führung des Bergrats Dr. Glöckner und des Direktors Dr. Fabian.

27.4.1941

Besichtigung der Raffinerie Jedlicze unter Führung des Direktors Grundmüller.

Besichtigung des Elektrizitätswerks Mecszinka unter Führung des Direktors Schönemann.

Durch das Elektrizitätswerk wird ein großer Teil des Kreises mit elektrischem Strom versorgt mit Ausnahme der Stadt Jaslo, die noch über ein veraltetes Werk verfügt. Von Interesse ist die Tatsache, daß die Generatoren des Werkes Mecszinka durch Erdgasmotoren angetrieben werden.

Besichtigung eines neuen Gasbohrloches unter Führung des Direktors Dr. Fabian.

Dr. Fabian erläutert an Hand einer Karte die Ausdehnung der erdgasreichen Gebiete. Das Erdgas habe im Anfang, wie Dr. Fabian ausführt, unter einem Druck von 130 Atmosphären gestanden. Infolge der starken Beanspruchung sei dieser Druck mittlerweile auf 92 Atmosphären zurückgegangen. In der Anlage des Gasbohrloches werde der Druck nun auf 8 Atmosphären herabgesetzt und das Gas mit diesem Druck nach der Stadt Jaslo geleitet.

Frühstück beim Kreishauptmann von Jaslo.

Kreishauptmann Dr. Gentz richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Ich habe die große Ehre, Sie und die Herren Ihrer Begleitung nochmals herzlich willkommen zu heißen. Mein Gruß gilt ferner den führenden Männern der Wehrmacht, den Vertretern der Industrie und Wirtschaft und den Vertretern der Organisation Todt sowie meinen Jasloer Kameraden. Herr Generalgouverneur, Sie sind in besonders wichtigen Tagen und Stunden zu uns gekommen. Dafür danken wir Ihnen besonders. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die heutige

kurze Besichtigungsfahrt Gelegenheit gegeben hat, Ihnen, Herr Generalgouverneur, zu zeigen, daß die Aufgaben, die uns hier im Kreis Jaslo gestellt sind, von Männern gemeistert werden, die von der Wehrmacht über die Verwaltung bis zur Industrie eng zusammenstehen. Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, uns weitere Aufgaben zu stellen; wir werden alles daran setzen, diese Aufgaben zu erfüllen. Ganz besonders danke ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, dafür, daß Sie uns neben diesen Aufgaben auch Ziele und Richtlinien gegeben haben. Sie werden uns anspornen, mit demselben Schwung wie in den anderthalb Jahren unseres bisherigen Wirkens auch später unsere Arbeit zu leisten. Dazu werden wir umso mehr imstande sein, als ja die Aufgaben von unserer unvergleichlichen Partei getragen werden. Ich gelobe Ihnen, Herr Generalgouverneur, daß wir uns bemühen wollen, Ihre Getreuesten bei dieser unserer Arbeit zu sein. Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs, auf das Blühen, Wachsen und Gedeihen des Generalgouvernements!

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> erwidert mit folgender Ansprache:

Herr Kreishauptmann! Im Namen aller Ihrer Gäste möchte ich Ihnen unser aller herzlichen Dank für diese so freundliche Aufnahme sagen. Sie haben uns mit so großer Liebenswürdigkeit empfangen, und ich glaube, daß wir alle dieses schöne Zusammensein mit Ihnen so schnell nicht vergessen werden. Sie sprachen von den Aufgaben, die Sie noch zugeteilt erhalten möchten. Nun, ich kann Ihnen nur das feierliche Versprechen abgeben, daß es daran nicht fehlen soll. Sofern es noch nicht reichen sollte, bitte ich, mir einen Eilbrief zu schreiben; ich habe noch etwas im Vorrat. (Heiterkeit) Aber, soweit ich das bis jetzt übersehen kann, reichen eigentlich die Aufgaben, die wir schon haben, vollauf. Es ist daher offenbar ein Ausdruck der noch keineswegs gebändigten Tatkraft, wenn Sie den Schrei nach weiteren Aufgaben so demonstrativ vor unser aller Ohren ausstoßen und am feierlichen Sonntag zum Himmel aufsteigen lassen. Alles soll aber sehen und hören und spüren,

wie sehr die Energie geballt ist, wie sehr sich die Tatkraft nach Erfüllung sehnt. Diesen Eindruck hat man in Ihrem Kreis.

Ich möchte Ihnen vor allem auch dafür danken, daß Sie sich den großen geselligen Aufgaben ebenso widmen wie den dienstlichen. Wir sind ja hier alle als deutsche Menschen, gleichgültig, welche Aufgabe wir zu erfüllen haben, welche Uniform wir tragen, vom Führer auf diesen Platz berufen. Wir haben unser Bestes zu tun, um einer Aufgabe zu dienen, die allem anderen voransteht, nämlich dem deutschen Siege und dem Siege Adolf Hitlers. Insofern freue ich mich auch besonders, daß man hier überall eine schöne Zusammenarbeit mit der Wehrmacht findet. In den kommenden Monaten gelten ihr alle unsere Wünsche. An dem Tage, da die deutschen Truppen Athen und Korinth eingenommen haben, erfüllen uns die Taten unserer Wehrmacht mit tiefer Bewunderung. Daher bitte ich alle Anwesenden,auf das Wohl der Deutschen Wehrmacht zu trinken!

Generalleutnant Theissen:

Herr Generalgouverneur! Als ältester Vertreter der Wehrmacht darf ich Ihnen herzlich danken für die ehrenden Worte, die Sie heute für die Wehrmacht gefunden haben. Wir geloben erneut, daß wir ebenso wie unsere Kameraden, die heute in Athen eingerückt sind, alle Aufgaben, die uns der Führer stellt, zu erfüllen gewillt sind. Wir sind dankbar dafür, daß wir hier im Generalgouvernement in der Vorbereitung für vielleicht kommende Aufgaben diese große Unterstützung gefunden haben, und ich möchte Ihnen, Herr Generalgouverneur, auch an dieser Stelle dafür meinen herzlichen Dank sagen. Überall, wo ich gewesen bin, seitdem wir hier eingerückt sind, habe ich auch von meinen Truppenkommandeuren nur gehört, daß wir von allen zivilen Stellen der Verwaltung, Partei usw. mit dem größten Entgegenkommen aufgenommen worden sind. Alle Herren haben sich die größte Mühe gegeben, uns die schwere Last der Unterbringung und Versor-

gung der Truppen erleichtern zu helfen.

Ich fordere die Herren von der Wehrmacht auf, auf das Wachsen, Blühen und Gedeihen des Generalgouvernements und auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs Dr. Frank zu trinken.

Besichtigung der Bohrgerätefabrik Glinik Mariampolski.

Anschließend Kaffeetafel im Kasino der Fabrik.

A b f a h r t des Sonderzuges ab Zagorzany.

A n k u n f t in Krakau.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

355

Burg Krakau

Montag, den 28. April 1941

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

Empfang des Reichshauptamtsleiters Dreßler durch den Herrn Generalgouverneur.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur "Urania" zum 6. Philharmonischen Konzert.

Zur Aufführung gelangten:

Ouverture zur Oper "Die Zauberflöte"	Mozart
Klavierkonzert Nr. 5 Es-Dur Solistin: Prof. Elly N e y	Beethoven
VII. Sinfonie in E-Dur	Bruckner

Burg Krakau

Dienstag, den 29. April 1941

erscheint Burghauptmann Buchner beim Herrn Generalgouverneur.

Der Herr Generalgouverneur teilt Burghauptmann Buchner mit, er könne es nicht billigen, daß auf die Dauer eine dienstliche Stelle wie diejenige des Burghauptmanns eine Gärtnerei in eigner Regie führe, von der aus Geschäfte mit der Burgverwaltung gemacht werden. Diese Verquickung von Amts- und Privatgeschäften sei auf die Dauer mit der Würde des Amtes und des Staatsranges unvereinbar. Der Herr Generalgouverneur sieht zwar ein, daß es sehr schwierig ist, jetzt in der Übergangszeit eine klare Regelung herbeizuführen, ersucht jedoch den Burghauptmann, eine Lösung dieses Problems zu suchen, vor allem mit der Wirkung, daß nicht der Eindruck einer Verquickung von persönlichen Interessen und amtlichen Obliegenheiten entstehe und andererseits auch im inneren Verhältnis eine absolut saubere und klare Abgrenzung der beiden Bezirke stattfindet.

Burg Krakau

Dienstag, den 29. April 1941

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Unterstaatssekretär Kundt.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet ganz allgemein über die Situation und über die bisher angefallenen Geschäfte. Demnach ist damit zu rechnen, daß noch im Laufe dieser Woche eine Hauptabteilungsleiter-Besprechung stattfinden wird. Im übrigen werden die gesamten Arbeiten der Behörden des Generalgouvernements auf das intensivste in die kommenden Wehrmachtleistungen einzubeziehen sein. Zu diesem Zweck soll der direkte Verkehr zwischen Regierung und Kreishauptmännern unter Benachrichtigung der Distriktschefs in den Vordergrund treten. Weiter wird festgestellt, daß mit besonderer Energie die Übertretungen der für die Versorgung des Generalgouvernements geltenden Vorschriften durch Wehrmachtsangehörige verfolgt werden sollen.

Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler und Unterstaatssekretärs Kundt.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß es im südöstlichen Gebiet des Generalgouvernements, besonders in der Gegend von Cisna schöne Waldungen gebe, aus denen man ein hervorragendes Jagd- und Naturschutzgebiet machen könnte. Dieses Gebiet müßte durch Anlegung von Straßen erschlossen werden.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt hebt hervor, daß das Gebiet bislang wenig erschlossen sei. Dort gebe es so gut wie keine Straßen oder gar Eisenbahnverbindungen. Der Verkehr vollziehe sich nur auf Saumpfaden mit Hilfe von Tragtieren. Der Wald bestehe aus ganz alten Bäumen, die z.T. völlig zusammengebrochen seien. Sowohl die Wehrmacht, wie auch die Forstverwaltung habe an der Aufschließung dieses Waldgebietes ein Interesse, und mit dem OKW wie mit Präsident Bauder hätten auch schon entsprechende Verhandlungen stattgefunden. Der Wald habe früher fast ausschließlich im Privatbesitz von Kirchen und Großgrundbesitzern gestanden, sei dann beschlagnahmt

worden und solle Staatswald werden. Wirtschaftlich sei dieses Gebiet außerordentlich wertvoll, da es die besten Böden aufweise. Allerdings müßten die morschen und verfaulten Stämme erst herausgebracht werden. Sie könnten vielleicht im Wege der Verkohlung ausgenutzt werden.

Angesichts der Anforderungen der Hauptabteilung Bauwesen sei die Forstverwaltung zur Zeit mit umfangreichen Arbeiten für das Schneiden von Holz beschäftigt. Angefordert seien z.B. Telegraphenstangen für eine Strecke von 2 000 Km, für die man etwa 4 000 Festmeter Holz brauche. Der Transport des Holzes auf der Eisenbahn vollziehe sich zur Zeit zufriedenstellend. An jedem Tage würden schon seit drei Wochen mehrere Züge ausgeladen. Auch für die Herstellung von Rollfeldern für Flugplätze würden gewaltige Mengen Holz gebraucht. Weiter würden vielfach Knüppeldämme angelegt. Die Lieferung von Grubenholz nach Oberschlesien gehe auch einigermaßen glatt von statten. Aus den schlesischen Wäldern und dem Warthegau werde auch Holz geliefert, und alle diese Lieferungen würden sich reibungslos durchführen lassen, wenn nicht immer wieder die leidige Transportfrage eine ausschlaggebende Rolle spielte.

Der Holzeinschlag lasse nichts zu wünschen übrig, und sei sehr gut. Es ständen genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, für deren Ernährung jetzt besser als früher gesorgt werde. Allerdings lägen immerhin noch 80 % des diesjährigen Holzeinschlages am Boden. Das gleiche gelte vom Einschnitt des Holzes, dessen Kapazität jedenfalls bis auf weiteres den Anforderungen genüge.

Schwierigkeiten biete immer noch das Problem der Holzabfuhr. Im allgemeinen werde das Holz aus den Wäldern mit Panjewagen bis zur Eisenbahn transportiert. Die Panjewagen könnten höchstens 1/2 Festmeter abfahren. Die Folge sei, daß ein Panjewagen oft eine Strecke von 20 Km mehrmals zurücklegen müsse. Ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten würde darin gefunden werden können, daß das Panjegespann das Holz lediglich an die Straße bringe und dann große Lastwagenzüge es zur nächsten Eisenbahnstation brächten. Leider ständen

diese Lastwagenzüge und auch der Treibstoff nicht zur Verfügung. Von Seiten der Forstverwaltung seien etwa 80 Kraftfahrzeuge angeschafft worden. Bedauerlicherweise nehme die Wehrmacht auf die Notwendigkeiten der Holzabfuhr wenig oder keine Rücksicht. Er habe sich deshalb schon an den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement gewendet, der auch einen entsprechenden Befehl habe herausgehen lassen. Offenbar kümmere sich aber die mobile Truppe um solche Befehle nicht. Die Gespanne würden von der Wehrmacht einfach für ihre Zwecke in Anspruch genommen.

Von großem Nachteil sei auch die militärische Sperrung ganzer Straßenzüge, die man als notwendig bezeichnet, weil an ihnen große Benzinlager usw. angelegt würden.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß sich der MIG hier offenbar nicht durchsetzen könne. Die Generäle, die ins Generalgouvernement kämen, wüßten eben nichts von der Stellung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement, und deshalb werde es notwendig sein, daß sich die Kreishauptmänner direkt mit der aktiven Truppe in Verbindung setzten. Die Kreishauptmänner seien für diese Aufgabe besonders geeignet, weil sie ja die Verhältnisse aus unmittelbarer Anschauung kennten.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt weist auf weitere Schwierigkeiten für eine geregelte Holzabfuhr hin, die darin liegen, daß auch von Seiten der Kreishauptmänner auf die Bedürfnisse der Frühjahrsbestellung usw. hingewiesen werde. Die Folge sei, daß sich die Bauern auf solche Anordnungen beriefen und es verständen, ihre Fuhrwerke zurückzuhalten. Die gleiche Erscheinung habe sich auch z.B. im vergangenen Herbst gezeigt, als die Bauern sich darauf zurückgezogen hätten, daß ihnen das Abfahren der Kartoffeln zur Pflicht gemacht worden sei.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, es sei Sache des Kreishauptmanns, hier ausgleichend zu wirken. Jedenfalls müsse man in allen diesen Dingen zu einer gewissen

Dezentralisierung kommen. Die örtlichen Verhältnisse könne eben nur der Kreishauptmann beurteilten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zur Frage der Erhöhung der Holzpreise Stellung genommen. Wie Dr. Eißfeldt mitteilt, hat sich Oberregierungsrat Schulte-Wissermann bereit erklärt, einer Erhöhung um 100 % zuzustimmen.

Angesichts der Anlegung von Truppenübungsplätzen und der damit verbundenen Evakuierung seien aus dem in Betracht kommenden Gelände auch sämtliche Fuhrwerke entfernt worden. Insgesamt sei auch deshalb die Kapazität der Fuhrwerke geringer geworden, weil die gesamten Hengste kastriert worden seien und deshalb ihre Arbeitsleistung für einige Zeit ausfalle.

Für die Unterbringung der polnischen Forstarbeiter sei jetzt in vermehrtem Umfange Vorsorge getroffen worden. In den großen Waldgebieten habe man Häuser, Ställe und Hütten gebaut, die für die Unterkunft der Leute geeignet seien. Auch Futtermittel, ferner Eisen, Leder für Geschirre, Hufeisen usw. seien zur Verfügung gestellt worden.

So segensreich die Tätigkeit des Forstschutzkommandos auch sei, so könne es sich doch nicht um alle Einzelheiten kümmern. Deshalb sei sein Wunsch, daß die Polizei mehr als bisher zur Kontrolle herangezogen werde.

Den Kreishauptleuten der einzelnen Distrikte müßte Gelegenheit gegeben werden, über alle diese Dinge zu sprechen und ihre Erfahrungen mitzuteilen. Auf dem Wege über die Abteilung Innere Verwaltung müßten die Kreishauptmänner darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie die Verantwortung für die Aufbringung der Gespanne trügen. Hier müßte auch eine entsprechende Überwachung einsetzen.

Unbedingt notwendig sei der Einsatz motorisierter Fahrzeuge. Durch den Verbindungsoffizier zum OKW könnte vielleicht der Antrag gestellt werden, der Forstverwaltung des Generalgouvernements 200 Lastwagen zunächst für ein Vierteljahr zur Verfügung zu stellen. Auch Beutefahrzeuge könnten entsprechend umgearbeitet werden.

29.4.1941

Zu der weiteren Besprechung wird Landesbauernführer Körner zugezogen. Er berichtet zunächst über den Stand der Getreideerfassungsaktion. Hier habe man in den letzten 10 Tagen einen merklichen Rückgang feststellen müssen. Dieser sei wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Bauern anfingen, aus Furcht vor etwaigen kriegerischen Ereignissen, ihr Getreide zu vergraben. Für den Anschluß an die neue Getreideernte gebe es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit bestehe darin, daß man den Beginn der neuen Ernte um 4 - 5 Wochen, also etwa bis zum 20. August d.J. verschiebe. Die andere Möglichkeit liege in einer Austauschlieferung von Hafer gegen Brotgetreide ans Reich. Das Generalgouvernement verfüge über eine Haferreserve von 25 000 t. Er hoffe, daß das Reichsernährungsministerium sich auf einen solchen Vorschlag einlassen werde, sodaß man im Wege dieses Austausches 10- oder 20 000 t Brotgetreide erhalten könnte.

Was die Eiertauschaktion angehe, so habe man leider in der letzten Zeit feststellen müssen, daß die Wehrmacht jetzt 1 Kg Zucker für ein Kg Eier gebe. Durch ein solches Vorgehen würden selbstverständlich die Maßnahmen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft durchkreuzt. Im übrigen gehe die Eiererfassung zufriedenstellend vor sich, man habe sogar 10 Millionen Stück exportieren können.

Landesbauernführer Körner legt dem Herrn Generalgouverneur eine Anzahl von für die Wehrmacht bestimmten Bekanntmachungen vor und hält es für geboten, daß diese Bekanntmachungen überall dort angeschlagen werden, wo Truppenteile Quartier nehmen bezw. hindurchziehen.

Landesbauernführer berichtet, daß die Pferdeausmusterung von 30 000 Pferden an sich reibungslos von statten gegangen sei. Leider müsse man aber die Beobachtung machen, daß sich Truppenteile eine Anzahl ausgemusterter Pferde samt Geschirr und Wagen mitnähmen. Von dieser Tatsache habe man dem General Brauner Meldung gemacht, und er habe versprochen, energisch gegen solche Übergriffe einzuschreiten. Im übrigen müsse leider festgestellt werden, daß die Anzahl der

29.4.1941

Pferde im Generalgouvernement im Sinken begriffen sei. In den Tagen des 2., 3. und 7. Mai solle nochmals eine Musterung der bereits festgestellten und beschlagnahmten Pferde mit Geschirr und Wagen stattfinden. Angesichts der bevorstehenden Frühjahrsbestellung müsse er dringend davor warnen, daß noch weiteres Pferdematerial für die Wehrmacht zur Verfügung gestellt werde. Man müsse sich eben mit der Tatsache abfinden, daß man den Anforderungen nach Gespannen von Seiten der Forstverwaltung, des Straßenbaues, der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft nicht immer gleichzeitig nachkommen könne. Im Vordergrunde stehe jetzt die Notwendigkeit der Frühjahrsbestellung, die schon um 14 Tage zurück sei und für deren Bewältigung man die doppelte Fuhrlast benötigen werde.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt verspricht sich eine Besserung der Verhältnisse davon, daß man mehr zwischen den einzelnen Erfordernissen differenziere, um so die Gespanne besser ausnutzen zu können. Wenn sich die Bauern auf die Notwendigkeit der Frühjahrsbestellung beriefen, so hätten sie doch mittlerweile auch etwas Holz fahren können. Die Forstverwaltung habe vor allem Interesse daran, spätestens bis zum 1. Juli größere Mengen Holz abzufahren. Er schlage vor, in einer Besprechung, an der die maßgebenden Instanzen beteiligt sind, einen Verteilungsschlüssel für die Zurverfügungstellung von Fuhrwerken aufzustellen.

Der Herr Generalgouverneur stimmt diesem Vorschlage zu.

Besprechung mit Stadthauptmann Drexel - Kielce.

Stadthauptmann Drexel macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von einem Schreiben des Sächsischen Innenministers, nach welchem sich in der Stadt Meißen das Fehlen eines Oberbürgermeisters ungünstig bemerkbar mache. Er, Stadthauptmann Drexel, habe die Absicht, in seinem Amt im Generalgouvernement zu verbleiben. Auch der Distriktschef lege Wert auf seine weitere Tätigkeit.

29.4.1941

Der Herr Generalgouverneur weist Stadthauptmann Drexel an, sich in dieser Frage mit Unterstaatssekretär Kundt in Verbindung zu setzen.

Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Einführung des deutschen Luftrechts und Luftverkehrs im Generalgouvernement,
2. einer Verordnung über das berufsbildende Schulwesen im Generalgouvernement,
3. einer Verordnung über die Errichtung von Stiftungen im Generalgouvernement,
4. einer Verordnung über das Punzierungswesen im Generalgouvernement,
5. einer Verordnung über die Gemeindesteuer für die Veranstaltung öffentlicher Filmvorführungen

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh, ihm durch Staatssekretär Dr. Bühler eine Verfügung des Inhalts vorzulegen, daß mit Wirkung ab 1. Mai 1941 Verordnungen nur noch durch die Abteilung Gesetzgebung vorgelegt werden dürfen, wenn sie unmittelbarste kriegswichtige Belange betreffen. Diese Verfügung ist auf Anordnung des Generalgouverneurs in Umlauf zu setzen.

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß alle Anordnungen usw. von nun an lediglich über die Hauptabteilungen zu gehen haben, nicht aber über die Einzelabteilungen.

Auf eine Frage des Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh erwidert der Herr Generalgouverneur, daß die bisherige Haupttreuhandstelle von jetzt an die Bezeichnung zu führen habe:

29.4.1941

"Hauptabteilung Wirtschaft - Abteilung Treuhandstelle."

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh macht dann noch Angaben über die Ausgestaltung und die Verbreitung des Amtlichen Anzeigers des Generalgouvernements und teilt dabei mit, daß dieses Publikationsorgan auch ins Reich geschickt werde.

Besprechung mit Abteilungspräsident Tetzner.

Abteilungspräsident Tetzner macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von einem durch die Zollfahndungsstelle festgestellten Fall einer Übertretung der Devisenvorschriften. Es handle sich darum, daß ein Reichsdeutscher in einem treuhänderisch verwalteten Geschäft Textilien gekauft und die Ware mit Reichsmark bezahlt habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt Abteilungspräsident Tetzner den Auftrag, den Fall genau nachzuprüfen, und bemerkt im übrigen zu diesem Fall, daß offenbar Reichsdeutsche in Unkenntnis der bestehenden Devisenbestimmungen solche Einkäufe im Generalgouvernement tätigten, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß sie sich, devisenrechtlich gesehen, eigentlich im Ausland befänden. Hier müsse mehr als bisher für eine Aufklärung gesorgt werden. Im vorliegenden Falle handle es sich um eine Persönlichkeit, die im Hinblick auf ihre dienstlichen Beziehungen zum Generalgouverneur häufig in Krakau zu weilen genötigt sei.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß diese devisenmäßigen Schwierigkeiten im Generalgouvernement immer noch beständen, und weist darauf hin, daß man für das Protektorat und sogar für den Verkehr mit Holland schon eine befriedigende Lösung gefunden habe.

Abteilungspräsident Tetzner gibt demgegenüber zu bedenken, daß eine Lösung ähnlich derjenigen, die man im Protektorat gefunden habe, für das Generalgouvernement vorläufig nicht tragbar sei, da man auf diesem Wege leicht zu einer

29.4.1941

Doppelwährung kommen würde und eine Kontrollmöglichkeit so gut wie völlig ausgeschlossen wäre. Übrigens sei vom Reichswirtschaftsministerium angefragt worden, ob es nicht möglich sei, die Freigrenze von 10.-RM zu erhöhen. Aber auch dagegen beständen vorläufig noch starke Bedenken. Das Nebeneinanderstehen beider Währungen würde die Gefahr mit sich bringen, daß die Reichsmark wesentlich höher gewertet würde, zumindesten dann, wenn die Bestände verhältnismäßig gering wären.

Abteilungspräsident Tetzner teilt sodann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß neuerdings von Seiten der Wehrmacht Wohnungen beschlagnahmt und die reichsdeutschen Inhaber aufgefordert worden seien, diese Wohnungen innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Dadurch seien deutsche Beamte und Angestellte in größte Schwierigkeiten gekommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß es sich hier doch wohl um vorübergehende Erscheinungen handle und man aus solchen Einzelvorgängen keine allgemeinen Schlüsse ziehen dürfe. Die Schwierigkeiten seien eben auf diesem Gebiete ebenso groß wie auf dem Gebiete der Ernährung, der Transportlage, der Devisenbewirtschaftung usw.

Der Herr Generalgouverneur empfängt Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die ungeheuren Anforderungen für Wehrmachtszwecke auf dem Arbeitsmarkt. Trotzdem seien schon wieder über 50 000 Arbeitskräfte in dieser Saison für die Landarbeit in Deutschland abtransportiert worden.

Der Herr Generalgouverneur teilt Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer mit, daß die Wehrmacht dringendst ersucht habe, von weiteren Versendungen polnischer Arbeiter ins Deutsche Reich für einige Zeit abzusehen, bis die Schanz-,

29.4.1941

Straßen- und sonstigen das Potential des Generalgouvernements betreffenden-Arbeiten hier im Lande erledigt seien. Er habe auch bereits heute früh dem Staatssekretär mitgeteilt, daß es entsprechend dem Antrage der Wehrmacht nicht anders gehe, als den gesamten Arbeitertransport nach dem Reich zunächst vorübergehend einzustellen. Bei seinem letzten Besuch in Jaslo habe ihm der örtliche Bauleiter der "Askania"-Unternehmungen mitgeteilt, daß er 4 000 Arbeiter, die ins Reich hätten abtransportiert werden sollen, habe zurückhalten müssen, um entsprechend dem Führerauftrag mit seinen Unternehmungen fertig zu werden.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer berichtet sodann über den Stand der Werke des Generalgouvernements und kann dem Herrn Generalgouverneur melden, daß nunmehr auch die große Manufaktur Sierardow in die Werke des Generalgouvernements aufgenommen und damit die Belegschaften der Werke auf fast 10 000 Mann gestiegen seien. Wenn nunmehr noch Stachanowice einbegriffen werden würde, dann sei demnächst damit zu rechnen, daß die Belegschaft der Werke des Generalgouvernements auf über 25 000 Mann ansteigen würde.

Der Herr Generalgouverneur spricht Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer als Generaldirektor der Werke des Generalgouvernements seine Anerkennung für die bisherigen Leistungen aus.

In diesem Zusammenhang wirft der Herr Generalgouverneur die Frage auf, ob die dauernde Vereinigung der Stellung eines Generaldirektors der Werke des Generalgouvernements mit der Stellung des Präsidenten einer Hauptabteilung in der Regierung des Generalgouvernements nach Auffassung des Abteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer möglich wäre.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer glaubt, daß es auf die Dauer vielleicht doch nicht angehe, daß diese beiden Positionen miteinander kombiniert sind.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck,

29.4.1941

daß im Hinblick auf die Stellung des Präsidenten einer Hauptabteilung der Regierung diese Ämterhäufung in einer Person gewisse Schwierigkeiten biete, und beauftragt Präsident Dr. Frauendorfer, mit Staatssekretär Dr. Bühler über diese Frage morgen zu sprechen. Er habe bereits mit Staatssekretär Dr. Bühler über diese Angelegenheit verhandelt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich allenfalls damit einverstanden, daß die Bezüge des Abteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer im Hinblick auf seine Eigenschaft als Generaldirektor der Werke auf etwa 3 500 RM festgesetzt werden könnten. Der Herr Generalgouverneur macht aber seine Zustimmung dazu von einer vorherigen Erörterung der gesamten Angelegenheit mit dem Staatssekretär Bühler abhängig.

Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Lage auf dem währungs- und devisenwirtschaftlichen Gebiet. Die Aktivität des Verrechnungsverkehrs, so führt Bankdirigent Dr. Paersch aus, bestehe darin, daß zur Zeit ein starker Zuwachs angesichts der Bedürfnisse des Heeres zu beobachten sei. Die ausgegebenen Noten seien durch das Guthaben bei der Reichsbank gedeckt. Wenn die Noten wieder zurückströmten, dann werde langsam auch dieses Guthaben eine Verringerung erfahren und die Bilanz sich wieder ausgleichen. Er habe nur einige Sorge wegen der Erhöhung des Notenumlaufes. Da von Seiten des Generalgouvernements die Militärbedürfnisse bis zu einem gewissen Grad finanziert werden müßten, setze sich die Erhöhung des Notenumlaufes fort. Zur Zeit sei der Notenumlauf um 52 % gestiegen. Immerhin seien irgendwelche ernsthafte Bedenken noch nicht aufgetreten. Die Situation sei nicht gefährlich, weil die Bevölkerung wisse, daß die Währungspolitik des Generalgouvernements gradlinig sei und sich nach klaren Grundsätzen vollziehe. Ein weiterer Faktor für eine absolute Beruhigung liege darin, daß die Bank- und

29.4.1941

Spareinlagen noch weiter gestiegen seien. Er habe auch für die Zukunft keine Besorgnisse, allerdings unter der Voraussetzung, daß das Militär nicht zu lange im Lande bleibe, weil sonst zwangsläufig der Notenumlauf zu stark gesteigert werden würde. Zweite Voraussetzung sei, daß die Gradlinigkeit der Währungspolitik unter allen Umständen aufrechterhalten werde. Um keine Beunruhigung auftreten zu lassen, habe er auch bislang keine Veröffentlichungen über den Status der Emissionsbank usw. veranlaßt. - Auf dem Gebiete der Noten- und Geldfälschungen sei erfreulicherweise eine rückläufige Bewegung festzustellen. Die Ersatzmünzen, die im Generalgouvernement eingeführt worden seien, hätten sich nicht bewährt, weil sie zu leicht nachgemacht werden können. Es sei deshalb notwendig, sie aus dem Verkehr zu ziehen.

Bankdirigent Paersch teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß das Haus der Emissionsbank in Sanok für Zwecke eines Deutschen Kasinos in Anspruch genommen werde. Damit könne er sich im Interesse der Emissionsbank nicht einverstanden erklären. Er sei bereit, 27 Räume dieses Gebäudes zur Verfügung zu stellen und lediglich die Bankräume für die Zwecke der Emissions-Bank zu behalten.

Bankdirigent Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Statistiken vor, z.B. über die Lebenshaltung der Polen im Lande, über das Real- und Nominaleinkommen der Arbeiter u.a.

Abschließend wird zur Devisenfrage Stellung genommen und insbesondere die Frage erörtert, ob und inwieweit auch Reichsmark im Gebiete des Generalgouvernements als Zahlungsmittel verwendet werden kann. Ein Verstoß gegen die devisenrechtlichen Vorschriften liege, so führt Dr. Paersch aus, hauptsächlich bei demjenigen vor, der in seinem Besitz befindliche Reichsmarkmengen nicht abgebe.

Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Brigadeführer Demelhuber, der dem Herrn Generalgouverneur namens des Führerkorps

29.4.1941

für die Unterstützung bei der Schaffung eines Führerheims seinen Dank ausspricht und den Herrn Generalgouverneur bittet, an der Einweihung des Führerheims teilzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß er aus dienstlichen Gründen nicht in der Lage sei, an der Einweihungsfeier teilzunehmen.

Besprechung mit Bereichsleiter Senfftleben und Abschnittsleiter Pfliegner.

Gegenstand der Besprechung ist das Programm für den Besuch des Gauleiters und Oberpräsidenten Bracht/Oberschles. Im Anschluß an diese Besprechung wird dann noch kurz zu der Frage der Bildung von Wehrgemeinschaften der Beamten und Angestellten für die Ausbildung im Schießen Stellung genommen. Bereichsleiter Senfftleben bittet den Herrn Generalgouverneur, das Protektorat über diese Wehrgemeinschaften zu übernehmen. Die Ausführungsbestimmungen müßten noch mit den beteiligten Stellen besprochen werden. Jedenfalls müsse auch hier das Primat der Partei grundsätzlich betont werden. Diese Wehrgemeinschaften dürften nicht den Charakter einer Miliz annehmen, da sonst von militärischer Seite Einfluß auf sie genommen werden würde, man könne sie auch nicht als vormilitärische Erziehung ansehen, da diese in den Händen des StabschefsLutze liege.

o Der Herr Generalgouverneur empfängt den Arzt Prof. Dr. Mikorey, der sich zur Reise nach seiner Dienststelle abmeldet.

o Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger und Burghauptmann Buchner.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß ihm einige Rechnungen vorgelegt worden seien, aus denen ersichtlich werde, daß der Gartenbaubetrieb Ostland der Burgverwaltung zu Krakau und auch der Verwaltung des Hauses Kressendorf Blumen und andere gärtnerische Erzeugnisse geliefert habe.

29.4.1941

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als unerträglich, daß der Burghauptmann in seiner Eigenschaft als Eigentümer desGartenbaubetriebes Ostland Geschäfte mit der Burgverwaltung mache. Die Lieferung des Blumenschmuckes müsse deshalb zunächst eingestellt werden. Wenn er, der Generalgouverneur, Blumen kaufen wolle, dann müsse er um seine Genehmigung gefragt werden, daß und wo dieser Blumenschmuck zu kaufen ist. Es dürfe auch nicht in der Form geschehen, daß es heiße: anläßlich der Wiederkehr des Herrn Generalgouverneurs oder anläßlich eines Damentees sind Blumen für den und den Betrag angeschafft worden. Ihm seien drei Rechnungen vorgelegt worden, die eine in Höhe von 4 120 Zloty, die andere in Höhe von 1 176 Zloty und eine dritte in Höhe von 895 Zloty.

Weiter ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß der Gartenbetrieb Ostland von der Burgverwaltung völlig abgetrennt werde. Der ganze Blumenbedarf müsse künftig über die Gärtnerei des Staatsgutes Kressendorf geleitet werden, nicht aber über eine private Firma, insbesondere nicht über diejenige des Burghauptmanns. Die Staatsgärtnerei der Burgverwaltung müsse entsprechend ausgebaut werden.

Auf einen Einwand des Burghauptmanns Buchner erwidert der Herr Generalgouverneur, daß auch der Architekt Koettgen keine Berechtigung habe, ohne seine Genehmigung Blumenschmuck zu bestellen. Die Burgverwaltung habe Aufgaben ähnlich denjenigen, wie sie der Hausintendant beim Führer habe; die Kanzlei des Generalgouverneurs habe alle die Aufgaben, die beim Führer in den Händen der Minister Lammers und Meißner lägen.

Der Herr Generalgouverneur erläßt im Anschluß an diese Besprechung folgende Verfügung:

1. Staatsanwalt Dr. Meidinger ist stellvertretender Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs.
2. Dem Staatsanwalt Dr. Meidinger wird folgender Aufgabenbereich in der Kanzlei des Generalgouverneurs übertragen:

29.4.1941

Bearbeitung der gesamten wirtschaftlichen und persönlichen Angelegenheiten in der Kanzlei des Generalgouverneurs, Adjutantur, Privatsekretariat Krakau des Reichsministers Dr. Frank, Kasse, Verkehr mit der Burgverwaltung, Beratung des Burghauptmanns in rechtlichen Angelegenheiten.

3. Zur Bearbeitung des in Ziff. 2) aufgeführten Aufgabenbereichs werden dem Staatsanwalt Dr. Meidinger Legationssekretär Dr. Albers und Assessor Schulz zugeteilt.

372

Burg Krakau

Mittwoch, den 30. April 1941

Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler den Auftrag, nochmals genau festzustellen, ob das an alle deutschen Beamten und Angestellten gerichtete Verbot, gesellschaftlichen Umgang mit den Polen zu pflegen, irgendwo ahndungswürdig verletzt worden ist. Bei Gelegenheit dieser Nachfrage müßte das Verbot erneut mit allem Nachdruck eingeschärft werden.

Im übrigen werden dienstliche Angelegenheiten allgemeiner Art besprochen.

10^{45} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz vom Institut für Deutsche Ostarbeit.

11^{15} Besichtigung einer Giftsammlung bei Oberführer Schöngarth.

12^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner.

Pressechef Gassner legt dem Herrn Generalgouverneur einen Begrüßungsartikel für Gauleiter Bracht vor, der die Billigung des Herrn Generalgouverneurs findet.

Dem Vorschlage des Pressechefs Gassner, bei Gauleiter Bracht einen Presseempfang zu veranstalten, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

Die bevorstehende Eröffnung eines Vergnügungsparks an der Waldstraße in Krakau gibt dem Herrn Generalgouverneur Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß in Presseveröffentlichungen nicht der Anschein erweckt werden dürfe, daß es sich hier etwa um einen "Rummelplatz" handle. Zweck dieser Veranstaltung dürfe lediglich sein, den zahlreichen in Krakau anwesenden Soldaten eine Erholung bei billigem Bier und billigem Essen zu verschaffen. Er behalte sich vor, den Platz zu besuchen, müsse sich aber dagegen wenden, daß in der Einladung zur Eröffnungsfeier gesagt werde, daß auch der Generalgouverneur an der Eröffnungsfeier teilnimmt.

30.4.1941

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann gegen die Art, in der Dr. Kracher in der Krakauer Zeitungdas letzte Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements mit Frau Professor Elly Ney rezensiert habe. Er vermisse überhaupt in den Kritiken der Krakauer Zeitung eine Anerkennung der Leistung des Chefdirigenten Dr. Rohr und des Orchesters. Es handle sich bei diesem Orchester um ein einzigartiges Instrument, dessen Leistungen unter keinen Umständen herabgewürdigt werden dürften.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, die gesamte Schriftleitung der Krakauer Zeitung zu empfangen und dieses sowie ähnliche Probleme mit ihr zu erörtern.

Pressechef Gassner überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Album mit Fotographien von der Besichtigungsreise des Herrn Generalgouverneurs nach Deutsch-Przemysl, Jaslo, und Sanok.

12^{30} empfängt in Gegenwart des Geheimrats Rattinger der Herr Generalgouverneur den Rektor der Technischen Hochschule München Pistor, der in Begleitung des Oberregierungsrat Grillitzer erschienen ist.

[illegible] Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger.

30.4.1941

Polizeibesprechung.

An dieser Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Unterstaatssekretär Kundt
SS-Obergruppenführer Krüger
Generalleutnant Riege
Abteilungspräsident Spindler
Abteilungspräsident Westerkamp
Oberführer Schöngarth.
Regierungsrat Gnauck
als Protokollführer

Zunächst wird die Frage der Fürsorge für die polnische Polizei erörtert.

SS-Obergruppenführer Krüger führt einleitend aus: es habe sich ergeben, daß die polnische Polizei in ihrer wirtschaftlichen Betreuung, vor allem aber in ihrer Besoldung so schlecht stehe, daß daraus gewisse Befürchtungen herzuleiten seien. Es könne unter diesen Umständen der Zustand eintreten, daß die Interessen des Generalgouvernements von der polnischen Polizei nicht so wahrgenommen werden würden, wie es für die Sicherheit erforderlich sei. Der polnische Polizist könne leicht versucht sein, seinen Dienst lax zu versehen oder sich, wenn er charakterlich nicht fest sei, bestechen zu lassen, am Schmuggel teilzunehmen usw. Finanzpräsident Spindler habe diese Gründe auch anerkannt und sich bereit erklärt, das Gehalt des polnischen Beamten um etwa 40 Zl. monatlich zu erhöhen. Aber auch die dann zur Auszahlung gelangende Summe würde angesichts der Gesamtlage der polnischen Polizisten nicht ausreichen, da man ja auch an die Fürsorge für die Angehörigen der polnischen Polizisten denken müsse. Deshalb habe auch Generalleutnant Riege nochmals einen Antrag an ihn, SS-Obergruppenführer Krüger, gerichtet, für eine bessere Besoldung der polnischen Polizei zu sorgen.

30.4.1941

Generalleutnant Riege schildert die Notlage der polnischen Polizisten bezw. ihrer Angehörigen an einem Fall, der sich kürzlich in ~~xxxxxx~~ Rabka zugetragen habe. Ein polnischer Polizist, der im Dienste ums Leben gekommen sei, habe seine Frau mit sieben Kindern hinterlassen, und die Frau sei dann kurz nach dem Tode ihres Ehemanns an Bauchschwangerschaft gestorben. Er habe festgestellt, daß diesem polnischen Polizisten nach Abzug der Wohnungsmiete in Höhe von 20 Zl. nur 175 Zl. für den Unterhalt der 8-köpfigen Familie verblieben seien. Nach den bestehenden Bestimmungen dürften an die polnischen Polizisten keinerlei Kinderzulagen gezahlt werden; der Polizist mit der 8-köpfigen Familie erhalte also ebenso viel wie der unverheiratete. Seiner Ansicht nach müßte das Gehalt der polnischen Polizisten nach der Kinderzahl abgestuft werden, und er bitte Finanzpräsident Spindler, zu erwägen, ob die Zahlung solcher Kinderzulagen möglich sei.

Weiter werde es notwendig sein, sämtliche polnischen Polizeibeamten, die Außendienst versähen, mit der Lebensmittelkarte I auszurüsten. Auch würde es sich empfehlen, einige der früher vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen wieder einzuführen. Es habe früher in Polen eine Wohlfahrtsunterstützung, die Familienfürsorge, gegeben, deren Fonds durch Beiträge sämtlicher Polizeibeamten gespeist und dem Kommandanten der Staatspolizei zur Verfügung gestellt worden sei. Aus diesem Fonds seien Darlehen, Unterstützungen, Kinderbeihilfen usw. unter besonderen Voraussetzungen gegeben worden. Diese ehemalige Polizeiunterstützungskasse müsse noch über beträchtliche Guthaben verfügen, auch über Liegenschaften. Zur Zeit seien diese Vermögenswerte selbstverständlich gesperrt. Wenn eine solche Kasse jetzt wieder eingerichtet werden würde, dann würde man unter Zugrundelegung eines Beitrags von 5 Zloty ~~monatlich~~ bei 12 000 Polizeibeamten immerhin zu einer beträchtlichen Summe kommen.

Wenn auch ab und zu von der Sicherheitspolizei einige polnische Polizisten, deren Zahl aber nur sehr gering sei,

als unzuverlässig kassiert würden, so sei doch andererseits anzuerkennen, daß im allgemeinen die polnische Polizei durchaus im Sinne der Regierung des Generalgouvernements arbeite. Das zeige auch schon die Tatsache, daß im Laufe eines Jahres 50 polnische Polizisten im Kampf mit polnischen Banditen erschossen worden seien.

Finanzpräsident Spindler bemerkt, daß das Gehalt des polnischen Polizisten zur Zeit 230 Zloty betrage, von denen etwa 25 Zloty als Steuer abgezogen würden. Man sei sich schon vor einem Jahr darüber klar gewesen, daß die Besoldung der polnischen Polizeibeamtenschaft sehr dürftig sei. Man habe aber mit einer Erhöhung damals noch zurückgehalten, in der Hoffnung, daß sich das allgemeine Preisniveau senken würde. Man müsse jetzt aber damit rechnen, daß die Lebenshaltungskosten auf die Dauer höher blieben als vor dem Krieg. Ursprünglich hätten die Polizeibeamten zum großen Teil Bezüge von 100 bis 110 Zloty gehabt. Dann sei auf Grund einer Verfügung des Herrn Generalgouverneurs das Gehalt der untersten Gruppen auf 150 Zl. und später auf 190 Zl. erhöht worden. Auch die neuerdings vorgenommene Erhöhung auf 230 Zloty monatlich werde auf die Dauer nicht genügen. Man werde jedenfalls zu einer besseren Bezahlung der polnischen Polizeibeamten kommen müssen.

Im Generalgouvernement gebe es insgesamt 40 000 polnische Beamte, die für die Verwaltung arbeiteten; dazu kämen noch 11 000 Polizeibeamte und 10 000 polnische Angestellte, die etwas günstiger gestellt seien, und dazu träten dann noch die Bediensteten der Ostbahn und der Deutschen Post Osten. Insgesamt seien etwa 130 000 polnische Beamte und Angestellte im Generalgouvernement tätig. Eine Belastung mit 30- bis 40 Millionen Zloty für die polnischen Beamten und Angestellten, ungerechnet die Bediensteten von Bahn und Post, einschl. der Polizeibeamten, werde der Haushalt des Generalgouvernements tragen können. Dem Vorschlag des Generalleutnants Riege auf Wiedereinführung gewisser Fürsorgeeinrichtungen könne er nicht zustimmen, da man auf diese Weise zu einer Art bevölke-

rungspolitischer Maßnahmen komme, die die Finanzverwaltung nicht verantworten könne.

Man denke daran, noch im Laufe der nächsten Monate der gesamten polnischen Beamtenschaft eine vorläufige Zulage von rund 20 % zu geben. Diese Absicht stoße allerdings bei der Abteilung Arbeit auf gewisse Bedenken, die davon eine Auswirkung auf die allgemeinen Tarife und die Gefahr einer Tariferhöhung befürchte, die nicht ganz von der Hand zu weisen sei.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob man nicht durch finanzielle Berücksichtigung kinderreicher Polizistenfamilien eine gewisse Nuancierung in die Gehälter hineinbringen könnte, erwidert Finanzpräsident Spindler, daß sich die Finanzverwaltung ohne weiteres bereitfinden würde, in den Polizeihaushalt einen starken Unterstützungsfonds zu bringen. Der Wiedereinführung einer Beamtenunterstützungskasse mit Beiträgen dieser Beamten würde er abraten, denn er halte eine staatliche Wohlfahrt für zweckmäßiger als eine polnische Selbsthilfe.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man in der Bezahlung der polnischen Beamten großzügig sein müsse, um die polnische Beamtenschaft bei guter Stimmung zu halten. Bei der Erhöhung der Gehälter müßten auch die untersten Stufen noch wesentlich besser berücksichtigt werden.

Finanzpräsident Spindler verspricht sich ebenfalls viel von einer angemessenen Bezahlung der Beamten und von ihrer Anstellung, zwar nicht auf Lebenszeit, so doch in einer widerruflichen Form, die dem Beamten die Gewähr gebe, daß er im Dienste verbleibe, wenn er sich nichts zu schulden kommen lasse.

Der Herr Generalgouverneur nimmt sodann zur Frage des Nachwuchses der polnischen Polizeibeamtenschaft Stellung und hält es für geboten, eine polnisch-ukrainische Verwaltungs- und Polizeischule zu errichten.

30.4.1941

Finanzpräsident Spindler ist bislang der Auffassung gewesen, daß die Nachwuchsfrage erst nach Beendigung des Krieges geregelt werden solle, hält es aber ebenfalls für zweckmäßig, bei einer längeren Dauer des Krieges schon jetzt die Lösung dieser Frage in Angriff zu nehmen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu einigen die deutsche Polizei betreffenden Fragen Stellung genommen. Im Vordergrund steht die Frage der etwaigen Errichtung von Polizeidirektionen in den großen Städten.

Abteilungspräsident Westerkamp teilt mit, daß er bereits mit Oberführer Schöngarth über diese Frage gesprochen habe, ob etwa in den Städten eine verantwortliche Stelle für die Polizei geschaffen werden solle. Man könne solche Polizeidirektionen entweder als selbständige staatliche Behörden oder als Instanzen aufziehen, die unter dem Stadthauptmann bezw. dem Beauftragten der Distriktschefs stände. Nach Auffassung des Generals Daluege würde allerdings in der Schaffung von unter den Kreishauptmännern stehenden Polizeidirektionen, vom Standpunkte des Reiches aus gesehen, ein Rückschritt liegen. Er, Präsident Westerkamp, habe darauf eingewendet, daß es sich ja hier nicht um kommunale Polizeidirektionen handle; denn der Beauftragte des Distriktschefs sei nicht Kommunalbeamter, sondern Organ des Generalgouverneurs und als solcher staatlicher Beamter. Einigkeit habe darüber geherrscht, daß die Sicherheitspolizei angesichts ihres Charakters nicht in die Polizeidirektion einbezogen werden könnte. Dieses scharfgeschliffene Instrument würde sonst gewissen Gefahren unterliegen. General Daluege habe ihm dann empfohlen, in Warschau eine solche Polizeidirektion zu organisieren und ihr diejenigen Aufgaben zu übertragen, die nach Ansicht der Ordnungspolizei besonders wichtig seien, wie z.B. Meldewesen, Kennkartenausgabe usw.

30.4.1941

Generalleutnant Riege sieht das Wesen einer solchen Neuordnung darin, daß innerhalb der Stadtverwaltung wie des Machtbereiches des Beauftragten des Distriktschefs die polizeilichen Aufgaben unter einem Polizeidirektor zusammengefaßt würden. Der Polizeidirektor wäre dann ein Organ des Distriktschefs oder Stadthauptmanns.

Der Herr Generalgouverneur glaubt, daß auf diese Weise das Problem, vor dem man stehe, gelöst werden könne. Man dürfe allerdings die Regelung dieser Frage nicht überstürzen, weil es sich hier um eine Entwicklung handle, die auch im Reiche noch nicht beendet sei. Die Frage, ob die Polizei vollkommen von der Inneren Verwaltung losgelöst oder innerhalb der Inneren Verwaltung die Exekutive darstelle, sei auch im Reich noch nicht klar beantwortet. Im Generalgouvernement habe man nichts mit Verwaltungstheorien zu tun, sondern müsse bemüht sein, mit Verwaltungsaufgaben nüchtern fertig zu werden. Auch müsse man bedenken, daß die Polizei im Generalgouvernement vor ganz andere Aufgaben gestellt sei, sei sie doch sozusagen die Wehrmacht des Generalgouvernements. Das sei auch einer der entscheidenden Gesichtspunkte gewesen, der ihn veranlaßt habe, die Stelle des Höheren SS- und Polizeiführers zu schaffen, der neben dem Staatssekretär in Funktion getreten sei. Andererseits könne aber aus dieser Trennung nicht der Schluß gezogen werden, daß die Verwaltung nun etwa ohne Exekutive dastehe. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß im Generalgouvernement nur einer verantwortlich zeichnen könne, nämlich der Generalgouverneur. Der Führer habe in seiner grundsätzlichen Verordnung über die Befugnisse des Generalgouverneurs nichts ausgenommen, sondern eine totale Zuständigkeit des Generalgouverneurs festgestellt. Diese Tatsache sei deshalb so wichtig, weil mittlerweile ein Jahr verflossen sei und sich doch gewisse Bedenken gezeigt hätten, die aus der Notwendigkeit heraus manchmal eine andere Meinung hätten aufkommen lassen. Solange er an diesem Platze stehe, werde sich

nichts daran ändern, daß er mit niemandem die Zuständigkeit im Generalgouvernement teile. Er habe seinerzeit auch mit Reichsführer SS Himmler vereinbart, daß der Höhere SS- und Polizeiführer ihm unterstellt sei. Das habe die Bedeutung, daß auch die gesamte Polizei dem Generalgouverneur unterstehe. Diese Tatsache anzuzweifeln, habe keinen Sinn; denn letzten Endes würde er gezwungen sein, sich seine Exekutive selber zu schaffen. Bei seiner letzten Besprechung habe ihm der Führer seine Vollmachten ausdrücklich bestätigt und ihm noch andere Vollmachten gegeben, die sich vor allem gegen die Aspirationen der Wehrmacht richteten. Wenn ihm schon mitten im Kriege in der Vorbereitung akutester Kriegshandlungen in diesem Gebiet eine solche Vollmacht gegeben werde, um wieviel mehr müßten dann seine Vollmachten auf dem Sektor der Polizei Geltung haben. Er kenne die Schwierigkeiten, mit denen alle diejenigen Abteilungspräsidenten zu kämpfen hätten, die von Berliner Zentralen dienstmäßig mehr oder weniger abhängig seien. Daß manchmal versucht werde, von Berlin aus in das Generalgouvernement hineinzuregieren und entsprechende Anordnungen zu treffen, nehme er nicht tragisch. Er könne aber hier nicht arbeiten, wenn nicht die Verhältnisse völlig klargelegt seien und er nicht eine für die Durchsetzung des Kampfes in diesem Gebiet entscheidende Waffe in der Hand habe. Übrigens habe er in Besprechungen mit den Distriktschefs und den Kreishauptmännern festgestellt, daß zwischen ihren Dienststellen und denjenigen der Polizei und Gendarmerie das beste Einvernehmen bestehe, daß überall die Loyalität der Polizeibeamten, ihre Pflichterfüllung und ihr Einsatz gelobt werde. Es handle sich seiner Auffassung nach bei dem Problem "Verwaltung- und Exekutive" mehr um einen Salonstreit in den höheren Spitzen als um ein echtes Lebensproblem. Das Reich müsse ja auch darauf bestehen, daß das Nebenland des Generalgouvernements einheitlich regiert und verwaltet werde. Dafür müsse der bestmögliche Weg gesucht werden. Die Beamten, die in diesem Raume tätig seien, dürften nicht mit dem Gefühl einer ungelösten Stellungsproblematik belastet sein,

sondern in voller Aufgeschlossenheit müßten sie die Überzeugung haben, daß jeder an seinem Platz seine Pflicht und Schuldigkeit nach besten Kräften tue. Sein neulicher Besuch der Straßen Krakaus, der zu verschiedenen Betrachtungen Anlaß gegeben habe, habe bei ihm absolut nicht die Stimmung ausgelöst, als ob bei der Polizei besonders kritische Zustände herrschten. Allerdings müsse er seinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Patrouillen- und Streifendienst offenbar nur ganz gering sei. Hier müsse unbedingt etwas geschehen, wolle man nicht zu völlig ungeordneten Zuständen kommen, die dann schließlich dazu führen könnten, daß ~~denn~~ die Wehrmacht selber die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Straßen übernehme. Vielleicht könne durch Einrichtung von Sonderdienststreifen geholfen werden, die dafür sorgten, daß die Sperrstunde in den Lokalen eingehalten werde. Bezeichnenderweise gebe es in kleineren Städten wie Jaslo und Sanok keine solchen Schwierigkeiten; dort werde einfach das Lokal von einem Wachtmeister geschlossen. In den größeren Städten müsse gegebenenfalls mit einem Verbot der Verabreichung von Spirituosen vorgegangen werden.

Er habe das Vertrauen zu seinen Abteilungspräsidenten, daß sie die Lage richtig sähen. Man stehe in den nächsten Wochen vor ernstesten Problemen, die für theoretische Betrachtungen nur wenig Raum ließen. Er werde sich bemühen, diese schwierigen Aufgaben nach Möglichkeit zu erleichtern. Notwendig sei es aber, daß man sich über diese Dinge offen unterhalte. Daß die Verwaltung des Generalgouvernements über eine ihr zur Verfügung stehende klare Exekutive verfügen müsse, sei eine selbstverständliche Tatsache. Inwieweit vom Gesichtspunkt der eigentlichen polizeilichen Situation des Generalgouvernements eine Sonderstellung zu suchen sei, darüber müsse noch gesprochen werden. Die im Generalgouvernement tätigen Beamten müßten sich sozusagen als verlorener Haufen in diesem östlichen Vorfeld gerieren. Was bisher geleistet worden sei, werde einmal in der Geschichte der

30.4.1941

deutschen Reichsführung eine gewisse Bedeutung haben. Er sei stolz darauf, eine solche Elite von Mitarbeitern zu besitzen und danke ihnen für die von ihnen geleistete Arbeit.

Der Herr Generalgouverneur kommt dann auf die Widerstandsbewegung zu sprechen und teilt in diesem Zusammenhang mit, daß er heute bei Oberführer Schöngarth die Giftsammlung besichtigt habe. Er halte esfür sehr wünschenswert, daß diese Sammlung auch von denAbteilungspräsidenten und anderen Beamten besichtigt werde. Nichts sei so bezeichnend für die wirkliche Lage in diesem Lande wie diese Aneinanderreihung von Ausrüstungsgegenständen für die raffiniertesten Vergiftungsunternehmungen, die überhaupt denkbar seien. Da sehe man z.B.kleine Ampullen, gefüllt mit schwerster Blausäure, die man über einer Suppe zerbröckeln könne. Wenn man alle diese Gifte und Bomben gehäuft vor sich sehe, dann dürfe man nie vergessen, daß die Regierung des Generalgouvernements mit den wenigen Reichsdeutschen nur einen hauchdünnen Machtapparat gegenüber 12 Millionen Polen darstelle. Angesichts solcher Erscheinungen müßten sich alle Deutschen, ganz gleich, welcher Stellung sie seien, eng zusammenschließen. Es gehe jetzt nur darum, den Schlußkampf zu führen. Den Polen gegenüber müsse die äußerste Vorsicht obwalten; jedwedes Vertrauen zu einem Polen sei völlig fehl am Platze. Deshalb müsse auch unter allen Umständen versucht werden, die polnischen Bediensteten aus der Burg zu entfernen, nicht in seinem, des Generalgouverneurs, Interesse, sondern im Interesse prominenter Persönlichkeiten, die aus dem Reich nach Krakau kämen.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage eines eventuell zu erlassenden Alkoholverbots zu. Oberführer Schöngarth berichtet, daß er bereits ein Verbot des Ausschanks von Wodka erlassen habe.

SS-Obergruppenführer Krüger teilt mit, daß das SS-Führerheim um Mitternacht geschlossen bezw. kein Alkohol

mehr ausgeschenkt wird.

Im Zusammenhang mit dieser Frage erkundigt sich der Herr Generalgouverneur nach der Stärke der in Krakau eingesetzten Polizeistreifen.

Generalleutnant Riege bemerkt, daß für diesen Dienst in Krakau 80 Mann zur Verfügung ständen. Mit diesen 80 Mann sollen die gesamte Preisüberwachung, die Beaufsichtigung der polnischen Polizei, die Organisierung des Luftschutzes und andere Aufgaben durchgeführt werden. Das sei natürlich auf die Dauer unmöglich, sei man doch kaum imstande, mit den vorhandenen Streifen die Preiskontrolle durchzuführen. Wenn man im Generalgouvernement zur Schaffung von Polizeipräsidien käme, würde man sich vielleicht in Berlin geneigt zeigen, die Zahl der Beamten zu erhöhen.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob nicht für die Erfüllung dieser Aufgabe der Sonderdienst herangezogen werden könnte. Ein deutscher Polizeibeamter könnte dann jeweils mit 4 Sonderdienstmännern eine Streife übernehmen.

Generalleutnant Riege weist darauf hin, daß man in Norwegen gute Erfahrungen mit gemischten Streifen deutscher Polizei, SS, Wehrmacht und norwegischer Polizei gemacht habe.

SS-Obergruppenführer Krüger bemerkt, daß eine gleiche Vereinbarung mit General von Höberth bereits getroffen worden sei.

Generalleutnant Riege berichtet sodann, daß jetzt sechs Bataillone Ordnungspolizei ans Reich abgegeben würden, darunter 4 voll motorisierte, sodaß von den sieben verbleibenden Bataillonen nur zwei Kompanien motorisiert werden könnten.

30.4.1941

In diesem Zusammenhang geht Abteilungspräsident Spindler auf die Polizeikostenfrage ein. Er teilt mit, daß die Kosten für sechs Bataillone bisher vom Reich getragen worden seien. Die Gesamtaufwendungen des Generalgouvernements für die Polizei betrügen im Jahre 240 Millionen Zloty. Von dieser Summe seien alle persönlichen und sächlichen Ausgaben der Polizei bestritten worden. An das Reich seien 166 Millionen Zloty erstattet worden. Gezahlt werden müßten jetzt die Ausgaben für die sieben Bataillone mit insgesamt 3 500 Mann. Dazu kämen noch 2 500 Mann Gendarmerie und 2 000 Mann Einzeldienst. Bislang seien das insgesamt etwa 11 000 Mann gewesen, nach Wegfall der sechs Bataillone verblieben noch 8 000 einschließlich der Gendarmerie.

Der Herr Generalgouverneur hält sodann eine Erörterung der Frage für notwendig, wie die Regierung zu dem Vorschlage stehe, eine Dienststelle "Verwaltung und Recht" einzurichten.

Unterstaatssekretär Kundt bemerkt, daß diese Grundfrage angesichts der Verfügung über die Organisation der Regierung zurückgestellt worden sei.

SS-Obergruppenführer Krüger stellt die grundsätzliche Frage in den Vordergrund, welchen Aufgabenbereich der Chef der Polizei im Rahmen der Regierung des Generalgouvernements in Zukunft haben werde. Staatssekretär Dr. Bühler mit der Regierung des Generalgouvernements sei der eine Zweig und der Chef der Polizei mit dem General der Ordnungspolizei der andere Zweig der Verwaltung. Alle polizeilichen Aufgaben, die zum Teil exekutiv vom Sektor der Regierung aus vorgenommen würden, zum Teil verwaltungsmäßig mehr von diesem Sektor aus, sollten nun in das Aufgabengebiet dieses Chefs der Polizei übergehen. Es frage sich, inwieweit die bisher von der Abteilung "Innere Verwaltung" bearbeiteten Angele-

genheiten auf den Chef der Polizei zu übernehmen seien, oder ob beispielsweise Fragen der Verordnungen und Verfügungen weiterhin federführend bei der ~~der~~ Abteilung "Innere Verwaltung" bearbeitet werden könnten. Er habe mit Reichsführer-SS über diese Frage gesprochen. Er habe erklärt, wenn der Herr Generalgouverneur beabsichtige, eine Art Staatssekretariat für polizeiliche Sicherungsmaßnahmen einzurichten, dann müßten auch die Polizeipräsidenten irgendwie in diese Gesamtstruktur des Chefs der Polizei eingebaut werden. Heute habe man sich immer noch nicht über die Einzelpunkte verständigt. Man sei nur in den Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß gelangt, aber die grundsätzliche Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs fehle noch. Solange er, Obergruppenführer Krüger, mit seinem Polizeiapparat außerhalb der Regierung stehe, habe man eigentlich immer noch den Eindruck, daß die Polizei mit der Regierung nicht zusammenarbeiten und sich praktisch außerhalb der Regierung stellen wolle. Aber diese Auffassung vertrete weder der Reichsführer noch er. Der Reichsführer-SS sei grundsätzlich damit einverstanden, daß der Polizeichef dem Generalgouverneur unterstehe und seine Aufträge von ihm entgegennehme, andererseits aber auch alle polizeilichen Aufgaben vom Höheren SS- und Polizeiführer verantwortlich gelöst werden müßten. Dem Kreishauptmann sei damit später keineswegs die Möglichkeit genommen, über die Gendarmerie und ihre Organe zu verfügen.

Unterstaatssekretär Kundt zieht einen Vergleich mit den Verhältnissen im Reich. Dort seien der Chef der Sicherheitspolizei und der Chef der Ordnungspolizei dem Reichsministerium des Innern zugeteilt. Die Regierung des Generalgouvernements sei aber nicht nur Reichsinnenministerium, sondern eine Summe von Landesministerien, geleitet vom Staatssekretär. Nun handle es sich um die Frage, ob die Ordnungspolizei und vor allem die Sicherheitspolizei ein Komplex für sich sei, ob diese Ordnungspolizei wie im Reich in diesem

30.4.1941

Rahmen und mit diesen Ämtern zur Inneren Verwaltung komme oder ob ihre Aufgaben aus der Inneren Verwaltung und somit aus der heute fest organisierten Regierung herausgenommen werden und in die Zuständigkeit der dem Höheren SS- und Polizeiführer unterstehenden Chefs der Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei übergehen sollten. Es handle sich hier um das Problem des grundsätzlichen Staatsaufbaues, der Gestaltung des Verwaltungsrechts im nichtdeutschen Gebiet. Über diese Grundfrage hätten verschiedene Meinungen bestanden, und der Herr Generalgouverneur habe erklärt, daß er vorläufig noch keine Entscheidung treffen wolle. Im Reich gehe man offenbar von der irrtümlichen Auffassung aus, daß sowohl Regierung wie Polizei im Generalgouvernement nur eine Art Innenministerium darstelle, also der Generalgouverneur gewissermaßen Innenminister sei. Die Regierung des Generalgouvernements bestehe aber außerdem noch aus den Trägern der Funktionen anderer Reichsministerien. Im Reich gebe es unter dem Reichsminister des Innern den Staatssekretär Pfundtner für die allgemeine Verwaltung, ferner Staatssekretär Stuckart und den Staatssekretär Reichsführer-SS Himmler. Man übersehe, daß im Generalgouvernement der Höhere SS- und Polizeiführer eingesetzt wurde, ein Organ, das man im Reich beim Aufbau des Reichsinnenministeriums nicht kenne. Im Generalgouvernement gehe jeder Befehl des Generalgouverneurs an den Höheren SS- und Polizeiführer, und dieser entscheide in allen Angelegenheiten der Polizei. Generalleutnant Riege unterstehe als Chef der Ordnungspolizei sowohl der Befehlsgewalt des Generals Daluege wie derjenigen des Höheren SS- und Polizeiführers. Die Gleichsetzung von Generalgouverneur und Reichsminister des Innern sei, staatsrechtlich betrachtet, nicht richtig. Welche Form aber zu finden sei, um dieses Problem befriedigend zu lösen, sei noch eine offene Frage.

30.4.1941

Es handle sich nun darum, in welcher Form die Polizei als Exekutive in die Regierung eingeordnet werden solle. In der Verordnung über die Organisation der Regierung des Generalgouvernements habe man den Ausweg gewählt, der Regierung einmal den Charakter der Behörde und zum andern denjenigen eines Beratungsorgans zu geben. Der Höhere SS- und Polizeiführer sei mit seinen Mitarbeitern als Beratungsorgan in die Regierung hineingenommen worden, damit man überhaupt zunächst einmal eine gemeinsame Form finde. Dieses Beratungskollegium stelle aber keine Form des Verwaltungsorganismus dar. Beim Kreishauptmann stehe lediglich die Frage im Vordergrund, ob er Disziplinarbefugnisse gegenüber der Gendarmerie habe, wie sie z.B. dem Oberlandrat zuständen. Heute habe der Kreishauptmann nur ein allgemeines sachliches Weisungsrecht. In der ~~Justiz~~ Distrikts verwaltung ständen der SS- und Polizeiführer und seine beiden Kommandeure neben dem Repräsentanten der Verwaltung. Der Kreishauptmann sei, vor allem auf dem Sektor der Inneren Verwaltung, der Repräsentant der gesamten Verwaltung, während beim Distriktschef der Leiter der Inneren Verwaltung diese Aufgabe habe und neben ihm der SS- und Polizeiführer stehe. Der Leiter der Abteilung "Innere Verwaltung" beim Distriktschef könne dem SS- und Polizeiführer keine Weisungen erteilen, sondern er müsse beim Distriktschef beantragen, daß dieser dem Polizeiführer eine Weisung gebe. Praktisch werde es allerdings so gehandhabt, daß der Distriktschef unmittelbar den Kommandeur der Ordnungspolizei benachrichtige.

Diese Zuständigkeiten, die heute der Hauptabteilung "Innere Verwaltung" gehörten, sollten nun herausgenommen und an den Höheren SS- und Polizeiführer übertragen werden. Nun könnte beispielsweise ein Erlaß an die Distriktschefs ergehen, von dem der Staatssekretär als der verantwortliche Leiter der Regierung ebenso wie die Hauptabteilung "Innere Verwaltung" keine Kenntnis habe. Wenn man auch versuchen wollte, diese Frage durch Einführung einer gemeinsamen Zeichnung zu lösen, so könnten doch in einer Angelegenheit Meinungsverschiedenheiten zwischen Innerer Verwaltung und Polizei

bestehen. Erfolge keine Einigung, dann müßte eine solche Frage dem Generalgouverneur zur Entscheidung vorgelegt werden.

Nun müßte eine neue Form gefunden werden, um dieses dem Zustand im Reich vergleichbare Problem zu lösen. Bisher sei man von der Konstruktion ausgegangen, daß man einfach die Berliner Form innerhalb des Reichsinnenministeriums auf die Regierung des Generalgouvernements übertragen habe. Weil dort ein Amt für Verwaltung und Recht bestehe, müsse es auch im Generalgouvernement vorhanden sein. Aber im Generalgouvernement stelle die Regierung plus dem Höheren SS- und Polizeiführer die Verwaltung dar. Verwaltung und Recht sei die Summe sämtlicher Befugnisse der obersten Reichsbehörden, geführt vom Führer. Verwaltung und Recht sei keine Spezialität im Rahmen der Ordnungs- und Sicherheitspolizei.

Es handle sich nach alledem immer um die Grundfrage, ob der Generalgouverneur dem Reichsminister des Innern gleichgesetzt sei, oder ob man davon auszugehen habe, daß der Generalgouverneur als Vertreter des Führers Landesoberhaupt sei und unter ihm eine Art Ministerkollegium mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze stehe, wobei das Landesministerium der Inneren Verwaltung mit Ordnungs- und Sicherheitspolizei den Sektor umfasse, der im Reich vom Reichsinnenministerium betreut werde. Man habe im Stellenplan bewußt damit gearbeitet, daß die Leiter der Hauptabteilungen den Rang eines Ministerialdirektors erhielten.

Der Vergleich zwischen Reichsinnenministerium und Gesamtverwaltungsspitze des Generalgouvernements sei falsch, ebenso falsch wäre es, wenn man etwa den Regierungspräsidenten mit dem Distriktschef oder den Landrat mit dem Kreishauptmann vergleichen wollte. Daher müsse ein Weg gefunden werden, auf dem man zu einer grundsätzlichen Auffassung komme. Richtig sei allerdings, daß Polizeiangelegenheiten nur von polizeilich geschulten Beamten bearbeitet werden könnten.

30.4.1941

Wenn man aus der Inneren Verwaltung Dinge herausnehme, die mit ihr verbunden seien, so sei das verfehlt. Man könne nicht die Exekutive der Verwaltung neben die Innere Verwaltung stellen. Wollte man diese beiden Faktoren nebeneinander stellen, so würde der Polizeiführer ~~xxx~~ neben dem Staatssekretär stehen, und der Staatssekretär könnte nicht wie der Reichsminister des Innern dem Chef der Ordnungspolizei einen Befehl erteilen. Es müßte also immer eine Einigung stattfinden. Aber bei allem persönlichem Zusammenarbeiten könne es doch Fragen geben, über die man sich nicht einige, und dann müsse der Generalgouverneur in jedem Einzelfall entscheiden. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Abteilung Arbeit und der Abteilung Wirtschaft würde der Staatssekretär entscheiden, und nur im äußersten Falle bedürfte es hier der Entscheidung des Generalgouverneurs.

Über diese Grundfragen sollte man nicht mit einem Oberregierungsrat, der mit gebundener Marschroute ins Generalgouvernement komme, verhandeln müssen, sondern mit demjenigen, der den Befehl gebe, also mit General Daluege bezw. dem Reichsführer-SS.

Abteilungspräsident Westerkamp ist der Auffassung, daß man über das an sich ganz einfache Problem "Polizei und Verwaltung" kaum verschiedener Meinung sein könne. Jede Verwaltung habe zwei Funktionen: die des Anordnens und des Durchsetzens, die voneinander nicht getrennt werden könnten. Danach würde es eine Gruppe von Regierungsstellen geben, die nur anordne, eine andere, die anordne und darüberhinaus auch die Exekutive in der Hand habe. Unter "Regieren" verstehe er die Gestaltung der für die Gemeinschaft notwendigen Angelegenheiten.

Generalleutnant Riege gibt zu bedenken, daß es sich bei der grundsätzlichen Frage nur um den engeren Begriff des Polizeirechts handle. Wenn der Chef der Ordnungspolizei ein Amt für Verwaltung und Recht unter sich habe, so handele es

30.4.1941

sich dabei selbstverständlich nur um Polizeiverwaltung und Polizeirecht. Beansprucht werde ja nur die Herausnahme der Polizeiverwaltung und des Polizeirechts. Der Luftschutz sei jetzt beispielsweise in zwei Teile aufgespalten: die Anordnung habe federführend die Abteilung Innere Verwaltung zu treffen, die Exekutive, d.h. die technische Durchführung liege in der Hand der Polizei. Nach Ansicht der Berliner Stellen sei es praktisch, die Federführung in Angelegenheiten der Polizeiverwaltung und des Polizeirechts in die Hände der fachmännisch geschulten Polizei zu legen.

Abteilungspräsident Westerkamp wendet dagegen ein, daß es sich doch im allgemeinen um eine große Einheit handle, für die man nicht zwei verschiedene Träger haben könne.

Der Herr Generalgouverneur hält es für zweckmäßig, daß Unterstaatssekretär Kundt und Abteilungspräsident Westerkamp einmal mit General Daluege über die Dinge sprechen würden. Im übrigen halte er es nicht für denkbar, daß es eine Loslösung der Exekutive von der Verwaltung geben könne. Im Generalgouvernement lägen die Dinge insofern anders als im Reich, als die Polizei des Generalgouvernements über das Exekutivmäßige hinaus eine besondere Stellung einnehme. Unter allen Umständen müsse aber gewährleistet sein, daß die Verwaltung ihre Exekutive habe.

Andererseits könne man sich vorstellen, daß angesichts der überragenden Bedeutung der Polizei im Generalgouvernement der Landespolizeichef eine Fülle von Aufgaben habe, die gar nicht zur Verwaltungsexekutive gehörten, sondern eigentlich ~~xxx~~ die Sekante der Unterstützung der politischen Führung darstellten. Im Grunde genommen liege es so, daß SS-Obergruppenführer Krüger als Polizeigeneral und Dr. Bühler als Staatssekretär die beiden Opponenten seien. Er könne aber nicht zugeben, daß dieser Umstand unbedingt zu Schwierigkeiten führen müsse. Es sei ganz richtig, daß hier, logisch gesehen,

30.4.1941

eine Trennung nicht stattfinden dürfe, daß also derjenige, der eine Anordnung treffe, auch die Exekutive haben müsse. Denkbar wäre es allerdings, daß innerhalb der Polizei eine Trennung stattfindet. Aber ~~für~~ die ganz großen politischen Zusammenhänge ließen eine solche Trennung zwischen dem, was vom Standpunkt des Höheren SS- und Polizeiführers geboten erscheine, und dem, was dem Hauptabteilungsleiter der Inneren Verwaltung an gewährleisteter unmittelbar ihm zur Verfügung stehender Exekutive gegeben werden müsse, nicht zu. Diese totale Trennung habe sich auch im Reiche nicht bewährt. Auch dort sei eigentlich alles noch im Werden. Hier müsse also auf irgendeine Weise ein Ausweg gefunden werden. Die Frage einer etwaigen Aufteilung der Polizeiverwaltung und des Polizeirechts im engeren Sinne werde nicht so sehr nach dem Enumerationsprinzip, sondern danach zu beurteilen sein, wie die Aufgaben des Höheren SS- und Polizeiführers und andererseits diejenigen des Chefs der Verwaltung zu werten sind, welche Befugnisse vor allem die Innere Verwaltung haben müsse, um ihre Anordnungen durchführen zu können.

Unterstaatssekretär Kundt ist der Auffassung, daß man hier über ein Problem spreche, das, intern gesehen, eigentlich ein Reichsproblem darstelle. Wenn man schon sofort eine Lösung finden wolle, könne sie nur auf dem Wege eines gemeinsamen Vorgehens gesucht werden. In einer Beziehung hätten die Vertreter der Polizei doch mit ihrem Standpunkt nicht ganz unrecht: während die Angehörigen der Ordnungs- und Sicherheitspolizei stärker zu einer nationalsozialistischen Gedankenhaltung erzogen worden seien, treffe dies für den Sektor der rein inneren Haltung des Beamtentums doch nicht in dem Maße zu. Der reine Verwaltungsbeamte sei ja auch innerlich nicht so eingestellt, er sei nicht so militant erzogen wie etwa ein Gendarmerieoffizier. Möge der Regierungsrat auch mehr Wissen haben, - der Polizist sei geschult auf das rasche Durchführen der ihm ~~t~~ im Rahmen

30.4.1941

bestimmter Vorschriften gegebenen Befehle.

Der Herr Generalgouverneur geht in diesem Zusammenhang auf die Geschichte des Polizeiwesens ein. Er gibt vor allem zu bedenken, daß heute im öffentlichen Leben viele Probleme entständen, die die Polizei oft vor Aufgaben stellten, deren sie nicht mehr wie bisher Herr werden könnte. Die Entwicklung zeige ja auch, daß eigentliche Aufgaben der Polizei heute anderen Organisationen oder Verbänden übertragen würden: das NSKK habe heute schon in großem Umfange Aufgaben der Polizei übernommen, die Städte fingen wieder an, mit eigenen Polizisten zu arbeiten, es gebe eine Forst-,Betriebs-, Wirtschaftspolizei. So gewinne allmählich der Polizeibegriff die neue Form nicht militärischen oder soldatischen Charakters. Darüberhinaus zeigten sich ja auch innerhalb der Polizei selbst die verschiedenen Kategorien der eigentlichen Ordnungspolizei, der Sicherheitspolizei, des Sicherheitsdienstes, der SS-Verbände usw. Daß natürlich die Wehrmacht mit Eifersucht darauf sehe, daß neben ihr ein anderer Waffenträger marschiere, brauche nicht erwähnt zu werden. Vom Standpunkt der Verwaltung aus gesehen, gebe es eben eine große Anzahl von Aufgaben, die erfüllt werden müßten, so auf dem Gebiete des Streifen-, Bewachungs- und Sicherheitsdienstes. Man stehe hier vor der Frage, ob die Entwicklung noch im rein Militanten bleiben oder wieder mehr den bürgerlichen Zug annehmen werde.

Der Versuch, auch in den unteren Instanzen gewissermaßen den Reichsführer-SS zu verkörpern, finde sein Gegenstück in der Verwaltungsgeschichte, soweit es sich um den Unterschied zwischen Zentralismus und untergeordneten Behörden handle. Hier handle es sich um die Frage, ob der dem Chef der Deutschen Ordnungspolizei unterstehende General der Ordnungspolizei aus der unmittelbaren Befehlsbezogenheit gegenüber seinem Vorgesetzten, dem General der Polizei im Reiche, diesem auch im Generalgouvernement zu folgen verpflichtet sei. Das Problem werde besonders wichtig, wenn es

sich um total verantwortliche Persönlichkeiten in Regierungsfunktionen handle. Die Abhängigkeit des Abteilungspräsidenten der Abteilung "Innere Verwaltung" vom Generalgouverneur sei absolut eindeutig. Die Abhängigkeit des Polizeichefs in diesem ausschließlichen Sinne wäre überhaupt die erste Voraussetzung, daß er in diesem totalen Umfang arbeiten könne. Andererseits müßte aber auch die Abhängigkeit des Generals der Ordnungspolizei ebenfalls so ausschließlich sein wie die des Kreishauptmanns und Distriktschefs. In diese Dinge dürfte nicht von dem Reichsführer-SS hineinregiert werden.

Ohne Zweifel habe die Polizei im Generalgouvernement eine Fülle von Aufgaben, die absolut generalgouvernementsbedingt sind. Deshalb unterständen sie auch der Verwaltungsexekutive. Aber gerade weil die Polizei so eminent wichtige Aufgaben zu erfüllen habe, wäre es unsinnig, etwa zu sagen: hier gibt es überhaupt nur Generalgouvernementsdelikte. Es gebe eben Fälle, die nicht generalgouvernementsbedingt, sondern reichsbedingt seien. Für die reichsbedingte Zuständigkeit der Polizei wäre es völlig falsch, zu sagen: die Polizei ist die Exekutive der Inneren Verwaltung, d.h. des Staates. Innerhalb der Polizei müsse also nicht etwa nur nach dem Begriff des Militanten und rein Polizeilichen unterschieden werden, sondern es müsse auch noch der Unterschied zwischen der ausschließlich generalgouvernementsbedingten Polizeitätigkeit und der reichsbedingten Polizeitätigkeit gemacht werden.

Nun werde in Berlin gesagt: auch im Generalgouvernement gibt es nur nach seiner Struktur eine Reichspolizei. Das sei bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber es gebe auch eine Fülle rein generalgouvernementsbedingter Aufgaben bei jeder einzelnen Abteilung und Verwaltung. Würde nun die Polizei ihr Tätigkeitsfeld neben den generalgouvernementsbedingten Angelegenheiten haben, so würde sie wesentlich schlechter gestellt sein als jede Verwaltung im Reich.

30.4.1941

Wenn auch die Polizei des Generalgouvernements dem Reichsführer-SS unterstehe, so sei sie doch andererseits Exekutivorgan des Generalgouvernements. Soweit sie als Reichspolizei in Betracht komme, behalte sie diesen ihren Charakter, ob sie nun im Generalgouvernement, in Holland, in Norwegen oder Frankreich tätig werde.

Abteilungspräsident Spindler weist darauf hin, daß bisher der Stab des SS- und Polizeiführers beim Distrikt haushaltsmäßig bei der Distriktsverwaltung geführt worden sei. Nach einer ihm gewordenen Mitteilung solle jetzt SS-Obergruppenführer Krüger den Polizeichefs bei den Distrikten die Weisung gegeben haben, Haushaltsforderungen unmittelbar an ihn zu richten.

SS-Obergruppenführer Krüger bemerkt, daß dies nur insoweit geschehen sei, als bisher die SS- und Polizeiführer haushaltsmäßig nicht erfaßt worden seien. Nun habe er von Brigadeführer Globocnik die Nachricht erhalten, daß Oberregierungsrat von Streit erklärt habe: wenn sein Haushaltsplan nicht unverzüglich eingereicht werde, werde die Finanzverwaltung kein Geld mehr zahlen. Er habe darauf hin Brigadeführer Globocnik ersucht, ihm die Unterlagen zu übermitteln, um sich ein Bild davon zu machen, wie der Haushaltsplan des SS- und Polizeiführers aussehe.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß diese Frage in einer Besprechung zwischen SS-Obergruppenführer Krüger und Abteilungspräsident Spindler geklärt wird.

Die Besprechung wird darauf geschlossen.

19[h] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/3

Donnerstag, den 1. Mai 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

IV/3 Burg Krakau

Freitag, den 2. Mai 1941

10^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{45} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{00} Hauptabteilungspräsidentensitzung.
(Protokoll siehe Beiakten)

16^{00} Gauleiter Oberpräsident Bracht trifft auf dem Hof der Burg zu Krakau ein. Er schreitet die Front der Ehrenkompanie der Ordnungspolizei ab, die mit dem Musikzug der SS-Standarte auf dem Hofe Aufstellung genommen hat.

16^{20} Empfang des Gauleiters Bracht im großen Saal der Burg zu Krakau.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt Gauleiter Bracht mit folgenden Worten:
Lieber Parteigenosse Bracht! Ich heiße Sie herzlich auf der Burg zu Krakau willkommen und freue mich außerordentlich über Ihren Besuch. Es freut mich von ganzem Herzen, Sie hier in meiner Eigenschaft als Generalgouverneur und Reichsleiter begrüßen zu können. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir in diesem Ihrem Besuch eine Bestärkung der zahlreichen Beziehungen zwischen Generalgouvernement und Ihrem Gau sehen, die sich hoffentlich in zunehmendem Maße noch entwickeln werden. Daß Sie zu uns gekommen sind, gibt uns die frohe Gewähr, daß eine Zusammenarbeit zwischen uns auf allen Gebieten sich entwickeln wird. Seien Sie überzeugt, daß die Regierung des Generalgouvernements in allen ihren Dienststellen ebenso wie der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. mit allen seinen Obliegenheiten es sich stets zur hohen Ehre rechnen werden, mit dem alten deutschen Kampfgebiet, mit der großen Industriewerkstätte des deut-

2.5.1941

schen Reiches im Osten freundliche Beziehungen aufrecht-
zuerhalten.

Gauleiter Bracht antwortet mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur, Reichsleiter! Ich danke Ihnen herzlich für die freundlichen Worte, die Sie mir gewidmet haben und für die freundliche Einladung. Sie dürfen versichert sein, daß ich gern hierher gekommen bin. Ich bin auch erfreut darüber, daß es so mannigfaltige Beziehungen zwischen dem Generalgouvernement und meinem Gau gibt. Je enger und unmittelbarer die Zusammenarbeit für unser beiderseitiges Aufgabengebiet sein wird, desto größer wird der Erfolg sein. Die Verbindungen zwischen den beiden Gebieten sind sehr eng, und zwar erstens aus dem geschichtlichen Werden heraus, zweitens auf Grund der Problemstellung, vor der wir stehen, drittens auf Grund der wirtschaftlichen Bedingungen beider Gebiete. Deshalb kann ich mir auch nicht vorstellen, daß ein Gegeneinanderarbeiten möglich wäre. Wir brauchen ein absolutes Miteinanderarbeiten. Ich glaube, daß diese Zusammenarbeit dem Wohle und dem Blühen beider Gebiete dienen wird. Diese meine Auffassung möchte ich durch meinen Besuch bei Ihnen unterstrichen haben. Ich freue mich, daß ich zu Ihnen kommen konnte, und danke Ihnen nochmals recht herzlich.

17[00] Tee-Empfang beim Herrn Generalgouverneur.

17[40] Empfang von Pressevertretern - der Krakauer Zeitung, des DNB und der DAZ - durch Gauleiter Bracht.

19[20] Kundgebung des Arbeitsbereichs in der "Urania" aus Anlaß der Anwesenheit des Gauleiters Bracht.

Der Herr Generalgouverneur, von der Versammlung lebhaft begrüßt, eröffnet die Kundgebung mit folgenden Worten:

2.5.1941

Deutsche! Es ist mir eine ganz besondere Freude, in unser aller Namen den Gauleiter des Gaues Oberschlesien des Großdeutschen Reiches, Parteigenossen Bracht, in unserer Mitte begrüßen zu können.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße zugleich die mit ihm erschienenen Herren, vor allem den stellvertretenden Gauleiter Pg. Hoffmann, den Führer der Deutschen Arbeitsfront in Oberschlesien.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Wir freuen uns im Generalgouvernement, daß der Mann zu uns gekommen ist, der die schwere Aufgabe vom Führer übertragen erhalten hat, das endlich wieder nach entsetzlichen Kämpfen deutsch gewordene Oberschlesien zu betreuen und es wieder fest einzufügen in das gewaltige, grandiose unzerstörbare Reich Adolf Hitlers. Ihnen, Pg. Bracht, hat der Führer eine der schwersten und ehrenvollsten Aufgaben übertragen. Gerade wir im Generalgouvernement können verstehen, was es für Sie bedeutet, aus einem Gebiet wie Oberschlesien, das von den Polen so furchtbar herabgewirtschaftet worden war, wieder einen blühenden starken deutschen Gau zu machen. Das Generalgouvernement als das östlichste Vorfeld der deutschen Machthoheit ist glücklich, in Ihnen den Repräsentanten dieses mitkämpfenden Ostbereichs begrüßen zu können.

Ich möchte Ihnen aber auch für die Fülle des Verständnisses danken, das Sie in Ihrer Eigenschaft sowohl als Gauleiter wie auch als Oberpräsident und damit als oberster staatlicher Repräsentant der Provinz Ostschlesien uns in unseren Nöten entgegenbringen. Sie sitzen zum großen Teil auf der Kohle, die wir verheizen müssen.

(Heiterkeit)

Daher hängt es von Ihrem Tun und Ihrem Entgegenkommen ab, ob wir frieren oder behaglich im warmen Zimmer sitzen können. Aber nicht etwa diese materialistischen, etwas schwarzen Überlegungen haben uns veranlaßt, Sie zu uns einzuladen, sondern ehrliche parteigenössische Sympathie. Verstehen Sie uns also recht, Parteigenosse Bracht.

(Lebhafter Beifall)

2.5.1941

Auch dieser Besuch soll unserem Führer wieder einmal zeigen, wie sehr wir hier in diesem schwer umkämpften Ostbereich, den die Deutsche Wehrmacht mit heroischem Ringen in einem unvergleichlichen Siegeszug von 18 Tagen erobert hat, zusammenhalten, wenn nunmehr der Mann zu uns spricht, der diese Aufgabe in Oberschlesien übernommen hat. Ich bitte Sie, Gauleiter Bracht, zu uns zu sprechen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Gauleiter Bracht ergreift hierauf das Wort zu seiner Rede, in der er zu allen grundsätzlichen Fragen Stellung nimmt, die für das Verhältnis des Gaues Oberschlesien zum Generalgouvernement von Bedeutung sind. (s. Anlage)

Die Kundgebung findet mit dem von Dienstleiter Schalk ausgebrachten Sieg Heil auf den Führer und den Liedern der Nation ihren Abschluß.

1[00] Empfang im Hause Krakau, gegeben vom Herrn Generalgouverneur.

Freitag, den 2. Mai 1941

K u n d g e b u n g des Arbeitsbereichs in der "Urania" zu Krakau aus Anlaß der Anwesenheit des Gauleiters Bracht.

Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank, von der Versammlung herzlich begrüßt, eröffnet die Kundgebung mit folgender Ansprache:

Deutsche! Es ist mir eine ganz besondere Freude, in unser aller Namen den Gauleiter des Gaues Oberschlesien des Großdeutschen Reiches, Pg. Bracht, in unserer Mitte begrüßen zu können.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße zugleich die mit ihm erschienenen Herren, vor allem den stellvertretenden Gauleiter Pg. Hoffmann, den Führer der Deutschen Arbeitsfront in Oberschlesien.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Wir freuen uns im Generalgouvernement, daß der Mann zu uns gekommen ist, der die schwere Aufgabe vom Führer übertragen erhalten hat, das endlich wieder nach entsetzlichen Kämpfen deutsch gewordene Oberschlesien zu betreuen und es wieder fest einzufügen in das gewaltige, grandiose unzerstörbare Reich Adolf Hitlers. Ihnen, Pg. Bracht, hat der Führer eine der schwersten und ehrenvollsten Aufgaben übertragen. Gerade wir im Generalgouvernement können verstehen, was es für Sie bedeutet, aus einem Gebiet wie Oberschlesien, das von den Polen so furchtbar herabgewirtschaftet worden war, wieder einen blühenden starken deutschen Gau zu machen. Das Generalgouvernement als das östlichste Vorfeld der deutschen Machthoheit ist glücklich, in Ihnen den Repräsentanten dieses mitkämpfenden Ostbereichs begrüßen zu können.

Ich möchte Ihnen aber auch für die Fülle des Verständnisses danken, das Sie in Ihrer Eigenschaft sowohl als Gauleiter wie auch als Oberpräsident und damit als oberster staatlicher Repräsentant der Provinz Ostschlesien uns in unseren Nöten entgegenbringen. Sie sitzen zum großen Teil auf der Kohle, die wir verheizen müssen.

(Heiterkeit)

2.5.1941

Daher hängt es von Ihrem Tun und Ihrem Entgegenkommen ab, ob wir frieren oder behaglich im warmen Zimmer sitzen können. Aber nicht etwa diese materialistischen, etwas schwarzen Überlegungen haben uns veranläßt, Sie zu uns einzuladen, sondern ehrliche parteigenössische Sympathie. Verstehen Sie uns also recht, Parteigenosse Bracht.

(Lebhafter Beifall)

Auch dieser Besuch soll unserem Führer wieder einmal zeigen, wie sehr wir hier in diesem schwer umkämpften Ostbereich, den die Deutsche Wehrmacht mit heroischem Ringen in einem unvergleichlichen Siegeszug von 18 Tagen erobert hat, zusammenhalten, wenn nunmehr der Mann zu uns spricht, der diese Aufgabe in Oberschlesien übernommen hat. Ich bitte Sie, Gauleiter Bracht, zu uns zu sprechen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Gauleiter Bracht:

Reichsleiter, Parteigenosse Dr. Frank! Ich möchte Ihnen von dieser Stelle aus zunächst für die freundliche Einladung und für Ihre freundlichen Willkommensgrüße meinen allerherzlichsten Dank sagen. Sie, Ihre Mitarbeiter und die Deutschen dieser alten deutschen Stadt Krakau, dürfen überzeugt sein, daß ich gern nach Krakau gekommen bin und mit diesem Besuch gern die so vielfältigen Beziehungen unterstreiche, die es zwischen dem Generalgouvernement und Oberschlesien gibt. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß es eine ganze Reihe von Problemen und offenen Fragen hier im weiten Ostraum gibt, die in ihrer Grundsätzlichkeit die gleiche Betrachtungsweise und die gleiche Behandlung erfahren könnten im Generalgouvernement sowohl wie im Gau Oberschlesien. Insbesondere werden es wirtschaftliche Momente sein, die uns gemeinsam berühren und die es angezeigt erscheinen lassen, daß wir uns in unseren Aufgaben gegenseitig unterstützen. Darüberhinaus sind es aber auch zahlreiche andere Fragen, in deren und bei deren Erfüllung oder Lösung wir uns durchaus positiv ergänzen können.

2.5.1941

Wenn ich hier kurz Gelegenheit nehme, zu Ihnen zu sprechen, meine Parteigenossen, dann glaube ich Ihren Wünschen am ehesten dadurch entgegenzukommen, daß ich versuche, vom oberschlesischen Standpunkt einige der vordringlichsten Dinge zu berühren, die eben auch in das Arbeitsgebiet des Generalgouvernements hinübergreifen. Ich kann mir übrigens denken, daß hier vor mir eine ganze Anzahl von Männern sitzt, die aus dem schlesischen Raum kommen, und ich glaube nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß es für diese Männer nicht uninteressant sein dürfte, einiges über die Verhältnisse des Gaues Oberschlesien zu hören.

Ich habe vom Führer den Auftrag erhalten, den Gau Oberschlesien deutsch zu machen. Dieser Auftrag besagt schon, daß es sich bei dem nunmehr erstandenen Gau Oberschlesien nicht um einen deutschen Gau in dem Sinne handelt, wie wir uns einen deutschen Raum mit deutschen Verhältnissen, deutschen Zuständen, deutschen Lebensmöglichkeiten usw. vorstellen. Das geschichtliche Werden dieses Raumes, damit auch das biologisch-völkische Werden der Menschen in diesem Raum ist unterschiedlich gewesen. Schon in dieser Tatsache müssen wir heute einen Grund dafür erkennen, daß auch in der Gegenwart die Verhältnisse und Probleme zunächst absolut verschieden sind.

Sie wissen, daß sich der Gau Oberschlesien aus früheren preußischen Teilen zusammensetzt, aus Teilen, die früher dem habsburgischen Reich angehörten, dass Gebietsteile des ehemaligen Rußland zu diesem neuen Gau Oberschlesien gehören, dass altgalizische Teile zum Gau Oberschlesien zugeschlagen wurden. Alle diese Gebiete, so unterschiedlich in ihrer geschichtlichen Entwicklung, weisen auch heute auf jeder Lebensebene und in jeder Richtung Unterschiede auf.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung ist selbstverständlich in dem früher preußischen Teil völlig anders als etwa in den ehemals russischen Gebietsteilen. Die wirtschaftliche, sozialpolitische Situation ist genau so unterschiedlich wie die volkstummäßige. Man kann wohl die Feststellung treffen:

2.5.1941

von einer Homogenität ist in keiner Richtung etwas zu verspüren.

Ich glaube nun, daß ich den mir vom Führer gegebenen Auftrag nur dann durchzuführen imstande bin, wenn ich mich zunächst bemühe, soweit als möglich, gleichförmige oder gleichgelagerte Verhältnisse zur Voraussetzung für die künftige Entwicklung zu machen. Es ist ganz unmöglich, daß man in einem Raum, der verwaltungsmäßig und hinsichtlich der politischen Führung einheitlich zusammengefaßt ist, mit verschiedenen Maßstäben und unterschiedlichen Methoden die Dinge zu entwickeln sucht. Daher muß im Gau Oberschlesien alles getan werden, damit man imstande ist, zunächst auf volkstummäßigem, wirtschaftlichem, weiter auf sozialpolitischem und darüberhinaus auch auf kulturellem Gebiet gewissermaßen neue und gleichförmige Grundlagen zu schaffen.

Die Schaffung neuer Grundlagen ist gerade in unserer Zeit, da wir unter dem harten und einengenden Gesetz des Krieges stehen, nicht sehr einfach. Ich glaube aber, - und ich bin überzeugt, daß das auch Ihrer aller Meinung ist, - daß in nicht allzu ferner Zeit dieser Krieg mit dem totalsten und glänzendsten Sieg der deutschen Geschichte enden wird und daß wir dann Raumbewegungsmöglichkeiten und Entwicklungsfreiheit genügend erhalten werden, um tatsächlich mehr und mehr und stärker und stärker werden, eben auch den Raum, den wir heute Gau Oberschlesien nennen, zu einem deutschen Gau, einem Reichsgau zu entwickeln.

(Bravo, lebhafter Beifall)

Ich weiß, daß man dabei nicht alle Dinge nur auf den Raum und seine eigenen Probleme zuschneiden kann. Ob es sich nun um den Gau Oberschlesien oder um das Generalgouvernement oder die anderen Gaue des deutschen Ostens handelt: was in diesem Raum als Aufgabe vor uns steht, daß ist nicht nur eine Aufgabe im Interesse des Ostens, sondern eine Aufgabe, die im ausgesprochenen Interesse des Gesamtreiches, des Gesamtvolkes unserer Nation liegt. Nicht nur wir, sondern darüberhinaus insbesondere auch alle Stellen, die an einer entspre-

chenden Entwicklung beteiligt sind, die helfen und ihre Unterstützung geben wollen, ob das nun in Berlin oder sonstwo ist, müssen von der Erkenntnis ausgehen, daß hier im Osten eine Reichsaufgabe erfüllt wird. Nur wenn wir von dieser den Tatsachen entsprechenden Betrachtungsweise und Erkenntnis ausgehen, nur wenn wir, die wir im Osten selbst irgendwo vor einer Aufgabe stehen, ebenfalls diese Tatsache zu Grunde legen, daß wir nicht Politik für Oberschlesien machen oder Arbeit für Oberschlesien, daß wir im Generalgouvernement nicht Politik des Generalgouvernements betreiben oder nur Arbeit für das Generalgouvernement verrichten, - nur wenn wir von diesen Erkenntnissen und Notwendigkeiten ausgehen, werden wir den richtigen Weg beschreiten können, den wir gehen müssen. Wir können den gesamten Raum, den grossen Raum im deutschen Osten nur in eine Entwicklung führen, die für das Reich den größten Nutzen abwirft und im ausgesprochenen Interesse unseres Gesamtvolkes, unserer Gesamtnation liegt.

(Lebhafter Beifall)

Im Rahmen des mir vom Führer erteilten Auftrages wäre es für mich vielleicht das einfachste, alles das, was im Gau Oberschlesien nicht deutsch ist, auf die kürzeste, vielleicht etwas schmerzhafte Art auszumerzen. Ich weiß nicht, ob der Herr Generalgouverneur, Parteigenosse Dr. Frank, damit ganz einverstanden wäre.

(Heiterkeit)

Ich glaube es kaum. Ich glaube auch nicht, daß es richtig wäre, wenn ich neben Evakuierungsmöglichkeiten, die zur Zeit leider nicht bestehen, andere vielleicht noch kürzere Methoden zur Anwendung brächte, um mich von Menschen zu befreien, die ich eben niemals zu deutschen Menschen machen könnte. Dabei könnte ich mir denken, daß ich einen Gau nur dann deutsch zu machen imstande wäre, wenn ich zunächst mehr und mehr versuchte, die Menschen, die nicht deutsch werden können oder sollen, los zu werden. Ich bin aber davon überzeugt, daß eine solche Betrachtungsweise und die auf solcher Betrachtung beruhenden Maßnahmen niemals im Interesse des

ganzen Reiches, dem wir dienen, läge. Solche Methoden wären meiner Meinung nach nicht geeignet, beispielsweise den Wunsch des Herrn Generalgouverneurs zu erfüllen und ihm möglichst viel Kohle zu geben. Es ist leider so, daß ich beispielsweise - ich will hier nur an einen Teil des Kohlenreviers in Oberschlesien denken - im Dombrowaer Kohlenrevier nach meiner Schätzung noch für ein Jahrzehnt, vielleicht auch mehrere Jahrzehnte hinaus 50 000 Polen allein für die Förderung der Kohle benötige. Angesichts einer solchen Tatsache wird natürlich der mir erteilte Auftrag nicht leichter.

Ich will damit aber auch nur nachgewiesen haben, daß wir unsere Aufgaben niemals von Gaugesichtspunkten in Angriff nehmen können und niemals in Angriff nehmen können, ohne die Interessen des ganzen zu berücksichtigen. Dabei ist für mich selbstverständlich, daß uns bei unserer Arbeit nur ein Interesse leiten kann, ob diese Arbeit nun im Generalgouvernement, in Ostpreußen, im Warthegau oder Oberschlesien geschieht, nämlich das absolut eindeutige Interesse unseres eigenen deutschen Volkes, unseres eigenen deutschen Volkstums. Dabei wird es immer wieder vorkommen müssen, daß die Interessen, die wir verfolgen, mit den Wünschen oder Bestrebungen oder Interessen fremdvölkischer Gruppen kollidieren, die ich im Gau Oberschlesien im reichen Maße zu verzeichnen habe. Ich habe nicht nur eine Million Polen in meinem Gau, ich habe daneben rund 60 000 Tschechen und Karwiner, die für die Kohlenförderung und andere Arbeiten gebraucht werden. Ich habe sogar noch rund 200 000 Juden in meinem Gau, daneben aber noch 170 000 Slowaken, bei denen ich im einzelnen nicht genau weiß, was mit ihnen anzufangen ist. Es ist eine Mischbevölkerung, die man auch Wasserpolen nennt und die zahlenmäßig sehr groß ist. Ich bin jedenfalls nicht imstande, den Wünschen aller dieser Gruppen Rechnung zu tragen, wenn sich diese Wünsche nicht mit dem einzig und allein von mir und uns allen zu beachtenden Interesse unsere Volksganzen in Einklang bringen lassen. Schließlich müssen eben die Interessen der anderen, nicht aber dürfen unsere eigenen Interessen zu kurz kommen. Diese Erwägungen müßten stärker und

stärker und eindeutiger und konsequenter die Grundlage unseres ganzen Tuns werden und sollten es immer bleiben. Wir kennen nur ein Interesse, nämlich das Interesse, unserem Volkstum, unseren deutschen Menschen zu dienen.

(Lebhafter Beifall)

Ob die Wünsche anderer zu kurz kommen, interessiert mich gar nicht. Vor diesem Kreis von Zuhörern kann ich das ruhig einmal in dieser Form aussprechen. Was interessieren mich denn die anderen, ob sie nun Engländer oder Franzosen oder Tschechen oder Polen sind, oder wie sie immer heißen mögen! Mich interessiert nur unser eigenes deutsches Schicksal.

Ich bin überzeugt, daß wir bei einer solchen Grundeinstellung in unserer Arbeit niemals Fehler machen können, daß wir allein so imstande sein werden, auch den größtmöglichen Erfolg auf jedem Gebiete herbeizuführen.

Wir müssen daher bei unserer Arbeit in der gleichen Weise vorgehen, wie das im Generalgouvernement der Fall ist. Was ich sagte, gilt ja auch für Ihre Arbeit, meine Parteigenossen, in diesem Raum. Ich weiß, daß das Arbeiten im Generalgouvernement für deutsche Menschen den Verzicht auf manche Dinge des Lebens bedeutet, die man vielleicht in Düsseldorf oder Berlin oder München oder sonstwo besser, schöner und reicher findet. Es ist wirklich nicht angenehm, Tag für Tag mit Menschen zusammen zu sein, Menschen begegnen zu müssen, die nicht Volksgenossen sind, die anderen fremdvölkischen Gruppen angehören. Das Leben, das man in Krakau oder Kattowitz führt, ist eben nicht das Leben, das man in anderen rein deutschen Städten führen kann. Und doch kann uns vieles mit dieser Lage aussöhnen, wenn wir bedenken, daß wir einem wirklich schönen und großen Ziel uns verschrieben haben, daß wir einer Aufgabe dienen, deren Erfüllung für die zukünftige schicksalhafte Entwicklung unseres gesamten Volkes von größter Bedeutung sein wird. Es ist keine Phrase, wenn man sagt, daß die deutsche Zukunft nicht im Westen, sondern im Osten liegt. Ich glaube, daß wir hier

2.5.1941

im Osten nicht nur in der Gegenwart, da sich das deutsche Volk im Endkampf mit seinen Feinden befindet, sondern viel mehr noch in der Zukunft einen gewaltigen und großen Beitrag zu dem großen Werke Adolf Hitlers, zu dem großen Werke unserer Zeit zu leisten imstande sind.

(Lebhafter Beifall)

Der größere Raum des Ostens - vielleicht könnte man sagen: der Raum zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria - birgt Voraussetzungen und Möglichkeiten in sich, die, wenn sie erst mehr oder weniger entwickelt sein werden, unserem ganzen Volk einen Nutzen zu bringen vermögen, wie er nirgendwo im großdeutschen Reich herbeigeführt werden kann.

(Lebhafter Beifall)

An einer solchen Entwicklung mitzuarbeiten, dieser Gedanke söhnt uns wohl mit jenem Verzichtleisten auf manche Dinge aus, die zur sogenannten angenehmen Seite des Lebens gehören.

Von den Möglichkeiten, von denen ich hier spreche, besitzt das Generalgouvernement eine ganze Anzahl. Solche Möglichkeiten, zu einer künftigen Entwicklung des gesamtdeutschen Reiches und Volkes, einen erheblichen Beitrag zu leisten, sind nicht zuletzt auch in meinem Gau Oberschlesien vorhanden. Ich will hier nicht mit Zahlen operieren, möchte aber, um vielleicht die Deutschen im Generalgouvernement zu beruhigen, doch eine einzige Zahl nennen: wir haben im Gau Oberschlesien nach grober Schätzung 200 Millionen t Kohle in der Erde liegen; also für unsere Zeit langt es immerhin.

(Heiterkeit)

Es langt sogar weit darüber hinaus. Und wenn Sie, Parteigenosse Reichsleiter Dr. Frank, dafür sorgen könnten, daß die Eisenbahn mehr Kohle abtransportiert, dann hätte ich absolut nichts dagegen, daß Tag für Tag mindestens 10 000 Wagen Kohle allein ins Generalgouvernement gingen. Soviel haben wir bestimmt.

(Erneute Heiterkeit. Generalgouverneur Dr. Frank: Ich nehme Sie beim Wort!) (Erneute Heiterkeit)

Unsere Halden liegen voll. Wir haben in den neuen Ostgebieten im vergangenen Jahre die Förderung um etwa 45 % steigern können gegenüber der besten Zeit der Förderung des Polenstaates.

(Bravo!)

Ich habe Ihnen diese Zahl deswegen genannt, um Ihnen zu zeigen, welche ungeheuren Möglichkeiten im Raume Oberschlesiens vorhanden sind. Aber wir haben ja nicht nur Kohle, wir haben auch Erze, wir haben Eisen, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie früher. Sie wissen, daß heute die Kohle bei ihrer Verbindung mit anderen zusätzlichen Stoffen für die neue Industrie und für manche Produktion von größter Bedeutung ist, die wir vor wenigen Jahren noch nicht kannten. Im Gau Oberschlesien sind gewaltige Hydrierwerke im Entstehen, in denen Benzin und Öle aller Art hergestellt werden. Es entstehen große, neue Bunawerke, eine chemische Industrie ist im Entstehen, und alle diese Produktionen haben ihre Grundlage in der Kohle. Da die Kohlengrundlage fast unerschöpflich ist, deshalb bin ich davon überzeugt, daß sich unter nationalsozialistischer Führung hier Möglichkeiten entwickeln lassen, wie sonst nirgendwo im deutschen Raum. Daher ist es nicht anmaßend, wenn ich sage, daß der Osten, insgesamt gesehen, daß aber auch nicht an letzter Stelle der Gau Oberschlesien in der Zukunft imstande sein wird, einen gewaltigen Beitrag zu dem Werke Adolf Hitlers zu leisten.

(Lebhafter Beifall)

Nun meine ich, daß die im Raum Oberschlesiens vorhandenen Möglichkeiten umso richtiger, gründlicher und schneller entfaltet werden können, je besser zunächst einmal die Zusammenarbeit mit den übrigen Gebieten und Räumen des Ostens ist und je besser, klarer und konsequenter die Arbeitsprogramme der einzelnen Räume aufeinander abgestellt werden.

(Lebhafter Beifall)

Es ist ja nicht so, daß wir oder ich ein ausgesprochenes Interesse daran haben, daß die Massierung von Produktionen

2.5.1941

eine Massierung von Problemen, insbesondere sozialpolitischer Art mit sich brächte. Ich habe jedenfalls kein ausgesprochenes Interesse an der übermäßig weiteren Massierung aller dieser Dinge. Ich könnte mir vorstellen, daß wir mit dem Übergang unseres Denkens von kleineren in größere Räume auch zu einer größeren Dezentralisierung von Produktionsmöglichkeiten usw. in weiteren Räumen gelangen. Gerade in dieser Hinsicht bestehen m.E. zwischen dem Generalgouvernement und dem Gau Oberschlesien allerlei Ausgleichungsmöglichkeiten. In weiten Teilen des Generalgouvernements liegen doch die Dinge nicht wesentlich anders als im oberschlesischen Ostgebiet, d.h. in dem Teil von Oberschlesien, der rechts der Oder liegt. Hier ist die landwirtschaftliche Grundlage unzureichend für die Entwicklung des Landes, sodaß wir dort Industrie entwickeln müssen, d.h. wir müssen in diesen Raum mit zusätzlichen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten kommen. Für große Teile des Generalgouvernements liegen die Dinge auch nicht viel anders. Man ist nicht unbedingt an die Kohle und an sonstige Rohstoffe gebunden und daher in der Lage, diese Rohstoffe in jene Gebiete hineinzubringen, in denen Arbeitskräfte in genügender Zahl vorhanden sind.

Wir haben den Ablauf unserer Gesamtwirtschaft, nicht nur der gewerblichen, sondern auch der gesamten Volkswirtschaft ja doch in unserer Zeit unter den Notwendigkeiten zu sehen, die uns jetzt der Krieg auferlegt. Man kann doch eigentlich heute kaum von einer <u>nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik</u> im ausgesprochenen Sinne des Wortes reden. Ich könnte mir vorstellen, daß im Rahmen einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik die Wirtschaftslenkung so vor sich ginge, daß man die Arbeit zum Menschen führt und nicht, wie es seit Jahrzehnten immer stärker der Fall war und heute noch der Fall ist, daß die Menschen zu der Arbeit wandern müssen, zu den Plätzen, wo sie sie finden.

2.5.1941

Bei nationalsozialistischer Wirtschaftsführung muß es möglich sein, selbstverständlich unter Berücksichtigung der verschiedensten standortmäßigen Beziehungen noch mehr als bisher Produktionsmöglichkeiten und damit Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten dorthin zu führen, wo in unserem Interesse starke und gesunde Menschen ausreichend zu leben und zu wirken imstande sind. Früher gingen doch aus dem früheren Ostraum des Reiches die besten Kräfte immer wieder in das übrige Reichsgebiet. Sie wanderten in andere Gegenden, in denen sie bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten fanden. Gerade die aktivsten Kräfte verließen den Osten, sie verlassen ihn zum Teil heute noch, weil ihnen das Leben irgendwo anders mehr bietet. Wir werden die Verhältnisse im Osten nur dann in die gewünschte Bahn lenken, wenn die Entwicklung einmal umgekehrt läuft, wenn also Menschen, die arbeitsfähig und fleißig sind, die im Leben vorwärts kommen wollen, hier im Osten die gleichen Lebensmöglichkeiten finden wie irgendwo im Reich. Wenn wir die vorhandenen Möglichkeiten bei mir in Oberschlesien wie überhaupt im ganzen Osten ausnutzen, dann muß es eines Tages dahin kommen, daß wir in wirtschaftlicher, sozialpolitischer und kultureller Hinsicht mindestens das gleiche Niveau, die gleichen Zustände und Verhältnisse erreichen, wie sie sonst auch im Reich vorhanden sind. Auf diese Weise wird es mir am ehesten gelingen, den mir vom Führer für meinen Gau gegebenen Auftrag zu erfüllen, nämlich, diesen Gau deutsch zu machen.

Wir können auch in Zukunft nicht darauf verzichten, große Ströme besten deutschen Blutes in den Osten zu führen. Es ist nicht damit getan, daß wir hier im Osten deutsche Rückwanderer ansiedeln. Wir brauchen jene zweiten, dritten und vierten Söhne deutscher Bauern, denen es im übrigen Reich zu eng wird. Wir müssen auch für die gewerbliche Wirtschaft die fähigsten und fleißigsten Menschen in den Osten holen. Das wird auch nicht mehr so schwer sein, wenn wir

2.5.1941

auf Grund der gewaltigen Voraussetzungen, die wir überall im Osten finden, eine bessere Lebensgrundlage für diese Menschen haben. Wir werden eine solche Lebensgrundlage zum größten Teil zunächst mit Hilfe der vorhandenen fremdvölkischen Arbeitskräfte schaffen müssen.

Wir gehen in der nächsten Zeit dazu über, eine Arbeit in Angriff zu nehmen, die darin besteht, daß wir alle deutschen Menschen in eine deutsche Volksliste aufnehmen. An diese Arbeit gehen wir, um endlich einmal eine klare Grundlage zu haben. Man muß unterscheiden und feststellen können, wer deutsch und wer nicht deutsch ist, wer Deutscher werden oder nicht werden soll. Es muß endlich einmal ein klarer Trennungsstrich zwischen dem, was deutsch und dem, was nicht deutsch ist, gezogen werden. Große Kontingente fremdvölkischer Arbeitskräfte werden für lange Zeit zum Einsatz kommen müssen. Daraus wird sich ein gewisses Nebeneinanderstehen ergeben. Der Steiger in einer Grube kann nicht arbeiten, ohne einige Worte mit seinen ~~Polen~~ polnischen Bergarbeitern zu sprechen. Selbstverständlich müssen diese Arbeitskräfte einigermaßen verstehen, was der deutsche Vorgesetzte von ihnen will. Darüberhinaus hat aber jede Berührung und unnötige Beziehung zu den fremdvölkischen Elementen zu unterbleiben. Die Trennung zwischen deutschem und fremdvölkischem Volkstum kann nicht eindeutig genug hergestellt werden. Ich hoffe, daß diese meine Meinung auch der im Generalgouvernement vorhandenen Meinung entspricht. Für uns kann es schließlich nur ein ungeschriebenes Gesetz geben: wir wollen doch froh und glücklich sein, daß wir unter dem Schutz des großen, starken und mächtigen Reiches stehen, daß es uns möglich ist, im Interesse dieses großen und mächtigen Reiches der Deutschen zu arbeiten. Es ist ein Glück für uns, daß wir dem Deutschen helfen, daß wir ihm dienen und für ihn arbeiten können. Wenn wir ein solches ungeschriebenes Gesetz über jedes fremdvölkische Interesse im Gesamtraum des Ostens stel-

len, dann wissen die deutschen Menschen, wie sie sich dem fremdvölkischen Volkstum gegenüber zu verhalten haben. Mögen wir auch nicht den Wünschen dieses fremden Volkstums gerecht werden, so werden wir doch immer unserem eigenen deutschen Volke gerecht. Wir würden unserem eigenen Volkstum einen sehr schlechten Gefallen tun, wenn wir Assimilierungsmöglichkeiten und Berührungspunkte offen ließen, wenn wir uns weiter mit dem fremden Volkstum vermischen, trotzdem wir wissen müssen, daß die biologische Mächtigkeit gerade der slawischen Stäme noch nicht gebrochen ist und auch durch ein niedriges Lebensniveau nicht so leicht zu brechen sein wird.

Meine Partei- und Volksgenossen, ich könnte Ihnen nur einige wenige von den Dingen sagen, die in meinem Gau noch als offene Fragen bestehen. Aber diese wenigen Dinge zeigen Ihnen schon, wie groß das Maß unserer Aufgaben ist. Wir wollen aber bemüht sein, einen möglichst großen Beitrag für das Werk Adolf Hitlers zu leisten. Wir tun gut daran, wenn wir in allen Sparten eine möglichst gute und enge Zusammenarbeit herbeiführen. An mir und meinen Mitarbeitern soll es nicht fehlen, und ich weiß, Parteigenosse Dr. Frank, daß es auch an Ihnen und Ihren Mitarbeitern nicht fehlen wird. Ich weiß jedenfalls, daß wir beide dem Führer den größten Gefallen tun, wenn wir ihm beweisen, daß wir, wenn wir schon Konkurrenz machen wollen, es gemeinsam gegen andere, aber nicht untereinander tun wollen.

(Lebhafter Beifall)

Mein kurzer Besuch in dieser deutschen Stadt Krakau wird hoffentlich bei Ihnen allen die Empfindung ausgelöst haben, daß es unsere Aufgabe ist, die gemeinsame Arbeit zu fördern. Es ist ja immer so gewesen: erst muß man sich etwas beriechen, - und bei den Deutschen soll das ja sehr gründlich geschehen,- bevor man ein wenig näher aneinander rückt. Erst muß man sich kennen lernen; vielleicht lernt man sich dann auch mehr und mehr schätzen und faßt Vertrauen zueinander.

2.5.1941

Und es ist ja eine Erfahrungstatsache, daß nur die Arbeit einen positiven Erfolg zeitigen kann, die von einer wirklichen Vertrauensgrundlage ausgeht.

(Lebhafter Beifall)

Reichsleiter Parteigenosse Dr. Frank, ich danke Ihnen nochmals herzlich für Ihre Einladung und bitte Sie, mit Ihren Mitarbeitern bald einmal zu mir zu kommen. Ihnen allen aber, die Sie an irgendeinem Platz als deutsche Menschen hier im Generalgouvernement tätig sind, darf ich die Versicherung abgeben: wir vom Gau Oberschlesien werden alles tun, um alle Kräfte zu mobilisieren, damit wir in der wirklich schönen, großen und stolzen Zeit, die wir erleben, als nicht zu kleine Menschen gewertet werden. Ich habe so das Gefühl, als würden uns die allernächsten Tage schon wieder gewisse Neuerungen bringen. Das ist so eine Art Fingerspitzengefühl; es ist beinahe manchmal fast so, als ob man das riecht.

(Heiterkeit)

Ich habe den Eindruck, als ob man die Zeit der Überraschungen doch noch nicht ganz vorbei wäre.

(Bravo! und Heiterkeit)

Überraschungen, die es vielleicht noch für uns gibt, werden auch für unsere Gegner Überraschungen sein, allerdings andere als für uns. Ich meine, daß wir täglich deutlicher die Konturen des Sieges sich bereits abheben sehen. Wir ahnen nicht nur, sondern wir wissen eigentlich schon, daß der Sieg vor der Tür steht, daß dies der totalste, schönste und stolzeste Sieg sein wird, der jemals erfochten worden ist.

(Stürmischer Beifall)

Wir wissen - und das wissen Herr Churchill und Herr Roosevelt genau so gut -, daß der Krieg für sie verloren ist. Daran ist nichts mehr zu ändern: die deutschen Waffen werden siegen.

(Erneuter stürmischer Beifall)

2.5.1941

Wir werden jedenfalls, ob in Oberschlesien oder im Generalgouvernement, erst nach dem Kriege und mit dem Siege jene großen Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten erhalten, deren wir bedürfen, um die uns vom Führer gestellte Aufgabe ganz zu erfüllen. Wenn wir unsere Pflicht tun, dann werden wir dem Führer, nachdem wir ihm geholfen haben, den Krieg zu gewinnen, auch den Frieden zu gewinnen helfen. Heil Hitler!!!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Dienstleiter Schalk:

Gauleiter! Sie haben uns als Hoheitsträger und Führer des Gaues Oberschlesien einen Einblick in Ihren gewaltigen Aufgabenbereich gegeben. Wir danken Ihnen dafür. Sie haben uns darüberhinaus die Sendung des deutschen Menschen im Osten überhaupt gezeigt. Wir knüpfen an diesen Ihren ersten Besuch in Krakau die Hoffnung, daß wir Sie bald wieder in unserer Mitte begrüßen können.

(Lebhafter Beifall)

Wie immer, wenn deutsche Menschen versammelt sind, gehen unsere Gedanken zum Führer. Wir gedenken des Führers und obersten Befehlshabers unserer siegreichen Wehrmacht. Unser Führer: Sieg Heil,- Sieg Heil,- Sieg Heil!

Mit den Liedern der Nation findet die Kundgebung ihren Abschluß.

IV/3

415

Burg Krakau

Sonnabend, den 3. Mai 1941

10[25] Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11[10] Besprechung mit Landesbauernführer Körner, Sturmbannführer Dr. Kuchenbäcker und Diplom-Landwirt Jahn.

Landesbauernführer Körner überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine von Diplom-Landwirt Jahn verfaßte Arbeit über die

ehemals ostpolnischen Gebiete und die Ukraine.

Er habe Diplom-Landwirt Jahn mit dieser Arbeit im Hinblick darauf beauftragt, daß er, Landesbauernführer Körner, von Staatssekretär Backe den Auftrag erhalten habe, ihm Unterlagen über das ostpolnische Gebiet und die Ukraine vorzulegen. Landesbauernführer Körner erläutert dann im einzelnen die in der Arbeit des Diplom-Landwirts Jahn behandelten Probleme.

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Darlegungen des Landesbauernführers mit Interesse entgegen, warnt aber vor einer Überschätzung der sich hier eventuell bietenden Möglichkeiten. Vor allem müsse er sich dagegen wenden, daß sich jetzt im Generalgouvernement eine Mentalität zeige, die geeignet sei, das Interesse am Generalgouvernement erlahmen zu lassen. Über die Dinge dürfe überhaupt nur in einem ganz kleinen Kreise gesprochen werden.

Landesbauernführer Körner legt dann dem Herrn Generalgouverneur den Aufbauplan für die Ernährung und Landwirtschaft im Generalgouvernement vor. Dieser Plan sei auf Grund der Erfahrungen von 1 1/2 Jahren geschaffen worden. Er gehe dabei von der Erwägung aus, daß unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen ein klarer Marschbefehl gegeben werden müsse und daß man sämtliche Mitarbeiter am besten ausrichten könne, wenn ein solcher Befehl vorliege; dieser neue Aufbauplan solle sich auf eine Zeit von 10 bezw. 20 Jahren erstrecken, und er bitte den Herrn Generalgouverneur, diesen Plan als Grundbefehl für die Abteilung Ernährung und

Landwirtschaft anzusehen. Darüberhinaus halte er es für geboten, über den Inhalt dieses Planes eine Verordnung zu erlassen.

Der zweite Teil dieser Arbeit gelte einer Untersuchung darüber, welche wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Leistungssteigerung auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft im Generalgouvernement gegeben seien.

Der dritte Teil befasse sich mit dem eigentlichen Aufbauplan, der wieder in fünf Unterabteilungen gegliedert sei. Hier werde zunächst die Frage behandelt, welche besonderen Gebiete der Landwirtschaft gefördert werden müßten, und dafür werde ein Programm der landwirtschaftlichen Erzeugungsförderung aufgestellt. Weiter werde die Frage behandelt, welche Erzeugnisse der Industrie besonderer Fürsorge bedürften, um der Landwirtschaft die Produktionmittel an die Hand zu geben. In den drei weiteren Kapiteln würden dann die Fragen der Bodenordnung (Umlegungsordnung), der Wasserwirtschaft und der Marktordnung behandelt, wobei gleichzeitig das Problem erörtert werde, welche Veredlungsindustrien entwickelt bezw. aufgebaut werden müßten. Dabei werde auch zu der Frage Stellung genommen, welche Aufträge die Landwirtschaft an die Industrie zu erteilen habe, und die weitere Frage, ob die Industrie des Generalgouvernements die notwendigen Güter produzieren oder ob man mit diesen Aufträgen an das Reich herantreten solle.

Sturmbannführer Dr. Kuchenbäcker nimmt dann zu dem Entwurf einer Bodenordnung Stellung. Die von den Polen eingeleiteten Umlegungsverfahren seien bis zum 1. April 1941 mit einer Fläche von 100 000 ha abgeschlossen worden. In Deutschland seien im Durchschnitt der letzten Jahre 96 000 ha umgelegt worden. Man habe im Generalgouvernement wiederum 50 000 ha in Arbeit genommen und beabsichtige, im Laufe der beiden nächsten Jahre die von den Polen begonnenen Verfahren zum Abschluß zu bringen. Man gehe jetzt dazu über, nach neuen Grundsätzen zu arbeiten. Für dieses Jahr habe man zwei

3.5.1941

Bereiche vorgesehen, die größer seien als diejenigen, die ursprünglich von den Polen mit den eingeleiteten Verfahren erfaßt werden sollten, die sich nur auf wenige 100 ha bezogen hätten. Man beabsichtige, immer ein natürlich abgerundetes Gebiet in die Umlegung hineinzuziehen.

Dr. Kuchenbäcker erläutert dann an Hand einer Karte Art und Umfang der geplanten Umlegung. - Im nächsten Jahr, so führt er weiter aus, werde im Anschluß an diesen Raum weitergearbeitet werden. Voraussetzung sei eine richtige Planung. Vor allem müssten die Arbeiten der Wasserwirtschaft schon für 1 bis 2 Jahre in Angriff genommen werden, damit die großen Wasserbauvorarbeiten beendet seien, wenn man mit der Umlegung in die Gebiete hineinkomme. Wenn man nun an die Arbeiten in größerem Umfange herangehen solle, dann müsse dafür aus staatlichen Mitteln ein Fonds bereitgestellt werden. Dieser Bodenordnungsfonds würde zunächst etwa 15 Millionen Zloty betragen. Man sei wegen der Zurverfügungstellung einer solchen Summe bereits an Finanzpräsident Spindler herangetreten, der keine Schwierigkeiten sehe, entsprechende Mittel bereitzustellen.

Im Gegensatz zu der Art der Umlegung, wie sie im Deutschen Reich betrieben werde, würden die Arbeiten im Generalgouvernement einen etwas anderen Verlauf nehmen. Im Generalgouvernement gebe es eine ungeheure Besitzzersplitterung. Dazu trete eine gewaltige Übersetzung der landwirtschaftlichen Fläche mit Menschen, die doppelt so groß sei wie im Reich. Angesichts der geringen Bodenfläche, die der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Generalgouvernements zur Verfügung stehe, sei die landwirtschaftliche Bevölkerung dazu verurteilt, drei Viertel des Jahres nichts zu tun. Ferner sei die Betriebsgrößenverteilung im Generalgouvernement sehr ungünstig. Wenn die großen Aufgaben der Erzeugungssteigerung im Generalgouvernement erfüllt werden sollten, dann müßten im Rahmen der Bodenordnung auch die Betriebsgrößen eine Änderung erfahren.

3.5.1941

Man könne die deutschen Verhältnisse nicht auf das Generalgouvernement übertragen, sondern müsse jeweils die Struktur im Generalgouvernement finden, die den natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht werde. Vor allem fehle im Generalgouvernement eine erhebliche Zahl von Großbetrieben. Die Polen hätten in den letzten 20 Jahren den Umfang der landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Wege der Parzellierung sehr stark reduziert. Ein erstes Teilziel würde also darin liegen, die kleinsten landwirtschaftlichen Panjebetriebe aufzulösen, die Fläche zu enteignen und dann auf diesen Flächen große Staatsbetriebe zu errichten. Eine vernünftige Flächenverteilung sei auch notwendig für die in Aussicht genommene Schaffung von deutschen Reichshöfen. Sie sollten jeweils zusammengelegt werden und eine Größe von 200 bis 300 ha haben, damit sie lebensfähig seien und eine Grundlage für die Steigerung der Produktion böten. Darüberhinaus müßten sie auch einen Stützpunkt für den weiteren Ausbau der Verwaltung darstellen.

Im Rahmen dieser Bodenordnung sollten dann auch die Siedlungen der polnischen Dörfer bereinigt werden. Die Polen hätten die einzelnen Höfe ohne Weg und Steg mitten ins Feld gesetzt. Deshalb sollten diese Höfe nunmehr an eine geordnete Dorfstraße seitwärts der Hauptstraße gelegt werden.

Die ersten Umlegungsverfahren würden im Herbst 1942 abgeschlossen werden. Im nächsten Jahr werde dann die doppelte Anzahl von Verfahren neu eingeleitet, und zwar mit einer Fläche von 100 000 ha. Weiterhin wolle man dann in jedem Jahr ein Arbeitsjahresquantum von 100 000 ha bewältigen und diese Arbeit würde sich auf 20 Jahre erstrecken. - Eine weitere Folge dieser Umlegung würde sein, daß etwa 1,2 Millionen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft des Generalgouvernements freigestellt werden könnten und für einen anderen Einsatz bereitstehen würden. Wollte man heute die Menschen schon ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit entreißen, so würde dasselbe eintreten, was seinerzeit im Südwesten Deutschlands eingetreten sei, daß nämlich die Menschen zum großen Teil in die In-

dustrie abwanderten und infolgedessen die Landwirtschaft erheblichen Mangel an Arbeitskräften hätte.

Landesbauernführer Körner hebt in diesem Zusammenhange noch hervor, daß das Land den Polen selbstverständlich nicht zu Eigentum gegeben werden würde. Der polnische Bauer werde nur solange im Besitz des Landes sein, bis die neuen großen deutschen Höfe errichtet seien. Die Besitzer dieser deutschen Höfe müßten verpflichtet werden, neben ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit auch noch öffentliche Aufgaben zu übernehmen. Die deutschen Bauern werde man aus dem Reich bekommen, umso mehr, da für 20 Jahre zunächst nur 30 000 Familien vorgesehen seien, also jährlich nur 1 500 Höfe eingerichtet werden sollten.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß für die Durchführung dieser Aufgabe in seinem Auftrag allein der Präsident der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zuständig sei. Eine irgendwie geartete Zwischenwirtschaft dürfe es nicht geben. Er halte es für geboten, daß der Entwurf dieser Bodenordnung in einer Sitzung der Regierung eingehend besprochen und dann im Anschluß der Plan von ihm unterzeichnet werde.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß am 17. bezw. 18. Mai diese Regierungssitzung stattfindet.

Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Luxenberg, Burghauptmann Buchner, Direktor Walterspiel, Intendant Keck, Verwaltungsführer Angeloch und Direktor Haberstich.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Errichtung bezw. Ausgestaltung und Führung von Hotels im Generalgouvernement.

3.5.1941

In Gegenwart des Abteilungspräsidenten Ohlenbusch empfängt der Herr Generalgouverneur eine Abordnung des Reichsarbeitsdienstes unter Führung des Oberstarbeitsführers von Bothmer.

Die Abordnung besteht aus Oberstarbeitsführer Seiler, zwei Unterfeldmeistern und einem Arbeitsmann.

Oberstarbeitsführer von Bothmer meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß zum Geburtstag des Führers etwa 11 000 Arbeitsmänner und -Führer des Reichsarbeitsdienstes eine Summe von 106,806 Zloty gesammelt haben. Im Durchschnitt entfalle also auf jeden Mann ein Betrag von 10.-Zloty. Dafür werde morgen im Wunschkonzert der Wehrmacht das Lied "Vom deutschen Osten", vertont von Prof. Herms Niel, mit einem Gruß an den Herrn Generalgouverneur als den höchsten Hoheitsträger der Partei im Generalgouvernement zum Vortrag gebracht werden. "Diese Spende soll", so erklärt Oberstarbeitsführer von Bothmer," ein Ausdruck unserer Dankbarkeit gegenüber dem Herrn Generalgouverneur sein, der die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe der Regierungsführung im Generalgouvernement hat, sie soll ihm sagen, daß wir nicht nachlassen werden, Seite an Seite mit der Wehrmacht unsere Pflicht für Volk und Vaterland zu tun. Wir Männer des Arbeitsdienstes werden zusammen mit der Partei in die neue deutsche Zukunft marschieren."

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Sie haben mir mit dieser Spende eine große Freude bereitet. Ich danke Ihnen im Namen des Deutschen Roten Kreuzes aufs herzlichste dafür. Diese hochherzige Gabe zeigt, welches Maß von Opfergeist und Opferwille in den Reihen des Arbeitsdienstes zu finden ist. Ich glaube, diese Spende wird im Reich sowohl wie im Generalgouvernement und im großdeutschen Machtraum Aufsehen erregen. Wenn ich auch weiß, daß die Hingabe für unsere große deutsche Sache ein hervorragendes Charaktermerkmal des Reichsarbeitsdienstes ist, so ist doch diese Summe an sich schon ein höchst erfreulicher

3.5.1941

Beweis für diesen Opfergeist. Wenn man sich vorstellt, unter welchen äußeren Umständen die Männer des Arbeitsdienstes hier ihr Leben führen müssen, wie sie in den schwersten und kaum vorstellbaren, ja fast unmöglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu wirken haben, so begreift man erst das Maß von Optimismus und Idealismus, das in dieser geradezu gigantischen Summe enthalten ist.

Ich bin stolz darauf, daß der Arbeitsdienst im Generalgouvernement seit Anfang an hervorragender Stelle gearbeitet und sich hier in dem schwierigsten Vorfeld des großen deutschen Machtbereiches so wunderbar bewährt hat. Es ist mir auch eine ganz besondere Genugtuung, zu wissen, daß er in großer Zahl ins Generalgouvernement gekommen ist und hier in erster Linie mit für den Arbeitseinsatz verwendet wird. Diese Bewährung des Arbeitsdienstes im Generalgouvernement wird für alle Zukunft die Bedeutung haben, daß er nicht etwa als eine bürgerliche Hilfsorganisation anzusehen ist, sondern daß er als einer der wichtigsten Faktoren für die Kriegführung des Deutschen Reiches angesehen werden muß. Nicht nur als Chef der Regierung des Generalgouvernements, sondern auch als Parteigenosse bin ich stolz darauf, daß sich unser herrlicher Arbeitsdienst in so wundervoller Kameradschaftlichkeit und so vorbildlicher Arbeit hier betätigt. Seien Sie dafür bedankt. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Dem Herrn <u>Generalgouverneur</u> wird sodann eine kunstvoll ausgeführte Urkunde über die Spende mit den Noten des Liedes: "Vom deutschen Osten" überreicht.

Fahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> nach Kressendorf.

Abfahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> von Trzebinia nach Berlin.

422

Berlin

Sonntag, den 4. Mai 1941

Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs in Berlin anläßlich der Reichstagssitzung.

IV/3 Berlin

Montag, den 5. Mai 1941

Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

424

Berlin

Dienstag, den 6. Mai 1941

Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

IV/3

Kressendorf

Mittwoch, den 7. Mai 1941

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia und Fahrt nach Kressendorf.

Burg Krakau 426

Donnerstag, den 8. Mai 1941

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Eröffnung der Veit Stoß-Ausstellung im Gebäude des Instituts für deutsche Ostarbeit (Rede des Herrn Generalgouverneurs wird als Anlage beigefügt).

Empfang des Ministerialdirektors Gramsch vom Reichswirtschaftsministerium in Gegenwart des Ministerialdirigenten Dr. Emmerich.

F r ü h s t ü c k

15^{40} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Kammergerichtsrat Dr. Keith, Staatsanwalt Dr. Meidinger, SS-Obersturmführer Donaubauer und Verwaltungsführer Angeloch über Fragen des dienstlichen Verhältnisses zwischen Kanzlei des Generalgouverneurs und Burgverwaltung.

16^{20} Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

16^{40} In Gegenwart des Geh. Oberbaurats Rattinger, Oberbaurats Hofer und des Architekten Koettgen besichtigt der Herr Generalgouverneur das Gipsmodell des Verwaltungsgebäudes der Kanzlei mit den dazugehörigen Plänen. Bei dieser Gelegenheit gibt der Herr Generalgouverneur seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Umbau des Schlosses Belvedere sich wieder wesentlich verzögert habe, und erteilt den Herren der Bauleitung den Auftrag, die Umbauten, wenn irgend möglich, bis zum 20. Juni d.J. fertigzustellen.

16^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Archivdirektors Randt den Generaldirektor der Preuß. Staatsarchive und Staatskommissar für die Archive sämtlicher besetzten Gebiete Zipfel.

8.5.1941

10.30 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Gouverneurs Dr. Wächter, der Abteilungspräsidenten Dr. Emmerich, Körner, Senkowski, Bauder, Dr. Frauendorfer, Plodeck, Tetzner, Schepers, Schulte-Wissermann und Paersch sowie mehrerer Sachbearbeiter aus den einzelnen Abteilungen Herrn Ministerialdirektor Dr. Gramsch, in dessen Begleitung sich Regierungsrat Bergmann befindet.

Nach Worten der Begrüßung führt der Herr Generalgouverneur aus, daß er bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin Gelegenheit gehabt habe, mit maßgebenden Herren eingehende Rücksprachen zu pflegen. Von besonderem Interesse seien hierbei die Besprechungen mit Reichsminister Funk gewesen. Im Reich sehe man die Entwicklung der wirtschaftlichen Angelegenheiten in den kommenden Monaten mit großem Ernst an; ohne Rücksicht darauf, wie die weitere Kriegsentwicklung sich darstelle, müsse festgestellt werden, daß wahrscheinlich in diesem Jahr mit einem Frieden nicht mehr zu rechnen sei. Man stehe daher vor der sehr schwierigen Tatsache eines weiteren Kriegswinters.

Mit Befriedigung habe es ihn, den Generalgouverneur, erfüllt, von maßgebenden Männern des Reiches das Lob ausgesprochen zu hören, daß das Generalgouvernement das einzige von deutschen Truppen besetzte Gebiet sei, das sich ernährungsmäßig zu einer Eigenversorgung ohne Belastung des Reiches emporentwickelt habe. Es sei anerkannt worden, daß das Generalgouvernement nicht nur seine Ernährung durchhalte, sondern auch 60 000 t Getreide an die Wehrmacht abliefere. Dieser Umstand sei umso bemerkenswerter, als andere Länder wie das Protektorat und der Warthegau sich auch nicht annähernd zu einer solchen Leistung aufgeschwungen haben. In Anerkennung dieser Leistung des Generalgouvernements habe das Ernährungsministerium dem Generalgouvernement jegliche Förderung zugesagt.

8.5.1941

Der Herr Generalgouverneur erblickt in dem Erscheinen von Ministerialdirektor Gramsch ein Zeichen dafür, daß die von Reichsmarschall Göring geleitete oberste Führung des Vierjahresplanes mit dem Generalgouvernement in Gemeinschaftsarbeit sich befinde, und er erinnert daran, daß er, der Generalgouverneur, die Eigenschaften eines Generalbevollmächtigten des Reichsmarschalls besitze und daß das Generalgouvernement auf seine Leistungen auf dem Gebiete des Vierjahresplanes hinweisen dürfe. Von den maßgeblichen Reichsstellen werde das, was das Generalgouvernement damals als einziges Reservoir des Reiches geleistet habe, in vollem Umfang anerkannt.

Ministerialdirektor Gramsch dankt dem Herrn Generalgouverneur für die Begrüßung und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß ihm die Möglichkeit gegeben sei, sich über die Gesamtlage im Reich zu äußern. Man befinde sich zur Zeit an einem gewissen Wendepunkt. Wirtschaftspolitisch müsse selbst dann noch für ein weiteres Jahr disponiert werden, wenn es wider Erwarten in diesem Jahr noch gelänge, zu einem Frieden zu kommen. Man wäre im Falle eines Friedensschlusses rein tonnagemäßig gar nicht in der Lage, die erforderlichen Getreidemengen aus Übersee herbeizuschaffen und es könnte daher an eine sofortige Aufhebung der Lebensmittelkarten nicht gedacht werden. Auch die Textilversorgung werde nach Friedensschluß noch Schwierigkeiten bereiten. In der industriellen Wirtschaft werden sich gewisse Umstellungsschwierigkeiten zeigen. Es werde nötig sein, mit Staaten, die noch nicht vertragsmäßig gebunden seien, in Handelsverkehr zu kommen, um ein Arrangement zu treffen. Für die nächsten 12 Monate müsse man sich auf alle Fälle auf Kriegswirtschaft gefaßt machen, insbesondere auf dem Gebiete der Ernährung.

Was die Ernährungslage anlange, so habe man vor dem Krieg damit gerechnet, die damaligen Rationen während der ersten zwei Kriegsjahre durchhalten zu können und erst im

8.5.1941

dritten Jahre zu einer Senkung kommen zu müssen. Diese Rechnung habe sich aus einer Reihe von Gründen als unrichtig erwiesen. Es sei notwendig, ab zx 1. Juni die Fleischration von 500 g wöchentlich auf 400 g zu senken. Diese Regelung hoffe man bis zum Herbst durchhalten zu können; weitere Entschließungen blieben vorbehalten. Eine Senkung der Brotration oder Fettration habe sich nicht als notwendig erwiesen. Es sei festzustellen, daß das deutsche Volk im ganzen an Brot, Zucker und Kartoffeln mehr verbrauche als im Frieden, an Fleisch das gleiche, an Eiern 10 % weniger und an Fett um 12 % weniger. Wenn von einzelnen Verbrauchern darüber geklagt werde, daß die Rationen nicht ausreichen, so sei zu bedenken, daß durch Einschränkungen eines Teiles der Bevölkerung es ermöglicht werde, den Soldaten und Schwerarbeitern mehr zuzuteilen.

Im Laufe des zweiten Kriegsjahres seien auf einer Reihe von Gebieten viele Millionen Menschen unter deutschen Einfluß gekommen. Das wirke sich naturgemäß für die Ernährung aus. Norwegen, Dänemark, Belgien und Frankreich hätten keine besondere Belastung hervorgerufen, weil dort noch erhebliche Vorräte vorhanden gewesen seien. Jetzt seien aber in dem gesamten von Deutschland beherrschten Raum die Vorräte aufgegessen. Ganz Mitteleuropa werde sich sehr zusammennehmen müssen, um durchzukommen. Die Rationssenkungen seien etappenweise vorgesehen; im Westen sei man zur Zeit auf einer Wochenration von 250 g Fleisch angekommen. Die in den besetzten Gebieten eingetretenen Schwierigkeiten seien sehr erheblich. Das ganze Gebiet, das jetzt unter deutschem Waffenschutz stehe, hätte eine Einfuhr von 11,5 Millionen t notwendig. Als ein ungünstiges Moment sei noch hinzugekommen, daß der Balkanfeldzug die Versorgung weitgehend gestört habe. Es sei klar, daß die besetzten Gebiete in der Versorgung nicht dem Reich gleichgestellt werden können, aber sie bedürften doch einer erheblichen Fürsorge, weil sie in ungeahnter Weise für die deutsche Rüstung ein-

gespannt seien. Man könne die Leute nicht so sehr hungern lassen, sonst sinken die Leistungen. In Belgien sei bereits infolge der Unterernährung ein Leistungsabfall zu verzeichnen.

In Deutschland werden die Aussichten hinsichtlich des Brotgetreides nicht ungünstig beurteilt. Entscheidend aber seien die Hackfrüchte, und hier handle es sich in erster Linie um ein Problem der Arbeitskräfte. Die Einziehungen zum Heeresdienst seien insbesondere bei der Landwirtschaft sehr einschneidend gewesen, und es seien viele eingezogen worden, die bisher als unentbehrlich galten. Das Reich müsse an das Generalgouvernement die Bitte richten, auch fernerhin mit der gleichen Intensität wie bisher landwirtschaftliche Arbeiter zu schicken. Alle Verbesserungen auf dem Ernährungsgebiet, die sich innerhalb des Generalgouvernements als notwendig erweisen sollten, müßten durch Umschichtung innerhalb des Generalgouvernements selbst erledigt werden. Die Möglichkeiten, aus dem Reich größere Mengen abzugeben, seien überaus begrenzt. Die Ernährungswirtschaft des Reiches müsse sich auch auf ein viertes Kriegsjahr einrichten und dürfe nicht die letzten Reserven bereits im dritten Kriegsjahr verausgaben.

Auf dem Gebiete der <u>gewerblichen Wirtschaft</u> sei von Anfang an der Vorrat im Verhältnis zur Anforderung geringer gewesen als auf dem Ernährungsgebiet. Im ersten Kriegsjahr habe das Generalgouvernement durch Lieferung von Schrott geholfen, und im zweiten Kriegsjahr habe das Ausschlachten der westlichen Gebiete ein erhebliches Ergebnis gezeitigt. Aus Frankreich allein seien 80 000 t reines Kupfer gekommen. Auf dem gewerblichen Sektor sei die Hilfe der besetzten Gebiete sehr ins Gewicht gefallen. Umgekehrt seien aber auch die Anforderungen bedeutend gestiegen durch die Erhöhung der Zahl der Panzerdivisionen usw. Die <u>Rüstungsindustrie</u> werde in der bisherigen Intensität noch einige Monate arbeiten, dann werde mit verstärktem Einsatz an die weitere

8.5.1941

Mobilisierung gegangen, wobei auch die Abnahme der Kirchenglocken durchgeführt werden müsse. Die Lage auf dem Rüstungssektor gebe zu Besorgnissen keinen Anlaß. Umso schwieriger sei sie aber auf dem Gebiete der zivilen Wirtschaft und hier insbesondere auf dem Gebiet der Versorgung mit Textilien und Schuhen. Die politischen stimmungsmäßigen Spannungen werden im dritten Kriegsjahr jedenfalls viel größer werden.

Ein unangenehmes Problem sei die gesteigerte Heranziehung von Frauen zur Arbeit. Die Wehrmacht habe sich gegen ein zwangsweises Vorgehen ausgesprochen. Man werde daher den Weg eines allgemeinen Appelles durch die Partei beschreiten müssen. Allzu großer Erfolg sei nicht zu erwarten, da ohnedies bereits 700 000 Frauen mehr in Arbeit stehen als vor einem Jahr.

Die Schwierigkeiten auf dem Transportgebiet seien weniger verursacht durch mangelnde Lokomotiven und Wagen als durch Mangel an Personal. Das Eisenbahnnetz habe sich erheblich vergrößert und die Zahl der Menschen verringert. Es sei auch in diesem Jahr auf dem Verkehrsgebiet keine Besserung zu erwarten. Alle Länder, die wir erobert haben, seien verkehrsmäßig schlecht. Die Versuche, auf dem Schifffahrtsweg eine Erleichterung zu verschaffen, seien an dem Widerstand der Marine gescheitert, die alles beschlagnahme. Das Programm für die Wasserstraßenverbesserung im Generalgouvernement wäre unter diesen Umständen natürlich von großer Bedeutung, wenn es gelänge, es rasch durchzuführen.

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß ein Grund zu ernsten Besorgnissen nicht gegeben sei. Natürlich seien Einschränkungen notwendig und gewisse psychologische Belastungen unvermeidlich. Alle Anforderungen müßten sorgfältig daraufhin geprüft werden, ob sie nicht zurückgestellt werden können. Die Wehrmacht helfe zwar überall in erfreulicher Weise, aber sie stehe eben doch unter dem harten Gesetz, jederzeit nach jeder Richtung schlagfertig zu sein.

8.5.1941

Präsident Dr. Frauendorfer gibt die Zusage, daß die Zurverfügungstellung von Arbeitskräften weiterhin betrieben werde, soweit diese Arbeitskräfte nicht im Generalgouvernement selbst benötigt werden. In den letzten 6 Wochen seien wieder 3 000 Facharbeiter ins Reich geschickt worden.

Auf eine Anregung des Herrn Generalgouverneurs, die Frage eines Kaufverbotes für die Wehrmacht zu erwägen, weist Ministerialdirektor Gramsch darauf hin, daß das erstrebte Ziel ohnedies in gewissem Grad durch die Gaststättenmarken und durch die Urlaubssperre erreicht werde. An sich bestehe der Grundsatz, daß alles das, was der Zivilist ohne Bezugschein kaufen könne, auch der Soldat kaufen könne. Man sei daran, ein System auszuarbeiten, wie die Zuteilung von Bezugscheinen an Soldaten vor sich zu gehen habe.

Präsident Körner schildert die Schwierigkeiten der Erfassung der noch bestehenden Erntevorräte. Infolge der Kriegspsychose seien die Polen dazu übergegangen, das Getreide zu verstecken. Von den noch erwarteten 80 000 t werde man unter diesen Umständen wohl nur die Hälfte hereinbekommen. In der neuen Versorgungsperiode werde man das Gegenteil von dem tun, was man bisher auf dem Gebiet der Erfassung getan habe: man werde nicht mehr wie bisher die großen Güter zuletzt abliefern lassen, sondern ~~die~~ umgekehrt die großen Güter zuerst herannehmen. Dazu benötige man die Anlage von Kohlenvorräten auf den einzelnen Gütern zu Druschzwecken. Zur Zeit seien keine Vorräte an Kohlen für diese Zwecke vorhanden.

Um Schwierigkeiten in den kommenden Zeiten zu begegnen, seien bereits alle Vorbereitungen getroffen. Es werde Hafer ins Brot gebacken, bezw. Haferflocken ausgegeben und zusätzliche Nahrungsmittel, in der Hauptsache Konserven, verteilt. Die Witterung im gegenwärtigen Frühjahr lasse nicht

die Hoffnung auf eine gute Ernte zu. Trotzdem hoffe man durchzukommen, allerdings müsse an das Reich die Bitte gerichtet werden, bei der Überbrückung der durch die Besetzung entstandenen Schwierigkeiten zu helfen.

Sehr ernst sei die Lage der Landwirtschaft durch den Abzug einer großen Anzahl von Pferden und Gespannen geworden. Das Generalgouvernement habe im Krieg 100 000 Pferde verloren, im Sommer 1940 seien weitere 85 000 ausgehoben worden und jetzt weitere 40 000 ausgemustert. Der verbleibende Rest habe die Frühjahrsbestellung, die Holzabfuhr, die Versorgung der Straßenbauten mit Material usw. zu besorgen. Es handle sich hier um ein sehr ernstes Problem und es müsse den zuständigen Stellen klargemacht werden, daß es so nicht mehr weitergehe.

Der anwesende Vertreter der Ostbahn weist darauf hin, daß eine Kohlenbevorratung für die nächsten Wochen so gut wie unmöglich sei, da die Belastung der Ostbahn derartig sei, daß sie die Übernahme weiterer Transporte ausschließe. Bis zum Februar seien die Hauptbedarfsträger westlich der Weichsel gewesen. Dann sei alles auf das östliche Ufer der Weichsel verlegt worden, und mit dieser Verlagerung habe die Beförderungsdauer und der Wagenumlauf zugenommen. Die Möglichkeit, Wagen zu stellen, werde immer geringer. Truppen- und Gerätezüge aus dem Westen nach dem Generalgouvernement seien 6 bis 8 Tage unterwegs. Das Generalgouvernement sei vom ganzen deutschen Reichsgebiet am meisten belastet. Hierbei spiele auch die Lokomotivenfrage eine Rolle. Die Lieferung von 40 weiteren Lokomotiven sei unerläßlich.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Besprechung mit der Feststellung, daß das Generalgouvernement in den nächsten Wochen vor schweren Aufgaben stehen werde, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich ihm bei der Erfüllung dieser Aufgaben helfen werde.

======

20^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Anlage zum Tagebuch vom 8. Mai 1941

Ansprache des Herrn Generalgouverneurs
bei der Eröffnung der Veit Stoß-Ausstellung
am 8. Mai 1941 in Krakau.

Deutsche! In einem wiederum geschichtlich außergewöhnlich bedeutungsvollem Abschnitt unserer Volks- und Reichsentwicklung begehen wir diese Feststunde. Sie ist gewidmet dem großen Künder deutscher Kunst, Veit Stoß, dessen Leben, dessen Werk und dessen menschliche Größe einen ungemein eindrucksvollen Ausschnitt deutschen menschlichen Ringens auf dieser Erde darstellt.

Veit Stoß in Krakau - das ist wie Albrecht Dürer in Nürnberg, es ist eine Kombination des das Charakteristische seiner Umwelt gestaltenden Genies. Es ist wiederum ein Symbol des deutschen Ringens all überall in der Welt, so auch im Künstlerischen, daß dieser ganz große Deutsche Veit Stoß sogar das erleben mußte, daß er die nach ihm diese Stadt besetzenden Polen als Zeugen gegen sein Deutschtum auftraten. Der Dank, den ihm das Polentum, das nach ihm in Krakau auftrat, abstattete für seine Meisterwerke, die er hier schuf, bestand darin, daß man die deutsche Marienkirche in Krakau und den Marienaltar in dieser Kirche in Krakau als polnische Werke erklärte und den Künstler Veit Stoß selbst zum Polen degradierte. Nur eine so klägliche und außerhalb der anständigen Völkergemeinschaft Europas lebende Form des völkischen Daseins, wie die polnische Nation sie darstellte, konnte in einen solchen Abschnitt der Undankbarkeit und der Kulturlosigkeit versinken. Diese Ausstellung hier in Krakau ist die stolze Antwort des Deutschtums auf diese polnische Lüge.

Veit Stoß war ein Deutscher. Er lebte und wirkte als Deutscher und er starb als Deutscher. Es ist dies daher der erste Sinn dieser Ausstellung, daß sie dem Deutschen Veit Stoß gewidmet ist. Veit Stoß kam aus Nürnberg, dort war er geboren, dort wurde er auferzogen und dann kam er in jungen

Jahren in diese Stadt. Hier in Krakau wirkte er im Dienste von deutschen Gemeinschaften und als sein Werk hier vollendet war, ging er zurück in seine Heimat und starb als ehrengeachteter Bürger - allerdings nach entsetzlichem persönlichem Schicksal in der deutschen Stadt Nürnberg. Auf der Burg zu Krakau ist das überaus eindrucksvolle Grabdenkmal des Königs Kazimier, gefertigt von der Meisterhand des Veit Stoß. Dort in Marmor hat er seinen deutschen Namen eingeschrieben, dort steht: Veit Stoß. Wir haben daher diesem Deutschen den Dank hier abzustatten. Was wären wir hier in diesem Raum, wenn wir nicht die Linie fortsetzen würden, die durch die Jahrhunderte hindurch uns von den Vorkämpfern deutscher Kraft und deutscher Führung auf allen Gebieten hier vorgezeichnet worden war? Veit Stoß war einer der Großen, die einsam wie der Adler ihren Höhenflug antreten. Er lebte seinem Werk und nicht dem Kult seiner Persönlichkeit. Er lebte seinem Glauben an die Kraft des Ideals, das ihn erfüllte und war nicht besorgt um die Propagierung seines Namens und er wäre vielleicht sogar völlig unerkannt hinter sein Werk zurückgetreten mit derselben herrlichen Demut wie die großen deutschen Meister des Mittelalters, wie der Schöpfer des Bamberger Reiters. Es ist aber ein Glück, daß wir über sein Leben Bescheid wissen. Die Polen, die nach ihm unmittelbar den Deutschen in Krakau die Marienkirche wegnahmen, hatten die berühmte Stiftungsurkunde des Marienaltars zum ersten Mal übersetzt und hatten mit einer gewissen eingeborenenmäßigen Unbefangenheit den Wortlaut dieses Dokumentes wiedergegeben. Es heißt hier wortwörtlich: Kein Pole beteiligte sich an der Aufbringung der Mittel für die Erstellung des Marienaltars. Wir können es der stolzen deutschen Bürgerschaft dieser deutschen Stadt Krakau danken, daß sie diesen Sendboten deutscher Kultur hierher in dieses Land rief, in dem er dann dieses herrliche Zeugnis deutscher Leistung schuf. Seien wir uns dessen bewußt: wenn der Genius, der dem deutschen Volk und seinen großen Persönlichkeiten die künstlerische Kraft vermittelte, eines Tages

aus Unmut über den Undankbarkeitsfimmel der Polen alles das wieder zurückgeholt hätte, was Deutsche in diesem Raum geleistet haben, wenn durch irgendeine überirdische Kraft alles das wieder weggenommen würde, was hier an Burgen, Kunstwerken, Altären und Bildern, Dokumenten und Werken aller Art in diesem Gebiet der Weichsel von Deutschen geschaffen worden ist - über Nacht wären die Rathäuser aus den Städten verschwunden, die Bauten hinausgetragen, die Altäre geplündert, alles, was groß und schön in diesem Land ist, wäre dahin und übrig bliebe nur die Substanz einer nomadenmäßigen Verunartung, deren Repräsentanten wir heute noch hier empfinden.

Die Ausstellung gilt auch dem Künstler Veit Stoß. Der Künstler Veit Stoß ist Ausdruck jener Wahrheit, daß nur der, der tief an seine Sendung glaubt und die Berufung in sich fühlt, dem höchsten nachzugehen, das Große schaffen kann. Die Kunst ist durchzogen von dem Glauben an die Gewalt und die Kraft eines Gesetzes, das stärker ist als das Menschengesetz. Es ist eine ernste Mahnung an uns, dem Künstler Veit Stoß für sein Bekenntnis zu danken. Es wäre aber eine Fälschung, wollte man diese Gläubigkeit konfessionell auslegen. Sie war zeit- und raumbedingt, aber sie war der große deutsche Glaube an den Herrgott und an die von ihm ausgegebene Mission einer höheren Aufgabenstellung des Menschen auf dieser Welt. Seine Kunst ist aber auch rein, sie ist hingegeben ganz der Sache. Richard Wagners Definition, daß Deutschsein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun, sie ist in diesem Meister Veit Stoß in ganz großartiger Form zum Ausdruck gekommen. Hier ist nichts Pose, nichts Theatralik, hier ist echte Dramatik des Sturmes, des Gewitters, der Naturgewalt, die durch Millionen Jahre hindurch die Menschen erschauern machte vor der Gewalt der Größe, deren Opfer, deren Träger und Gestalter er vielleicht zu sein vermag. Aus der ersten Welt der germanisch-arischen Kultur steigt die große herrliche Form auf, die da sagt: gewaltig ist das Schicksal, doch gewaltiger der Mensch, der

es trägt. Es ist eine Kunst, die aus Glauben und Reinheit doch die echte Naivität des Unverbildeten birgt, der die Dinge so sieht, wie sie dem erscheinen, der nicht einer Theorie dient, nicht einer künstlichen Abstraktion, nicht einer vorgefaßten Dogmatik, sondern der in sich das Auswirkenlassen seiner persönlichen Welt in Einklang bringt mit dem Kosmos. Es ist letztlich die Kunst, die uns zeigt, daß es nicht angeht, einen anderen Maßstab an den Wert der Völker anzulegen als den der kulturellen Leistung. Wieviele Staaten, wieviele Kaiser, wieviele Päpste und sonstige machterfüllte Konstruktionen und Repräsentanten sind seit Veit Stoß über diese Welt gewandert! Gleichgeblieben aber ist die von Gott gegebene Kraft des Volkes der Deutschen und dessen Idealismus, der die Menschen heute zusammenfügt in der weltweiten Persönlichkeit Adolf Hitlers.

So können wir vor dem Deutschen und dem Künstler uns nur in Demut und Dankbarkeit verneigen. Veit Stoß, Du hast hier in Krakau nicht gewirkt als ein der Vergessenheit Anheimfallender, sondern als Glaubensbote dafür, daß dieses Land der deutschen Berufung einbezogen ist.

Aber noch ein Wort von dem Menschen Veit Stoß. Der Leidensweg, den er so unendlich eindrucksvoll in seinen Kunstwerken darstellt, diese Passion, die in seiner Gläubigkeit hier von ihm gestaltet wurde, sie war ihm selbst im Leben vorgezeichnet. Sein Schicksal war auch das Duldertum und es ist unsere Pflicht, hier der Gerechtigkeit nach vielen Jahrhunderten immer wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Veit Stoß, als Künstler verloren in den formellen und sonstigen Realitäten des Lebens, ein Vögelein, das über die Bedingungen des bürgerlichen Daseins dahinflatterte, er war in manche Verstrickungen des juristischen Lebens verfallen. Es ist eine einmalige Tragödie, daß der grandiose künstlerische Schöpfer einer deutschen Passion im Jahre 1506 in Nürnberg vom Richter an den Pranger gestellt wurde, nachdem man ihm die beiden Wangen mit einem glühenden Eisen durchbohrt hatte.

Man vergegenwärtige sich dieses Bild: der größte deutsche Künstler, der diesem Ostraum den Hauch deutscher Gültigkeit aufprägte, steht inmitten einer lärmenden Masse, die voll Verachtung auf ihn als einen aus der bürgerlichen Welt Ausgestoßenen schaut. Man muß sich die Szene vorstellen mit der Phantasie des in der Bildkunst des späten Mittelalters Erfahrenen. Man muß sich vorstellen, wie die Menge um diesen an dem Pranger stehenden Menschen sich drängt und wie er ruft: was mir geschieht, geschieht zur höheren Ehre Gottes, ich bin unschuldig, ich bin unschuldig! Und er rief es den ganzen Tag, solange die Sonne seine Schande beschien. Und als er dann wankend vor Schmerz und Leid in seine Wohnung zurücksank, da war er für die kommenden Jahre seines Lebens ein gebrochener Mann. Dies ist die Passion des Dulders, des Deutschen Veit Stoß. Wir müssen sie in innerer Ergriffenheit miterleben.

Wenn Sie jetzt durch diese Ausstellung schreiten, dann denken Sie daran, wie ungerecht jede Generation leichten Sinnes die Größten der Zeit zu opfern bereit ist und wie dann eine höhere Gerechtigkeit aufsteigt, die die Wunden, die die Menschen schlugen, durch Gottes Gesetz zum Heilen bringen muß. Es ist daher ein großes Dokument deutscher, künstlerischer und menschlicher Kraft, dieses Gedenken an Veit Stoß, den Deutschen, den Künstler und den Menschen.

Der Herr Generalgouverneur dankte sodann allen an dem Zustandekommen der Ausstellung beteiligten Herren und gab bekannt, daß mit Einwilligung des Führers an dem großen Plan der Errichtung der Kopernikus-Universität in Krakau seit vielen Wochen gearbeitet werde, daß noch im Laufe dieses Jahres der Grundstein zur größten Sternwarte des Ostens gelegt und ebenfalls noch im Laufe dieses Jahres als erster Bestandteil der kommenden völlig neuartigen biologischen Fakultät der geplanten Universität eine Medizinische Akademie in Krakau ins Leben gerufen werde.

Der Herr Generalgouverneur gibt ferner bekannt, daß er sich entschlossen habe, in Krakau eine Veit-Stoß-Akademie für bildende Künste ins Leben zu rufen, die bestimmt sei, in Ergänzung der kommenden wissenschaftlichen Zentrale, der Kopernikus-Universität, hier in Krakau eine Zentrale des künstlerisch bildenden Forschens und Arbeitens zu geben.

Des weiteren habe ich - so fuhr der Generalgouverneur fort, - mit Wirkung von heute in Ergänzung des Nikolaus-Kopernikus-Preises einen Veit Stoß-Preis von jährlich 50 000 Zloty für hervorragende deutsche Kunstleistungen im Generalgouvernement gestiftet als Anregung für die deutschen Künstler, sich hier im Generalgouvernement dem Ernst der geschichtlichen Leistungen unserer Vorfahren würdig zu zeigen. Im Hochgefühl der Größe dieser Zeit und der herrlichen Empfindungen des Stolzes, daß wir als Deutsche zum größten Volk der Welt gehören und daß unser der größte Mann der Erde ist, Adolf Hitler, erkläre ich diese Ausstellung für eröffnet.

Burg Krakau

Freitag, den 9. Mai 1941

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über das Verhalten im Straßenverkehr,
2. " " " eine Bahnpolizeiordnung für die Ostbahn,
3. " " " Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr,
4. " " gegen den Mißbrauch von Uniformen im Generalgouvernement,
5. " 2. Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen,
6. " Verordnung über die Werbung für Heilmittel und Heilmethoden im Generalgouvernement.

Die Verordnungsentwürfe werden mit Ausnahme desjenigen unter Ziff. 2) vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet. Der Verordnungsentwurf über eine Bahnpolizeiordnung für die Ostbahn wird Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh mit der Weisung zurückgereicht, die Bestimmung in § 4 Abs. 3 zu streichen.

Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Unterstaatssekretärs Kundt und des Abteilungspräsidenten Westerkamp die vier Amtschefs der Distriktsverwaltungen, Ministerialrat Wolsegger, Reichsamtsleiter Dr. Hummel, Oberregierungsrat Egen und Regierungsrat Dr. Losacker.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Amtschefs Weisungen für ihre fernere Tätigkeit. Angesichts der Tatsache, daß die Distriktschefs in erhöhtem Umfang mit repräsentativen und sonstigen Aufgaben überlastet seien, sei es Aufgabe der Abteilungschefs, mehr als bisher auch die Angelegenheiten zu bearbeiten, die bisher lediglich in den Händen der Chefs der Distriktsverwaltungen gelegen hätten. Selbstverständlich müsse im Interesse der Einheit der Verwaltung der Distriktschef von seinem Amtschef über alles orientiert werden, was irgendwie für ihn von Wichtigkeit sei. Aus der Tatsache, daß bei jedem Distrikt auch eine Abteilung "Innere Verwaltung" bestehe, dürfe nicht geschlossen werden,

9.5.1941

daß die Abteilung "Innere Verwaltung" die allein verantwortliche für gewisse Angelegenheiten sei. Sollte es am 1. Januar 1942 zu einem Wechsel der Gouverneure kommen, dann müßte der Amtschef des Distrikts die Stabilität der Verwaltung technisch und personell aufrecht zu erhalten imstande sein. Andererseits dürften nun aber die Amtschefs nicht glauben, unter Umgehung des Distriktschefs direkt mit der Regierung verhandeln zu können.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Ernährungslage des Generalgouvernements ein, die besonders mit Rücksicht auf die starke Truppenbelegung sehr gespannt sei.

Die Amtschefs geben darauf eine Schilderung der in ihren Distrikten bestehenden Lage.

In diesem Zusammenhang wird zu der Frage der Einrichtung von Polizeidirektionen Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß in den Städten Krakau, Warschau, Radom, Lublin und Tschenstochau und Kielce mit sofortiger Wirkung Polizeidirektionen eingerichtet werden, die den Stadthauptleuten bezw. in Krakau und Warschau dem Beauftragten des Distriktschefs für die Stadt unterstehen.

Besprechung mit Abteilungspräsident Watzke und Dr. Coblitz.

Im Mittelpunkt der Besprechung stehen die Fragen der Errichtung einer Kopernikus-Universität und einer Veit Stoß -Akademie für die bildenden Künste. Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß er auch mit dem Führer wiederholt über diese Dinge gesprochen und volles Verständnis für seine Bestrebungen gefunden habe. Die Errichtung einer Kopernikus-Universität in Krakau werde ein klares Programm für die Deutschtumsarbeit bedeuten. Man werde daraus erkennen, wie ernst es der Regierung des Generalgouvernements mit der Durchsetzung ihrer kulturellen Ziele sei. Bei der Errichtung dieser Universität dürfe man nun nicht den Fehler machen,

9.5.1941

wie er in Posen gemacht worden sei, wo man erst eine Universität eröffnet habe, für die es aber vorläufig noch an den Studenten und allen anderen Voraussetzungen für einen geordneten Lehrbetrieb fehle. Für die Universität sowohl wie für die Veit Stoß-Akademie müsse schon jetzt ein Kuratorium gebildet werden, das sich die Lösung der organisatorischen Fragen angelegen sein lasse. Für beide Institute zeichne die Abteilung Wissenschaft und Unterricht verantwortlich. Gegenüber dem Hinweis mancher Kritiker, daß nun schon wieder eine neue Universität errichtet werden solle, müsse die Tatsache hervorgehoben werden, daß ja für den Betrieb einer Universität in Krakau alle notwendigen Hilfsmittel in Gestalt von Kliniken und sonstigen Instituten bereits zur Verfügung ständen. Er verfolge darüber hinaus aber auch den Plan, eine der kleineren deutschen Universitäten, wie etwa Gießen, Marburg oder Greifswald mit ihrem gesamten Personal nach Krakau verlegen zu lassen. Wenn die Durchführung dieses Planes zunächst auch auf große Schwierigkeiten stoßen werde, so sei er doch gewiß größter Beachtung wert.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Watzke und Dr. Coblitz, die Frage der Schaffung eines Veit Stoß-Preises im Rahmen des Instituts für deutsche Ostarbeit einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Weiter beauftragt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten Watzke mit den Vorarbeiten für die Errichtung der Universität und die Arbeiten, die damit im Zusammenhang stehen.

Auf Vorschlag des Präsidenten Watzke erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß zunächst keine Medizinische Akademie, sondern eine biologische Fakultät eingerichtet werde. Zu dieser Fakultät könnten dann die bisherigen Sektionen für Landwirtschaft und Forstwirtschaft des Instituts für deutsche Ostarbeit treten. Die Ausführungsbestimmungen für die Errichtung des Veit-Stoß-Preises müßten vom Institut für deutsche Ostarbeit ausgearbeitet

werden. Sowohl die Universität wie die Veit Stoß-Akademie müßten Staatsbehörden sein, während das Institut für deutsche Ostarbeit als öffentlich-rechtliche Körperschaft organisiert sei.

Präsident Watzke bemerkt, daß, wenn der biologischen Fakultät auch die Landwirtschaft eingegliedert werde, man die Möglichkeit haben werde, in sie eine Tierarzeneischule einzubauen, für die dann ein Versuchsinstitut von der Liegenschaftsverwaltung zur Verfügung gestellt werden könnte. Es werde sich empfehlen, jene Güter, welche seinerzeit zur Universität gehört hätten, auf Grund der Bestimmungen der Liegenschaftsverwaltung zu übernehmen.

Dr. Coblitz lädt den Herrn Generalgouverneur zu einem Besuch der Veit Stoß-Ausstellung ein. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, die Ausstellung demnächst einer Besichtigung zu unterziehen.

Präsident Watzke berichtet über die Vorarbeiten für die Schaffung des Ukrainischen Instituts. Die Abteilung Gesetzgebung halte es für zweckmäßig, diesem Institut eine ähnliche Verfassung zu geben wie dem Institut für deutsche Ostarbeit, ihr also die Stellung einer eigenen Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Er habe dagegen gewisse Bedenken; denn seine Abteilung fühle sich stark genug, die Verantwortung für dieses Institut zu übernehmen. Die Kosten für die Errichtung des Instituts würden etwa 350 000 Zloty betragen, und die Abteilung Finanzen habe diese Summe glatt bewilligt. Das Haus in der Reichsstraße 34 werde mit 15 Räumen vorläufig den Bedürfnissen des Instituts genügen. Die Lehrkräfte seien bereits gefunden.

15³⁰ Besprechung mit Dr. Schneider.

16⁰⁰ Besprechung mit Oberstleutnant Fischer.

9.5.1941

16^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Referent Gauweiler.

Referent Gauweiler berichtet über die Vorarbeiten für die Beteiligung des Generalgouvernements an der in den Tagen vom 21. - 25. Mai stattfindenden Breslauer Messe. Für die Ausstellung des Generalgouvernements stehe eine Fläche von 600 qm zurVerfügung. Ferner sei von der Propagandaabteilung beabsichtigt , wieder die Ostmesse in Königsberg und die Leipziger Herbstmesse zu beschicken.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß an der Eröffnung der Breslauer Messe eine Delegation unter Führung des Gouverneurs Dr. Lasch und desPräsidenten Ohlenbusch teilnehmen solle.

18^{00} **Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.**

IV/3

Burg Krakau

Sonnabend, den 10. Mai 1941

16^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

20^{00} Abendessen bei Staatssekretär Dr. Bühler.

Sonntag, den 11. Mai 1941

0^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf dem Hauptbahnhof Krakau und Besteigen des Sonderzuges.

4^{05} Abfahrt des Sonderzuges nach Tomaschow.

9^{45} Ankunft des Sonderzuges in Tomaschow.

10^{00} Der Herr Generalgouverneur verläßt den Sonderzug und wird durch Gouverneur Dr. Lasch und die Vertreter der Kreis- und Stadtbehörden begrüßt.

10^{05} Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front einer vor dem Bahnhof aufgestellten Ehrenkompanie der Ordnungspolizei ab.

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Rathaus zu Tomaschow. Nach einer von einem Kammer-Orchester des Staatstheaters Krakau vorgetragenen Passacaglia von Roncalli-Respighi richtet Kreishauptmann Dr. Glehn folgende Begrüßungsansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Reichsleiter! Herr Generalgouverneur! Es bedeutet für mich eine besondere Freude und Ehre, Sie hier in unserem Kreise, in welchem die meisten Volksdeutschen wohnen, begrüßen zu dürfen, Sie in einer Stadt willkommen zu heißen, in welcher sich seit Generationen die deutsche Tüchtigkeit in der Tuchindustrie allen Gewalten zum Trotz erhalten hat. Auch trotz der Anfeindungen der Polen ist ihnen doch die Arbeit der Deutschen unentbehrlich geworden. Das Gefühl der Ehrung und Dankbarkeit wie der Freude erfüllt auch alle meine Mitarbeiter, erfüllt die Dienststellen, die heute hier vertreten sind, erfüllt überhaupt alle Deutschen, die hier tätig sind. Unsere Volksdeutschen in diesem Gebiet kennen Sie, Herr Generalgouverneur, schon aus Ihren Gesetzen und Anordnungen. Sie haben aus diesen Gesetzen und Anordnungen

gespürt, daß für sie gesorgt und Treue um Treue vergolten wird. Aber die Volksdeutschen haben Sie, Herr Generalgouverneur, zum ersten Mal heute gesehen. Sie werden die Liebe gespürt haben, die Ihnen die flatternden Fahnen zeigten, Sie werden diese Liebe und Verehrung auch in den Gesichtern der Menschen gesehen haben, die Sie auf den Straßen von Tomaschow begrüßten, und werden Gelegenheit haben, nachher die freundlichen Gesichter von Tausenden von Menschen in der Werkshalle zu sehen. Sie sind den deutschen Menschen hier auch dadurch bekannt, daß Ihr Vertreter, unser Gouverneur, in Ihrem Auftrag vom grünen Tisch weg häufig hierher geeilt ist und, wenn es notwendig war, dann schnell seine Entscheidung getroffen hat.

Kreishauptmann Dr. Glehn schildert dann die Aufgaben, die er seit Übernahme der Kreisverwaltung zu erfüllen hat. Seine Fürsorge gelte vor allem den Volksdeutschen und der Industrie. Als ehemaliger Landrat des Reiches könne er sagen, daß ihm noch nie so schöne und große Aufgaben gestellt worden seien wie hier. Das Ideal eines Landrats, wirklich Mittelpunkt des Kreises zu sein, sei hier in schöner Weise verwirklicht.

Was von der Organisation der Volksdeutschen Gemeinschaft an Gutem noch vorhanden gewesen sei, habe man übernommen, aber nach deutschem Muster ausgebaut. So sei es dann mit Hilfe auch der Partei gelungen, der volksdeutschen Bevölkerung ein Gefühl der Beruhigung zu geben und ihre Sorgen immer mehr und mehr zurückzudrängen.

Kreishauptmann Dr. Glehn gibt sodann einen Überblick über die Entstehung der Tomaschower Industrie und schildert die Schwierigkeiten, mit denen die volksdeutsche Bevölkerung im Laufe der Jahrzehnte zu kämpfen gehabt habe.

11.5.1941

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Herr Kreishauptmann! Deutsche! Ich bin Ihrer und der Einladung des Gouverneurs Dr. Lasch, einmal die Stadt Tomaschow zu besuchen, gern gefolgt. In dieser unendlich spannungsreichen Zeit ist es ein seltsames, nicht alltägliches Ereignis, daß deutsche Menschen sich nun zur Feier eines Werkes des Friedens und des Aufbaues zusammenfinden. Was hier im Generalgouvernement, im östlichsten Machtbereich Adolf Hitlers in diesen anderthalb Jahren, seit der Führer das Generalgouvernement geschaffen hat, alles an Aufbauarbeit, an frischer Wiederingangsetzung von Werkstätten aller Art geschehen ist, das entspricht, genau genommen, einer Friedensaufgabenstellung. In diesem Gebiet, das nicht nur durch die polnische Mißwirtschaft an sich schon ganz herabgewirtschaftet gewesen ist und das dann infolge der Kriegsereignisse von 1939 gleichsam den Rest bekommen hat, müssen wir einerseits die gröbsten Mißstände mit allen Mitteln beseitigen, andererseits aber aus der geopolitischen Lage dieses Gebietes für die doch recht beschränkten Aktionskräfte vieler industrieller Bereiche des Großdeutschen Reiches Unterstützung leisten. So kam es dann, daß, nachdem dieses Gebiet ein erstes Netz von Ordnung erhalten hatte, sofort eine Unsumme von Aufgaben industrieller und allgemein wirtschaftlicher Art hineinströmte, die bewältigt werden mußten. Ich kann sagen, daß das Bild, das Ihr Kreishauptmann entworfen hat, auch für das Generalgouvernement im ganzen seine Geltung hat. Ihnen, Gouverneur Dr. Lasch, Ihnen, Kreishauptmann Dr. Glehn, und den anderen Mitarbeitern des Distrikts und des Kreises, kann ich meine und des Reiches Anerkennung für diese hervorragende Arbeit aussprechen. Was hier in dieser Stadt geleistet worden ist an Überwindung von Schwierigkeiten, die oft wie Gebirge hoch waren, ist des höchsten Lobes wert. In diesem Land gab es ja nichts als Zerstörung, Niedergang und Verwahrlosung, und in diesem Zustand war uns

11.5.1941

das Land übergeben worden. Das deutsche Volk in Tomaschow und Petrikau war nun der Ansatzpunkt, und aus diesem braven deutschen Volk gewinnen wir die entsprechende menschliche Unterbauung der Führung dieses Teiles des Generalgouvernements. Diese deutschen Menschen, Frauen, Männer und Kinder, waren uns anvertraut. So oder so mußte nun mit der furchtbaren Behandlung ein Ende gemacht werden, die diese deutschen Menschen im Laufe der Jahrhunderte erfahren haben. Wenn auch nicht alle Wünsche schon restlos erfüllt werden konnten, - man muß doch bedenken, daß das Deutsche Reich in dem größten, schwierigsten und opferbereiten Schicksalsringen um seine Zukunft steht, - so kann doch das Ergebnis nicht nur als Schlußteil einer neuen Entwicklung gewertet werden, sondern es muß gewertet werden als ein Abschnitt in einer von jetzt an sich fortwährend fortsetzenden Höherentwicklung dieses Gebietes. Weder ein Rückschlag noch eine Unterbrechung wird kommen. Der Aufbau dieses Gebietes geht voran und wird mit immer gesteigerter Energie vollzogen werden.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, Herr Kreishauptmann, daß Sie über die so segensreiche Zusammenarbeit mit allen Dienststellen berichten konnten. Ihnen gebührt insbesondere der Dank der Deutschen Wehrmacht. Ich freue mich deshalb auch ganz besonders über die schöne Zusammenarbeit mit ihr. Ohne dieses soldatische hohe Lied von Treue und Tapferkeit, ohne diese Höchstleistungen der deutschen Waffen in einem Siegeszug ohnegleichen, wäre ja auch ein stetiger und wirtschaftlicher Aufbau in diesem Gebiet gar nicht möglich gewesen. Erst kam der Soldat mit der Waffe, er überließ dann der deutschen Machthoheit Adolf Hitlers die Fortführung des Werkes. Und Sie haben nun im soldatischen Geist die Aufgaben, die Ihnen gestellt sind, zu erfüllen. Noch ist der Friede nicht da, noch steht der Feind, und somit gilt nur ein Gesetz, das Gesetz des Krieges, gibt es nur eine Notwendigkeit, alles zu tun, um dem Führer, seiner Wehrmacht und dem ganzen

11.5.1941

deutschen Volk auch mit den Kräften des Generalgouvernements zu helfen, daß der Sieg errungen wird.

Ich kann Ihnen zu meiner Freude mitteilen, daß ich vom Führer selber vor wenigen Tagen erst erfahren habe, wie hoch er die Leistungen des Generalgouvernements einschätzt. An dieser Anerkennung des Führers haben Sie, Gouverneur Lasch, Sie, Kreishauptmann Glehn, und alle Männer dieses Kreises Ihren wohlgemessenen Anteil. Seien Sie dafür bedankt!

Der festliche Akt schließt mit einem Allegro für Kammer-Orchester.

Dem Herrn Generalgouverneur werden dann die Mitarbeiter der Distriktsstandortführung und der Standortführer des Distrikts Radom vorgestellt.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die politischen Leiter folgende Ansprache:

Parteigenossen! Ihnen werden ja die Schwierigkeiten bekannt sein, unter denen hier die Männer der Partei ihre Aufbauarbeit leisten müssen. Nur ganze Männer werden hier bestehen können. Trutzig und hart müssen sie sein, und es ist besser, daß wir angesichts dieser schwierigen Aufgaben statt zehn weicher Menschen drei harte Männer zur Verfügung haben. Ich darf Ihnen aber sagen: wer sich hier als Mann bewährt hat, kann dessen sicher sein, daß er später im Reiche jede Aufgabe wird erfüllen können. Ich danke Ihnen für Ihre bisherige treue Mitarbeit und bitte Sie, Parteigenossen, auch weiterhin wie bisher zu arbeiten.

10.50 Abfahrt zur Kunstseidenfabrik Wilanow.

Am Eingang der Fabrik wird der Herr Generalgouverneur durch Direktor Thoel begrüßt. Dann findet ein Rundgang durch die ausgedehnten Werkshallen der Fabrik statt, bei dem dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Erzeugnisse der Zellwoll- und Kunstseidenfabrikation gezeigt werden.

11.5.1941

Der Herr Generalgouverneur begibt sich dann zu der Großkundgebung in einer Werkshalle. ; Tomaschow

Die Kundgebung, an der etwa 5 000 Volksdeutsche teilnehmen, wird durch den Distriktsstandortführer, Gouverneur Dr. Lasch, mit folgender Ansprache eröffnet:

Herr Generalgouverneur! Hohe Gäste! Deutsche Frauen und Männer!

Als es bekannt wurde, daß Sie, Herr Generalgouverneur, die Deutschen in dieser Stadt zu besuchen beabsichtigen, da war der Jubel unter den Deutschen groß. Die Deutschen der Stadt Tomaschow begrüßen in Ihnen nicht nur ihren Generalgouverneur, sie begrüßen in Ihnen auch den Vertrauten und alten Kampfgefährten unseres Führers.

(Lebhafter Beifall)

Es bedeutet für uns eine hohe Ehre, hier Vertreter der Partei und des Staates begrüßen zu können, insbesondere aber auch begrüßen wir die Generäle, Offiziere und Soldaten unserer siegreichen Wehrmacht.

(Stürmischer Beifall)

Wieder lodert die Opferflamme aus den großen Mahnmalen der Deutschen. Um diesen Altar des Vaterlandes scharen sich die Millionen Deutscher, die durch die Jahrhunderte hindurch ihr Leben für die Größe unseres Reiches gelassen haben. Zu ihnen treten die Toten aus dem Weltkriege, die Toten der Bewegung, die Toten dieses Krieges. Unter ihnen sind auch die toten Volksdeutschen dieses Landes, die aus dem Bekenntnis für ihr Deutschtum ihr Leben zum Opfer gebracht haben. Gemeiner polnischer Terror hat sie gemordet. 21 deutsche Menschen dieser Stadt und dieses Kreises haben ihr Leben für Deutschland, für den Führer und für das Deutsche Reich gelassen. Ihrer wollen wir in dieser feierlichen Stunde gedenken; wir wollen uns in Ehrfurcht vor ihnen verneigen.

11.5.1941

(Unter den Klägen des Liedes: "Ich hatt' einen Kameraden" werden die Namen der ermordeten Volksdeutschen verlesen).

Aber wie die Fahne einer kämpfenden Truppe, wenn der Fahnenträger fällt, von dem Nächsten aufgenommen und weiter in den Kampf getragen wird, so lebt in uns das Vermächtnis der Toten, weiterzukämpfen bis zum Siege über die letzten Feinde unseres Führers und unseres Reiches.

Ihr Deutschen, Ihr sollt jetzt die Parole für diesen Kampf empfangen. Der Generalgouverneur spricht zu Euch.

Der Herr Generalgouverneur:

Deutsche! Der Führer hat mich beauftragt, den Deutschen von Stadt und Kreis Tomaschow und Petrikau seine besonders herzlichen Grüße zu übermitteln. Es ist für mich ein Erlebnis besonders herzlicher Art, Euch endlich einmal gegenübertreten zu können, nachdem wir beide voneinander schon so viel gehört haben. Ich habe von den Deutschen Tomaschows schon so unendlich viel Schönes und Erhebendes vernommen. Ich weiß, wie sehr jede deutsche Frau und jeder deutsche Mann, jeder deutsche Knabe und jedes deutsche Mädchen hier in diesem Land für sich eine Herzens- und Gesinnungsfestung des Deutschtums darstellen. Daher ist es ein Zusammentreffen von echter Freude und Glück, zu wissen, daß nunmehr auch Euer Kampf um die Durchsetzung des Deutschtums siegreich beendet worden ist, daß durch den Sieg der Wehrmacht Adolf Hitlers Tomaschow und die Deutschen hier in diesem Land für alle Zukunft deutsch sein und bleiben werden.

(Lebhafter Beifall)

Ihr habt den Kampf bestanden. Es war Euer Schicksal, diesen Kampf mit Leid und Opfer, mit Blut und Tränen zu bezahlen. Aber wo wäre der Kampf des Deutschtums jemals ein anderer gewesen! Immer wieder mußten wir Deutschen lernen, aus der Tiefe, in die uns ein Schicksal verstieß, uns wieder mühsam emporzuarbeiten. Immer wieder aber haben wir auch aus uns selbst diese Kräfte geholt, wenn sie geweckt worden

11.5.1941

waren, und in Adolf Hitler haben wir den Erwecker unseres Volkes gefunden. Er hat zu unserer Seele gesprochen und hat heute der Welt gezeigt, daß das deutsche Volk das größte und stärkste Volk der Erde ist.

(Lebhafter Beifall)

Und so könnt auch Ihr Deutschen hier in Tomaschow, Ihr deutschen Menschen hier in diesem westlichsten Kreise des Generalgouvernements überzeugt sein, daß Eure Toten, Eure Opfer nicht vergessen werden, die Ihr in diesem Kampf um die Wieder erhebung des Deutschtums gebracht habt.

Die Polen haben kein Glück mit ihren Staatsgründungen. Kaum haben sie einen Staat, dann zerstören sie ihn wieder. Es ist daher gut, wenn man ihnen den Rat gibt, sie sollen für alle Zukunft die Staatsgründerei sein lassen. Es führt nur zur Unruhe in der Welt. Jedenfalls das Polen von Versailles, das Polen als selbständiger europäischer Staat, das Polen, das nur Händel suchte und Kriege begründete, wird nie wieder in Europa erstehen.

(Stürmischer Beifall)

Der weiße Adler ist dahin. Er hat sich verflogen, er wird nie wieder auf die Erde zurückfinden, und die Polen sollen sich daran gewöhnen, daß nun die Deutschen hier die Herren sind und bleiben werden.

(Bravo! Lebhafter Beifall)

Freilich, ein anderes Bild von deutscher Macht und Größe zeigt sich uns heute. Damals im November 1918 waren die deutschen Soldaten durch eine verräterische Revolte im Innern des Deutschen Reiches gezwungen, dieses Land zu verlassen. Man konnte in jenen Tagen sagen: da ziehen sie nun dahin, die deutschen Soldaten, und lassen uns, die Deutschen, wieder allein in Tomaschow zurück. Und Ihr wart damals ausgeliefert dem polnischen Terror und dem Willkürregiment der Todfeinde unseres Deutschtums. Diesmal aber sind die deutschen Soldaten in dieses Land gekommen, und nie wieder wird die deutsche Flagge hier niedergeholt werden.

(Lebhafter Beifall)

11.5.1941

Wir könnten ja Namen mit Namen vergelten: wir könnten für alle die 60 000 ermordeten Deutschen, die zerschlagen, zu Tode gemartert, ihr Blut für Deutschland bringen mußten, die Gegenrechnung aufstellen und sagen: Auge um Auge, Zahn um Zahn; jetzt,Polentum, ist die Stunde der Abrechnung gekommen; du wirst uns für jeden Deutschen einstehen, den du uns genommen hast. Aber wir wollen getreu dem Programm des Führers hier im Osten den Frieden und die stolze sichere Zukunft der deutschen Führung und der Arbeit unter deutscher Führung aufbauen. Wir sind nicht mit Rachegefühlen in dieses Land gekommen, sondern weil die Deutsche Wehrmacht unter heroischen Opfern dieses Land dem Deutschtum und dem deutschen Einfluß zurückerobert hat. Nicht die Polen sind hier heimisch, die Deutschen sind es.

(Lebhafter Beifall)

Nicht die Deutschen sind hier als Fremde eingedrungen, sondern die Polen. Diese Häuser, Fabriken, Brücken und Straßen in diesem Land hat nicht der Pole geschaffen; der Deutsche hat sie geschaffen.

(Lebhafter Beifall)

Daher stehen wir hier auf diesem Boden. Das Deutsche Reich und das deutsche Volk danken es Euch, Ihr Deutschen von Tomaschow, Ihr Deutschen dieses Kreises, Euch allein und Euren Opfern, daß dies nun alles verwirklicht werden kann. Ich kann und will Euch keine goldenen Berge von Reichtum versprechen. Denn das Ziel unseres deutschen Volkskampfes von heute ist das Glück unseres Volkes und nicht ein plutokratischer materieller Reichtum. Aber ich verspreche Euch im Namen des Führers des großdeutschen Reiches, daß von jetzt ab bis in alle Zukunft Eure Sorgen unsere Sorgen, Eure Freuden unsere Freuden sein werden. Nichts wird uns mehr trennen.

(Lebhafter Beifall)

In nichts sollt Ihr Euch unterscheiden von den Brüdern des großen Deutschen Reiches Adolf Hitlers. Ihr sollt aufgerufen sein, an den gigantischen Kameradschafts- und Gemein-

schaftsleistungen der NSDAP. teilzunehmen; Ihr seid aufgerufen, an all' dem, was jetzt das deutsche Volk und Deutsche Reich bewegt, Euren wohlgewogenen Anteil zu empfangen, wie an Rechten so an Pflichten.

Und so kann ich nur sagen: ich bin stolz und glücklich, nunmehr Euch hier ins Auge sehen und Euch diese Erklärung des Dankes und der Verpflichtung unsererseits Euch gegenüber abgeben zu können.

Das Problem dieser Stadt und dieses Landes ist nunmehr die Fortsetzung und Steigerung der Arbeit unter deutscher Führung. Die Schwierigkeiten des Krieges, der Transportlage und der Aufgabe, ein völlig chaotisches und zerstörtes Land wieder in Ordnung zu fügen und dafür zu sorgen, daß Land, Stadt und Volk nun leben können, lasten auf uns. Denn nunmehr gibt es nur eine Aufgabe für uns alle, dem Führer und seiner Wehrmacht zu helfen, daß der Endsieg in Kürze über England davongetragen werde.

(Lebhafter Beifall)

Und dieser Endsieg wird auch für Euch die Entscheidung bringen. Es ist klar, daß ein Land wie England, das gewöhnt ist, 350 Jahre eine Weltmacht zu sein, ein Land, das aus dem Reichtum der ganzen Wel[illegible]h schamlos angefressen hat, daß die Vampyre auf ihrer [illegible] nicht so ohne weiteres bereit sind, ihre Herrlichk[illegible]abzutreten. Aber doch spüren wir überall, daß dieses gig[illegible]ische Raubritternest auf seiner englischen Insel zu zittern anfängt und sich längst in einem Zustand des Niedergangs bewegt. Herr Churchill hat ja unlängst vom Führer in seiner Reichstagsrede die Antwort erhalten.

Wir können hier im östlichsten Machtbereich des Großdeutschen Reiches immer wieder nur dem Führer danken und ihm geloben, daß wir ihm bei seinem Werk helfen wollen. Und Ihr Deutschen von Tomaschow sollt in dieser Werkgemeinschaft der Kriegsanstrengungen in erster Linie stehen. Es muß Euer Ehrgeiz sein, jedes Opfer zu bringen; denn um Euch zu befreien,

11.5.1941

sind die deutschen Männer ausgezogen und haben in den Reihen der deutschen Wehrmacht stolz und heroisch ihren Marsch angetreten.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen uns bei allen Schwierigkeiten des Krieges und in den Nöten, die Werke wieder in Gang zu setzen, darüber klar sein, daß alles geschehen wird, was den Segen der Arbeit dieses Gebietes sicherstellen kann. Ich werde mich in Zukunft genau so wie bisher bemühen, die Dinge hier mit der Energie des Nationalsozialismus und der soldatischen Entschlossenheit unserer deutschen Erziehung fortzuentwickeln. Ich werde dafür sorgen, daß Werk um Werk in Gang gesetzt werden kann und den Deutschen hier in Tomaschow der Segen ihrer Arbeit und ihres Fleißes in zunehmendem Maße zukommt. Und so, glaube ich, ist der Dank, den das deutsche Volk und Deutsche Reich Euch abstatten, ein Werkdank.

Der Krieg ist in vollem Anlauf; noch ist der Friede nicht in Sicht, aber er kann über Nacht kommen; denn so etwas wie England hält sich eine kurze Zeit und kann über Nacht zusammenbrechen. Eines aber ist klar: in diesem Krieg werden Adolf Hitler und das Deutsche Volk den Sieg davontragen.

(Lebhafter Beifall)

Wir wissen auch, daß der Führer nach seinem Sieg über England endlich eine vernünftige und gerechte Ordnung aufbauen und daß die Arbeitskräfte der europäischen Völker in einen vernünftigen Ausgleich gebracht werden, daß eine Ordnung, die unter deutscher Führung und unter Führung des verbündeten Italiens steht, dafür sorgen wird, daß die Hungerkatastrophen, die Arbeitskatastrophen, die Ernährungskatastrophen aller Art künftig in Europa nie wieder werden auftreten können, weil England dann keine Möglichkeit mehr haben wird, Europa aus Eigennutz von den Weltmärkten abzudrosseln. Es wird auch keine Möglichkeit mehr haben, die Blockade anzu-

457-458

11.5.1941

wenden. Dieses klägliche Inselunternehmen des Herrn Churchill wird selbst unter Blockade genommen werden, und die Engländer werden selber spüren, was es heißt: Du sollst das alles nicht bekommen, weil es uns nicht paßt. Die Herren Engländer werden selber einmal spüren, wie wohl Hunger tut. Sie sollen auch spüren, daß es noch höhere Kräfte auf der Welt gibt als die gekauften Juden und Börsenkräfte der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Jeder möge in diesem Lande nach polnischer Art leben; wir haben kein Interesse daran. Wir wollen auch nicht grausam quälen oder unterdrücken; das wäre des deutschen Namens unwürdig. Wir wissen von vielen Tausenden von Polen, daß sie sich durchaus in der Arbeit bewähren, ihren Lohn in Empfang nehmen und sich loyal bemühen, in die neue Ordnung hineinzufinden. Ich kann das nur begrüßen und werde diesen Entwicklungsgang fördern.

11.5.1941

Wir haben im Lande noch viele andere Volksstämme, so die Ukrainer, die sich im großen und ganzen außerordentlich loyal zeigen und die deutsche Führung in diesem Raum vom ersten Augenblick bejaht haben. Auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet wird die Regierung des Generalgouvernements den Ukrainern vieles von dem zurückerstatten, was ihnen die Polen genommen haben.

Unsere Hauptsorge in diesem Gebiet aber gilt Euch. Wir wollen Euch Schulen bauen nach deutscher Art. Wir wünschen, daß Ihr Euch hier wohl fühlt und ohne Rücksicht auf die so nahe liegende Grenze doch hier in Tomaschow in die deutsche Werk- und Arbeitsgemeinschaft einfügt. Es wäre traurig, wenn Ihr alle mich verlassen würdet. Ich brauche Euch, seid's so gut und bleibt's da!

(Heiterkeit)

Es ist so, daß gerade hier in Tomaschow einmal die große Entwicklung der Textilförderung und Textilführung gestaltet werden muß. Das Generalgouvernement zählt 100 000 qkm, also ein Sechstel oder Siebentel des Deutschen Reiches. Wir brauchen diese Textilversorgungszentrale wie das tägliche Brot. Es muß daher an ihrer Entwicklung und Förderung mit aller Energie gearbeitet werden.

Das Generalgouvernement ist das Nebenland des Großdeutschen Reiches. Und die große Aufgabe, die uns der Führer gestellt hat, bedeutet die stolze Sendung, als Deutscher hier im Vorfeld deutscher Größe und Stärke arbeiten zu dürfen. Seid Euch dessen nach wie vor klar, Ihr Deutschen hier in Tomaschow! Dieses östlichste Vorfeld des Deutschtums muß wachsen. Das Weichseltal muß von der Quelle bis zur Mündung einmal so deutsch sein, wie es das Rheintal bereits ist.

(Stürmischer Beifall)

Wir haben daher die große Aufgabe, die Energie der deutschen Kraft in diesem Raum zu vervielfachen, mit jedem Blutstropfen uns einzusetzen. Jeder Deutsche hier ist daher unendlich wichtig als Pionier und Träger der Zukunft. Auch unsere deutschen Soldaten, die jetzt in diesem Land sich einfinden und

bei uns bleiben, sollen von Euch den Eindruck haben, daß man hier nicht in einem weitabgelegenen polnischen Ostzipfel wohnt, sondern daß deutsche Menschen im ganzen Land des Generalgouvernements schaffen und wirken und glücklich sind, wenn die deutschen Truppen in ihrer stolzen, herben, militärischen Gradheit und Echtheit in unserem Land marschieren und exerzieren. Ihr könnt darüberhinaus das Vertrauen haben: der Führer denkt an Euch, er sieht Eure Stadt, Eure Arbeit, er billigt Euer Opfer und Werk, er wird Euch mit den anderen Deutschen zusammen in das große ewige Deutsche Reich führen. Eine große Zeit hat angesetzt. Die Glocken einer gewaltigen geschichtlichen Befreiung durchtönen den ewigen Raum. Der ewige Herrgott hat das deutsche Volk gesegnet! Er will haben, daß wir wachsen, daß wir uns unserem Charakter entsprechend betätigen. Er erwartet, daß wir Deutsche uns nunmehr endlich erheben, diesen müden Kontinent zu weihen. Durch Jahrhunderte hindurch zerrissen von Kriegen, Aufständen und Sklaverei soll er nunmehr frei werden. Ihr Knaben und Mädchen, wie glücklich seid Ihr, daß Ihr in diese Zeit hineinwachst! Ihr Männer und Frauen, seid stolz, Deutsche des Generalgouvernements, Deutsche des östlichsten Vorfeldes Adolf Hitlers sein und bleiben zu dürfen!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Gouverneur Dr. Lasch:

Herr Generalgouverneur! Ich glaube, Ihnen im Namen der in dieser Halle versammelten 5 000 und darüberhinaus aller Deutschen des Distrikts Radom die Versicherung abgeben zu können, daß Ihre Worte in deutsche Herzen gefallen sind. Die deutschen Menschen des Ostens sind zwar schwerblütig, sie können ihre Freude nicht in Äußerlichkeiten kund tun, aber sie haben ein deutsches Herz, das seine Bewährungsprobe bestanden hat. Herr Generalgouverneur, wir geloben Ihnen heute als Deutsche, Ihren Befehlen treu zu gehorchen, Ihnen

zu dienen und Ihre Parolen entgegenzunehmen. Wir wissen ja, daß wir in Ihnen dem Führer dienen. Indem wir Ihnen unseren herzlichen Dank sagen, wollen wir zum Abschluß dieser Kundgebung unseres geliebten Führers gedenken: unserem geliebten Führer, Feldherrn und Staatsmann Adolf Hitler ein dreifaches Sieg Heil,- Sieg Heil,- Sieg Heil!

..00 Fahrt auf einer Werksbahn zum Verwaltungsgebäude der Manufaktur.

Hier besichtigt der Herr Generalgouverneur eine Ausstellung der Tomaschower Industrieerzeugnisse mit einer Sonderausstellung von Papiergarderobenprodukten.

..00 Eintopf im Verwaltungsgebäude.

Stadtkommissar Dr. Lukas begrüßt den Herrn Generalgouverneur mit folgender Ansprache:

Reichsleiter! Meine sehr verehrten Gäste!

Ich habe die hohe Ehre und ebenso große Freude, Sie gleichzeitig im Namen des Kreishauptmanns Dr. Glehn seitens der Stadt Tomaschow und der in ihr lebenden Deutschen nochmals aufs herzlichste begrüßen zu dürfen. Der Jubel der Menge auf den Straßen, die begeisterte Zustimmung zu Ihren Worten drüben in der Halle der Arbeit, die Begrüßung heute morgen im Rathaussaal sind für Sie, so möchte ich hoffen, der sinnfälligste Ausdruck dafür, daß unsere Einladung keine Phrase, keine formale Angelegenheit, sondern ein Ausdruck dankerfüllter Herzen war, die Ihnen von den hiesigen Deutschen in Verehrung und Liebe entgegenschlagen.

Herr Generalgouverneur! Sie haben uns soeben drüben in der Werkshalle eine Vorschau und eine Rückschau in weiträumigster Konzeption gegeben. Die Rückschau hat allen den Männern, die die Ehre haben, unter Ihrem Befehl zu arbeiten, ein Leistungszeugnis ausgestellt, auf das wir alle stolz

sein dürfen. In dieser Rückschau sind auch alle die Dinge gestreift worden, die seit Errichtung des Generalgouvernements bis heute von Bedeutung gewesen sind. Und rückschauend erinnern wir uns daran, daß gerade die Deutschen von Tomaschow schon einmal in der Zeit des Weltkrieges deutsche Soldaten und deutsche Verwaltung gesehen haben. Die deutsch-russische Front lief damals nur einige wenige Kilometer von der Ostgrenze der Stadt Tomaschow entfernt. Darum sind auch die Deutschen gerade hier in der Lage, Vergleiche anzustellen. Sie erlebten schon einmal den beispiellosen Einsatz deutscher Soldaten. Sie haben einst wie heute gesehen und erkannt, daß der Begriff "deutsche Verwaltung" identisch ist mit Sauberkeit, Ordnung, Fleiß und Recht. Heute stehen sie aber mit Bewunderung vor der neuen Tatsache, daß das gewaltige Werk der Neu- und Umorganisation dieses so völlig verkommenen polnischen Raumes dank Ihrer Tatkraft, Reichsleiter, in der fast unvorstellbar kurzen Zeit von 1 1/2 Jahren möglich gewesen ist. Die Vorschau, die Sie gegeben haben, gibt aber darüberhinaus den deutschen Menschen in diesem Raum die Gewißheit, daß sie nicht wieder wie im Jahre 1918 trotz aller Siege der deutschen Waffen und trotz mühevoller Aufbauarbeit deutscher Verwaltungsmänner nach dem Kriege sich selber überlassen bleiben oder einem Fremdvolk als Herrn und Sieger überantwortet werden könnten. Jetzt wissen wir aus authentischem Munde, wir wissen es von dem Mann, der hier als Vertreter des Führers wirkt, daß Deutschland seine Söhne und Töchter nie mehr im Stich lassen, sondern daß dieses Land als Nebenland des Großdeutschen Reiches gleichzeitig ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil der Nation bleiben wird. Die deutschen Menschen hier fühlen sich behütet und geborgen unter der starken Hand des Führers und seines Vertreters im Generalgouvernement.

Am 13. Mai, in zwei Tagen, jährt sich nun zum dritten Mal der Tag, der als Blutsonntag von Tomaschow in die Geschichte eingegangen ist, jener Tag, der von den deutschen Menschen

11.5.1941

dieser Stadt wohl das schwerste Opfer ihrer ideellen Bewährung und Haltung verlangte. Wir haben sein Gedenken gemeinsam mit Ihnen, Reichsleiter, drüben in der Werkshalle begangen. Ihr Besuch adelt und ehrt heute das Opfer jeder einzelnen Familie. Der Dank dafür hat ja auch seinen augenfälligen Ausdruck darin gefunden, daß jeder Einzelne mit wahrer Liebe und Hingabe seine Vorbereitungen für den heutigen Tag getroffen hat, daß jeder Einzelne tätig und bemüht gewesen ist, sein Bestes zu geben. Wenn trotzdem da oder dort das eine oder andere nicht so geworden ist, wie es hätte werden sollen und können, dann bitte ich Sie, Reichsleiter, recht herzlich, uns das nicht allzu sehr zu verübeln. Wir hatten einen harten Kampf mit der Materie und den verschiedenen Tücken des Objekts zu bestehen, sei es nun, daß der gestrige Sturm unsere schönen großen Spruchbänder, die wir mit Mühe und Not angebracht hatten, hohnlächelnd immer wieder auf die Straße fegte, sei es, daß es trotz der Versprechungen hoher Stellen in letzter Minute unmöglich wurde, uns lange Fahnen zu schicken. Unser heutige Eintopf ist zwar sehr einfach, aber er genügt doch, daß jeder satt werden kann. Und was wollte man mehr? Wo allerdings grüne Wände von Fichtenzweigen sich dem Blick darbieten, dahinter dürfen Sie etwas vermuten, was im umgekehrten Verhältnis zu seiner empfehlenden Außenseite steht.

(Heiterkeit)

Nun sollen Sie heute nachmittag noch unsere deutsche Jugend sehen. Tomaschow ohne deutsche Jugend wäre ungefähr dasselbe wie Berlin ohne Brandenburger Tor oder wie Wien ohne Stephansturm oder, wenn Sie mir ausnahmsweise ein tertium comparationis mehr lokaler Prägung verstatten wollen, wie Tomaschow ohne seine Kunstseidenfabrik. Eine solche Stunde zwingt mich zur Wahrheit, die wir Ihnen, Reichsleiter, nicht vorenthalten wollen. Wir haben nämlich diesmal einen Hintergedanken. Wenn es im allgemeinen auch nicht als anständig gilt, einen Hintergedanken zu haben, so trägt doch dieser seine Rechtfertigung in sich selbst. Der Hintergedanke nämlich: möge alles, was Sie gesehen und gehört haben, Herr so gut

gefallen, daß wir Sie und unsere verehrten Gäste recht bald wieder in unserer Mitte begrüßen dürfen.

Nachdem Fabrikant, Altbürgermeister Müller im Namen der Deutschen von Tomaschow dem Herrn Generalgouverneur den Dank für die ihnen gewidmete Fürsorge ausgesprochen hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Stadtkommissar, Herr Altbürgermeister! Sie haben mich im Namen der Stadt Tomaschow und der hier versammelten Volksgenossinnen und Volksgenossen begrüßt. Ich danke Ihnen dafür zugleich im Namen der Herren meiner Begleitung. Wir wünschen der Stadt Tomaschow ein glückliches Gedeihen. Der Besuch, den wir heute den Tomaschowern gemacht haben, soll ein Beweis für das große Interesse sein, das wir dem Schicksal dieser Stadt entgegenbringen.

Ich muß gestehen, daß es einer vielmonatigen Vorbereitung bedurfte, um alles das zu ermöglichen, was sich nunmehr auch in Tomaschow allmählich wieder an neuen Zukunftshoffnungen in die Arbeitskanäle ergießt, was sich rührt, was alles mit neuen Energien erfüllt und was auch den Lebensrhytmus dieser Stadt wieder in Schwung bringt; es ist das Kennzeichen dieser deutschen Industriestadt Tomaschow, daß sich hier eine Anzahl hervorragender Pioniergeschlechter bester deutscher Abkunft nunmehr seit Jahrhunderten bemüht, aus diesem Ort eine blühende Zentrale der Textilindustrie erstehen zu lassen. Das Deutsche Reich und das deutsche Volk haben angesichts des Blühens und Gedeihens der Stadt Tomaschow und überhaupt der Arbeitsbereiche des Kreises Tomaschow und Petrikau eine große Dankesschuld abzutragen für die Pionierarbeit dieser Familien und der Tausende und Tausenden von deutschen Arbeitern, die geholfen haben, dieses Werk aufzurichten.

Ich glaube daher, daß es so, wie uns die Gesamtaufgabe im Osten vom Führer gestellt ist, in zunehmend selbstsicher werdender Friedensarbeit auch gelingen wird, eine

11.5.1941

Blüte, ein Glück und eine [illegible] -gemeinschaft in Tomaschow aufzurichten, [illegible] Beseelung und großen Wirkung und in diesem [illegible] Rahmen noch niemals vorhanden war. Die Au[illegible] nicht, das wiederherzustellen, was war, son[illegible] überhaupt erst einmal in der Zukunft in Tomaschow das zu schaffen, was sich die ersten deutschen Arbeitspioniere hier vorgenommen und was sie trotz aller Mühen nicht erreicht haben. Die Stadt Tomaschow ist stolz auf ihre Vergangenheit; sie kann aber noch viel sicherer und stolzer auf die Aussichten ihrer Zukunft sein. Hier schauen wir nicht zurück, sondern in die Zukunft. Mit dem Aufstieg des Großdeutschen Reiches wird sich auch Tomaschow entwickeln. Ich gebe Ihnen, Herr Stadtkommissar, und Ihnen, Herr Müller, die feste Zusicherung, daß von Seiten der Regierung des Generalgouvernements und auch des Deutschen Reiches alles getan werden soll, damit der Stadt Tomaschow in diesem westlichen Kreis des Generalgouvernements eine neue Blütezeit kommt und ihr endlicher Aufstieg ermöglicht wird. Ich kenne nunmehr Ihre Wünsche und Nöte. Ich habe mich heute eingehend mit den Belangen dieses Kreises beschäftigt. Ich habe mir ein Bild über die Dinge gemacht und hoffe bestimmt, daß aus diesem meinem Besuch auch bei Ihnen die Gewißheit erstehen wird, daß wir hier nicht nur so einen Weekend-Ausflug zu machen nach Tomaschow gekommen sind, sondern in dem Bewußtsein, daß es sich hier um ein ernstes Arbeitsprogramm handelt. Es ist mein fester Glaube, daß die Zukunft über dieser Stadt Tomaschow leuchtend aufgehen wird. Der Bedarf des großdeutschen Lebensraumes an den Erzeugnissen der Art, wie sie in Tomaschow hergestellt werden, an dieser erstklassigen Qualitätsarbeit wird nach dem Kriege so gigantisch sein, daß ein Aufstieg der Werke mit absoluter Sicherheit erwartet werden kann. Dann wird sich auch zeigen, wie klug und weise und weitschauend jene gehandelt haben, die in diesem wasserreichen, verkehrsmäßig günstig gelegenen Gebiet den deutschen Pionieren die Möglichkeit gegeben haben, eine Textilindustrie

11.5.1941

aufzubauen. Sie können überzeugt sein, Parteigenosse Müller, daß auch wir, die Deutschen, die aus dem Altreich in den Osten gekommen sind, wissen, welche Harte Aufgabe Sie erfüllt haben. Wir danken immer wieder daran, was Ihre Vorfahren geleistet haben. Welch' schöner familiärer Zug geht durch diese Stadt Tomaschow. Sie ist eine Industriestadt, die aber doch den patriarchalischen Charakter edelster deutscher Handwerksleistung in sich birgt. Man fühlt hier wohl: das ist hier keine von sozialistischen und sonstigen Spannungen aller Prägung klassenkämpferischer Art durchzogene Industriemetropole, sondern ein von dem Gemeinschaftsgefühl großer kameradschaftlicher Arbeitsverbundenheit durchzogener Platz. Echte Deutsche schaffen und leisten hier; dieses stolze Gefühl darf ich in mich aufnehmen. Etwas schöneres als diese Arbeitsverbundenheit unseres Volkes können wir uns nicht wünschen.

Möge es diesem Kreis und den deutschen Menschen im Rahmen des Großdeutschen Reiches Adolf Hitlers immer möglich sein, sieghaften Anteil an dem Aufstieg zu nehmen. Mögen die kommenden Geschlechter dieser Stadt auch dankbar anknüpfen an das, was Ihr übernommen habt, was Euch Eure Eltern hinterlassen haben. Das ist mein Wunsch und meine Bitte an das Schicksal für Euch alle, Volksgenossinnen und Volksgenossen.

16[45] Weihestunde der Hitler-Jugend vor dem Rathaus.

Distriktsstandortführer Gouverneur Dr. Lasch eröffnet die Feierstunde mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Ich melde Ihnen 1 100 deutsche Jungen und Mädchen angetreten. - Deutsche Jugend, wir grüßen den Herrn Generalgouverneur mit einem dreifachen Sieg Heil!

Nach dem Chor der Hitler-Jugend "Nur der Freiheit gehört unser Leben" und dem Lied:"Vorwärts, vorwärts" ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

11.5.1941

Deutsche Jungen und Mädchen! Wir haben heute den Festtag der Hitler-Jugend hier in Tomaschow begangen. Ihr habt zu dem Gelingen dieses Festes in hervorragendem Maße beigetragen. Ihr könnt uns den stolzen Glauben an die Zukunft dadurch geben, daß Ihr alle, deutsche Mädchen und deutsche Jungen, Euch vollkommen Adolf Hitler verschreibt und jeder Einzelne von Euch den Glauben an unser großes gewaltiges Deutschland in seiner jungen Brust birgt. Daß Ihr mit Adolf Hitler in die Zukunft marschiert, das ist der Segen des Opfers jener 60 000 Deutschen, die der polnische Blutterror gemordet hat. Meine jungen Kameradinnen und Kameraden, Eure Eltern schauen leuchtenden Auges auf Euch. Ihr seid unsere Hoffnung. Möge es Euch einmal in Eurem Lebenskampf leichter werden als Euren Eltern und Voreltern. Noch entschlossener als jene Generationen vor Euch müßt Ihr innerhalb des großen Dritten Reiches das verteidigen, was Euch überkommen ist. Ihr müßt als anständige deutsche Menschen ins Leben gehen, Ihr müßt Eure Pflicht erfüllen und darin allein das große Glück des Lebens erkennen.

Daß Ihr Euch von Tomaschow und Petrikau hier zusammengefunden habt, daß Ihr diesen Gruß für den Führer zum Himmel aufsteigen laßt, das möge der ewige Herrgott hören. Ihr seid ja die reinste Blüte am Baume unseres Volkes. Euch lieben wir, Ihr seid unser Stolz, unsere Hoffnung. Künftig werden einmal diese Fahnen den müden Händen der Vorkämpfer unseres Dritten Reiches entsinken; dann müßt Ihr für sie eintreten. Wie immer wird auch jetzt wieder die Fahne unseres Reiches jeweils von einer soldatischen Generation fester und mutiger gehalten. Ihr habt das große Glück, in einer großen Zeit unseres deutschen Volkes zu leben. Was habt Ihr nicht an Vorbildern? Was leistet nicht heute jede deutsche Frau und jeder deutsche Mann, was leisten nicht unsere Soldaten, was leistet nicht jeder Volksgenosse, der an verantwortlicher Stelle steht! Schaut Eure Eltern an, schaut in die Welt, schaut überall hin: überall regt sich Deutschland, überall regt sich ein neues Reich, überall zeigt sich in der

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die große Lebens- und Arbeitsgemeinschaft unseres Volkes.

Ich danke Euch, daß Ihr Euch so mutig zusammengefunden habt und daß Ihr den Kampf bestehen wollt. Ich sehe aus Euren jungen Augen das Bekenntnis zum Deutschland Adolf Hitlers leuchten. Ich erkenne aus Eurer Bereitschaft, daß dieses Deutschland auch siegen wird. Herrgott, nimm Du das deutsche Volk weiter in Deinen Schutz! Du hast uns Adolf Hitler geschickt, Deinen Sendboten, Du wirst nicht wollen, daß das deutsche Volk untergeht. Du hast uns emporgeführt aus der Schreckensnacht in ein neues Leben.

Ich danke Euch, Ihr Jungen und Mädchen. Bleibt so, seid fleißig, brav, pflichtbewußt! Denkt immer an den Führer und fragt Euch, ob er mit Euch zufrieden wäre. Ich sage Euch, er würde mit Euch zufrieden sein, wenn er Euch sähe; er würde sich freuen über die frische Kraft und über Eure Entschlossenheit. Ich werde ihm auch erzählen, wie brav und schön Ihr das gemacht habt. Ich danke Euch.

Abfahrt zum Bahnhof Tomaschow.

Abfahrt nach Spala.

Abendessen, gegeben vom Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, General der Kavallerie Freih. von Gienanth.

General der Kavallerie Freiherr von Gienanth widmet dem Herrn Generalgouverneur herzliche Worte der Begrüßung und gibt seiner besonderen Freude über die vorbildliche Kameradschaftlichkeit Ausdruck, die sich täglich in der Zusammenarbeit zwischen allen Behörden des Generalgouvernements und den Dienststellen der Wehrmacht zeige.

Der Herr Generalgouverneur dankt General von Gienanth und den Offizieren seines Stabes für das Verständnis, das sie den Aufgaben der Verwaltung stets entgegengebracht hätten.

Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf dem Bahnhof Tomaschow.

IV/3

Montag, den 12. Mai 1941

[illegible]^{25} Abfahrt des Sonderzuges von Tomaschow nach Warschau.

[illegible]^{10} Ankunft auf dem Hauptbahnhof in Warschau.

[illegible]^{30} Baubesprechung mit Geheimrat Rattinger, Oberbaurat Hofer und Architekt Müller. - Anschließend Besichtigung der Umbauten des Schlosses Belvedere.

[illegible]^{45} Abfahrt des Sonderzuges von Warschau-Hauptbahnhof.

Auf der Station Osspoc wird der Zug angehalten und wieder nach Warschau zurückgeleitet.

IV/3

Dienstag, den 13. Mai 1941

8[00] Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit dem Flugzeug nach dem Obersalzberg.

Besprechung des Führers mit den Reichs- und Gauleitern der NSDAP.

IV/3

471

Mittwoch, den 14. Mai 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Schoberhof/ Schliersee.

Donnerstag, den 15. Mai 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Schoberhof/ Schliersee.

Fahrt nach München.

XV/3

Freitag, den 16. Mai 1941

Vormittag: Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München.

14[23] Fahrt des Herrn Generalgouverneur vom Hauptbahnhof München nach Trzebinia.

474

Sonnabend, den 17. Mai 1941

7^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Bahnhof Trzebinia.
Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

11^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{40} Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger.

12^{00} Besprechung mit Abteilungspräsident Ohlenbusch und Pressechef Gaßner.

12^{20} Besprechung mit Gesandten von Wühlisch.

12^{35} Besprechung mit Burghauptmann Buchner.

12^{55} Besprechung mit Präsident Bauder.

13^{15} Besprechung mit Präsident Gerteis.

15^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krynica.

475

.../3

Sonntag, den 18. Mai 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Bad Krynica.
Abends: Rückkehr nach Kressendorf.

IV/3

Montag, den 19. Mai 1941

10^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur spricht bei einem Dienstappell zu den politischen Leitern des Arbeitsbereichs im Hause der NSDAP. zu Krakau. (s. Anlage)

15^{55} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

In der Besprechung werden währungspolitische Fragen erörtert.

16^{05} Besprechung mit Kreishauptmann Dr. Ehaus.

Gegenstand der Besprechung bildet die Frage, ob die Bezeichnung "Reichshof" für die Stadt Rzeszow beibehalten werden solle. Gegenüber den von Seiten des Herrn Generalgouverneurs geltend gemachten Bedenken gegen die Beibehaltung dieses Ortsnamens weist Kreishauptmann Dr. Ehaus darauf hin, daß sich diese Ortsbezeichnung bereits eingeführt habe und auf ihre Beibehaltung besonders auch von der Wehrmacht angesichts der Möglichkeit der Verwechslung des Ortsnamens "Rzeszow" mit ähnlich klingenden Ortsbezeichnungen Wert gelegt werde. Auch die Deutsche Post Osten habe die Bezeichnung bereits in ihren amtlichen Stempeln.

Der Herr Generalgouverneur weist Kreishauptmann Dr.Ehaus an, sich behufs endgültiger Regelung dieser Frage mit Unterstaatssekretär Kundt und Abteilungspräsident Westerkamp in Verbindung zu setzen.

16^{10} Besprechung mit Abteilungspräsident Dr. Emmerich.

Gegenstand der Besprechung ist die allgemeine Wirtschaftslage des Generalgouvernements.

Rede des Generalgouverneurs Reichsleiters Dr. Frank
am 19.5.1941

Zunächst habe ich einen Auftrag zu erfüllen . Der Führer hat mich mit besonderer Herzlichkeit beauftragt, seine Ostmänner zu grüssen, und hat mir in einer der schicksalsschwersten Stunden unserer Bewegung, ich kann wohl sagen, mit ergreifendster Verbundenheit zum Ausdruck gebracht, wie sehr er gerade in den kommenden Wochen und Monaten unsere Arbeit hier im Generalgouvernement in Treue aus der bisherigen Erwartung heraus vor sich sieht.

Was uns traf in der Bewegung, ist, ganz allgemein gesehen, ein einmaliges Ereignis. Es liegt nahe, an verschiedene Parallelen zu denken. Die ganz alten Parteigenossen, die vor 1923 schon dem grossen Kreis angehört haben, werden sich erinnern, dass wir schon 1921 und 1922 Schwierigkeiten hatten, dass damals die ganz alten Mitbegründer der Bewegung wie Harrer, Drechsler usw. begannen, sich von Adolf Hitler abzuwenden. Andere wissen, dass sich in der Zeit, als nach der Auflösung der Partei 1923 der Führer im Gefängnis sass, eine ganze Reihe von Leuten, die sich auch als hitlertreu bezeichnet hatten, abzuwenden begann. Vor 1933 kamen dann noch der Fall Stennes und sonstige kleinere Affairen. Es kam dann nach 1933 der berühmte 30. Juni 1934, nachdem 1932 im Spätherbst, in einer der kritischsten Situationen des Kampfes der Bewegung, der Herr Strasser sich damals vom Führer losgesagt hatte.

Es lag und liegt nahe, diese Parallelen zu ziehen und zu sagen: wenn nunmehr der Stellvertreter des Führers, der Mann, der vom Führer mit allen Auszeichnungen, Würden und Rängen umgeben war, sich plötzlich auch entfernt, so hat man das in der Geschichte der Partei schon erlebt, und wir werden das selbstverständlich genau so überwinden. Und so habe ich mir auch Zeit gelassen mit der Einberufung dieser

Versammlung, weil ich erst einmal eine Woche ins Land ziehen lassen wollte. Um es gleich zu sagen : Die Affaire haben wir psychologisch schon nahezu überwunden; wir werden sie in den Auswirkungen ebenso sicher überwinden.

Aber diese Parallelen mit früher stimmen nicht ganz. Abgesehen davon, dass, solange eine Bewegung um die Macht kämpft, zunächst einmal eine interne Abspaltung eine Sache bleibt, von der das grosse Volks-und Reichsschicksal nicht berührt werden kann. Ob Stennes treu bleibt oder nicht, war keine Frage des Deutschen Reiches; ob Drechsler beim Führer bleibt, war mehr für die Parteigeschichte von Wichtigkeit. Der Fall Strasser bedeutete zwar einige Tage hindurch einen Triumpf für die Gegner des Führers, war dann aber überwunden. Schlimmer war es schon bei Röhm. Röhm war nach der Machtübernahme Reichsminister. Es gehörte der ganze Nimbus eines Grösseren dazu, seinen Namen zu beseitigen; aber auch das wurde überwunden.

Bei dem Stellvertreter des Führers, bei dem Komplex Hess muss man sich schon sehr festhalten; man muss schon sehr tief verwurzelt sein, um so etwas überstehen zu können. Man muss sich festhalten und fragen : Lebe ich noch, oder was ist los ? Träume ich ? muss ich mich zwicken, dass ich aufwache ? Ist das überhaupt möglich ? Das ist eine Sturzflut, die über uns gekommen ist. Und vom Führer muss ich ganz besonders sprechen ; denn für ihn war es ein ganz besonderes Erlebnis.

Was ist nun der Unterschied zwischen dem Fall Hess und den anderen ? Der erste Unterschied ist der : beim Stellvertreter des Führers handelt es sich um den dritten Mann im Deutschen Reich, nicht in der Bewegung- in der Bewegung war er formell der Zweite - aber im Deutschen Reich war er der Dritte,

insofern der Führer ihn als Nachfolger seines Nachfolgers Hermann Göring in jener Reichstagssitzung im September 1939 amtlich deklariert hatte. Des Weiteren war der Stellvertreter des Führers, gerade weil der Führer ja so ungewöhnlich weltmonumental mit dem totalen Geschehen des Reiches, der Wehrhoheit, des Krieges und der allgemeinen Politik verbunden war, - war Hess in den letzten Jahren doch eigentlich der Repräsentant unserer Bewegung geworden: er war die Personfikation der Partei, er trug das Braunhemd, er war die Schlichtheit, die parteigenössische Idealität: er war es, der im Namen des Führers die Bewegung führte. Er war nicht nur ein Stabschef oder ein Minister, Reichsleiter oder Gauleiter, er war in seiner Person die Totalität der Partei geworden. Drittens : Er war ein Mann von weltweiter Bekanntheit. Eine Fülle von Ereignissen war mit seinem Namen verbunden. Denken Sie einmal daran: Die Parteitage hat er eröffnet und geschlossen, er hat die Geburtstagsreden und Jahresschlussreden gehalten, er hat Diplome verteilt, Gauleiter eingesetzt, er hat sich in seiner Funktion als Stellvertreter des Führers den sog. Stab Hess aufgebaut, der eine weit, weit reichende Wirksamkeit ausstrahlte.

Es tut gut, wenn wir uns das alles überlegen. Nur wenn wir die ganze Grösse des Ereignisses so sehen, wie sie zu werten ist, und nicht so, wie wir sie sehen wollen, dann werden wir ermessen, was nun den Mann bewegt, der in Hess seinen Stellvertreter und zweiten Nachfolger bestimmte.

Als ich am Dienstag, früh 1 Uhr 30 mit meinem Sonderzug unterwegs war und von Warschau gegen den Osten fuhr, da war bei mir von Schlaf keine Rede; denn im Rundfunk war schon drei Mal die Nachricht gegeben worden. Und so wird es uns allen gegangen sein. Diese Nachricht hat uns getroffen, wie eben ein Schlag aus heiterem Himmel sozusagen einen plötzlich nieder -

schmettert. Als ich dann im Flugzeug zum Obersalzberg gefahren war, hatte ich Gelegenheit, gleich zum Führer zu kommen. Als mir der Führer die Briefe zeigte, die Rudolf Hess hinterlassen hatte und mich frug, was ich davon hielt, war mir zunächst einmal Hess völlig gleichgültig. Denn es ist gleichgültig, wenn ein Mann einem verlässt. Im Augenblick interessiert uns nur Adolf Hitler. Ich habe auch gespürt, wie gleichgültig das Leben aller anderen im Reich und unser Schicksal ist. Denn entscheidend ist, ob der Führer Kraft behält, ob er mutig bleibt, ob er durchhält. Ob wir so oder so sind, das ist schliesslich keine weltbewegende Affaire. Aber ob ein Adolf Hitler unter einem solchen Fall zusammenbricht, das ist entscheidend. Und daher war ich zunächst sehr ergriffen.

Ich habe nun viele Schmerzensstunden mit dem Führer erlebt. Ich als sein Rechtsbeistand weiss viel mehr als viele andere von seinen persönlichsten Dingen. Er ist mir unendlich erschlossen in dem, was er selbst seinen nächsten politischen Mitarbeitern nicht mitteilt. Diese still fortwirkende Funktion, die ich als sein persönlicher Rechtsberater in seinen persönlichsten Dingen ausübe, gibt mir eine ganz besondere Bezogenheit zu diesem Mann. Aber ich glaube, ich werde nichts mehr erleben, was der Erschütterung gleicht, die ich verspürte, als der Führer mir am Dienstag gegenübertrat.

Es ist nun einmal so, dass dieser Schlag ein einmaliger ist. Der Führer war so vollkommen erschüttert, wie ich das eigentlich noch nicht erlebt habe.

Ich kann mich an ein Ereignis in unserer Bewegung erinnern. Das war ein rein persönlicher Fall: Der Tod seiner Nichte. Als die damals starb- es war etwa nach der Wiedererrichtung der Bewegung im Jahre 1929- war der Führer auch furchtbar erschüttert.

Ich kann mich noch entsinnen, wie ich von meiner Wohnung in München aus bei dem Verleger Müller in Tegernsee, bei dem der Führer damals wohnte, mit ihm telefonierte und der Führer immer wieder sagte: Nein, nein, ich habe keine Lust, ich gebe alles auf, ich will jetzt gar nichts mehr wissen: ich muss diesen Schmerz überwinden, - und ich ihm immer wieder zugeredet habe, auch hinausfuhr, und wie dann plötzlich die Umkehr kam. Diese Katastrophe hat vier Tage gedauert, von Sonntag bis Donnerstag. Und am Donnerstag Abend hat mir der Führer telefonisch zugesagt, er fahre doch nach Hamburg, diesem Zentrum der Kommunisten, wo eine grosse Kundgebung stattfinden sollte. Denn von dem Gelingen dieser Kundgebung hing unendlich viel ab.

Und so ist es natürlich diesmal auch gewesen. Der Führer hatte die Nachricht am Sonntag früh erhalten. Um 10 Uhr klopft ein dringender Bote an der Tür des Führerhauses auf dem Obersalzberg und sagt dem Führer, er habe ein dringendes Schreiben des Stellvertreters des Führers zu übergeben. Der Führer, der bekanntlich die ganze Nacht durcharbeitet- er arbeitet alles persönlich aus -ist jetzt mitten in den ungewöhnlich schwierigen strategischen Vorbereitungen der kommenden Sommerereignisse, er hat keine Minute für sich.

Er hat also kaum Ruhe gehabt, war erst um 1/2 7 Uhr ins Bett gekommen und wurde nun herausgetrommelt: er sollte den Brief erhalten, den Hess ihm hinterlassen hatte. Der Führer hat herausgerufen:" Lassen Sie mich in Ruhe. Legen Sie es zu dem anderen. " - " Ja, das ist ein ganz besonderer Brief". -"Was ist es denn ? Eine Denkschrift ? " - Ja. " - Legen Sie sie zu den Denkschriften " - " Ja, aber es ist unerlässlich notwendig, dass Sie diesen Brief sofort lesen ". -"Können Sie mir irgendeine Andeutung, ein Stichwort geben ? " -"Nein, das kann ich

nicht. Sie müssen aber den Brief sofort lesen ".
Der Führer macht die Türe auf und liest diesen 14 Seiten langen Brief, der auf der dritten Seite den Passus enthält:" Wenn Sie diesen Brief erhalten, bin ich in England ."

Das müssen Sie sich nun vorstellen : Hitler allein in einer ganzen Welt gegenüber. Um seinen Namen gruppiert sich die letzte Hoffnung aller anständigen Menschen der Welt. Er erhält von seinem Stellvertreter, von dem Manne, der in seinem Namen die Bewegung, die er geschaffen hat, führt, einen solchen Brief. Es ist klar, dass man nun nichts weiter zu sagen braucht. Denn dass daraufhin der Führer den ganzen Tag für niemanden zu sprechen war und der Führer niemanden sprechen konnte und wollte, das ist menschlich begreiflich. Er hat - und das ist auch wieder echt Adolf Hitler - in diesem Augenblick nun nicht seine Generäle oder seine Minister oder seine Staatssekretäre oder irgend jemanden gerufen, der Rang oder Namen, Titel oder Sterne trägt, sondern seine alten Reichs-und Gauleiter, die Männer, in denen er eben doch die Weiterwirkung seines unmittelbaren persönlichen Lebens erblickt. Ich kann ja auch sagen, dass es der Führer wortwörtlich zum Ausdruck brachte, dass er das Bedürfnis hatte, mit uns zusammen zu sein, mit seinen ältesten Parteigenossen, mit den Leuten, mit denen er alles Schöne und Grosse geleistet hat. Dass das von uns nicht aufgenommen wurde als eine Besonderheit, ausschliesslich eingeweiht zu werden, sondern dass wir eben nur als die Repräsentanten in seinen Bereichen galten, das haben wir auch zum Ausdruck gebracht.

Der Führer legte in 2 1/2 stündigen Ausführungen die gesamte Entwicklung des Falles Hess dar. Ich will Ihnen im Wesentlichen nur Folgendes daraus mitteilen,

wobei das, was ich sage, selbstverständlich strengstes Geheimnis ist. Der Führer hat uns ermächtigt, unseren engsten Mitarbeitern das eine oder andere mitzuteilen. Und ich nehme an, dass die folgenden Gesichtspunkte die entscheidenden sind.

Der erste Gesichtspunkt ist : Der Schaden, den Hess dem deutschen Volk zufügte, ist an sich unermesslich. Der Führer sagte: " Es gibt keinen Ausdruck für den Schaden und für die Auswirkungsmöglichkeiten, die durch dieses Verhalten gegeben sind. Den Schaden erblickt der Führer hauptsächlich darin, dass die Feindpropaganda, die feindliche Welt- und die feindliche Welt sind die Juden, die Lumpen in allen Gegenden, die Schwarzen, unsere alten Parteifeinde im Weltformat - diese Feindclique durch das Erscheinen von Hess im Lager des Feindes einen gewissen Auftrieb erhalten hat. Es ist klar, dass es sich je nach der Geschicklichkeit der dortigen Propaganda so oder so auswirkt. Aber bedenken Sie, welcher Schaden im ganzen kämpfenden deutschen Volk an sich schon psychologisch dadurch entstand, dass der Stellvertreter des Führers mit dem ganzen Nimbus dieses Titels im Lande des Gegners erscheint, der gleiche Mann, der am 1.Mai noch in Augsburg die Verteilung der Goldenen Fahnen vornahm und die Pioniere der Arbeit auszeichnete, der am 20. April deshalb nicht im Hauptquartier des Führers erschienen ist, weil er- wie sich inzwischen herausgestellt hat- am gleichen Tag einen Flugversich unternehmen wollte. Der gleiche Mann, der in der Reichstagsitzung noch neben dem Führer sass, allerdings keinerlei Zeichen von Beifall zu erkennen gegeben hat, wie jetzt von allen Teilnehmern bestätigt wird, - dieser Mann erscheint nun einige Tage darauf im Lager unseres Todfeindes. Das ist an sich - ganz gleichgültig, was er da nun beabsichtigte, ob er als Idealist hinüberflog, ob er Frieden machen wollte,

ob er angeblich die besten Absichten verwirklichen wollte, spielt keine Rolle : er ist im Lager des Feindes - ein Schaden, weil in dem Namen und in der Persönlichkeit von Hess die totalen stellvertretenden Energien des Führers repräsentiert werden. Sie brauchen sich nur vorzustellen, es würde eines Tages bei uns ein Churchill landen .... "

Es hat keinen Sinn, dass wir im Schmerz wühlen. Wir müssen halt auch mal einen Schlag hinnehmen. Ich spreche hier zu Parteigenossen, zu den Mitkämpfern , den Blutträgern des Führers; deshalb müssen wir schon einmal die Dinge so sehen. Wenn er diesen Mann irgendwo erwischt, ganz gleich, wo, erschlägt er ihn.

Was nun möglich ist, aus dem Fall Hess herauszuholen, muss man dem Feind überlassen. Das ist es, was der Führer mit so furchtbarer Erschütterung hingenommen hat. Da sitzt ein Mann, der Mitwisser von grossen Geheimnissen ist. Ich habe den Führer gefragt: " Was weiss Hess?" . Da sagte der Führer: " Er weiss im Allgemeinen schon etwas Bescheid, aber Gott sei Dank habe ich ihn in Einzelheiten nicht eingeweiht." Der Schaden der darin liegt, dass Hess drüben erschienen ist, dass man in der Welt sagt : Die Partei zerfällt, das Reich zerfällt, die Ratten verlassen das sinkende Schiff - ist nicht so schwerwiegend wie der Umstand, dass der Nimbus der totalen Glaubensgeschlossenheit unserer Bewegung von dem Manne zerstört wurde, dem der Führer sein oberstes Vertrauen geschenkt hatte. " Mit welchem Recht ", hat der Führer gefragt " lassen wir jeden Bibelforscher erschiessen ? Er ist auch ein Idealist. Mit welchem Recht führt man die Kommunisten ab ? Die sagen, sie seien auch Idealisten ". Das ist der gleiche Standpunkt, mit dem während des grossen Weltkrieges die Pazifisten den Kriegsdienst verweigerten. Aber es ist Krieg, und im Krieg gilt das Gesetz : Wer ohne Befehl des obersten Befehlshabers zum Feind hinübergeht, ist ein Deserteur

und als solcher der Strafe würdig. Mit welchem Recht verlangt der Führer vom kleinen Mann, so fragte er, dass er sein ganzes Glück, seine Familie aufgibt und mit der Waffe in der Hand hinausgeht ?

Daher ist es klar, dass der Weg, den Hess ging, ein Weg in die Vernichtung seines Ichs ist. Der Führer sagte, er sei für ihn so gut wie tot. Er wird aus allen Listen der Bewegung gestrichen; seine Bilder werden mit Schande und Schmach überall fortgenommen. Alles, was nach ihm benannt ist, wird den Namen verlieren, und damit ist das Wirken dieses Mannes für uns vorüber.

+ Nun konnte - und das war am Dienstag zunächst noch angenommen worden, der Führer war damals nicht mehr im Bilde, als dass er wusste, Hess sei gestartet - solch' ein Blitzstrahl dieses Flugzeug treffen. Wenn das Flugzeug mit seinen Insassen zerschellt wäre, hätte man alles noch retten können. Man hätte dann sagen können : Er ist tot. Man hätte die Sache irgendwie vor der Welt bemänteln können. Aber das Verhängnis ist eingetreten. Er ist in Schottland in der Meinung gelandet, er würde zu seinem speziellen Freundeskreis kommen. Da sagte der Führer : Welch ein Wahnsinn. Stellen Sie sich vor, es würde so ein Bursche von England losfliegen in der Meinung, er könnte in München Faulhaber erreichen. Wenn der Idiot glaubt, dass er zu Faulhaber kommt........ Er kann landen, wo er will : er kommt zum Führer und zu sonst niemand.

Der Schaden, den Hess dem deutschen Volk zugefügt hat, ist über alles Ermessen gross. Es hat keinen Sinn, sich darüber zu unterhalten. Vor allem - und das sagt der Führer auch - ist es ihm völlig gleichgültig, ob er ein echter Landesverräter ist oder nicht, ob er in der Aktentasche geheime Pläne oder Friedensvorschläge hatte. Das ist ja nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, dass der Mann seit Monaten den Flug ununterbrochen versucht, seit Monaten ins-

geheim alles getan hat, immer wieder aufgestiegen ist, aber immer wieder landen musste, weil die Wetterlage zu schlecht war, der Benzintank nicht ausreichte, weil gewisse Apparate flugtechnischer Art in das Flugzeug noch einzubauen waren, ohne die er den Flug nicht riskieren konnte. Seit dem Geburtstag des Führers 1940 versuchte Hess ununterbrochen, nach England zu kommen.

Alles, was seit dieser Zeit geschah, ist nichts wie Tarnung. Ich war das letzte Mal bei Hess, als wir die Fahne abgeholt haben. Da ist keinem von uns etwas aufgefallen. Ich halte ihn auch nicht imstande, den Führer zu verraten. Ich glaube nicht, dass er Geheimnisse kund geben will. Das ist gar nicht richtig. Aber ich weiss noch: Als der italienische Kammerpräsident Grandi in Deutschland war, habe ich mit ihm einen Besuch beim Stellvertreter des Führers gemacht. Da war mir auffallend, mit welchem Interesse Hess Grandi, den letzten italienischen Botschafter in London, der auch noch nach Kriegsbeginn in London weilte, weil Italien erst später in den Krieg eintrat, ausfragte und ausquetschte nach den Einzelheiten der englischen Gesellschaft. Es war mir aufgefallen, dass der Stellvertreter des Führers sagte : England ist die grösste Macht, wir müssen uns mit ihr verständigen. Aber irgend eine Beobachtung, dass er eine verbotene Absicht habe, war nicht gemacht worden. Und wissen Sie, was man aus den Briefen festgestellt hat ? Dass er zwei Tage vor dem Besuch Grandis einen neuen Flugversuch unternommen hatte.

Wie alle Psychopathen, so hatte Hess als ein dem Wahnsinn verfallener Mensch die Fähigkeit, seinen Geisteszustand zu tarnen oder gewisse Handlungen in vernünftigem Ablauf vorzunehmen. Er hat dem Prof. Messerschmidt gesagt, dass der Führer ihm das Fliegen verboten habe, und jetzt wolle er sich insgeheim zu einem guten Flieger ausbilden, damit der Führer dann eines Tages das Verbot wieder aufhebe. Stellen Sie sich vor : Messerschmidt stand vor dem Stellvertreter des Führers, der ihm die lauterste Absicht schil-

derte. So hatte er es schon Monate machen können ; fast über ein Jahr flog er diese Flüge.

Es ist selbstverständlich, dass dabei vieles mitspielt, was diese psychopathischen Komplexe vertiefen kann. Jene Tischrücker, Kartenspieler, Traumdeuter, und wie sie alle heissen, haben in einem geradezu unfassbaren Masse Einfluss auf Hess und seinen Kreis gewonnen. Einmal war ein Mann vom Stabe Hess, ein gewisser Heim, bei mir. Dieser Mann hatte die Unterschriften unter den Briefen zu bependeln gehabt. Je nach dem Ausschlag wurde der Brief als positiv oder negativ bezeichnet. Solche Methoden sind Hess in den Kopf gestiegen. Aus all ' diesem Kram entwickelte sich ein steigender Einfluss , von vielen Seiten rein persönlicher Art. Wenn er schon diese wirre Idee hatte, mitten im Krieg zu dem Feind zu gehen, dann ist er selbverständlich aufgeschlossen, wenn ein Mann zu ihm kommt und ihm sagt: Ich habe den Traum gehabt, Sie sind der grösste Mann der Welt, Sie haben die grosse Aufgabe, das Kriegsglück zu retten: die Sterne sind gut. Er war persönlich ein schwerkranker Mann, litt an Gallensteinen, die ihn fast zum Wahnsinn trieben. Ihn haben nicht reguläre Ärzte behandelt, sondern psychopathische Heilkünstler, Strahlentherapeuthiker, Augendiagnostiker. Und daraus ist eben ein fortwährender Druck geworden. Wenn er einen Flugversuch machte und er von ihm zurückkam, wurde er natürlich von diesem Kreis empfangen mit den Worten : " Du traust Dich wohl doch nicht ? " Und so wurde er weiter getrieben, bis das Ereignis eintrat.

Wenn heute der englische Rundfunk behauptet, Hess habe das und das getan und gesagt, so ist Hess machtlos: er kann sich dagegen gar nicht verteidigen. Daher muss man sagen : Was immer ins Volk hineindringt, ist gefährlich zu widerlegen. Es ist ganz klar : Hess ist jetzt zum Verstummen gebracht, es sei denn, dass er am Rundfunk erscheint und selbst Erklärungen abgibt. Er hat auf den Vorwurf, dass er wahnsinnig sei,ein englisches Aerztekollegium bestellt, sich untersuchen und feststellen lassen, dass er geistig normal sei.

Aus meiner Kenntnis des Wortlautes der Briefe ergibt sich sonnenklar, dass Hess ein dem Wahnsinn aufgeschlossener schwerster Psychopath ist. Wenn sich heute der Führer entschliessen würde, die Briefe zu veröffentlichen, dann würde das ganze Volk sagen, dass er ein schwerer Narr ist. Alle seine Reden wie das Vorleben dieses Mannes beweisen: So handelt nur ein Narr, ein- wie man allerdings sagen muss - verbrecherischer Narr, der in seiner Narrheit so weit geht- das ist das für den Führer Verletztende- und es fertig bringt, dem Führer ins Gesicht zu lachen und doch den schrecklichen Verrat bei sich vorzubereiten. Dass er das überhaupt fertig bringt, ist natürlich etwas, was man mit normalem Verstand gar nicht begreifen kann. Dass er dem Führer in die Augen sieht und in diese hineinlügen kann, das kann man nicht verstehen.

Der Führer sagt: "Wenn er wenigstens einen Ton gesagt hätte, wenn er gesagt hätte, es wäre vielleicht doch gut, wenn jetzt irgend ein bedeutender Mann der Welt unter Aufsehen erregenden Umständen nach England flöge und alte Beziehungen ausnutze ......" Alte Beziehungen - er kennt einige Oberhaus-Mitglieder und den Sohn der Oberhofmeisterin der Königin. Und auf diese Beziehung, die auch in dem Brief erwähnt ist, setzt ein Mann wie der Stellvertreter des Führers eine Chance, den Frieden zu bekommen.

Als wir vom Führer alle diese Einzelheiten hörten, da war es uns sonnenklar, dass der Führer von einem Mann wie Hess nicht Abschied nimmt, sondern einfach erklärt: " Ich bin oberster Kriegsherr im schwersten Schicksalskampf des deutschen Volkes, und daher ist es notwendig, dass ich diesen Mann hinabschleudere; da gibt es keinen Abschied.

Die amtliche Formulierung ist Ihnen bekannt, - die Geschichte mit dem wahnsinnig gewordenen Idealisten-, Sätze, wie sie der Führer in der schwersten Arbeit seines Lebens selbst formulierte.

Wir haben aus alledem nur die eine Schlussfolgerung zu ziehen ; Ein Mann über Bord: und selbst wenn es der Kapitän oder dessen Stellvertreter ist, das Schiff muss mit Volldampf weiterfahren. Dieses Schiff ist nun zunächst die Bewegung. Ich kann hier ganz offen reden: In unserem grossdeutschen Reiche gibt es viele Leute, die dieses Ereignis als einen schweren Schlag für die Bewegung mit einer gewissen inneren Genugtuung beobachten. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Ich höre da und dort so etwas munkeln, dass verschiedene graue Herren gesagt haben sollen: Gott sei Dank, jetzt hat die Partei auch etwas. Wir können uns darüber nur eiskalt hinwegbewegen und sagen: Das ist nicht wahr. Denn die Bewegung ist nicht die Bewegung des Herrn Hess, sondern die Adolf Hitlers. Das war sie und das wird sie immer bleiben, und von diesem Namen geht die Bewegung aus und von niemand anderem. Daher ist der Schock, der notwendigerweise eingetreten ist, zu überwinden. Wir wären schlechte Nationalsozialisten, wenn wir nicht einen wahnsinnigen Schlag verspürt hätten.Soll mir keiner kommen und erzählen, dass er bei der Nachricht nicht entsetzt und geschlagen war. Jawohl,das war ein Schlag; aber es ist kein tödlicher Schlag und das ist entscheidend. Besonders wir, die wir hier in dieser schweren Aufgabe stehen, spüren ihn doppelt. Denn wenn man auf so unendlich schwierigem Boden steht wie unser kleines Häuflein innerhalb von 14 Millionen Todfeinden, dann weiss man zu ermessen, was ein solcher Deserteur bedeutet. Es ist daher klar, dass gerade wir zu arbeiten haben um diesen Schlag zu überwinden.

Ich muss hier den Pg. Schalk und Ihnen allen danken, dass Sie so würdig und in so aufrechter Form die Parteiarbeit weiter geführt haben, dass Pg. Schalk sofort die Massnahmen bekannt gegeben hat, die jetzt

getroffen werden zum Ausbau der Deutschen Gemeinschaft, dass Globocnik die Mädchen zusammengerufen und jeder weiter gearbeitet hat, - das ist das einzig Wahre und einzig Gerade.

Der Führer hat sich jetzt entschlossen- und das hat er uns mit aller Härte zum Ausdruck gebracht-, diesen Laden Hess auszuräuchern und auszurotten. Ich weiss nicht, ob 12 oder 14 oder 18 Leute verhaftet wurden. Es werden natürlich noch weitere Verhaftungen folgen. Die gesamten Gebäude, in denen Hess und seine Leute wohnten, sind ununterbrochen umstellt. Die Korrespondenzen werden Tag und Nacht eingesehen, damit dieser gesamte Krankheitsherd abgegrenzt und ausgemerzt werden kann. Die Wirkung für die Partei muss mit der Parteienergie überwunden werden.

Die Wirkung für das Reich an sich lag in Folgendem : Die Hauptsorge, die der Führer hatte, war, dass Mussolini und Japan nicht glaubten, dass der Stellvertreter des Führers als Deserteur zu betrachten sei, sondern es in Rom und Tokio zunächst so angesehen werde, als habe der Führer einen ganz grossen Theatercoup angelegt, um insgeheim in London auf Kosten von Italien und Japan einen Frieden zu erreichen. Deswegen ist es natürlich unendlich schwierig gewesen, die Wirkung, die dieses Ereignis für die Reichspolitik hatte, nun sofort aufklärend zu korrigieren. Was ist aber geschehen ? Der Führer hat in persönlichem Einsatz sowohl in Tokio wie in Rom dafür gesorgt, dass die Aufklärung kam. Auch das ist also überwunden worden.

Die Wirkung ist der allgemeinen Welt gegenüber zunächst immer noch, dass man offenbar Angst hat. Und Churchill hat die grösste Angst, dass sich ein Friedensgeflüster in England verbreitet. So wie bei allen Dingen etwas Gutes ist, so ist es bei diesem Streich auch. Das Erste ist, dass sich Hess- und das ist noch

ein gewisser Trost- in einem Augenblick entlarvt hat, in dem es einigermassen erträglich war. Stellen Sie sich vor, wenn es im Dezember eingetreten wäre, als die Engländer vor Tripolis standen, als der Balkan anfing Sorge zu machen und die Frage auftauchte : Wie wird sich das weiter entwickeln ? Der Führer sagte : Es ist gut, dass sich das in einem Augenblick ereignete, in dem die aussenpolitische Lage günstig ist. Denn sie ist günstig für den Führer. Churchill hat vor nichts eine solche Angst, als dass in England Friedensgespräche gepflogen werden. Das sieht man auch an seiner Taktik. Er möchte wohl den Hess als Zeugen für die Zerstörung der Partei, für die Krankheit des Reiches, aber nicht als Ingangsetzer von Friedensmeinungen benützen. Es gibt in England auch Leute, die den Frieden wollen. Nur Churchill setzt sie unter Druck. Wäre dieses Ereignis im Dezember, Januar oder Februar eingetreten - wann halt der Tiefstand war- , dann wäre die Wirkung eine Vielfache. Ausserdem scheint die Sonne, die Blätter werden grün, die Menschen werden beschäftigt mit Hoffnungsgedanken, der Frühling zieht durch die Welt- es ist anders, als wenn es schneit, das Wetter trübe und der Himmel verhängt ist...

Und noch eins sagte der Führer : Es ist ein grosses Glück, dass er seine Friedensphantastereien darin sieht, in England zu verhandeln, und nicht darin, ihn, den Führer, zu beseitigen.....

Ich kann daher nur sagen, dass die reichspolitische Lage Adolf Hitlers durch dieses Ereignis, wenn auch getrübt, doch nicht entscheidend vernichtet wurde. Dass das Ereignis aber unseren Gegnern noch besonderen Auftrieb geben wird, das bleibt auf dem Konto Hess bestehen. Und das allein genügt, ganz gleich, was er tut, wie er sich benimmt und was er alles schafft.

Die Partei selbst- und nun komme ich auf das, was mich besonders bewegt- wird diesen Fall überwinden. Für uns ist es schrecklich, wie es für jeden schrecklich ist. Wenn wir heute vor die Parteigenossen und Parteigenossinnen und vor die Volksgenossen hintreten und Treue und Verbundenheit zum Führer fordern, - wer bürgt uns dafür, dass da unten nicht manche sitzen, die sagen: Der da so redet, hat vielleicht auch schon sein Flugzeug bereit, das ihn nach England bringt. Das ist der Schaden, mit dem wir allerdings in der Partei fertig werden müssen. Die Glaubensmüdigkeit darf nicht um sich greifen, man darf nicht sagen : Wenn der das gemacht hat, mit welchem Recht verlangt nun dieser oder jener, dass wir es anders machen ? Wenn der Prototyp der Treue, Einfachheit, Schlichtheit so handelt, mit welchem Recht nicht die anderen ? Hier müssen wir mit aller Entschiedenheit und Energie die Partei aufrecht halten.

Der Führer und ich, wir haben uns darüber unterhalten, ob der Reichstag einberufen werden soll. Man konnte sich überlegen, ob der Führer in einer grossen Rede den Sachverhalt darlegt. Ich habe dem Führer gesagt, er solle damit warten und es nur im äussersten Notfall tun. Wenn in den nächsten Tagen irgendwelche Ereignisse aussenpolitischer oder kriegerischer Art einträten, dann werde die Geschichte Hess überwunden werden. Dass man jetzt in Deutschland und in der Welt vom Fall Hess spricht, muss man hinnehmen. Wenn heute drei Deutsche zusammenkommen, unterhalten sie sich ganz natürlich über den Fall Hess. In zehntausend Jahren der Menschheitsgeschichte hat es ja auch einen ähnlichen Fall nicht gegeben. Das ist der erste Fall dieser Art, und nichts kann so sehr für mich persönlich die geschichtliche Grösse des Führers darlegen wie die Tatsache, dass er sowohl die grössten Siege wie auch das grösste

Matyrium zu erleben hat. Solch ' eine Spanne von Erlebnissen hat noch kein Mensch in sich getragen. Nicht nur die Siegeskrone kann man dem Führer aufs Haupt setzen, auch die Märtyrerkrone. Was er menschlich und persönlich an Schmerz über Deutsche erlebt, das hat vor ihm kein Staatsmann erdulden müssen.

Und daher muss nun die Partei eintreten. Ich glaube, wir hier im Generalgouvernement werden heute dem Führer durch Fernschreiben unsere Grüsse übermitteln. Ich bitte Sie, mich dazu zu ermächtigen, dem Führer mitzuteilen, dass wir uns zusammengefunden haben und ihm herlichste Grüsse übermitteln. Wir werden im Generalgouvernement, in dem zur Zeit noch östlichsten Machtbereich des Grossdeutschen Reiches, auf jeden Fall die Anstrengungen verdoppeln. Für uns hat es einen solchen Fall noch gar nicht gegeben. Wenn Hess mein Stellvertreter gewesen wäre, wäre er gar nicht auf so etwas gekommen, weil er soviel Arbeit vorgefunden hätte, dass ihm dazu gar keine Zeit geblieben wäre. Wir müssen hier die Realsten und Härtesten sein. Soll sich keiner mehr finden lassen, der mit solchen Haluzinationen und solchem Quatsch daherkommt ! Ich werde das Generalgouvernement frei machen von Astrologen und Heilkünstlern, Augendiagnostikern und solchem Dreck. Diese Krankheiten lasse ich nicht herein, ich dulde es nicht, dass ein Mensch völlig verrückt wird vor lauter Sternguckerei und die Welt nicht sieht. Es ist auch ganz gut, dass wir auf die Erde schauen und nicht in die Sterne. Hier liegen die Dinge. Dann hätte er Pfaff werden sollen oder Professor ; dann kann er solchen Spielereien nachgehen: aber als Mann des Lebens hier kann ich solche Menschen nicht brauchen. Ich bitte Sie, mit aller Entschiedenheit in Ihren eigenen Bereichen aufzuräumen und solche Sprücheklopfer und Idealisten und Süssholzraspler zum Teufel zu schicken.

Daher möchte ich gerade in den kommenden Wochen jetzt erst recht sehen, dass die Partei sich entwickelt. Und wenn es noch so schwer ist und wenn wir bis zum Hals voll werden mit Soldaten: Die Partei muss arbeiten. Machen Sie Kundgebungen, rufen Sie Zirkel zusammen, holen Sie die Leute, machen Sie Truppenbetreuung, was irgend in den kommenden Wochen und Monaten geschehen kann, muss geschehen ! Ich wünsche, dass die Partei in voller Energie bleibt.

Der Führer hat keinen neuen Stellvertreter ernannt. Er hat uns, den Reichs-und Gauleitern,gesagt, dass es auch ein gewisser Vorteil ist, wenn nunmehr die unmittelbare Verbindung zwischen ihm und seinen Männern wieder hergestellt ist. Dadurch war ja eine gewisse Schwierigkeit in der Parteiarbeit gekommen, dass sich zwischen den Führer und seine Repräsentanten , die Reichs-und Gauleiter, eine Zwischeninstanz eingeschoben hatte, " Stab Hess " genannt, die doch manchmal von Ideen getragen war, die nicht immer mit denen übereinstimmten, die die Reichs-und Gauleiter vertraten. Es gab Reibungen und Schwierigkeiten. Ich glaube, es ist ein Vorteil, dass nunmehr die Reichs-und Gauleiter wieder direkt und ausschliesslich dem Führer unterstehen. Wie es die Kanzlei des Führers, die Präsidialkanzlei und die Reichskanzlei gibt, so ist die Parteikanzlei die Instanz, die die Angelegenheiten zusammenfasst, die auf der Parteiseite den Führer interessieren.

Zur Zeit prüft der Führer die Vollmachten des Stellvertreters des Führers nach, und es wird noch endgültig gesagt werden, was von diesen Vollmachten übernommen wird. Bis dahin ist es so, dass Pg. Schalk hier von mir nicht mehr als Beauftragter des Stellvertreter des Führers angesehen wird, sondern dass ich als Reichsleiter der einzige führende Beauftragte der Partei bin, dass ich die unmittelbare Verbindung zum Führer habe, dass ich aber den Pg. Schalk nach wie vor als meinen per-

sönlichen und unser aller Verbindungsmann zur Parteikanzlei und Pg. Bormann ansehe und auch als solchen bestätige. Die Form, in der dies geschieht, werden wir noch in München vereinbaren. Pg. Schalk wird sich heute oder morgen nach München begeben und dort werden diese Fragen erörtert.

Jedenfalls ist diese Strukturänderung elementar. Während bisher zwischen den Reichs-und Gauleitern und dem Führer der Stellvertreter des Führers stand, steht nunmehr nichts mehr dazwischen . Eine irgendwie geartete übergeordnete Instanz für die Reichs-und Gauleiter gibt es nicht mehr. Das ist wichtig. Pg. Bormann ist unser Freund. Was er uns in unserem Arbeitsbereich durch sein unmittelbares Wirken gegeben, geschaffen und vermittelt hat, verdient Dank. Dank verdient vor allem auch Pg. Schalk. Was er geleistet, was er in vornehmster Kameradschaft und edelstem nationalsozialistischem Geiste hier geschaffen hat, gehört der Geschichte der Bewegung an. Ich bitte daher, aus dem Umstand, dass aus dem Bevollmächtigten des Stellvertreters des Führers nunmehr mein Stellvertreter wird, nicht irgendwie degradierende oder sonstige Schlussfolgerungen zu ziehen. Als mein Stellvertreter und Führer des Arbeitsbereiches hat er die allerwichtigste Funktion. Er geniesst mein vollstes Vertrauen.

Es ist klar, dass nun, nach aussen hin strahlend, die Partei von Geschlossenheit zittern muss. Man könnte Memoiren schreiben. Aber ich bin jetzt 20 Jahre bei dem Verein " Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ".Ich muss schon sagen : Was man in dem Verein alles erlebt hat, ist schon gross. Wie bei allen Dingen ist es auch hier gut, dass wir nicht gar so alt, sondern von jugendlicher Elastizität sind. Wenn der Führer nur noch einen Mann hat,dann ist es immerhin der Adolf Hitler . Er wäre es sogar, wenn er uns alle nicht mehr hätte. Das ist das grosse Glück :

Der Führer braucht uns nicht, aber wir brauchen ihn. Der Führer braucht keinen Herrn Hess, aber Herr Hess ist ein Nichts, wenn er den Führer nicht hat.

Und das bitte ich auch für die diversen persönlichen Angelegenheiten sich zu merken. Nehmen wir diese ernstesten Tage der Bewegung auch einmal zur Selbstbesinnung und schaue jeder einmal sich selber und seine Sache an und frage sich, wie er nun eigentlich zu der ganzen Angelegenheit steht, - ob wir nicht da und dort vielleicht doch etwas vernünftiger zusammenrücken könnten, ob wir nicht manches Ehrgeizige und manches gegenseitige Auftrumpfen und Geschaftelhubern, Sich-Hinab-Regieren und Hinab-Organisieren nicht verschwinden lassen wollen.

Die Bewegung wird die Sache überstehen, wenn sie selbst darauf eine grosse Lehre zieht: Sie muss imstande sein, alles das, was an ihr krank wurde, von oben herab zu verlieren. Jedenfalls bin ich jetzt mehr denn je entschlossen, die Einheit der Bewegung durchzusetzen und die ganze Eigensüchtelei von angeschlossenen Verbänden zum Teufel zu hauen. Hier sind wir Nationalsozialisten und sonst gar nichts, Männer und Frauen des Führers, sonst gar nichts. Soll mir keiner mit seinem Ehrgeiz kommen. Hier stehe ich als der einzige machtvolle Repräsentant des Führers, und auf diesem Schiff kommandiere ich, sonst niemand. Wenn ich nicht kommandiere, wird ein anderer vom Führer bestimmt, von sonst niemanden.

Ich kenne nur die Einheit der Bewegung und kein direktes Hineinbefehlen von irgend jemand anderem. Soll sich jeder hüten ! Ich würde ihn in den kommenden Wochen, in denen der Krieg hier droht, persönlich zur Verantwortung ziehen kraft der Vollmacht über Leben und Tod, die mir der Führer gegeben hat. Ich brauche nicht Polen erschiessen zu lassen. Hier wird es jetzt ernst. Das Ereignis Hess ist erledigt.

Bis weitere Befehle des Führers kommen, verbiete ich jegliche Diskussion. Wenn mir gemeldet wird, dass irgendwo dieser Fall so oder so weiterhin erörtert wird, werde ich ohne Rücksicht auf Rang und Stellung die Beteiligten zur Verantwortung holen.

Diese Geschlossenheit der Bewegung muss vor allem der Wehrmacht gegenüber in Erscheinung treten. Es ist nicht an dem, dass nunmehr die Bewegung treulos geworden wäre. Die Bewegung ist gesund geworden, weil sie den Krankheitskeim verloren hat. Die Bewegung war krank; solange ein solcher psychopathischer Geier da oben herum geisterte, musste die Bewegung krank sein. Und der Führer sagt : Wo er ihn erwischt, wird er baumeln. Er kann mit Churchill flüchten. Ich kann mir vorstellen : Wo ihn deutsche Offiziere erwischen, wird er erledigt werden.

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag dieser Woche ist mit folgendem Ereignis zu rechnen: Der Zugverkehr im Generalgouvernement und der Zugverkehr Generalgouvernement- Reich werden auf ein weit unter den Bedürfnissen selbst geringster Art liegendes Mass reduziert. Das Generalgouvernement wird in überreichem Masse von deutschen Truppen als Operationsgebiet bezogen werden. Um Ihnen nur ein Beispiel zu sagen: alles, was wir bisher haben, sind kleine Vorkommandos gegenüber dem, was kommen wird. Zahlenmässig gesehen, werden sich die Truppen verachtfachen.

Das bedeutet, dass für die Bewegung selbst hier der Lebens- und Auswirkungsraum kleiner wird. Ich selber verlasse das Generalgouvernement in den kommenden Wochen und Monaten nur, wenn ich unmittelbar zum Führer befohlen werde. Ich verlasse den Gefechtsstand nicht mehr. Und für Sie möchte ich dasselbe voraussetzen.

Wir haben drei oder vier Verbindungen mit dem Reich. Es wird auch ein Zug nach Berlin und ein Zug von Warschau nach Berlin, ein Zug nach Wien gehen,

diese Züge werden auch hereinkommen, aber sie gehen nur noch bis Krakau oder Warschau. Zwischen Krakau und Lublin wird eine einzige Verbindung in Gestalt eines Eilzugs, zwischen Krakau und Radom keine direkte Verbindung, sondern nur ein Umsteigen in Kielce möglich sein.

In den kommenden Wochen und Monaten wird es Ihrer gesamten menschlichen Selbstbeherrrschung und Energie bedürfen, um der Situation hier gewachsen zu sein. Machen Sie die Augen und Ohren zu und verhärten Sie sich! Denken Sie an die großen weltgeschichtlichen Ereignisse! Alles, was wir hier im Generalgouvernement in eineinhalb Jahren aufgebaut haben, wird in wenigen Wochen und Monaten landwirtschaftlichen, ernährungswirtschaftlichen und Seuchenkatastrophen ausgesetzt sein, so daß der größte Teil unseres Werkes vernichtet sein wird. Nehmen Sie das eiskalt hin! Nicht dem Generalgouvernement sind wir verantwortlich, sondern dem Führer und Reich. Wenn es das Reich notwendig hat, dies in Anspruch zu nehmen, dann haben wir nicht mit der Wimper zu zucken.

Es ist daher klar, daß gewisse Verantwortungen und Verantwortlichkeiten in den kommenden Wochen und Monaten anders aussehen werden. Für uns in der Bewegung muß immer wieder die Parole ~~denken~~ gelten, daß wir unüberwindbar in Energie und Entschlossenheit zu sein haben, daß wir uns wirklich hier in der Bewegung ein Instrument geschaffen haben, das auch den Müden hochreißt.

Ich möchte Ihnen aber eines sagen: Was immer in den nächsten Wochen und Monaten kommen wird, es ist so und so eine notwendige Lösung in diesem Raum.

Die Grenzlage des Landes hat uns von Anfang an beschäftigt. Die Situation für unser Vaterland ist nicht leicht. Wir stehen vor sehr, sehr ernsten Ernährungsfragen. Wir müssen die Wochenration an Fleisch ab 1. Juni um 100 gr. senken. Wir werden nicht imstande sein, die Textilkarte restlos zu erfüllen, nicht, weil wir keine Vorräte haben, sondern nur, weil die Frauen das Teure kaufen. Jede Frau sucht ihre Punkte so teuer wie möglich zu verwerten; sie kauft nicht den dünnen, sondern den starken Stoff mit der Wirkung, dass wir auf ungeheure Schwierigkeiten stossen.

Dazu kommt, dass wir die Gebiete allüberall versorgen müssen : Belgien, Nordfrankreich, Holland, Dänemark, Norwegen, dass wir in den kommenden Wochen und Monaten Spanien mit versorgen müssen, dass wir wahrscheinlich Italien helfen müssen. Sie sehen, alles zehrt von Deutschland - abgesehen vom Generalgouvernement, das ausdrücklich gelobt wurde. Wir sind das einzige Gebiet, das, seit September 1939 von deutschen Truppen besetzt, ernährungsmässig dem Deutschen Reich keine Schwierigkeiten macht. Wenn Sie bedenken, dass sogar das Protektorat 350 000 t Getreide verlangt und das Wartheland, diese Kornkammer, nicht wesentlich zur Entlastung beitragen konnte, werden Sie begreifen, dass wir in Deutschland nur noch eine Getreidereserve von knapp 900 000 t haben.

Die Dinge fangen an, ernst zu werden. In jedem Krieg ist das die Zeit der Männer und der Härte. Jetzt kommt es darauf an. Und wenn es bei uns schlecht ist, - bei den anderen ist es noch schlechter. In England ist es noch viel, viel schlechter trotz der Kürzungen,die jetzt vorgenommen werden müssen.

Im Übrigen ist das Fanal des Sieges auf der Stirn des Führers und über unserem Volk. Alles ist von Regierungsseite geschehen, was geschehen konnte: Die Lager sind aufgefüllt, die vorhandenen Getreidevorräte sind verteilt, die Transportfrage soweit gelöst,

dass die notwendige Kohle herankommt. Das Menschenmögliche ist von allen Instanzen geschehen. Un ich möchte hier im Namen der Bewegung dem Staatssekretär Bühler, der Regierung und auch SS- Obergruppenführer General der Polizei Krüger für die verständnisvolle Zusammenarbeit danken.

Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten im Generalgouvernement manches an Schwierigkeiten, aber auch viel des Interessanten zu sehen bekommen. Es ist für Euch lustiger, hier zu sein als in einem Gau im Reich. Für uns in der Bewegung des Generalgouvernements kommt die Zeit, in der wir uns bewähren können. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir uns darauf verlassen könnten, dass in den Distrikten, den Standorten und allüberall da, wo es geht, in den kommenden Wochen und Monaten unter allen Umständen der Parteibetrieb aufrecht erhalten wird. Sorgen Sie mir dafür, dass ich nicht erleben muss, dass mir die Partei abgedrängt wird. Ich muss hören und lesen, dass die NSDAP, die Distriktsstandortführer, die Partei etwas tun: ich muss das ununterbrochen weiter hören, dann freue ich mich. Die Partei geht nicht zurück, sondern machtvoll voran. Wir sind keine deutsche Bewegung mehr, wir sind eine Weltbewegung, keine deutsche, sondern eine Weltrevolution. Nicht wir treten im Dienst der Armee an, sondern die Armee in unseren Dienst. Das Reich ist uns gegeben, uns anvertraut vom Führer, und das muss auch immer wieder in Erscheinung treten. Jetzt kommen die Feldgrauen , jetzt steht die Partei still ? - nein, die Feldgrauen kommen, um die Weltrevolution wahr zu machen. Wir sind die Vorkämpfer der Völker, die an etwas Besseres glauben. Daher muss dieser Flammenatem von Euch allen ausgehen. Es müssen krystallharte Burschen sein, die hier arbeiten; das muss ein Faustschlag sein, wenn ein Miesmacher sich an unser einen heranmacht. Die schmeissen wir alle wieder hinaus. Es ist ganz

klar, dass diese härteste Form jetzt verlangt werden und bewiesen werden muss, sonst kommen wir nicht durch.

Wir haben Städte, in denen es keine Kartoffeln gibt, die Getreidezufuhr stockt, der Transport aufhört. Es ist schon so, dass die Leute anfangen, tot auf der Strasse umzufallen. Ich habe es selber in Warschau gesehen. Da müsst Ihr hart sein. Denn wir haben keine Schuld daran. Ihr dürft nicht mitleiderfüllt zum Himmel aufschauen und mir dumme Briefe schreiben. Das ärgert mich am meisten, wenn einer weichherzig wird. Jetzt brauche ich ganze Kerle.

Für uns wird also das schöne Generalgouvernement bald eine Erinnerung sein. Der erste Abschnitt der Entwicklung dieses Raumes nähert sich mit Riesenschritten seinem Ende. Es kommt die Zeit, man könnte sagen, des Interregnums, der Zwischenform, in der wieder einmal alles zusammengehauen wird. Es ist daher klar, dass wir uns zur Härte zwingen müssen. Ich möchte dem Führer melden können : Lass drauf reinhageln, es ist uns wurscht, wenn es nur Dir dient. Er soll diese Überzeugung auch haben, ohne dass wir es theatralisch mitteilen. Er muss so leben können, dass er weiss, auch wenn er nicht dabei ist, dass die Menschen für ihn handeln, nicht gegen ihn. Die Schleicher, Duckmäuser, Spitzel, Zettelfabrikanten und schwarzen Männer aus den vielen Bereichen, die umeinander lauern und Zettel fabrizieren und Akten füllen und Nachrichtendienste durchpauken -- wenn ich einen erwische, dem werde ich --.

Es handelt sich darum, dass wir als Bauern und als Soldaten, als einfache Menschen das Leben beherrschen. Sie können sich verlassen, dass ich auf meinem Posten bleibe. Ich bin auch für jeden erreichbar; denn ich halte den Dienst aufrecht. Ich möchte mich nur auch auf Euch verlassen können. Vertagt Eure persönlichen Auseinandersetzungen, sperrt Eure Untersuchungs-

akten, soweit es nicht unbedingt notwendig ist, zu, nehmt keine Berichte und Meldungen ohne Weiteres entgegen ! Arbeitet einmal so, wie wir in der allerersten Zeit gearbeitet haben. Dann bringen wir die Bewegung auch vorwärts. Denn was noch vor den Nationalsozialisten liegt, ist der anständige deutsche Mensch; der liegt noch vor der Partei. So wie der Führer als einfacher, schlichter, anständiger deutscher Mensch mit einer göttlichen Sendung und in übermenschlicher Form von früh bis Abend und von Abend bis früh arbeitet, so müssen wir es auch tun. Es gibt keine andere Aufgabe. Das muss uns auch immer wieder zusammenbringen und zusammenhalten. Denn das Volk wird mit uns sein, wenn wir ihm in dieser Form zeigen, dass wir an jenem Ereignis völlig unschuldig sind, dass es uns traf wie ein Blitz aus heiterem Himmel, dass man nicht die Gemeinschaft verurteilen kann, weil einer sich in diese eingeschlichen hat, und dass man auch nicht in dieser Form über einen unglückseligen Menschen den Stab zu brechen braucht. Mag er begangen haben, was immer, er ist mehr gestraft dadurch, dass der Führer sich von ihm abgewendet hat. Es ist dann schon so, dass wir durch die kommenden Wochen und Monate hindurch vielleicht dem Frieden näher stehen, als wir das alles in diesem Augenblick erwarten.

Ringsum zittert die alte Welt, und die neue steigt auf. Hemmungslos wie die Sonne geht Adolf Hitler seinen Weg über Katastrophen hinweg. Und wie sagt Nietzsche : Es muss Chaos sein, dass ein Stern geboren wird. Es müssen ungewöhnliche Kämpfe sein, damit eben so ungewöhnlich Einmaliges geschaffen wird wie das Reich Adolf Hitlers auf dieser Welt.

Wir haben uns in einer ernsten Stunde zusammengefunden. Ich glaube, ich habe Euch das gesagt, was zu sagen war. Man könnte über die Sache stundenlang weiter reden ; jedoch es führte zu nichts. Nehmen wir das Faktum hin. [illegible] über Bord, das Schiff fährt weiter. Und der [illegible] Der Führer ist stolzer, klarer und härter

denn je. Denn das kann ich Ihnen versprechen : Der Führer hat es überwunden. Den Führer dürft Ihr Euch jetzt nicht so vorstellen, wie ich ihn am Dienstag gesehen habe. Er ist wieder klar und stark. Ihr braucht kein Mitleid mit ihm zu haben. Er hat ein schreckliches Schicksal erlebt. Aber er ist der Mann, der die Kraft hat, mit jedem fertig zu werden. Was ist Hess gegen das deutsche Volk ? Was ist einer gegen 90 Millionen ? Was ist Hess gegen Adolf Hitler ? Und daher muss ich schon sagen : So wie wir zum Führer, so steht der Führer zu seinem Volk und das Volk zu seinem Wort. Und so ziehen wir aus den Kräften der Ewigkeit auch die Kraft für den Kampf. Idealisten in Disziplin will ich sehen.

Ich möchte Sie erneut bitten, mir die Erklärung abzugeben - das wird durch Pg.Schalk geschehen -, dass Sie dem Führer die absolute Treue halten und sich in diesen kommenden Wochen und Monaten selbst unter Einsatz Ihres Lebens bewähren werden.

Und somit stehen wir im wahrsten Sinne des Wortes vor einem entscheidenden politischen Abschnitt in der deutschen Volksgeschichte. Seid alle miteinander Gott befohlen ! Die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist hart, ist aber auch schön und stolz. Macht die Ohren steif und die Augen zu ! Wir sind keine Zauberer, keine Sterndeuter, sondern anständige deutsche Menschen.

Unser wird der Sieg und Adolf Hitler der Triumph sein, das wissen wir.

502

/3 **Burg Krakau**

Dienstag, den 20. Mai 1941

11⁰⁰ Regierungssitzung im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes (ausführliches Protokoll s. Beiakten).

19⁰⁰ Polizeibesprechung im kleinen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes. An dieser Besprechung nehmen teil:
Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
SS-Obergruppenführer Krüger
Generalleutnant Riege
Unterstaatssekretär Kundt
Abteilungspräsident Westerkamp
Befehlshaber der Sicherheitspolizei
SS-Oberführer Dr. Schöngarth.

Unterstaatssekretär Kundt berichtet über erneute Verhandlungen mit dem General der Polizei Daluege über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Polizei und "Innere Verwaltung". Bei diesen Verhandlungen seien die Forderungen der Polizei aufrechterhalten worden, und General der Polizei Daluege beabsichtige, Beamte nach Krakau zu entsenden, die feststellen sollten, was an Zuständigkeiten nunmehr der Polizei übergeben werden solle. Im Reiche werde offenbar die Ansicht vertreten, daß, da ja Reichsführer SS Himmler vom Führer zur Erfüllung sämtlicher polizeilicher Aufgaben herangezogen werde, die Ordnungs- und Sicherheitspolizei praktisch eigentlich ein Ministerium darstelle. Die zweite Feststellung sei die gewesen, daß mit der Ernennung des Höheren SS- und Polizeiführers zum General der Polizei zum Ausdruck komme, daß damit der Höhere SS- und Polizeiführer in die Verwaltung der Regierung eingebaut und ihm auch die entsprechenden Zuständigkeiten übertragen seien. Man stehe jetzt vor der Frage, ob man nicht die eine oder andere Materie zumindesten auf Grund eines gemeinsamen Zeichnungsrechts auf die Ordnungspolizei übertragen sollte. Er habe allerdings General Daluege gegenüber erklärt, daß dann unter

20.5.1941

Umständen für die "Innere Verwaltung" nichts anderes übrig bleibe als etwa das Gesundheitswesen und ähnliche weniger wichtige Materien.

Generalleutnant Riege wendet demgegenüber ein, daß General Daluege von der Auffassung ausgehe, es blieben noch genügend andere Aufgaben für die Polizei übrig. Das zeige die Tatsache, daß dem Staatssekretär Stuckart ein großer Aufgabenkreis übertragen sei. Bei der Besprechung in Berlin habe Ministerialdirektor Bracht ausdrücklich erklärt, daß von Seiten der Polizei eigentlich eine nur geringe Anzahl von Zuständigkeiten übernommen werden solle, im übrigen aber die "Innere Verwaltung" als solche unberührt bleibe.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er keine Zuständigkeit der Polizei anerkenne, die außerhalb des Rahmens ihrer eigentlichen Tätigkeit liege. Er habe diesen seinen Standpunkt auch dem Führer in Gegenwart des Reichsführers SS Himmler, des Reichsministers des Innern Frick, des Generalfeldmarschalls Keitel, des Reichsministers Dr. Lammers und des Staatssekretärs Stuckart vertreten, und der Führer habe ausdrücklich bestätigt, daß es im Generalgouvernement nur die beiden Befehlsträger der Wehrmacht und der Regierung des Generalgouvernements gebe. Ihm liege vor allem daran, daß die einheitliche Willensführung des Generalgouvernements nicht aufgespalten werde. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, sei z.B. das Verhalten des SS-Brigadeführers Globocnik, der von sich aus Befehle des Distriktschefs nicht beachten wolle, völlig unmöglich. Er werde auf keinen Fall dulden, daß die Vereinbarungen, die er mit Reichsführer SS Himmler getroffen habe, irgendwie durchbrochen würden. Reichsführer SS Himmler habe sich damit einverstanden erklärt, daß der SS- und Polizeiführer im Distrikt dem Distriktschef unmittelbar unterstellt sein müsse. Er werde es in der gegenwärtigen ernsten

Zeit auf keinen Fall zulassen, daß an der Autorität des Generalgouvernements irgendwie gerüttelt werde. Wie sich die Entwicklung auf dem Polizeisektor im Reich gestalten werde, sei allein Sache des Führers. Heute sei jedenfalls noch, formell gesehen, die Polizei ein Teil des Reichsinnenministeriums; der Chef der Deutschen Polizei sei keine eigene Ministerialbehörde. Ob der Chef der Deutschen Polizei unverhältnismäßig größeren Einfluß habe, als er einer Abteilung des Ministeriums zukommen würde, könne dahingestellt bleiben. Er sei jedenfalls nicht geneigt, diese Entwicklung im Generalgouvernement einreißen zu lassen. Im übrigen dürfe angesichts des guten Verhältnisses der Regierung des Generalgouvernements zur Polizei und Gendarmerie Polizeigeneral Daluege nicht den Eindruck haben, als wolle man ihm etwas nicht geben, was er vielleicht beanspruchen könnte.

Selbstverständlich gebe es eine Fülle von Reichsaufgaben der Sicherheitspolizei, die einheitlich durchgeführt werden müßten, ebenso aber eine große Anzahl von Aufgaben, die aus der Exekutive der Hauptabteilung "Innere Verwaltung" nicht herausgenommen werden könnten.

Abteilungspräsident Westerkamp weist darauf hin, daß nach einem Erlaß des Reichsführers SS vom 1. November 1939 die SS- und Polizeiführer bei den Distrikten dem Höheren SS- und Polizeiführer unmittelbar unterständen, daß sie Berater der Distriktschefs und als solche gehalten seien, die Weisungen des Distriktschefs zu befolgen, soweit nicht ein Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers entgegenstehe.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden über diesen Erlaß Ausdruck. Er habe ihn nie gesehen und hätte ihn auch nie anerkannt, und werde ihn in keiner Weise als für die Behörden des Generalgouvernements verbindlich ansehen.

Wenn die SS- und Polizeiführer der Meinung sein sollten, daß der Erlaß des Reichsführers SS für sie Geltung habe, dann sei eine weitere Zusammenarbeit mit ihnen überhaupt nicht möglich. Dieser Erlaß, der demjenigen des Führers vom 24. Oktober 1939 entgegenstehe, widerspreche übrigens auch dem, was er seinerzeit mit Reichsführer SS Himmler vereinbart habe. Er habe damals dem Führer ausdrücklich erklärt, er könne die Verantwortung für die Führung des Generalgouvernements nur tragen, wenn ihm die totalen Vollmachten übertragen würden. Der Führer habe dem auch zugestimmt und nur die eine Ausnahme hinsichtlich des Reichsverteidigungsausschusses gemacht.

Generalleutnant Riege ist der Auffassung, daß Reichsführer SS Himmler selber eine so weitgehende Auslegung dieses Erlasses nicht in Rücksicht gezogen habe. Er habe ja selber anerkannt, daß unter dem Höheren SS- und Polizeiführer, der dem Generalgouverneur unterstellt sei, die SS- und Polizeiführer und unter ihnen wieder die Kommandeure ständen. Er habe damit keineswegs sagen wollen, daß die SS- und Polizeiführer etwa den Befehlen des Generalgouverneurs nicht gehorchen sollten, sondern er habe die SS- und Polizeiführer nur nicht unmittelbar den Distriktschefs unterstellen wollen.

SS-Obergruppenführer Krüger erinnert daran, daß über die Frage, welche Polizeiverwaltungs- und Rechtsfragen auf die Befehlshaber der Ordnungs- und Sicherheitspolizei übertragen werden sollten, bereits im Herbst vorigen Jahres mit Staatssekretär Dr. Bühler und Unterstaatssekretär Kundt verhandelt worden sei. Damals habe man, da es zu keiner Einigung gekommen sei, den Herrn Generalgouverneur gebeten, eine Entscheidung zu fällen. Der Herr Generalgouverneur habe es

darauf abgelehnt, dem Höheren SS- und Polizeiführer die gesamten Polizeiverwaltungsaufgaben, die bislang in der Abteilung "Innere Verwaltung" bearbeitet werden, zu übergeben. Jetzt stehe man wieder vor dieser Frage, die immer noch keine Klärung gefunden habe.

Der Herr Generalgouverneur behält sich seine letzte Entscheidung vor. Er betrachte sich jedenfalls als Totalrepräsentant des Führers und Reiches für alle die Bereiche, die nicht zur Wehrmacht gehörten. Zum anderen betrachte er sich in der zur Erörterung stehenden Frage als über den Parteien stehend. Sein Standpunkt richte sich nicht etwa gegen die Ordnungs- oder Sicherheitspolizei. Er würde es sehr begrüßen, wenn man hier vernünftig und sachlich ein Vorbild für das manchmal klägliche Versagen des Verwaltungslebens im Reich geben wollte. Im Generalgouvernement dürfe unter keinen Umständen eine Fehlentwicklung gefördert werden.- Weiter sei zu bedenken, daß die Fülle der Aufgaben, die die Polizei bei einer solchen Neuregelung übernehmen würde, ihre eigene Kraft außerordentlich schwächen würde. Es würden sich dann bei der Polizei ähnliche Verhältnisse entwickeln, wie man sie heute schon bei der Wehrmacht feststellen müsse, die über das rein Militärische hinaus einen Riesenapparat aufziehe, indem sie Fabriken, Kabelwerke usw. übernehme.

SS-Obergruppenführer Krüger ist der Auffassung, daß bei einigermaßen gutem Willen leicht eine Einigung herbeigeführt werden könne. Es müsse eben an Abteilungspräsident Westerkamp die Frage gerichtet werden, ob er grundsätzlich bereit sei, die eine oder andere von seiner Abteilung bisher bearbeitete Aufgabe abzugeben.

20.5.1941

Abteilungspräsident Westerkamp kann keinen sachlichen Grund einsehen, weshalb Verwaltungsaufgaben aus der Verwaltung herausgenommen werden sollten. Eine solche Neuregelung wäre auch absolut nicht zeitgemäß und würde nur zur Verwirrung führen. Es bleibe nur der Ausweg einer Regelung der Dinge durch eine Zusammenarbeit.

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, hier nicht etwa eine enumerative Zählung anzuwenden, sondern sich über eine allgemeine Verhaltensweise klar zu werden. Von Seiten der Polizei brauche angesichts der außergewöhnlichen Stellung des Höheren SS- und Polizeiführers und der Tatsache, daß im Generalgouvernement die Polizei sozusagen die Rolle einer kleinen Wehrmacht spiele, nicht befürchtet zu werden, daß sie in ihrer Position irgendwie beeinträchtigt werde.

SS-Obergruppenführer Krüger will bei Beurteilung dieser Frage vor allem die Aufgaben gewertet sehen, die die Polizei zu erfüllen habe. Im übrigen sei ja im allgemeinen über einen Mangel an gutem Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Polizei gar nicht zu klagen. Über eine Aktion im Distrikt Lublin seien mit dem Distriktschef bezw. dem Referenten der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft genaue Vereinbarungen getroffen worden, man habe eine eingehende Planung für die 91 Gemeinden gemacht, auf die sich die Aktion erstrecken solle.

Generalleutnant Riege teilt mit, daß aus dem Reiche ein Oberregierungsrat, der später Regierungsdirektor werden solle, bei ihm die Rechnungslegungsstelle, die gesamte Kassen- und Wirtschaftsführung, ferner die Unterkunftsangelegenheiten bearbeiten würde. Er werde dann zwei Chefs der Stäbe haben, einen militärischen in Gestalt des Oberst Müller und

einen Verwaltungschef, der mit Polizeiangelegenheiten im eigentlichen Sinne nichts zu tun haben würde.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> ist derAuffassung, daß aus einer Aufteilung kein Verlust oder gar eine Niederlage auf Seiten der Polizei entstehen dürfe. Es dürfe nicht den Anschein haben, als ob die Verwaltungspolitik des Generalgouvernements über die Polizeipolitik triumphiere. So lange SS-Obergruppenführer Krüger in dieser seiner Stellung stehe, sehe er die Herausgehobenheit der Polizei als voll wirksam an. Alles das, was polizeilich von Wichtigkeit sei, müsse von beiden Teilen gemeinschaftlich bearbeitet werden. Es müßte künftig so gehandhabt werden, daß SS-Obergruppenführer Krüger von Staatssekretär Dr. Bühler in die Maßnahmen der Regierung eingeweiht und ihm Gelegenheit gegeben werde, von seinem Standpunkt aus die Entwicklung mitzuverfolgen. Er dürfe nicht plötzlich vor eine Frage gestellt werden, deren Werdegang er nicht unmittelbar kenne. Im übrigen empfinde er es als recht unangenehm, daß gerade in dieser Zeit der Fall Globocnik sich ereignet habe.

Er könne danach wohl eine positive Einigung darüber feststellen, daß diese Debatte über die Aufteilung der Zuständigkeit nicht weiter verfolgt werde, daß es bei dem bisherigen Zustand unter Verstärkung der Zusammenarbeit verbleibe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch zur Frage des <u>Sonderdienstes</u> Stellung genommen.

Abteilungspräsident <u>Westerkamp</u> weist in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten hin, die der <u>Werbung</u> von Sonderdienstmännern im Generalgouvernement entgegenständen. Im übrigen sei z.B. eine Anweisung des Polizeikommandeurs in Lublin ergangen, mit der verhindert werden solle, daß der Sonderdienst in polizeilichen Angelegenheiten

20.5.1941

tätig werde. Was die Werbung an[illegible] ein Abkommen zwischen dem Reichsführer SS und [illegible]ung des Generalgouvernements getroffen worden, n[illegible] der Waffen-SS 350 Mann aus dem Sonderdienst und aus [illegible]rigen Kreisen der Volksdeutschen zur Verfügung gestel[illegible] werden sollten. Die Zahl von 350 Mann habe man nicht erreicht, sondern man habe wieder mustern müssen. Volksdeutsche kämen für diesen Dienst wahrscheinlich nur wenig in Frage. Auf Grund einer Liste, die auch dem Höheren SS- und Polizeiführer bekannt sei, würden diejenigen herausgesucht, die tauglich erschienen. Dann solle gemeinsam mit dem Höheren SS- und Polizeiführer die Musterung durchgeführt werden.

Der Herr Generalgouverneur will verhütet sehen, daß über diese Frage ein Streit entstehe. Er werde eine einseitige Aufhebung von Vereinbarungen nicht anerkennen. Wenn die Zurverfügungstellung von 350 Mann vereinbart sei, dann müsse es dabei bleiben. Andernfalls müßte man ihm eine amtliche Begründung für einen Verstoß gegen diese Vereinbarung geben.

SS-Obergruppenführer Krüger macht darauf aufmerksam, daß die Waffen-SS bei ihren Musterungen an ein bestimmtes Körpermaß gebunden sei. Eine Ausmusterung von Sonderdienstleuten würde nicht mehr als 30 Mann erbringen.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Abteilungspräsident Westerkamp, weiterhin für den Sonderdienst zu werben, was aber nicht besage, daß er etwa die Waffen-SS nicht zur Werbung zulassen wolle. Jedenfalls müsse festgestellt werden, daß das Bedürfnis nach der Zurverfügungstellung von Sonderdienstmännern täglich wachse. Deshalb müsse unbedingt danach gestrebt werden, geeignete Männer für diesen Dienst zu finden.

510

20.5.1941

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur den in der Sitzung anwesenden Herren die Weisung, nochmals über die zur Erörterung stehenden Fragen eingehend zu verhandeln und nach Möglichkeit eine Einigung zu suchen.

=====

[illegible]15 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater (Aufführung des Schiller'schen Trauerspiels "Wallensteins Tod").

[illegible]15 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Burg Krakau

Mittwoch, den 21. Mai 1941

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

Besprechung mit Oberbaurat Hofer.

Besprechung mit Oberstleutnant Fischer.

Besichtigung des Neubaues des Verwaltungsgebäudes.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krynica.

Krynica

Donnerstag, 22. Mai bis Sonn., 24. Mai

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Bad Krynica.

III/3 Burg Krakau

Sonntag, den 25. Mai 1941

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs von Krynica.

Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein von Staatssekretär Dr. Bühler, Unterstaatssekretär Kundt, SS-Obergruppenführer Krüger, Abteilungspräsident Westerkamp und Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer und Oberstarbeitsführer Hinkel den Reichsarbeitsführer, Reichsleiter Konstantin Hierl. In Begleitung des Reichsarbeitsführers befinden sich die Generalarbeitsführer Tolens und Arndt.

Der Herr Generalgouverneur richtet an den Reichsarbeitsführer folgende Worte der Begrüßung:

Ich bin außerordentlich glücklich, Sie, Herr Reichsarbeitsführer, hier auf der stolzen Burg zu Krakau auf das herzlichste im Namen aller Deutschen im Generalgouvernement, insbesondere der Regierung des Generalgouvernements und aller deutschen Dienststellen und Parteidienststellen, die mir gleichmäßig unmittelbar unterstehen, begrüßen zu können.

Es ist mir persönlich und allen meinen Mitarbeitern ein lange gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen, daß Sie, hochverehrter Parteigenosse Hierl, endlich einmal auch nach Krakau amtlich und dienstlich Ihre Schritte lenkten. Es ist uns alten Parteigenossen ein hohes Gefühl der Freude, in Ihnen einen der verdientesten Männer unseres Führers Adolf Hitler begrüßen zu können. Ich selbst erinnere mich noch der Stunde, da Sie in der ersten Zeit der Bewegung den Gedanken des Arbeitsdienstes uns klar gemacht haben. Wenn ich, der ich sowohl die Nürnberger Feste des Arbeitsdienstes, wie auch die tägliche Arbeit Ihrer Männer verfolgt habe, mich daran erinnere, so muß ich Ihnen gestehen: was Sie dem Nationalsozialismus, dem Führer und damit unserem deutschen Volke im Arbeitsdienst gegeben haben, kann vielleicht in der Gegenwart noch nicht ganz ermessen werden. Als Parteigenosse ist es für mich ein großes Erlebnis, Sie

25.5.1941

hier auf der alten Königsburg der Polen, die nunmehr wieder deutsch geworden ist, willkommen zu heißen, aber als Generalgouverneur dieses östlichsten Machtbereiches des deutschen Machthoheitsgebietes ist es mir eine amtlich und menschlich gern geübte Pflicht, Ihnen, Herr Reichsarbeitsführer, den Dank der deutschen Behörden des Generalgouvernements auszusprechen für die nicht meßbaren Verdienste des Reichsarbeitsdienstes am Aufbauwerk des deutschen Ostens. Ich selbst habe wiederholt auf meinen Besichtigungsreisen im Generalgouvernement die Erfolge des Wirkens des Reichsarbeitsdienstes festgestellt,und zwar nicht etwa nur in den immer wieder menschlich wie soldatisch ergreifenden Bildern des disziplinierten Auftretens Ihrer Männer aller Dienstgrade, nicht nur darin, daß der Arbeitsdienst in seinen Unterkünften eine vorbildliche deutsche Ordnungsoase in die polnischen Wüsteneien hineingestellt hat, nicht nur in der Durchdringung dieses Raumes mit dem nationalsozialistischen und allgemein deutschen Ordnungsideal, sondern vor allem auch in dem rein praktischen Arbeitsertrag Ihrer Männer, die mir Straßen, Brücken, Häuser und Städte wieder erstellt und damit einen wohlgefügten unermeßlichen Anteil an dem Aufbauwerk der deutschen Führung im Generalgouvernement sich erworben haben. Ich kann Ihnen, Reichsarbeitsführer, für die Zukunft folgendes sagen: ohne den deutschen Arbeitsdienst wird es hier im Osten keine Möglichkeit des Aufbaues geben. Viele Organisationen sind hier am Werk, alle bewähren sich im Osten, die Gliederungen der Bewegung, die angeschlossenen Verbände, sie alle arbeiten hier in dem festen Gefüge der Einheit von Staat und Bewegung, aber dem Reichsarbeitsdienst gebührt hier auf dem Gebiete der Ordnung des Arbeitsprozesses der größte Anteil. Hier ist die Arbeit nur möglich im staatssozialistischen, also nationalsozialistischen Sinne und hier werden sich niemals irgendwelche kapitalistischen Ausbeutertendenzen breit machen können. Gottlob haben wir diese Tradition hier nicht zu bekämpfen, wie wir auch nicht zu bekämpfen haben die Tra-

dition des Bürokratismus, der sich immer wieder dem Wirken des Arbeitsdienstes da und dort hemmend in den Weg gestellt hat. Hier im Osten kann der Arbeitsdienst frei von allen Hemmungen sein Aufbauwerk vollführen.

Zur Erinnerung an Ihren Besuch bitte ich Sie, ein Bild der Burg mitzunehmen, von der aus der Arbeitswille in das Generalgouvernement ununterbrochen strömt. Möge Ihnen der Blick auf diese Burg eine stete Erinnerung daran sein, daß in dem Lande, das von dieser Burg aus regiert wird, der deutsche Arbeitsdienst ein ungeheures Verdienst sich erworben und ein gewaltiges Werk geleistet hat!

Reichsarbeitsführer Hierl dankt dem Herrn Generalgouverneur für die Worte der Begrüßung und verspricht, daß der Arbeitsdienst auch in Zukunft wie bisher an dem deutschen Aufbauwerk im Generalgouvernement mithelfen wird.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/3

Montag, den 26. Mai 1941
Dienstag, den 27. Mai 1941
Mittwoch, den 28. Mai 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

nds: Fahrt nach Kressendorf.

IV/3

Donnerstag, den 29. Mai 1941

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach der Burg Krakau.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Bad Krynica.

518

V/3

Krynica

bis

Freitag, den 30. Mai 1941

Dienstag, den 3. Juni 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Bad Krynica.

5 19

/3

Kressendorf

Mittwoch, den 4. Juni 1941

Rückkehr des Herrn Generalgouverneurs aus Bad Krynica. und Fahrt nach Kressendorf.

Kressendorf

IV/3

Donnerstag, den 5. Juni 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

521

Burg Krakau

Freitag, den 6. Juni 1941

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Besprechung mit Abteilungspräsident Hofrat Watzke.

Abteilungspräsident Watzke berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die Schaffung einer biologischen Fakultät in Krakau auch im Reiche überall starken Widerhall gefunden habe. Die Eingliederung der landwirtschaftlichen Forschungsinstitute, so vor allem der Forschungsanstalt in Pulawy, solle der Hauptabteilung für Ernährung und Landwirtschaft nichts von ihrem bisherigen Einfluß nehmen, sondern auch diese Institute sollten in den großen Rahmen der biologischen Fakultät eingefügt werden. Bei der Schaffung der biologischen Fakultät gehe man von dem Gesichtspunkt aus, daß man für das wirkliche Leben des Generalgouvernements arbeiten und sich nicht von lebenswichtigen Problemen fernhalten müsse. - Für die medizinische Sektion der Fakultät werde dem künftigen Leiter alles zur Verfügung gestellt, was er an Kliniken usw. brauche. Hier stehe schon ein festgefügtes Ganze da. Wenn weiter, vielleicht in der Person des Veterinärrats Scharf, ein Leiter der medizinischen Abteilung gewonnen werde, stehe dem nichts mehr im Wege, daß die gesamte Fakultät in absehbarer Zeit ihre Arbeit aufnehmen könne. - Für die Ausgestaltung einer botanischen Anstalt werde man aus Warschau brauchbare Objekte nach Krakau bringen, und Professor Hertel sei von ihm mit der Auswahl dieser Objekte betraut werden.

Was die Errichtung der mathematisch-physikalisch-technischen Fakultät angehe, so habe er mit Professor Walter vom astro-physikalischen Institut in Potsdam bereits Rücksprache genommen. Er habe Professor Walter auf seine Bitte

zugesagt, daß ihm die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden würden und die Fakultät einer großzügigen Förderung sicher sein könne.

Für die Veit-Stoß-Akademie der bildenden Künste sei das Gebäude bereits sichergestellt. Um die Leitung der Akademie hätten sich bereits mehrere Persönlichkeiten beworben.

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, daß ein fertiger Plan sowohl für die Universität wie für die Veit-Stoß-Akademie ausgearbeitet werde. Der Schaffung der Universität in Krakau stehe man im Reiche offenbar durchaus wohlwollend gegenüber. Weder die Universität Königsberg, noch die Universität Breslau hätten irgendwelche Einwendungen erhoben, allein die neue Reichsuniversität Posen scheine in der Universität Krakau eine Konkurrenz befürchten zu müssen. Jedenfalls müsse der Plan der Errichtung der Universität ausgearbeitet und schriftlich vorgelegt werden, damit er jederzeit als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dienen könne. Es würde sich auch durchaus empfehlen, wenn Hofrat Watzke in der Krakauer Zeitung, vielleicht in Gestalt eines Interviews, über Zweck und Ziel der Errichtung der Krakauer Universität etwas verlautbaren ließe.

Abteilungspräsident Watzke nimmt dann zum Aufbau der Veit-Stoß-Akademie Stellung und hält es für notwendig, daß zunächst einmal eine Malereiklasse und eine Bildhauerklasse geschaffen würden. Zahlreiche Gipsbüsten, in deren Besitz man bereits sei, würden den Aufbau einer Glyptothek sehr erleichtern. Was an wertvollem Bildmaterial in den Besitz der Staatsbibliothek übergegangen sei, könne unter Umständen der Akademie zur Verfügung gestellt oder an sie verliehen werden. Im allgemeinen sei der für die Errichtung der Akademie notwendige Apparat bereits vorhanden. Das Gebäude selbst bedürfe nur einer verhältnismäßig geringen Instandsetzung, wobei allerdings einige Teile vorteilhafter gestaltet werden könnten.-

Auf die Stiftung des Veit-Stoß-Preises habe er verschiedene Persönlichkeiten von Ruf aufmerksam gemacht, um ihr Interesse zu wecken, und man könne schon bei der ersten Preisverteilung mit wirklichen Qualitätsarbeiten rechnen.

Er habe kürzlich mit einem der bedeutendsten deutschen Radierer namens Kasimir über die Schaffung eines Werkes mit Bildern von Krakau verhandelt. Kasimir sei bereit, in Krakau einige Skizzen zu machen und dann eine wirklich wertvolle, schöne Mappe mit 6 - 7 künstlerischen Radierungen zu schaffen. Dieses Werk könnte dann in etwa 300 Exemplaren gedruckt werden und würde sich vornehmlich als Geschenk für Gäste aus dem Reich eignen. Darüberhinaus könnte der Radierer Kasimir noch irgendein charakteristisches Blatt von Krakau schaffen, das käuflich zu erwerben wäre und für die Angestellten des Generalgouvernements eine wertvolle Erinnerung bedeuten würde.

Er schlage vor, in das Kuratorium der Kopernikus-Universität nur eine begrenzte Anzahl von Persönlichkeiten aufzunehmen, und denke dabei vor allem an Professor Vahlen, ferner an den Rektor der Wiener Universität Fritz Knoll und an den Rektor der Universität Breslau.

Abteilungspräsident Watzke gibt sodann seiner Auffassung Ausdruck, daß es nicht die Aufgabe der Partei sein könne, in Schulungsheften wie z.B. dem "Vorfeld" wissenschaftliche Arbeit zu leisten. Das gleiche gelte auch für die Schulung von Erwachsenen, die bisher in den Händen der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht gelegen habe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, durch eine Anweisung an Dienstleiter Schalk darauf hinzuwirken, daß das "Vorfeld" entsprechend umgestaltet wird. Es habe keinen Sinn, wenn in einer Parteischrift wie dem "Vorfeld" wissenschaftliche Abhandlungen von einer Ledernheit erschienen, die nicht einmal in eine wissenschaftliche Monatsschrift gehörte.

6.6.1941

Abteilungspräsident Watzke erinnert daran, daß der Herr Generalgouverneur seinerzeit die Errichtung eines Ukrainischen Forschungsinstituts bewilligt habe. Er habe darauf hin dem Staatssekretär Dr. Bühler über diese Frage Vortrag gehalten; dieser meine, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, weil das Verhalten der Ukrainer z.B. hinsichtlich der Ablieferung von Getreide zu wünschen übrig lasse.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine nochmalige Besprechung dieser Frage zwischen Staatssekretär Dr. Bühler und Hofrat Watzke an.

In diesem Zusammenhang wünscht der Herr Generalgouverneur Aufklärung durch Herrn Staatssekretär Dr. Bühler darüber, ob über die am 19. April von einer Abordnung der Ukrainer überreichte, verschiedene Bitten der Ukrainer enthaltende Denkschrift schon eine Entscheidung vorbereitet sei und wann den Ukrainern ein Bescheid gegeben werden könne.

Abteilungspräsident Watzke teilt sodann mit, daß er vor kurzem eine Schrift über das Ukrainische Institut in Warschau an die Kanzlei des Generalgouverneurs geschickt habe. Das Amt Rosenberg habe ohne Wissen der Hauptabteilung an dieses Ukrainische Institut Aufträge erteilt. Bei den Leitern dieses Instituts handele es sich aber nach einer Auskunft des SD um höchst unzuverlässige Elemente. Übrigens sei auch die Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda davon nicht in Kenntnis gesetzt worden und habe infolgedessen keine Schritte dagegen unternehmen können.

Der Vorschlag des Abteilungspräsidenten Watzke, das gesamte Material dieses Instituts nach Krakau zu bringen, findet die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

12[10] Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt und Major Boden.

6.6.1941

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Dienstleiters Schalk den Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt.

12^{55} Arbeitsitzung. An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt
Dienstleiter Schalk
Bereichsleiter Ollesch
Abteilungspräsident Westerkamp
Ministerialrat Dreßler-Andreß
Amtsleiter Dr. Stadelmann.

Der Herr Generalgouverneur heißt Oberbefelsleiter Hilgenfeldt herzlich willkommen und sagt ihm im Namen des Generalgouvernements vor allem Dank dafür, daß er trotz der ungeheuren Belastung mit seinen Amtsgeschäften in Berlin hier erschienen sei. Als Vertreter des Führers könne er feststellen, welche Bedeutung das Wirken der so wertvollen Organisation der NSV im Generalgouvernement habe. Die mustergültigen Einrichtungen der NSV hätten überhaupt erst den organisatorischen Aufbau im Generalgouvernement ermöglicht. Er bitte Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt , auch weiterhin dem Generalgouvernement und seinen Bedürfnissen die Organisation der NSV zur Verfügung zu stellen. Von Seiten der Regierung des Generalgouvernements werde alles geschehen, um der Organisation der NSV die Auswirkung zu geben, die für den großen Aufbau notwendig sei.

Die Ernährungslage der arbeitenden Schichten im Generalgouvernement sei sehr schlecht. Er bitte Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt, soweit die Volks- oder Reichsdeutschen des Generalgouvernements in Betracht kämen, dem Generalgouvernement zu helfen, die Ernährungsbasis sicherzustellen. Darüberhinaus müsse auch darauf Bedacht genommen werden, daß das Generalgouvernement der Arbeit der polnischen Bevölkerung nicht entraten könne. Die Vorschüsse, die von Seiten des

Generalgouvernements im Hinblick auf die Ernährung gegeben worden seien, müßten jetzt zurückerstattet werden.

Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt dankt dem Herrn Generalgouverneur für die liebenswürdigen Worte der Begrüßung. Wenn er heute in Krakau sei, dann wolle er nicht mit leeren Händen gekommen sein. Zunächst müsse darauf Bedacht genommen werden, daß die Parteidienststellen des Generalgouvernements in Zukunft eng mit den entsprechenden Stellen des Reiches zusammenarbeiten. Es beständen große Möglichkeiten, z.B. geschädigten Kindern Erholung im Generalgouvernement zu bieten. Andererseits werde es aber auch notwendig sein, Kinder oder Mütter in Einrichtungen des Reiches zu verschicken oder ihnen einen Aufenthalt am Meere zu ermöglichen. Künftig werde es so sein, daß alle diese Einrichtungen in Gestalt von Beratungsstellen, Mütterheimen, Kindergärten usw. als Einrichtungen der NSDAP aufgezogen würden, weil die Partei besonderen Wert darauf lege, Trägerin dieser sozialpolitischen Arbeit zu sein. Dank der großen Opferbereitschaft des Volkes sei die Partei auch durchaus in der Lage, dieser Aufgabe gerecht zu werden, schließe doch das letzte Winterhilfswerk mit einer Einnahme von 870 Millionen Reichsmark ab, wozu nach die Mitgliederbeiträge zur NSV kämen, die zur Zeit allerdings etwas geringer seien, weil man den eingezogenen Mitgliedern die Beiträge erlassen habe. Immerhin könne man noch mit einer Jahressumme von etwa 200 Millionen Reichsmark rechnen. Auf dem Wege über die Partei könne man daher eine große Gesundheitsfürsorge in die Wege leiten, man könne Schäden beheben und verhüten. Wenn gerade die Partei mit dieser Arbeit in Erscheinung trete, so sei das durchaus verständlich, weil sie ja das Volk für diese Bestrebungen mobilisieren könne. Wenn die NSV. z.B. die Mütter für eine vernünftige und sachgemäße Säuglingspflege interessiere, dann könne mancher Schaden verhütet werden. Staat und Partei müßten auf diesem Gebiete zusammenarbeiten. Nach dem Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens falle dem Staat

die Aufgabe der Beratung und Überwachung zu, die Durchführung bestimmter Aufgaben aber der Partei, die im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen des Staates diese Arbeit zu verrichten habe. Die Erfahrungen zeigten, daß infolge der Tätigkeit der Partei die Frauen in den Beratungsstellen sich beraten ließen, darüberhinaus habe man auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung große Erfolge erzielt. Dienststellen der Partei hätten z.B. die Reihenuntersuchung in Mecklenburg, Westfalen, Württemberg und anderen Ländern durchgeführt. Man habe die Tuberkuloseerkrankten vor den Röntgenschirm gebracht und haben erreicht, daß 97 % der Bevölkerung dieser Gaue sich habe untersuchen lassen. So habe man ein ausgezeichnetes Bild vom Lungenbefund der Menschen gewonnen und könne auf Grund dieser Arbeit zu einer richtigen Planung auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung übergehen. Diese Beispiele zeigten, wie wichtig es sei, wenn auf dem Wege über die Partei die Menschen für diese Dinge interessiert werden. Der Staat brauche hier keine besondere Arbeit zu verrichten, verfüge man doch über den Einsatz einer gewaltigen Zahl von Menschen, die ehrenamtlich und ohne jede Entschädigung für diese ihre Leistung sich in den Dienst der Sache stellten. Die gesamte Arbeit der Partei auf diesem Gebiete stehe unter dem Gesichtspunkt der Volksgemeinschaft, die immer wieder erneuert werden müsse. Dieser Gedanke schließe aber andererseits aus, daß z.B. ein Industriebetrieb eine eigene Erholung für ihre Angestellten und Arbeiter durchführe. Ein solcher Betrieb könne sich vielleicht ein oder zwei Heime leisten. Das habe aber den Nachteil, daß diese Einrichtungen immer nur den Angehörigen des Betriebes zugute kommen, zum anderen aber jenen Angehörigen keine Hilfe bieten könnten, die einer besonderen Heilmaßnahme bedürften, vielleicht ans Meer verschickt werden müßten usw.

Bei dieser sozialpolitischen Arbeit müsse immer die Einheit des Reiches im Auge behalten werden; denn nur die gesamte Nation werde die große Kraft aufbringen können, sich

6.6.1941

den Platz an der Sonne zu erkämpfen und zu erhalten.

Von besonderer Wichtigkeit sei die Arbeit des Hilfswerkes "Mutter und Kind", schon aus der Notwendigkeit heraus, für den Raum, den der Führer durch das Schwert erobert habe, die Wiegen zu stellen. Wenn man von der Frau die Kinder fordere, dann müsse auch andererseits die Gemeinschaft die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Frau nicht zu stark belastet werde. Leider werde auch nach dem Kriege im weiten Umfange die Arbeitskraft der Frau in den Dienst der Wirtschaft gestellt werden müssen. Die Gemeinschaft müsse aber der Frau die Möglichkeit geben, ohne Sorge um ihre Kinder zu arbeiten.

Das seien im wesentlichen die Gedanken, die ihn bei dem Besuch des Generalgouvernements bewegten und zu der Bitte veranlaßten, daß für eine noch engere Gemeinschaft in der Zukunft gesorgt werde. Noch auf lange Zeit hinaus werde für das Generalgouvernement die Hilfe des Reiches in dieser Beziehung notwendig sein, damit für die Reichsdeutschen und Volksdeutschen in diesem Raum die Einrichtungen geschaffen und die Maßnahmen getroffen werden könnten, deren es zur Erhaltung der Volksgesundheit und zur Förderung des Volkstums bedarf. Im Generalgouvernement erforderten die Verhältnisse besondere Organisationsformen. Andererseits müsse aber das Amt für Volkswohlfahrt im Arbeitsbereich eng mit den Parteidienststellen des Reiches zusammenarbeiten.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley plane jetzt eine Neuordnung der gesamten sozialen Arbeit und besonders des Gesundheitswerkes. Eine Meinungsverschiedenheit, die zwischen ihm, Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt, und Staatssekretär Dr. Conti, der den Aufbau eines eigenen Gesundheitswerkes plante, bestanden habe, sei inzwischen beigelegt worden. In einer Aussprache mit Gauleiter Dr. Jury, der selber Arzt sei, sei im wesentlichen grundsätzlich festgelegt worden, daß Staatssekretär Dr. Conti als Reichsgesundheitsführer ein Führungsamt im Gegensatz zum Durchführungsamt habe. Er, Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt, habe ein Durchführungsamt,

6.6.1941

während Staatssekretär Dr. Conti die gesundheitlichen Anweisungen für die Gesundheitsführung z.B. an die Arbeitsfront gebe. Die Durchführung der gesundheitlichen Maßnahmen im Kriege liege bei der Arbeitsfront. Eine ähnliche Regelung sei für die Reichsjugendführung getroffen. Die Gesundheitsämter sind nicht Einrichtungen der Partei, sondern des Staates. In Zusammenarbeit mit den staatlichen Gesundheitsämtern werde man Beratungsstellen in den kleineren Dörfern und Landkreisen einrichten. Zu diesem Zweck würden Verträge mit Ärzten abgeschlossen werden, in denen eine neue Regelung ihrer Tätigkeit festgelegt werde. Andererseits schalte man das Volk selbst über die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer z.B. beim Hilfswerk "Mutter und Kind" ein. Sie versähen den Zubringerdienst und sorgten dafür, daß, wenn eine Schwester oder Fürsorgerin einen Krankheitsfall feststelle, eine Frau zum Arzt gehe. Auch werde dafür Sorge getragen, daß Kindergärtnerinnen nicht nur pädagogisch vorgebildet, sondern auch in der Gesundheitsführung des Kindes unterwiesen würden.

Die Regelung im Generalgouvernement sei nun so gestaltet, daß der Leiter des Amtes für Volkswohlfahrt als politischer Leiter der NSDAP. im Auftrag des Generalgouverneurs das deutsche Hilfswerk führe. Die besonderen Gegebenheiten des Generalgouvernements ließen die Bildung einer NSV nicht zu. Der Aufgabenbereich des Bereichsleiters Ollesch sei aber im übrigen der gleiche wie derjenige eines Amtsleiters der NSV im Reich.

Der Herr Generalgouverneur will vor allem verhütet wissen, daß Organisationen geschaffen würden, die den mühselig aufgebauten Einheitsapparat der Partei zerreißen könnten. Vor allem handle es sich für das Generalgouvernement um die Erfüllung praktischer Aufgaben, so besonders um die Fürsorge für die Reichsdeutschen und Volksdeutschen im Generalgouvernement, für die ja auch Reichsmittel eingesetzt worden seien.

6.6.1941

Abteilungspräsident Westerkamp schildert die Tätigkeit der Unterabteilung "Fürsorge" in der Hauptabteilung "Innere Verwaltung". Die Durchführung der von der Abteilung angeordneten Maßnahmen liege vor allem in den Händen der Kreishauptmänner. Es gebe im Generalgouvernement Mütter- und Kinderheime für Volksdeutsche, die im Eigentum des Generalgouvernements ständen. So sei z.B. das Heim in Rabka staatliches Eigentum und stehe unmittelbar unter der Regie der Abteilung.

Bereichsleiter Ollesch berichtet, daß er bereits mit dem Aufbau einer Organisation begonnen habe, die genau der Organisation in der Partei entspreche. Die erste Hilfsstelle des Werkes "Mutter und Kind" sei im Entstehen. Seinem Bemühen, die Krankenhäuser in den Sektor der Partei zu übernehmen, sei bisher noch kein Erfolg beschieden gewesen. Jedoch seien schon einige Beratungsstellen eingerichtet worden, die mit der Abteilung "Gesundheitswesen" zusammenarbeiteten.

Der Herr Generalgouverneur hält es für zweckmäßig, daß Partei und Staat sich darüber einigten, in welcher Weise bisher staatlich betreute Hilfswerke auf die Partei übertragen werden könnten. Hier müsse z.B. die Frage beantwortet werden, wer für die Betreuung der in Not geratenen Reichsdeutschen eintrete oder ob staatlicherseits ein Bedenken dagegen bestehe.

Bereichsleiter Ollesch gibt zu bedenken, daß die dem Staat zur Verfügung stehenden Einrichtungen nicht genügten, um die Not zu mildern. Er schlage deshalb vor, daß die Mütterheime, die Erholungsheime, die Kindergärten usw. der Partei übergeben würden.

6.6.1941

Abteilungspräsident Westerkamp weist demgegenüber darauf hin, daß diese Aufgabe durch die Fürsorgeabteilung erfüllt werden müßte.

Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt betont, daß die Übertragung solcher Aufgaben an die Partei eine finanzielle Entlastung für die Abteilung "Innere Verwaltung" bedeuten würde. Im Reich gebe es überhaupt keine staatlichen Mütterheime. Die Abteilung "Fürsorge" habe mit der Erfüllung der ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben so viel zu tun, daß sie eigentlich eine Begrenzung dieses Aufgabenbereichs begrüßen müßte. Im Protektorat sei darüber bereits eine Einigung zustande gekommen. Hier würden die Aufgaben der staatlichen Fürsorge von der NSV nach den Weisungen des Oberlandrates durchgeführt. Jedenfalls halte er es für falsch, wenn von Seiten des Generalgouvernements Mütterheime errichtet werden, für die im Reiche überhaupt keine Staatsmittel beansprucht würden. Die Partei lege den größten Wert darauf, daß gerade die Mütterheime als Einrichtungen der NSDAP. gälten.

Abteilungspräsident Westerkamp erinnert daran, daß die Volksdeutschen nach der früheren Version sämtlich ins Reich umgesiedelt werden sollten. Deshalb sei man der Meinung gewesen, daß es sich nicht lohne, für eine verhältnismäßig kurze Frist, einen Parteiapparat neben den staatlichen Apparat zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur will Klarheit darüber schaffen, daß die Aufgaben der NSDAP. auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt genau wie im Reiche bearbeitet werden sollen. Hier müsse man unbedingt eine klare Linie finden. Ein solches Vorgehen sei auch unerläßlich, weil eine solche Behandlung der Dinge nicht zum Nachteil, sondern zum Vorteil des Staates gereichen würde. Eine Einigung zwischen Abteilungspräsident

<u>6.6.1941</u>

Westerkamp und Bereichsleiter Ollesch werde möglich sein, und zwar in der Richtung, daß die Betreuung der Volks- und Reichsdeutschen, der fürsorgeberechtigten Mütter und Kinder vom Arbeitsbereich "Generalgouvernement" der NSDAP. übernommen werde. Dabei müsse selbstverständlich unter allen Umständen vermieden werden, daß zwei Verwaltungen nebeneinander ständen. Darüberhinaus müsse mit der Reichsorganisation ein Austausch von Erfahrungen stattfinden. Für die Eigentumsübertragung bezw. die Zurverfügungstellung von bisher der Verwaltung der Abteilung "Fürsorge" unterliegenden Einrichtungen müßte ein Erlaß herausgegeben werden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch zu den <u>Erholungsheimen</u> und ähnlichen Einrichtungen von Post und Eisenbahn Stellung genommen. Hier hat Oberbefehlsleiter <u>Hilgenfeldt</u> keine Einwendungen gegen den Betrieb solcher Einrichtungen durch Post und Eisenbahn zu erheben, wenn die Kosten von den Verwaltungen getragen würden. Anders liege die Sache aber dann, wenn etwa erholungsbedürftige Beamte verschickt und sowieso von der Volkswohlfahrt Zuschüsse gegeben werden müßten.

Gegenüber der Einwendung des Abteilungspräsidenten Westerkamp, daß bisher noch keine genaue Abgrenzung getroffen worden sei, hält der Herr <u>Generalgouverneur</u> eine baldige Einigung der beiden Sektoren darüber für notwendig, welche Heime und sonstigen Einrichtungen unter diese Regelung fallen sollten. Es müßte ein Zeitpunkt bestimmt werden, - etwa mit dem Stichtage des 1. Juli 1941, - zu dem diese Heime und <u>Einrichtungen</u> aus der staatlichen Verwaltung in die Verwaltung des Arbeitsbereichs "Generalgouvernement" der NSDAP. <u>überführt</u> werden. Die Entscheidung über diese Frage müsse der Staatssekretär im Einvernehmen mit Dienstleiter Schalk auf Grund der von Abteilungspräsident Westerkamp und Bereichs-

leiter Ollesch gemachten Vorschläge treffen und ihm dann vorlegen. Er werde jedenfalls nicht dulden, daß fürderhin außerhalb der Partei eine Wohlfahrt durchgeführt werde. Ferner müsse auch für die bedürftigen Volksgenossen, die im Staatsdienst ständen, aber nicht Parteigenossen seien, eine Regelung getroffen werden. Die Dienststellen müßten darauf hingewiesen werden, daß für solche Reichsdeutschen die Möglichkeit der Verschickung ins Reich, der Gewährung eines Aufenthalts am Meer oder im Gebirge usw. bestehe.

Bereichsleiter Ollesch will auch die Kindergärten in diese Regelung einbezogen wissen, die jetzt vom Staate betrieben und vornehmlich von volksdeutschen Kindern benutzt würden. Auch sie müßten vom Amt für Volkswohlfahrt übernommen werden.

Der Herr Generalgouverneur hält es für dringend notwendig, daß auch ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit der Eltern deutsche Kinder in diese Kinderheime aufgenommen werden.

Der Herr Generalgouverneur geht dann des weiteren auf die Frage ein, ob und in welchem Umfange etwa der polnischen Bevölkerung eine Fürsorge zuteil werden solle. Selbstverständlich sei es völlig ausgeschlossen, daß man die Polen auf einem der wichtigsten Gebiete wie dem der Wohlfahrt frei wirtschaften lasse. Hier müsse unbedingt eine Überwachung stattfinden.

Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt ist der Auffassung, daß man hier scharf trennen müsse zwischen der Tätigkeit des Amtes für Volkswohlfahrt des Arbeitsbereichs, die auf das deutsche Volk ausgerichtet sei, und einer im Rahmen des notwendigen liegenden Fürsorge für die Polen. Selbstverständlich müsse die letztere Arbeit unter Führung des Staates stehen. Die NSV erhalte dieMittel durch das deutsche Volk

und setze sie für das deutsche Volk ein, allerdings im weitesten Sinne, so z.B. auch für Slowenen, sogar für Polen aus Danzig, die man eindeutschen wolle. Der Führer habe seinerzeit das Winterhilfswerk als Gesetz geschaffen und wolle es bestehen bleiben lassen als Erziehungswerk des deutschen Volkes. Durch die Opferbereitschaft wolle er das Volk zum Gemeinschaftsdenken bringen. Deshalb müsse in diesen Dingen eine scharfe Abgrenzung gegenüber dem Staat stattfinden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen den Gedanken, das polnische Volk sich selbst erziehen zu lassen. Wenn er aber Verbote gegen Schaffung von Einrichtungen auf polnischer Seite ergehen lassen wolle, dann müsse er andererseits einen Apparat haben, der ihm das ermögliche. Hier müsse ein System aufgestellt werden, an die Stelle des polnischen Hilfswerkes müsse eine staatliche Einrichtung ähnlich der der Woids gesetzt werden. Er bitte den Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt dafür zu sorgen, daß auch im Reiche diese Begriffe scharf von einander getrennt werden. Man müsse im Reich Verständnis dafür haben, daß es sich im Generalgouvernement bei der Wohlfahrt um etwas anderes handle als etwa um eine Ausdehnung des Winterhilfswerkes auf die Polen.

Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt weist auf die Tatsache hin, daß die Polen jetzt und in Zukunft für das Reich arbeiten sollten. Wenn dem so sei, dann müßten auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß ihre Arbeitskraft voll eingesetzt werden könnte. Allerdings bestehe nach seinen Erfahrungen immer die große Gefahr, daß sich unter dieser Humanitätsidee politische Kräfte organisierten, die unter dem Deckmantel der Wohlfahrt ihre eigentlichen Ziele versteckten.

6.6.1941

Gegenüber dem Hinweis des Abteilungspräsidenten Westerkamp, daß, soweit möglich, eine strenge Kontrolle durchgeführt und Versammlungen so gut wie völlig unmöglich gemacht seien, mahnt der Herr Generalgouverneur zur Vorsicht gegenüber der polnischen Bevölkerung insbesondere in ihren höheren Schichten.

Abschließend faßt der Herr Generalgouverneur das Ergebnis der Besprechung zusammen und beauftragt Abteilungspräsident Westerkamp und Bereichsleiter Ollesch, unverzüglich eine Einigung über die an den Arbeitsbereich zu übertragenden sozialen Fürsorgeeinrichtungen herbeizuführen.

14.00 F r ü h s t ü c k anläßlich der Anwesenheit des Oberbefehlsleiters Hilgenfeldt.

Hierbei werden folgende Tischreden gehalten:

536

6.6.1941

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Lieber Parteigenosse Hilgenfeldt!

Ich heiße Sie hier im Namen der Regierung des Generalgouvernements herzlich willkommen und möchte unserer Freude darüber Ausdruck geben, daß Sie trotz der großen Arbeitslast, die auf Ihnen liegt, diese Reise zu uns unternommen haben.

Es ist für uns alle eine wertvolle Erinnerung, wie damals, im Jahre 1939, als wir die Arbeit hier aufnahmen, Ihre Kolonnen, Ihre Küchen, Ihre Vorräte und Ihre Männer sich hier einfanden, sich hier betätigten und uns, der Regierung dieses Gebietes, überhaupt erst die Möglichkeit einer neuen Organisation des Lebens in diesem Raum gaben. Seien Sie dafür mit aller Herzlichkeit bedankt! Als Parteigenosse möchte ich Ihnen auch an dieser Stelle sagen, in welch' großem Maß wir durch Ihr Wirken und Ihre Organisation erneut den Beweis erhielten für die unvergleichliche Großartigkeit des sozialen Aufbauwerkes, das Sie auf Befehl des Führers in der NSV geschaffen haben. Ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, daß hier, im derzeit östlichsten Machtbereich von Staats wegen alles geschehen wird, um dem großen Werk, das Sie geschaffen haben, den Durchbruch zu ermöglichen. Durch das heute zwishhen uns getroffene Übereinkommen, wonach die gesamte Fürsorge in dem Ihnen vom Führer gestellten Rahmen für Volksdeutsche und Reichsdeutsche auf die NSV übergeht, ist Ihrer Persönlichkeiten und Ihrer Organisation im Generalgouvernement eine Arbeitsmöglichkeit und eine unmittelbare Wirkungsstätte eröffnet. Ich möchte Sie bitten überzeugt zu sein, daß wir in Ihnen und in Ihrem Wirken eines der leuchtendsten und vorbildlichsten Leistungen das nationalsozialistischen Großreiches Adolf Hitlers sehen.

Es liegen vielleicht schwere Wochen und Monate vor uns. In diesen Wochen und Monaten bewegen uns viele Sorgen. An diesen Sorgen werden Sie vielleicht mit Ihrer Organisation helfend Anteil nehmen müssen. Ich habe zu meiner großen Freude

von Ihnen die Erklärung entgegengenommen, daß Sie uns, die wir nun in diesen kommenden Wochen und Monaten eines der schwierigsten Gebiete des Reiches sein werden, helfen wollen.

Ich trinke auf Ihr persönliches Wohl und auf das Gedeihen Ihres Werkes!

Oberbefehlsleiter Hilgenfeldt:

Herr Generalgouverneur!

Ich danke Ihnen für die überaus liebenswürdigen Worte der Begrüßung und für die Gastfreundschaft, die wir von Ihnen empfangen haben. Ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß von meiner Seite alles getan wird, um die schweren und großen Aufgaben, die Sie hier in Ihrem Arbeitsbereich zu erfüllen haben, zu erleichtern. Wir wissen, daß jeder einzelne Deutsche hier auf vorgeschobenem Posten steht und daß von ihm ein Maß von Arbeit verlangt wird wie es nur an wenigen Stellen in gleicher Weise geschieht. Es ist unsere Pflicht, Ihnen dadurch zu helfen, daß wir all' den Reichsdeutschen, die Ihnen unterstellt sind und auch den Volksdeutschen unsere Hilfe zuteil werden lassen. Es wird weiter unser Ziel sein, Ihre Arbeit zu stärken dadurch, daß wir Einrichtungen des Reiches in Ihren Bereich hineinverlegen und für Ihre deutschen Menschen zur Verfügung stellen.

Wir haben heute unser Gesicht nach Osten gewendet. Wir stehen vor gewaltigen Ereignissen. Ich weiß, daß Sie zur Erfüllung Ihrer Aufgaben eine Hilfe, besonders auf dem Gebiete der Ernährung, brauchen. Sobald ich nach Berlin zurückkehre, werde ich alles tun, um Ihnen eine Entlastung zuteil werden zu lassen.

Ich trinke auf Ihr Wohl, Herr Generalgouverneur!

.40 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

XV/3

Burg Krakau

Sonnabend, den 7. Juni 1941

5^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

6^{00} Tee-Empfang für Mitglieder des Staatstheaters.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

V/3 Kressendorf

Sonntag, den 8. Juni 1941

11^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

3

Burg Krakau

Montag, den 9. Juni 1941

0^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

0^{55} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

1^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

1^{20} Besprechung mit Finanzpräsident Spindler und Kammergerichtsrat Dr. Keith in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

1^{55} Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

Im Anschluß an die Besprechung stellt Dienstleiter Schalk dem Herrn Generalgouverneur den Gauamtsleiter Kobusch vor, der zum Leiter des Hauptarbeitsgebietes "Organisation" im Arbeitsbereich "Generalgouvernement" der NSDAP. ernannt worden ist.

12^{35} Besprechung mit Landesbauernführer Körner.

12^{50} Besprechung mit Pressechef Gaßner.

12^{55} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter und dem Distriktsbeauftragten Pavlu.

Gouverneur Dr. Wächter legt dem Herrn Generalgouverneur einen Plan der Eingemeindungen in die Stadt Krakau vor. Der Plan sei, so führt Gouverneur Dr. Wächter aus, nach längeren Verhandlungen mit der Hauptabteilung "Innere Verwaltung" aufgestellt worden. (Gouverneur Dr. Wächter erläutert an Hand einer Karte den Umfang der beabsichtigten Eingemeindungen).

Distriktsbeauftragter Pavlu macht sodann Mitteilung von der beabsichtigten Umbenennung von Straßen und Plätzen in Krakau. Bei der Umbenennung sei man von dem Gedanken ausgegangen, daß vor allem Straßen nicht mehr nach polnischen

Politikern benannt werden dürften. Man beabsichtige, bei der Umbenennung Namen aus der deutschen Geschichte Krakaus, deutsche Städtenamen und Namen deutscher Gaue, die mit der Geschichte Krakaus in Verbindung ständen, zu wählen. Selbstverständlich sei dafür Sorge zu tragen, daß zunächst noch die alten polnischen Namen auf den Schildern beibehalten blieben. Demnächst werde ein neuer Plan der Stadt Krakau erscheinen, in welchem diese Umbenennungen schon berücksichtigt seien. Ferner sei in Aussicht genommen, am Hauptbahnhof und auf dem Adolf-Hitler-Platz je einen großen Stadtplan aufzustellen.

Den Vorschlag, einen der Ringe nach ihm zu benennen, glaubt der Herr Generalgouverneur aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen zu müssen.

Distriktsbeauftragter Pavlu geht dann noch kurz auf die Ernährungslage der Stadt Krakau ein, die zu großen Besorgnissen Anlaß gebe, wenn die starke Truppenbelegung noch längere Zeit aufrechterhalten bleibe.

IV/3

9.6.1941

15⁰⁰

Empfang einer japanischen Delegation im großen Saale der Burg zu Krakau. Der Delegation gehören an:

Ministerialrat Maru,
Oberst Yamamoto,
Ministerialrat Kiyohara,
Ministerialrat Takada,
Ministerialrat Nishigaya,
Ministerialrat Sato,
Regierungsrat Yotunoto,
Dr. Ryu.

An dem Empfang nehmen teil: Staatssekretär Dr. Bühler, Gesandter von Wühlisch, Gesandter a.D. Dr. Rümelin, Finanzpräsident Spindler, Landesbauernführer Körner, Dienstleiter Schalk, Gouverneur Dr. Wächter, Abteilungspräsident Westerkamp, Major Elger, Major von Rothkirch, Hauptmann Brand, Dr. Pfeiffer und Dr. Franke.

Der Herr Generalgouverneur bietet der Delegation einen herzlichen Willkommensgruß und dankt ihr für ihr Erscheinen auf der Burg zu Krakau.

Der Führer der Delegation Ministerialrat Maru richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Es ~~bedeutet~~ ist mir eine hohe Ehre, Euer Exellenz, heute in dieser schönen deutschen Stadt Krakau Sie namens der Kaiserlich Japanischen Ministerialkommission und der anderen japanischen Herren begrüßen zu dürfen. Der Name Euer Exellenz ist uns seit langem bekannt. Es erfüllt michmit besonderer Freude, hier der Tatsache der Gründung der Internationalen Rechtskammer gedenken zu können, zu deren Präsident, Sie Exellenz, erwählt wurden. Ich bin davon überzeugt, daß die Schaffung dieser Rechtskammer die Zusammenarbeit der beiden befreundeten Länder nicht nur auf dem Gebiete der Rechtspflege, sondern auch auf den anderen staatlichen Gebieten noch tiefer und enger gestalten wird. Wir haben uns in Japan bestrebt, eine Neuordnung der Welt zu schaffen. Ich hoffe,

9.6.1941

daß uns in Zukunft auch von deutscher Seite Hilfe zuteil werden wird, damit wir diesem großen Ziele immer näher kommen. Seit zwei Wochen haben wir in Berlin beim OKW Vorträge gehört, und heute sind wir nun ins Generalgouvernement gekommen. Ich möchte nochmals meinem herzlichen Dank dafür Ausdruck geben, daß Euer Exellenz uns die Besichtigung der Dienststellen und Behörden des Generalgouvernements ermöglicht haben. Ich möchte noch besonders darauf hinweisen, daß unserem japanischen Botschafter Oshima mit der Begründung der Internationalen Rechtskammer eine große Freude bereitet worden ist. Der Herr Botschafter läßt Sie durch mich herzlich grüßen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Ich bin sehr glücklich darüber, daß ich den Vorzug habe, die Herren aus Japan hier auf der Burg zu Krakau begrüßen zu können. Für die Regierung des Generalgouvernements als des östlichsten Machtbereiches des Großdeutschen Reiches bedeutet es eine besondere Ehre, die Vertreter des so tapferen großen japanischen Volkes, das mit dem deutschen Volke eine innige Schicksalsverbindung eingegangen ist, hier willkommen heißen zu dürfen. Eigentlich ist ja das Generalgouvernement dem Japanischen Reiche sehr benachbart; denn zwischen uns beiden befindet sich nur ein Staat.

Die Herren werden hier im Generalgouvernement viel interessantes sehen. Was an mir und an meinen Herren liegt, wird geschehen, um Ihnen jeglichen Einblick in die Art der Führung dieses Gebietes zu gewähren.

Daß wir mitten in dem großen Kriege gegen die plutokratischen Weltmächte einen Bund der jungen tapferen Völker Japans, Deutschlands und Italiens auch im Recht, auf dem Gebiete des juristischen Arbeitens geschlossen haben, ist mir persönlich eine große Freude. So begrüße ich die Herren nicht nur als Deutscher den Japanern gegenüber, sondern auch als Präsident der Internationalen Rechtskammer und gebe

544

9.6.1941

meiner großen Genugtuung darüber Ausdruck, daß die juristischen Kollegen aus Japan zu uns gekommen sind. Die Ordnung des Weltreiches ist nicht ohne ein klares Rechtsgefüge denkbar, und sie nach modernen Rechtsgrundsätzen aufzubauen, ist ja unsere besondere Aufgabe als Rechtswahrer.

Die Tapferkeit der deutschen Soldaten hat dieses Gebiet, das altes deutsches Siedlungs- und Kulturland ist, dem deutschen Volke zurückgegeben, und die Fähigkeit der deutschen organisatorischen Leistung muß nun dieses Gebiet dem deutschen Gesamtgefüge friedlich einordnen. So arbeitet hier das tapfere deutsche Schwert mit dem unbesiegbaren Glauben des deutschen Rechts zusammen.

Im Anschluß an den Empfang findet zu Ehren der japanischen Gäste ein Frühstück statt.

[illegible]10 Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

[illegible]30 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Institut für deutsche Ostarbeit. (Serenade im Gotischen Hof des Instituts). Unter Leitung des Chefdirigenten Dr. Hanns Rohr bringt die Philharmonie des Generalgouvernements folgende Werke zu Gehör:

Joh. Seb. Bach: Air

Wolfg. Amadeus Mozart: Andante aus dem Konzert für Flöte und Harfe (Solist: Hans-Jakob Seidel von der Kapelle des Staatstheaters)

Ludw. van Beethoven: VI. Symphonie (Pastorale)

Friedrich Smetana: Die Moldau.

[illegible]00 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Kressendorf

Dienstag, den 10. Juni 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Kressendorf

Mittwoch, den 11. Juni 1941

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Anordnung:

Mit dem 15. Juni 1941 als äußerstem Termin müssen sämtliche Ehefrauen von Beamten und Angestellten das Gebiet des Generalgouvernements verlassen haben. Diejenigen Frauen, denen eine besondere Genehmigung erteilt worden ist, können in Zakopane oder Rabka Aufenthalt nehmen. Dies muß jedoch ebenfalls bis zum 15. Juni geschehen sein.

Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, den Gouverneuren von dieser Anordnung Kenntnis zu geben.

Diese Anordnung hat insbesondere auch für Krakau Geltung.

Kressendorf

Donnerstag, den 12. Juni 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Burg Krakau

Freitag, den 13. Juni 1941

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Besprechung mit Dienstleiter Schalk und Bereichsleiter Hollweger.

Besprechung mit Abteilungspräsident Bankdirigent Dr. Paersch.

Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Tätigkeit der Abteilung Preisbildung. Er habe, so führt er aus, seine Mitarbeiter angewiesen, irgendwelche Probleme minderer Bedeutung jetzt hintanzustellen und ihre Hauptaufgabe in einer Unterstützung der Arbeiten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zu sehen. Als besondere Aufgabe stehe jetzt die Vorbereitung einer gründlichen Bekämpfung des Schleichhandels im Vordergrunde. Zur Zeit sei es leider so, daß man mit der Schleichhandelbekämpfung als solcher allein auch nichts mehr erreichen könne. Die verhältnismäßig geringen Vorräte, die sich im Besitz des Schleichhandels befänden, kämen augenblicklich auch nicht mehr an die Bevölkerung heran. Aus diesen Gründen dürfe die Schleichhandelbekämpfung nicht ruckartig einsetzen, sondern müsse dort in Angriff genommen werden, wo eine Besserung der Versorgungslage möglich sei. Die Hauptaufgabe werde darin liegen, bei Einbringung der Ernte den Schleichhandel soweit als möglich auszuschalten. In der Zeit bis zur neuen Ernte sei die Bekämpfung des Schleichhandels in einem gewissen Grade zurückgestellt worden. Kontrollen zum Zwecke der Bekämpfung des Schleichhandels seien durch einen Erlaß vor allem für den

Landkreis Warschau überhaupt unterbunden worden. Es sei Vorsorge getroffen, daß die Zufuhren an Gemüse und Kartoffeln grundsätzlich nicht verhindert würden, weiter, daß bei den für die Kontrollen verantwortlichen Dienststellen absolute Klarheit darüber bestehe, was noch der Kontrolle unterliegen solle. Wichtig sei allerdings nach wie vor, daß man gewerbsmäßige Schieber davon zurückhalte, sich in den Besitz größerer Vorräte zu setzen. Für die Zeit nach dem 15. August werde man neue Maßnahmen ergreifen müssen, insofern dann mehr als bisher eine systematische Kontrolle durchgeführt werden müsse. Man müsse sich dessen bewußt sein, daß es in der Zeit zwischen dem 1. September und 1. Dezember d.J. kaum eine wichtigere Aufgabe gebe als diejenige, die gesamte Ernte und alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die irgendwie erfaßt werden könnten, restlos in den Besitz des Staates zu überführen. Zu diesem Zwecke müßten einerseits die Erfassungsmaßnahmen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft verwirklicht, andererseits müsse aber verhindert werden, daß irgendwelche unverantwortlichen Elemente etwa den Versuch unternähmen, diese Erfassungsmaßnahmen irgendwie zu stören. Zur Durchführung dieses Planes müsse das vorhandene Personal an Polizei- und Überwachungskräften planmäßig eingesetzt werden. Er habe bereits mit dem Kommandeur der Ordnungspolizei Fühlung genommen, und man sei sich über die Art des Vorgehens bereits klar geworden. Es sei beabsichtigt, Kontrollzonen einzurichten, die z.B. bei Warschau etwa den Umfang eines Kreises hätten. In diesen Zentren sollten besondere Kontrollpunkte eingerichtet werden, die von einem Tag zum anderen gewechselt werden könnten. An diesen Kontrollpunkten solle dann das gesamte verfügbare Personal eingesetzt werden, und zwar in der Weise, daß der Schleichhandel nicht ausweichen könne. In den zwei oder drei Monaten, in denen man den Schleichhandel abzudrängen hoffe, müsse die amtliche Versorgung besonders reichlich fließen, es müsse dafür gesorgt werden, daß vor allem in den Städten irgendwelche

13.6.1941

Mangelerscheinungen bei den kontrollierten Gütern nicht auftreten könnten. In diesen zwei oder drei Monaten müsse selbstverständlich das Personal, das zur Zeit für die Schleichhandelbekämpfung und Preisüberwachung zur Verfügung stehe, wesentlich verstärkt werden. Auch werde man vorübergehend das gesamte Personal an bestimmten Punkten konzentrieren müssen. Von diesen Maßnahmen erhoffe man die Wirkung, daß die amtliche Versorgung völlig ausreichend funktionieren werde und keine Störung in der Versorgung der Bevölkerung eintrete. So werde sich dann die Bevölkerung auch daran gewöhnen, daß sie für die Versorgung die amtlichen Stellen in Anspruch nehmen könne. Andererseits werde der Bauer die Aussichtslosigkeit seines Bestrebens, sich durch Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse an den Schleichhandel zusätzlichen Gewinn zu verschaffen, einsehen und geneigt sein, seine Ware an die Erfassungsstellen abzugeben. Für die Durchführung dieser Maßnahme werde es einer engen Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Preisüberwachung und der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft bedürfen. Wenn es in den drei Monaten vor Weihnachten gelinge, genügend Vorräte in die zur Verfügung stehenden Läger zu bringen, dann sei zu hoffen, daß sich die Situation wesentlich besser gestalten werde als im vergangenen Jahre.

Der Herr Generalgouverneur erblickt ebenfalls in einem engen Zusammenarbeiten zwischen den beiden Abteilungen eine der ersten Voraussetzungen für eine intensive Erfassung landwirtschaftlicher Produkte und eine wirksame Bekämpfung des Schleichhandels. Zu diesem Zwecke müsse allerdings noch mehr als bisher die Verteilung von Bedarfsartikeln wie Schuhen, Kleidern, landwirtschaftlichen Geräten usw. an die ländliche Bevölkerung sichergestellt werden.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann weist darauf hin, daß in dieser Hinsicht auch im vergangenen Jahre schon manches geschehen sei. Das Quantum, das an Schuhen, Kleidern, Wodka, Zigaretten usw. der bäuerlichen Bevölkerung zur Ver-

fügung gestellt worden sei, wäre an sich schon ausreichend gewesen, um einen Erfolg zu verbürgen. Auch in diesem Jahre werde man aller Voraussicht nach in der Lage sein, ein genügendes Quantum solcher Erzeugnisse bereitzustellen. Aber diese Maßnahmen hätten wenig Zweck, wenn der Bauer wieder imstande sei, sich mit Hilfe des Schleichhandels so viel Geld zu verschaffen, daß er alle möglichen anderen Dinge kaufen könne, die nicht für ihn notwendig seien. Das Ansammeln von Geldmengen in der Hand des kleinen Bauern habe, vom Standpunkt des Staates aus gesehen, wenig Sinn, da der kleine Bauer ohnehin nicht geneigt sei, Kapital für den Ausbau seiner Landwirtschaft zu inverstieren, ganz im Gegensatz zu den Besitzern großer Güter, die zu gewissen Investitionen gezwungen werden könnten.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann geht dann auf die derzeitige Ernährungslage im Generalgouvernement ein. Die jetzt auf den Markt kommenden Frischgemüse wie Spinat und Salat bedeuteten selbstverständlich eine eine willkommene Ergänzung der Ernährung, könnten aber schließlich nicht den Mangel an Kartoffeln und Brot ausgleichen. Auch die Zufuhr von frischem Obst in Gestalt von Erdbeeren, Stachelbeeren, Johannisbeeren bringe wohl eine gewisse Besserung der Ernährungslage, sei aber an sich von keiner ausschlaggebenden Bedeutung. Eine Änderung in diesen Verhältnissen werde vielleicht um den 1. Juli eintreten, und deshalb kömme alles darauf an, diese Zeit von drei oder vier Wochen durchzuhalten.

Wenn man sich entschließe, in dieser Weise systematisch vorzugehen, dann dürfe man auch an dem Verhalten gewisser Reichsdeutscher nicht achtlos vorübergehen. Selbstverständlich könne man die Deutschen in diesem System bevorzugt behandeln, es könne aber nicht geduldet werden, daß sich über dasjenige hinaus, was für die Deutschen vorgesehen ist, der eine oder andere aus Disziplinlosigkeit oder anderen Bestrebungen heraus besondere Vorteile verschaffe. Ebenso notwen-

13.6.1941

dig sei es, gegen den von der Wehrmacht betriebenen Schleichhandel vorzugehen. Er bitte daher den Herrn Generalgouverneur, daß er ihn ermächtige, in seinem persönlichen Auftrage mit dem Militärbefehlshaber über diese Frage zu sprechen. Es genüge nicht, daß die Wehrmacht entsprechend scharfe Befehle herausgebe, sondern sie müsse auch bis zu einem gewissen Grade die Verantwortung für die Durchführung solcher Befehle übernehmen.

In letzter Zeit müsse man die Beobachtung machen, daß deutsche Gaststätten Getränke und Speisen zu verhältnismäßig recht hohen Preisen verabfolgten, trotzdem sie die Ware zu amtlichen Preisen erhielten. Leider handle es sich hier gerade auch um solche Gaststätten, die unter amtlicher Regie ständen.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Oberregierungsrat Schulte-Wissermann, entsprechende Maßnahmen gegen diese Preistreiberei zu ergreifen und weist ihn an, dem Staatssekretär von dieser Ermächtigung Mitteilung zu machen.

11.45 Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schepers.

12.10 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Pressechefs Dr. Gaßner den Schriftleiter Dr. Kriegk.

[illegible].45 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Majors Baron von Dazur Generalleutnant der Flieger Walz und Oberstleutnant Zieten.

[illegible].15 F r ü h s t ü c k .

[illegible].15 Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk, Pressechef Gaßner und Hauptschriftleiter Stöppler.

Verlagsleiter Strozyk berichtet kurz über die derzeitige wirtschaftliche Lage der Krakauer Zeitung und teilt mit, daß

13.6.1941

es dem Verlage möglich sein werde, den Zeitungsbetrieb über die kommenden Wochen hinweg aufrechtzuerhalten, da der Druckerei noch ein genügendes Papierkontingent zur Verfügung stehe. Wie sich die Verhältnisse später gestalten würden, sei noch nicht zu sagen, da fürderhin von Berlin keine Hilfe zu erwarten sei.

Der Herr Generalgouverneur umreißt dann in längeren Ausführungen die Aufgaben, die der Krakauer Zeitung als dem vornehmsten Presseorgan des östlichen Machtbereiches des Großdeutschen Reiches für den Fall zugewiesen werden, daß der östliche Machtbereich noch weiter ausgedehnt wird.

Pressechef Gaßner gibt die Versicherung ab, daß die Krakauer Zeitung auch für eine Erweiterung ihres Aufgabenbereiches gerüstet sei.

15.50 Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16.00 Besprechung mit Chefdirigent Dr. Rohr und Intendant Haslinde. Zu dieser Besprechung wird später Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh hinzugezogen.

Der Herr Generalgouverneur spricht Chefdirigent Dr.Rohr seine Anerkennung für die Leistungen der Philharmonie des Generalgouvernements aus, die sich von Monat zu Monat zu wirklich künstlerischer Höhe gesteigert hätten. Das habe vor allem das Konzert am Montag, dem 9. Juni, die Serenade im alten Hof des Instituts für deutsche Ostarbeit, mit der wundervollen Aufführung der VI. Symphonie (Pastorale) von Beethoven gezeigt. Auf gleicher künstlerischer Höhe habe, wie im berichtet worden sei, die Serenade am 12. Juni gestanden.

Chefdirigent Dr. Rohr überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Memorandum mit einem Rechenschaftsbericht über das erste Jahr des Bestehens der Philharmonie des Generalgouvernements.

13.6.1941

Der Herr Generalgouverneur dankt Chefdirigent Dr. Rohr für die von ihm geleistete Arbeit und bittet ihn, diesen Dank und seine Anerkennung auch den anderen Mitarbeitern der Philharmonie zu übermitteln.

Im weiteren Verlauf der Besprechung geht Chefdirigent Dr. Rohr auf die wirtschaftliche Lage der Orchestermitglieder ein und bittet den Herrn Generalgouverneur, dafür zu sorgen, daß die Bezüge der Orchestermitglieder um Zl. 100.-- je Monat erhöht werden.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Anordnung:

1. Die Bezüge der Orchestermitglieder sind in dem gleichen Maße zu erhöhen wie die Bezüge sämtlicher polnischen Beamten, die im Dienste des Generalgouvernements stehen, und zwar mit Wirkung vom 1. Mai 1941.

2. Von dieser Anordnung ist Oberregierungsrat von Streit unverzüglich Mitteilung zu machen.

3. Jedes Orchestermitglied erhält aus dem Dispositionsfonds des Generalgouverneurs zum Ende der Spielzeit eine besondere Zulage von Zl. 100.--

4. Staatssekretär Dr. Bühler wird ersucht, dem Chefdirigenten Rohr Gelegenheit zu einer Aussprache über die Heimfrage zu geben.

5. Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh wird beauftragt, ein Gutachten über die Frage zu erstatten, welche Rechtsfigur die Philharmonie des Generalgouvernements erhalten solle. In gemeinsamer Besprechung mit den Leitern der Philharmonie und einem Vertreter der Abteilung Finanzen ist die Frage zu klären, wem die Philharmonie des Generalgouvernements untersteht, ob sie den Charakter einer Behörde, einer Körperschaft oder einer Stiftung hat bezw. haben soll. Die persönliche Stellung des Chefdirigenten

Dr. Rohr, des Kapellmeisters Erb, des Intendanten Haslinde und des Konzertmeisters Sonnleitner ist auch hinsichtlich ihrer Gehaltsbezüge genau festzulegen.

16[15] Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über das Oberste Rechnungsprüfungsamt des Generalgouvernements,
2. einer Verordnung über die Eichverwaltung des Generalgouvernements,
3. einer Zweiten Verordnung über die Individualversicherung im Generalgouvernement,
4. einer Verordnung über die Lebensversicherung im Generalgouvernement,
5. einer Verordnung über die Einführung von Kennkarten im Generalgouvernement,
6. einer Ersten Durchführungsvorschrift zur Verordnung über die Einführung von Kennkarten im Generalgouvernement,
7. einer Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über das Forst- und Jagdwesen im Generalgouvernement

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

17[15] Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

17[30] Der Herr Generalgouverneur besichtigt in den Tuchhallen zu Krakau die dort ausgestellten Hotelbauentwürfe.

An der Besichtigung nehmen teil: Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Wächter, Präsident Senkowski, Kammergerichtsrat Dr. Keith, Pressechef Dr. Gaßner, Schriftleiter Kriegk, Regierungsrat Schulz, Regierungsrat Gnauck.

Präsident Senkowski gibt dem Herrn Generalgouverneur an Hand von Modellen und Skizzen einen Überblick über den geplanten Hotelbau der Generaldirektion der Monopole.

13.6.1941

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Besprechung mit Präsident Gerteis und Präsident Lauxmann in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Bühler.

Präsident Gerteis gibt dem Herrn Generalgouverneur eine eingehende Schilderung über die derzeitige Transportlage der Ostbahn. Er weist darauf hin, daß der Verkehr zur Zeit mehr gedrosselt sei, als man eigentlich ursprünglich beabsichtigt habe. Deshalb sei das Bestreben der Verwaltung der Ostbahn darauf gerichtet, einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Hier seien auch schon einige Erfolge erzielt worden, und man habe den Wagenumlauf von 1000 auf 2300 bezw. 2400 steigern können. Auch sei mittlerweile wieder im Personenzugfahrplan eine gewisse Ausweitung vorgenommen worden. Der Berufsverkehr sei entsprechend den Notwendigkeiten wieder mehr ausgebaut worden. Im Reich werde der Höchstleistungsplan mit dem 15. Juni wieder fallen gelassen, vor allem im Süden und Westen, sodaß man dort bald mit einem normalen Zugverkehr werde rechnen können. Im Güterverkehr ermögliche die Gestellung von 700 bis 800 Wagen täglich eine einigermaßen ausreichende Befriedigung der Bedürfnisse. Die Wagengestellung für den Kohlentransport habe sich auch gebessert.

Der Herr Generalgouverneur legt besonderen Wert darauf, daß alles getan werde, damit die Ernährungslage des Generalgouvernements nach Möglichkeit sichergestellt werden könne. Dazu bedürfe es vor allem der rechtzeitigen Bereitstellung von Druschkohle.

Präsident Gerteis erklärt sich bereit, alles zu tun, um der Landwirtschaft die benötigten Mengen an Druschkohle zur Verfügung zu stellen. Von Seiten der Ostbahn würden deshalb auch verfügbare Kohlenmengen nicht mehr ins Reich geliefert, sondern im Generalgouvernement zurückgehalten werden. - Die Ernährungsverhältnisse der Polen, die bei der Ostbahn in Warschau beschäftigt seien, seien so katastrophal geworden,

13.6.1941

daß sich die Wehrmacht veranlaßt gesehen habe, für die Versorgung der polnischen Eisenbahnbediensteten durch entsprechende Nahrungszuschüsse beizusteuern.

Präsident Gerteis glaubt damit rechnen zu können, daß etwa am 10. Juli der normale Fahrplan aufgenommen werden könne. Schon am 21. Juni werde sich eine wesentliche Erleichterung zeigen, und er sei deshalb auch gewillt, die Beschränkungen für die Benutzung der Eisenbahn durch Polen wieder fallen zu lassen.

Präsident Lauxmann gibt sodann einen Bericht über die Lage bei der Deutschen Post Osten. Im Gebiete des Generalgouvernements beständen zur Zeit 90 Feldpostämter, die etwa für den Bedarf von 20 Divisionen ausreichten. Die übergroßen Anforderungen, die zur Zeit an die Deutsche Post Osten gestellt würden, hätten leider zu gewissen Stockungen auf dem Gebiete des Päckchen- und Paketverkehrs geführt. Briefpost, Feldpost und gewöhnliche Post seien noch einigermaßen zu befördern. Angesichts der obwaltenden Verhältnisse habe man sich entschliessen müssen, eine Sperre für die Beförderung von Päckchen anzuordnen. Die gegenüber dem letzten Jahre verzehnfachten Anforderungen an die Deutsche Post Osten hätten eine umfangreiche Einstellung von neuem Personal notwendig gemacht. - Auch der Verkehr auf den Kraftpostlinien habe eine Einschränkung erfahren müssen.

Auf dem Gebiet des Fernmeldewesens hätten sich in Verfolg der gegenwärtigen Lage ebenfalls große Schwierigkeiten ergeben. Selbst bei dringenden Staatsgesprächen könne eine Verbindung mit Berlin erst nach vier oder sechs Stunden erreicht werden. Deshalb sei es zu begrüßen, daß der Regierung des Generalgouvernements die Sonderleitung nach Berlin zur Verfügung stehe. Schwierigkeiten ergäben sich auch aus der Tatsache, daß vor allem die Luftwaffe noch über keine eigenen ausreichenden Fernsprechleitungen verfüge. Sie sei deshalb auf die posteigenen Leitungen angewiesen, was ~~sich~~ besonders in der gegenwärtigen Situation

als große Belastung empfunden werde. Doch sei zu hoffen, daß in etwa acht Tagen eine Erleichterung der Lage herbeigeführt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur dankt den Präsidenten der Ostbahn und der Deutschen Post Osten für die von den beiden Abteilungen geleistete Arbeit.

Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Präsidenten Ohlenbusch, des Pressechefs Gaßner, des Verlagsleiters Strozyk sowie der beiden Schriftleiter Dr. Sperl und Krafft den Hauptschriftleiter der "Krakauer Zeitung" Rudolf Stöppler und führt ihn mit Worten der Anerkennung für die geleistete Arbeit in sein Amt ein. -

Hauptschriftleiter Stöppler dankt dem Herrn Generalgouverneur für das ihm bisher entgegengebrachte Wohlwollen und die Fürsorge, die der Herr Generalgouverneur der Krakauer Zeitung stets habe zuteil werden lassen.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Kressendorf

Sonnabend, den 14. Juni 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs vom Bahnhof Trzebinia nach München.

/3 Kressendorf

Sonntag, den 22. Juni 1941

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kattowitz und Fahrt nach Kressendorf.

0^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

2^{30} Besprechung mit Oberstleutnant von Tschammer und Osten.

5^{00} Besprechung mit Pressechef Gaßner.

6^{00} Besprechung mit Oberstleutnant Fischer.

8^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

8^{20} Eintreffen des Staatssekretärs Frank in Haus Kressendorf.

9^{00} Besprechung mit Staatssekretär Frank, Staatssekretär Dr. Bühler und Kammergerichtsrat Dr. Keith sowie Obersturmbannführer Böhme und Hauptmann Haferkamp.

20^{00} Abendessen.

Burg Krakau

Montag, den 23. Juni 1941

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch und des Pressechefs Gaßner den Hauptschriftleiter der "Leipziger Illustrierten Zeitung" Dr. Oehler, der sich zur Zeit auf einer Besichtigungsreise durch das Generalgouvernement befindet.

Unterstaatssekretär Kundt überreicht dem Herrn Generalgouverneur den

Stellenplan des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur spricht bei dieser Gelegenheit dem Unterstaatssekretär Kundt seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus. Der Herr Generalgouverneur gibt weiter dem Wunsche Ausdruck, die Mitarbeiter am Stellenplan, Finanzpräsident Spindler, Präsident Westerkamp, Regierungsdirektor Dr. Gstöttenbauer, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh sowie die technischen Bearbeiter Oberregierungsrat Radtke und Regierungsrat Hasse zu empfangen, um ihnen ebenfalls seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete vorbildliche Arbeit auszusprechen.

Unterstaatssekretär Kundt teilt mit, daß der Stellenplan demnächst dem Reichsministerium des Innern zugeleitet und einer eingehenden Besprechung unterzogen werden soll. Staatssekretär Stuckart habe ihm zugesagt, daß er in der Lage sein werde, eine Stellungnahme der Reichsinstanzen in etwa vier Wochen herbeizuführen. Staatssekretär Stuckart wolle dann auch die Punkte bezeichnen, in denen das Reichsministerium des Innern abweichender Meinung sei.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß der Stellenplan nach der Prüfung durch die Reichsinstanz ihm nochmals

23.6.1941

vorgelegt und dann nach einer gemeinsamen Besprechung der beteiligten Abteilungspräsidenten zur Durchführung gebracht werden solle.

17[20] Tee-Empfang aus Anlaß der Anwesenheit des Staatssekretärs Frank.

20[00] Vortrag des Staatssekretärs Frank im Institut für deutsche Ostarbeit über das Thema:"Das Protektorat Böhmen-Mähren in staatsrechtlicher und politischer Beziehung."

21[25] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

563

3 Burg Krakau

Dienstag, den 24. Juni 1941

5 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

3o Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

2o Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

o5 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

15 F r ü h s t ü c k .

oo Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

15 Besprechung mit Dr. Pirmin Schneider.

3o Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

564

IV/3 Kressendorf

Mittwoch, den 25. Juni und
Donnerstag, den 26. Juni 1941.

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

IV/3 Kressendorf

Freitag, den 27. Juni 1941

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet dem Herrn Generalgouverneur über seine Unterredung mit Generaloberst von Rundstedt.

12^{15} Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk und Pressechef Gaßner.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Präsident Gerteis und spricht ihm seinen Dank und seine Anerkennung für die Leistungen der Ostbahn in den vergangenen Wochen aus.

15^{00} Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

15^{30} Besprechung mit Landesbauernführer Körner, Landwirtschaftsrat Dr. Albert und Dr. Naumann.

Landesbauernführer Körner gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Ernährungswirtschaft im Generalgouvernement. Weiter legt Landesbauernführer Körner dem Herrn Generalgouverneur den Ernährungsplan für das kommende Versorgungsjahr vor, desgleichen einen Plan für die Herbstbestellung des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur trifft die Entscheidung, daß das Gut Istepnik dem Landesbauernführer Körner auch während seiner Abwesenheit vom Generalgouvernement als Dienstwohnsitz verbleibt. Er gibt seine Zustimmung dazu, daß Landesbauernführer Körner in seinen Dienstobliegenheiten von Landwirtschaftsrat Dr. Albert und Dr. Naumann vertreten wird.

IV/3 Burg Krakau

Sonnabend, den 28. Juni 1941

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{45} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberstleutnant Fischer, der ihm an Hand von Karten einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Operationen im Osten gibt.

11^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler den Unterstaatssekretär Kundt, das Kuratorium der Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements Hauptabteilungspräsidenten Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Landesbauernführer Körner, Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt und Dr. Frauendorfer, ferner den Präsidenten Dr. Freih. von Gregory, den Hauptgeschäftsführer Dr. Neupert und Oberforstmeister Burg.

Unterstaatssekretär Kundt berichtet als Regierungskommissar der Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements über die auf Grund der Verordnung des Generalgouverneurs vom 3. März 1941 bereits durchgeführte organisatorische Aufbauarbeit der Zentralkammer und ihrer Hauptgruppen sowie der angegliederten Außenhandelsstelle und der Zentralstelle für öffentliche Aufträge. Er stellt dabei fest, daß der Aufbau in wenigen Monaten vollendet sein würde, sodaß die Zentralkammer in Ergänzung zum staatlichen Verwaltungsapparat der Entwicklung der Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements zur vollen Entfaltung verhelfen werde.

28.6.1941

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich bemerkt, daß er den Plan der Errichtung einer Gesamtorganisation für die Wirtschaft des Generalgouvernements von den ersten Anfängen an verfolgt habe. Er könne bestätigen, daß dieser Plan des Generalgouvernements im Reiche die größte Aufmerksamkeit finde, um so mehr, als das Reich unter einer Überorganisation und einer Vielzahl von Organisationsformen der Wirtschaft leide, die sich gegenwärtig in ihrer Arbeit behinderten. Diese Überorganisation habe man beim Aufbau der Zentralkammer nach Möglichkeit vermieden.

Präsident Dr. Emmerich erläutert dann im einzelnen den Aufbau der Zentralkammer und ihrer einzelnen Abteilungen. Die Zentralkammer finde ihre Fortsetzung in den Distriktskammern. Die Zentrale habe die Möglichkeit, den entsprechenden Wirtschaftsgruppen in den Distriktskammern Weisungen zu geben. Der Zusammenhang mit der Distriktsverwaltung sei dadurch gesichert, daß der Distriktschef gleichzeitig Regierungskommissar der Distriktskammer sei.

Landesbauernführer Körner hat gegen den Aufbau einer Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements keine Einwendungen zu erheben und erinnert daran, daß er schon seinerzeit entsprechend der Verordnung vom 23. November 1939 Kommissare für die ehemaligen polnischen Verbände vor allem auf dem Gebiete der Zuckerwirtschaft und des Molkereiwesens eingesetzt habe. Die Hauptabteilung habe auch schon einen Unterbau für eine solche Organisation in den Distrikten und Kreisen geschaffen. Er begrüße es besonders, daß die Personalunion: Distriktschef - Regierungskommissar der Distriktskammer - hergestellt worden sei. Seine grundsätzlichen Bedenken gegen die Errichtung einer Zentralkammer seien zwar beseitigt, doch könne er sich der

28.6.1941

Befürchtung nicht verschließen, daß es bei der Aufnahme der Arbeit der Zentralkammer zu gewissen Reibungen mit einzelnen Abteilungen, so besonders auch der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft kommen könne.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem Reiche in der Zusammenfassung der wirtschaftlichen Belange zu erzielen. Bei der weiteren Arbeit müsse allerdings darauf Rücksicht genommen werden, daß man den Anschluß an das Reich nicht verliere. Er glaube jedoch, daß die gegebene Grundlage diesen Anschluß an das Reich ermögliche.

Abteilungspräsident Dr. Eißfeldt betont, daß er bereits die Vielzahl der polnischen Verbände liquidiert habe, besonders wegen der Gefahr, daß sich in solchen Organisationen Nester der Widerstandsbewegung bilden könnten. Es sei gelungen, eine einheitliche Organisation der gesamten Forst- und Holzwirtschaft zu schaffen, die alle in der Forstwirtschaft tätigen Menschen vom Waldbesitzer bis zum letzten Arbeiter umfasse. Die Form der Zentralkammer werde eine weitere gesunde Entwicklung der Gesamtwirtschaft gewährleisten.

Der Herr Generalgouverneur dankt den beteiligten Mitgliedern der Regierung für das vorbildliche Zusammenwirken beim Zustandekommen dieses einheitlichen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpers, der in seiner Art neben der Einheit der Verwaltung eine beispielgebende Zusammenfassung der wirtschaftlichen und sozialen Arbeitskräfte des Generalgouvernements in allen Zweigen darstelle. Im Hinblick auf die dem Generalgouvernement angesichts der Gesamtentwicklungen bevorstehenden großen neuen Aufgaben sei die Zentralkammer als ein im Gesamtwirtschaftsrahmen des Reiches wesentliches Instrument anzusehen, und er werde dieser Organisation stets seine Aufmerksamkeit und seine volle Unterstützung geben.

28.6.1941

12[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt und Oberforstmeister Burg in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt aus Anlaß seines Scheidens aus seiner Tätigkeit als Hauptabteilungspräsident der Abteilung Forsten seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. - Mit der Vertretung des Oberlandforstmeisters Dr. Eißfeldt durch Oberforstmeister Burg erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

12[10] Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Bühler.

Präsident Dr. Frauendorfer überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen

Tätigkeitsbericht und Geschäftsverteilungsplan der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements.

Anschließend berichtet Präsident Dr. Frauendorfer über die gegenwärtige Lage der Abteilung Arbeit. Er stellt dabei fest, daß sämtlichen Anforderungen der Wehrmacht habe genügt werden können. Es hätten fast 100 000 polnische Arbeiter unter den denkbar ungünstigen Bedingungen ins Reich verschickt werden können. Die Werke des Generalgouvernements zeigten in fachlicher und sachlicher Hinsicht eine ständige gute Entwicklung. Es sei ihm wider Erwarten gelungen, eine Anzahl hervorragender Mitarbeiter heranzuziehen, die bislang leider noch nicht eingestuft seien. - Nach reiflicher Überlegung habe er sich entschlossen, die Leitung der Hauptabteilung Arbeit weiter zu behalten und von dem Posten des Generaldirektors der Werke des Generalgouvernements zurückzutreten.

28.6.1941

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß Präsident Dr. Frauendorfer seinen Rücktritt von der Stellung als Generaldirektor der Werke vollziehe, und weist Staatssekretär Dr. Bühler an, einen Termin festzusetzen, zu dem dieser Rücktritt in feierlicher Form verlautbart werden soll.

12[15] Besprechung mit Finanzpräsident Spindler und Finanzpräsident Dr. Senkowsky in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Bühler.

Die Frage des Präsidenten Spindler, ob von der Monopolverwaltung irgendwelche Maßnahmen im Hinblick auf die Übernahme neuer Gebiete im Osten zu treffen seien, verneint der Herr Generalgouverneur. In diesem Zusammenhang geht der Herr Generalgouverneur auf die verwaltungsmäßige Einteilung der neuen Ostgebiete ein. Es sei noch nicht klargestellt, wie die Ostgrenze des Reiches verlaufen werde. Der Führer habe zunächst grundsätzlich festgelegt, daß eine wesentliche Erweiterung der Reichsgrenze nach dem Osten kommen werde. Das würde bedeuten, daß auch die Grenze des Generalgouvernements weiter nach dem Osten verlegt würde. Da man aber in dieser Beziehung noch keine bestimmten Anhaltspunkte habe, würde es sich empfehlen, vorläufig von der Anforderung von Beamten aus dem Reich abzusehen. Andererseits lasse sich schon heute voraussagen, daß die Entwicklung im Osten auch für das Generalgouvernement eine ungeheure Steigerung seiner Bedeutung und seines Einflusses darstellen werde. Nach einer Mitteilung des Präsidenten der Ostbahn Gerteis werde sich die Verwaltung der Ostbahn auch auf die Bahnlinien bis zum Schwarzen Meer erstrecken. Im Zuge einer solchen Entwicklung würde dann die Ostbahn in der Lage sein, an das Generalgouvernement nicht unwesentliche Überschüsse abzuliefern.

571

28.6.1941

Weiter sei zu bedenken, daß der gesamte Transitverkehr nach dem Osten durch das Generalgouvernement gehen werde.

Präsident Dr. Senkowsky bittet den Herrn Generalgouverneur, dafür Sorge zu tragen, daß angesichts der gesteigerten Aufgaben auch der Monopolverwaltung vom Reich eine entsprechende Anzahl von Beamten und Angestellten zur Verfügung gestellt werde.

12^{30} Besprechung mit Präsident Lauxmann in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Bühler, der Finanzpräsidenten Spindler und Dr. Senkowsky.

Präsident Lauxmann berichtet über die Schwierigkeiten, mit denen zur Zeit die Postverwaltung zu kämpfen habe. Diese Schwierigkeiten seien vor allem darauf zurückzuführen, daß die Feldpostleitstellen schon vorverlegt worden seien. - Für das am 31. März 1941 abgelaufene Rechnungsjahr sei der Deutschen Post Osten ein Defizit von rund 20 Millionen Zloty entstanden. Dieses Defizit werde sich aber im kommenden Rechnungsjahr auf etwa 160 Millionen Zloty erhöhen, und deshalb werde man, da der Fehlbetrag nicht aus den Betriebseinnahmen gedeckt werden könne, den Anleihemarkt in Anspruch nehmen müssen. Er habe kürzlich mit dem Reichspostministerium verhandelt, und dabei sei Minister Ohnesorge auf den Gedanken gekommen, ob es sich nicht empfehle, die Etatverwaltung der Deutschen Post Osten mit der Reichspostverwaltung zu verkoppeln, sodaß dann der Fehlbetrag auf die Reichspost übernommen werden könnte. Zu diesem Behufe sei auch bereits im Reichspostministerium eine Verordnung über die Verwaltung des Vermögens der Deutschen Post Osten ausgearbeitet worden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß etwa jetzt schon wertvolle Teile des Ge-

samtgutes des Generalgouvernements an das Reich abgegeben würden. Die Übernahme des Defizits und die Leistung eines Zuschusses an die Deutsche Post Osten würde nichts anderes bedeuten als eine verschleierte Übernahme der gesamten Einrichtungen der Deutschen Post Osten. Für diese Übernahme sei auch aus finanziellen Gründen kein Anlaß gegeben, da sich voraussichtlich im Hinblick auf die Erweiterung des Ostraumes auch für die Deutsche Post Osten eine wesentliche Steigerung ihrer Einnahmen ergeben werde.

Präsident Lauxmann überreicht hierauf dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über das Vermögen der Deutschen Post Osten.

Der Herr Generalgouverneur kann sich mit dem Inhalt dieses Verordnungsentwurfs nicht einverstanden erklären, da er der grundlegenden Verordnung über die Aufgaben und die Zuständigkeit des Generalgouverneurs widerspreche. Wollte er, der Generalgouverneur, einer solchen Verordnung zustimmen, dann müßte er vorher erst eine Änderung jener grundlegenden Verordnung beim Führer vom Oktober 1939 beantragen. Wenn er auch anerkenne, daß auf die Dauer das Reich mehr als bisher in das Gefüge des Generalgouvernements einzugreifen berechtigt sein müsse und das Generalgouvernement sogar ein gewisses Interesse daran habe, so könne doch unmöglich eine Entlastung für die große Verwaltung der Deutschen Post Osten von einer ihm, dem Generalgouverneur, nicht unterstehenden Instanz erteilt werden; denn das würde in völligem Widerspruch zu der Verordnung des Führers stehen.

13[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Bühler den Präsidenten der Ostbahn Gerteis und die vier Betriebsdirektoren Heinzelmann

28.6.1941

-Krakau, Meyer-Radom, von Bauer-Lublin, Seiffert-Warschau

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Präsidenten Gerteis und den vier Betriebsdirektoren auch im Namen des Reiches für die hervorragende Leistung der Ostbahn im Interesse der Durchführung des großen Aufmarschprogramms der Wehrmacht. Anläßlich seiner Berichterstattung habe ihm der Führer ebenfalls seine vollste Anerkennung dieser gewaltigen Leistung zum Ausdruck gebracht.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Gerteis, auch den deutschen Eisenbahnern seinen Dank zu übermitteln; in diesem Zusammenhang stellt der Herr Generalgouverneur mit Genugtuung fest, daß die 62 000 polnischen Eisenbahnbediensteten und -arbeiter unter schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht in vorbildlicher Weise erfüllt hätten, ohne daß es zu irgendwelchen Sabotageakten gekommen sei.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß es angesichts der guten Erfahrungen, die man mit den polnischen Eisenbahnbediensteten gemacht habe, nunmehr möglich sei, weitere Strecken und kleinere Bahnhöfe mit polnischem Personal zu besetzen. Man werde deshalb auch in der Lage sein, von den 8 000 deutschen Eisenbahnbeamten etwa 2 000 dem Reiche wieder zur Verfügung zu stellen. Wenn man, wie beabsichtigt, fürderhin mehr als bisher polnische Eisenbahnbedienstete beschäftigen wolle, dann müsse auch für einen genügenden Nachwuchs gesorgt werden. Zu diesem Zwecke seien auch bereits polnische Eisenbahnschulen eingerichtet worden, in denen junge Polen für den Eisenbahndienst vorbereitet werden könnten. Präsident Gerteis legt sodann dem Herrn Generalgouverneur einen Plan für die Uniformierung der polnischen Eisenbahnbediensteten vor, der die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs findet.

28.6.1941

Weiter teilt Präsident Gerteis mit, daß der zur Zeit bestehende Höchstleistungsfahrplan voraussichtlich am 6. Juli aufgehoben werde. Ob dann der normale Fahrplan im alten Umfange wieder aufgenommen werden könne, bleibe allerdings dahingestellt.

Präsident Gerteis bemerkt noch, daß für die mittleren Beamten ein eigener Stellenplan vorgesehen sei, auf Grund dessen er dann selbständig Beförderungen vornehmen könne, und zwar nach ähnlichen Grundsätzen, wie sie für die Reichsbahn gälten, jedoch mit der Möglichkeit, auch jüngere Beamte in Beförderungsstellen zu bringen, die sie im Reiche in diesem Alter noch nicht erhielten. - Was die Beförderungsmöglichkeiten der polnischen Eisenbahner angehe, so könnten sie vielleicht im günstigsten Falle den Rang eines Bahnhofvorstehers dritter oder zweiter Klasse erreichen.

13^{35} Frühstück.

16^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

575

IV/3 Kressendorf

Sonntag, den 29. Juni 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

IV/3 Kressendorf - Krakau

Montag, den 30. Juni 1941

11^{00} Ankunft des Staatssekretärs Dr. Freisler und Oberstaatsanwalts Stier in Haus Kressendorf.

16^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

16^{50} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

17^{15} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe
1. einer Verordnung über das Verbot der Ausführung von Hochbauten aus Holz im Generalgouvernement
2. einer Verordnung zur Änderung der Jagdordnung für das Generalgouvernement
3. einer Verordnung über die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten aus land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen
4. einer Verordnung über die Legalisation und Bestätigung von Urteilen
5. einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Ergänzung des polnischen Umlegungsrechts
6. einer Verordnung über den Arbeitsfonds
7. einer Zweiten Durchführungsvorschrift zur Jagdordnung für das Generalgouvernement

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

Anschließend legt Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur eine Reihe von Ehrengerichtsurteilen des Rechtswahrerbundes zur Bestätigung vor.

17^{30} Ankunft des Staatssekretärs Dr. Freisler auf der Burg.

18^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Freisler zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

30.6.1941

18[20] Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Institut für deutsche Ostarbeit.

Der Herr Generalgouverneur richtet folgende Begrüßungsansprache an Staatssekretär Dr. Freisler:

In der Reihe der wissenschaftlichen Vorträge, die das Institut für deutsche Ostarbeit veranstaltet, darf ich Sie, Herr Staatssekretär Dr. Freisler, heute als Präsident des Instituts aufs herzlichste willkommen heißen. Die Männer der Regierung und der Hauptabteilungen des Generalgouvernements begrüßen in Ihnen, Herr Staatssekretär, einen der prominentesten Vertreter nicht nur des nationalsozialistischen Rechtsdenkens , sondern auch einen der bedeutendsten aktiven Gestalter des nationalsozialistischen Rechts. Mit Ihrem Namen ist in der Kampfgeschichte der NSDAP. eine Reihe von hervorragenden Leistungen der Rechtsanwaltskunst verbunden; vor allem aber knüpft sich, seit der Zeit, da Adolf Hitler die Macht in Deutschland übernahm, an Ihren Namen eine Fülle von bemerkenswerten gesetzgeberischen revolutionären Umbruchs- und Neugestaltungswerken des Dritten Reiches. Ich erinnere nur daran, daß Sie einer der bedeutendsten Vorkämpfer des Erbhofrechts als Mitgestalter des preußischen Erbhofrechts gewesen sind und damit Ihr Name für alle Zukunft in die Geschichte der Gesetzgebung eingegangen ist. Ich darf weiter daran erinnern, daß Sie als einer der aktivsten Vorkämpfer der Strafrechtsreform das Gesamtmaterial der Möglichkeiten einer nationalsozialistischen Gestaltung des Straf- und Strafprozeßrechts in überwältigender Form gemeistert haben.

Hier in Krakau, in der Hauptstadt des Generalgouvernements, des bis vor kurzer Zeit östlichsten Machtbereiches Adolf Hitlers, hat man ein feines Verständnis

30.6.1941

für die Variationen dieses Themas "Recht". Das große deutsche Volksrecht, gestaltet aus den Tiefen des nationalsozialistischen Denkens und der nationalsozialistischen Staatsgründung, ist das heimische Recht des deutschen Nationalstolzes und der völkischen Kraft der Deutschen schlechthin. Aber hier in Krakau kam es zum ersten Mal zu einer Erweiterung dieses Rechtsgebäudes. Hier trat nämlich an uns die Aufgabe heran, im Namen des Führers und des Reiches eine Rechtsordnung aufzubauen, die jenen Reichscharakter trägt, der durch die Geschichte hindurch das Kriterium des mitteleuropäischen Handelns schlechthin darstellte, nämlich insofern, daß das Reich die Schutzherrschaft über nichtdeutsche Volkstümer ausübt. Dieser erste Versuch einer Rechtsordnung, einer staatsartigen Nebenlandgründung ist im Generalgouvernement auf Befehl des Führers zu vollziehen gewesen. Und ich kann ruhig sagen, daß uns dabei in großer und erfreulicher Gemeinschaftsarbeit das Vorbild des Reiches und die saubere Gesetzgebungsarbeit ebenso geleitet hat wie die Durchdrungenheit mit dem Glücksgefühl, einer völlig originalen Art der Rechtsetzung des großdeutschen Machtbereiches dienen zu dürfen.

In einem Augenblick, in welchem nun dieses Generalgouvernement seinen Ehrentitel, das östlichste Vorfeld des Großdeutschen Reiches zu sein, zu seiner großen Freude an neu in die Führungszone Adolf Hitlers einzubeziehende Bereiche abtreten wird, erfüllt es uns mit besonderer Genugtuung, daß Sie, Herr Staatssekretär, hier erschienen sind.

Unser Reich wird ewig sein, wenn es den nationalsozialistischen Stärken der Autorität unseres Parteiprogramms und der Führertreue, der Volkskameradschaft und der Intensität nationalsozialistischen Handelns die Totalität der Rechtsdurchdrungenheit des Reichshandelns einfügt. Nicht ein Reich der Gewalt, der Willkür, der Tscheka, der Rechtlosigkeit gegenüber unter-

worfenen Untertanen gilt es aufzurichten, sondern ein Reich, in welchem nach dem Grundsatz, daß die Leistung des Einzelnen den Wertmaßstab für seinen Rang in der Gemeinschaft abgibt, das Rechtshandeln die Krönung des Staatshandelns darstellt. Gewalt ist rechtlose Machtanwendung, Macht aber ist Gewaltanwendung mit Rechtstitel.

In einem Augenblick, in dem das Unrecht proklamiert wurde, in dem die Zerstörung des Individuums und seines Persönlichkeitswertes, die Zerstörung des Staatssystems geradezu das Merkmal des Staatshandelns darstellte, in dem, wie gesagt, die Tscheka das Kennzeichen der Staatskunst war, erfüllte es uns mit besonderer Genugtuung, den Rechtscharakter des Reiches und seines Handelns bekunden zu dürfen.

Und so begrüße ich Sie, Parteigenosse Freisler, auch persönlich als alten Mitkämpfer. Ich weiß, in welch' ungewöhnlich großartiger Form Sie stets am Aufbau des Rechtsgefüges mitgearbeitet haben, wie Sie Mitarbeiter der Akademie für Deutsches Recht, des Rechtswahrerbundes, des Reichsrechtsamts der NSDAP. und aller der anderen Gründungen, die ich mit meinem Namen zeichnen darf, gewesen sind, noch sind und sein und bleiben werden.

Ich darf aber auch in diesem Augenblick noch eines traurigen Ereignisses gedenken. Reichsjustizminister Dr. Gürtner, der im Januar dieses Jahres starb, hat seinen letzten Besuch vor seinem Tode bei mir gemacht. Es ist der Minister Dr. Gürtner, dessen Name unter den großen Fundamentalgesetzen des Dritten Reiches steht, der Mann, der in dem Erinnern jedes deutschen Justizzugehörigen bleiben wird als einer der vornehmsten und sympathischsten Erscheinungen des Dritten Reiches. Für uns ist es ein bewegendes Moment, daß er seine letzte Reise ins Generalgouvernement gemacht hat, für mich per-

sönlich besonders bewegend, weil sein Aufenthalt hier im Generalgouvernement die Möglichkeit gab, daß wir uns auch persönlich - ich möchte sagen - unter vier Augen über viele sehr ernste und tiefe Probleme des deutschen Rechtslebens dieser Zeit unterhalten konnten, geht doch vielfach die Meinung durch das Land, daß die nationalsozialistische Revolution dem Rechtshandeln Feind sein müßte. Und es obliegt uns, solange uns der Atem bleibt, der ernste Hinweis, daß älter als die Juristen das Recht ist, daß eines der heiligsten und würdigsten Merkmale des germanischen Charakters unseres deutschen Volkes die Einbezogenheit des deutschen Menschen in die Rechtsbewußtheit darstellt. Wir können gar nicht intensiv genug und auch immer wieder mahnend proklamieren, daß die Rechtsidee der Inhalt der germanischen Staatsidee, daß aber die Gewalt, die Willkür und die Rechtlosigkeit Inhalt der asiatisch-bolschewistischen Unterstaatstheorie ist. Und daher bedeutet auch, ein germanisches Reich aufrichten, der Rechtsidee eine Heimstätte im staatlichen Rahmen bereiten.

Daß Sie, Parteigenosse Freisler, in großartiger Redekunst und unermüdlichem Einsatz für diese Idee ein treuer Mitarbeiter auch des Herrn Reichsministers Dr. Gürtner waren, verbindet mich Ihnen persönlich doppelt.

Ich heiße Sie nochmals herzlich willkommen und bitte Sie nun, zu uns zu sprechen.

Staatssekretär Dr. Freisler ergreift hierauf das Wort zu seinem Vortrag:

Volkstumsleben und Volkstumsrecht jenseits der Grenzen des Reiches.

Staatssekretär Dr. Freisler ergreift dann das Wort zu seinem Vortrag über

"Volkstumsleben und Volkstumsrecht jenseits der Grenzen des Reiches".

Herr Generalgouverneur, Herr Reichsminister, Herr Reichsrechtsführer!

Darf ich zuvor für die Worte der Begrüßung und der kameradschaftlichen Anerkennung für meine Bemühungen in den Jahren vor der Machtergreifung und nach ihr meinen tiefgefühlten herzlichen Dank aussprechen. Ich kann dazu nichts anderes sagen, als daß ich nach wie vor bemüht sein werde, so zu handeln, daß Sie, Herr Reichsrechtsführer, sich auf mich verlassen können.

Herr Generalgouverneur, meine Damen und Herren! Wenn ich nun nach den grundsätzlichen und allumfassenden Worten des Herrn Generalgouverneurs zu meinem abgegrenzten, in sich geschlossenen, aber, wie mir scheint, für den Neuaufbau Europas und das Leben des deutschen Volkes in diesem von ihm ~~geführten~~ entscheidend erkämpften und weiter zu erkämpfenden Europa kleinen Thema gelangen darf, so gestatten Sie mir folgendes auszuführen:

Keines der großen Völker Europas hat im Zeitalter der Nationalstaaten so spät und so unvollkommen seine nationale Einheit in das Gewand eines Staates zu kleiden vermocht wie das deutsche Volk; erst in einem Augenblick, in dem England und Frankreich längst in Übersee, Rußland, in Nord- und Mittelasien eine, die Erde aufteilende imperialistische Politik bereits mit großem Erfolge betrieben, begann es damit.

Gerade das deutsche Volk kam hierzu so spät, obgleich ihm und seiner staatsorganisatorischen Befähigung wie Wehrkraft die Konsolidierung einer beachtli-

chen Ordnung des Erdteils im Mittelalter und die Abwehr für ganz Europa höchst gefährlicher Feinde in erster Linie zu danken ist.

Das war ganz wesentlich mit eine Folge des Friedens von Münster, der die staatsorganisatorische Zerschneidung des deutschen Volkskörpers als Erfolg der westlich-imperialistischen deutschfeindlichen Politik in einem Augenblicke durchsetzte, in dem Frankreich seine Einheit bereits gesichert hatte.

Und als mehr als zwei Jahrhunderte später das deutsche Volk im Bismarckreich erstmalig wieder eine festgefügte Einheit nach Überwindung auch des napoleonischen imperialistischen Zwischenaktes erkämpft hatte, blieben außerhalb des Reiches außer den Rheinquell- und -mündungsgebieten, die der westfälische Frieden dem Reich entrissen hatte, die deutschen Gebiete der Ostmark, des Sudetengaues und das räumlich und kulturell zum Reiche gehörende Böhmen und Mähren und im Westen Luxemburg. Ein sehr teurer Preis für die Einheit des Bismarckreiches!

Aus dem schweren Zusammenbruch des preußisch-deutschen Kaiserreiches in seiner ersten ganz großen außenpolitischen Belastungsprobe, dem Weltkrieg, hat der Führer und seine Bewegung das deutsche Volk wieder emporgerissen. In Verfolg der inneren Gesundung und Erneuerung unseres Volkes gelang es dem Führer, alle in Mitteleuropa geschlossen siedelnden Deutschen im Großdeutschen Reich zusammenzuschließen, dessen wehrhafte Kraft und gemeinschaftsittlich-politische Geschlossenheit den Schutz seines weiteren kraftvoll-gesunden Lebensaufstieges gewährleistet. Die Heimkehr der Saar, die Erringung der Wehrhoheit auch in den Gauen westlich des Rheins, die Heimkehr der deutschen Stämme der Ostmark und des Sudetenlandes, die Wiedereingliederung Böhmens und Mäh-

rens in das Reich, die Rückkehr des Memellandes und Danzigs, die Wiedereingliederung der deutschen Ostgebiete - Westpreußens, des Warthegaues, der Regierungsbezirke Kattowitz und Zichenau -, die Heimkehr von Eupen und Malmedy mit Moresnet, die deutsche Aufbauarbeit in Elsaß, Lothringen und Luxemburg, der Südsteiermark und Südkärntens, sind die ebenso zahlreichen wie überwältigend großen Einzeletappen dieses Befreiungskampfes unseres Volkes, wie ihn in solchem Ausmaß und mit annähernd gleichem Erfolg unser Volk noch nie durchlebt hat.

Für die vielen Millionen Deutschen all dieser heimgekehrten Gebiete ist die Frage des Deutschtumschutzes außerhalb des Reiches hinfällig geworden: sie sind Reichsdeutsche geworden. Insbesondere ist diese Linie schon gleich durch den Erlaß des Führers über die Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren zielklar vorgezeichnet: Die Autonomie ist eine solche im Reich; sie ist nicht eine solche des Gebietes, sondern des in ihm siedelnden tschechischen Volkes; die Deutschen in ihm sind Reichsbürger, wie in allen anderen Gauen Großdeutschlands, was besonders dadurch hervorgehoben ist, daß sie nur deutscher Gerichtsbarkeit unterstehen.

Dasselbe gilt für die Deutschen des Generalgouvernements, jenes Nebenlandes des Reiches - um eine Kennzeichnung zu benutzen, die der Herr Generalgouverneur geprägt hat-, in dem das deutsche Volk die ihm obliegende Ordnungsaufgabe in unserem natürlichen Großraum deshalb in einer einmalig besonderen Art und Weise ausfüllen muß, weil das hier siedelnde Volk sich in seiner eigenen Geschichte ordnungsunfähig und als Nachbar Deutschlands durch seine Haltung zum Reich und zu dem Deutschtum in seinen eigenen Grenzen europaunwillig erwiesen und europaunwürdig gehandelt hat. Auch hier besteht das Problem des deutschen Volkstumrechtes außer-

halb der Reichsgrenzen nicht mehr, weil es dadurch gelöst ist, daß der Deutsche in Verantwortung für die Ordnung in diesem Raum hier die Führung übernommen hat. Der Deutsche untersteht auch hier nur dem deutschen Gericht. Was hier an kulturellen Leistungen geschaffen wurde, vor allem was jetzt geleistet wird, ist deutsch. Auch der Schutz des kulturellen und ebenso der des wirtschaftlichen Lebens der Deutschen ist hier kein Problem mehr. Und auf dem Bekenntnis zur politischen Einheit des deutschen Volkes, zum Nationalsozialismus beruht hier geradezu die deutsche Führungsarbeit. Das hat auch rechtlichen entscheidenden Ausdruck erhalten.

Und doch wäre es grundfalsch, anzunehmen, für die Behandlung von Fragen deutschen Volkstumrechtes außerhalb der Reichsgrenzen hätte das Protektorat, hätten die wiedereingegliederten Ostgebiete und hätte das Generalgouvernement keine Bedeutung.

Im Gegenteil: denn hier sind die Gebiete, in denen seit Versailles das bisherige sogenannte Minderheitenrecht in seiner Anwendung und Nichtanwendung gerade auf uns Deutsche Schiffbruch erlitten hat. Und deutsches Volkstumsrecht außerhalb der Grenzen des Reiches wird man künftig nie mehr behandeln können, ohne dieses Schiffbruches zu gedenken, seinen Ursachen nachzuspüren und aus ihm für die Zukunft zu lernen.

Wir wissen, welch schwere Leiden das Deutschtum in diesen Gebieten trotz des in Versailles proklamierten Minderheitenschutzes, trotz der folgenden zwischenstaatlichen Vereinbarungen und innerstaatlicher Gesetze und Erlasse, die angeblich den Minderheitenschutz sichern sollten, erdulden mußte. Unsere Betrachtung des damaligen Minderheitenschutzes kann daher nur kritisch sein.

5

30.6.1941

Vielfach ist solche Kritik an der rechtlichen Ordnung des Minderheitenschutzes haften geblieben:

Die klare rechtliche Auseinandersetzung zwischen Staatssouveränität und Minderheitenschutzpflichten auf der einen Seite, zwischen der Pflicht zur Staatstreue und den Minderheitenrechten auf der anderen Seite habe gefehlt;

der Übergang des Minderheitenrechtes aus der Sphäre des Völkerrechtes in die des Staatsrechtes und umgekehrt habe Schwierigkeiten bereitet, die nicht durch rechtlich eindeutige Abgrenzungen beseitigt worden seien;

der Beschwerde- und überhaupt Rechtsgang im Minderheitenschutz sei zu langwierig gewesen und habe die Möglichkeit von Repressalien gegen den Beschwerdeführenden nicht ausgeschaltet;

überhaupt sei der Minderheitenschutz rechtlich kein effektiver gewesen, eine Art lex imperfecta.

An dem allen ist sicher manches Richtige.
Allein: für den, der will, gehen alle Wege nach Rom. Und zu einem unvollkommenen, schlechten und Umweg sagt selbst Rom: tolerari potest, wenn man nur schließlich nach Rom kommt.

Ganz ähnlich ist es immer und überall mit gesetzlichen und gesetzesähnlichen Bestimmungen, insbesondere solchen des Völkerrechtes. Entscheidend ist, daß man zum Ziele kommen will. Dann wird man das auch auf der Grundlage einer mangelhaften Rechtsordnung fertigbringen, sonst auch mit der besten Rechtsordnung nicht.

Und das ist es eben: man <u>wollte</u> nicht!

Weder die Diktatoren von Versailles, wobei es den amerikanischen Mitdiktator nicht entschuldigt, daß er zum Schluß sich entfernte, und nicht entschuldigen würde,

30.6.1941

wenn er als weltfremder Ideologe auch selbst betrogen worden wäre, - noch die mit der Minderheitenhypothek belasteten staatlichen Neuschöpfungen von Versailles [illegible]. Bei der damals herrschenden Atmosphäre konnte man einen wirklichen Minderheitenschutz auch gar nicht wollen, weil es dazu des Verantwortungsbewußtseins vor einer echten Gemeinschaft bedarf.

Eine echte Gemeinschaft war aber nicht da. Die Bestimmenden wurden allein von ihren eigenen imperialistischen Tendenzen getrieben, deren feindlicher Zusammenstoß nur durch die Gemeinsamkeit des Hasses gegen das deutsche Volk und durch das vermeintliche gemeinsame Interesse, dieses niederzudrücken und niederzuhalten, verhindert wurde.

Gerade gegenüber dem deutschen Volk wollte man deshalb nicht den Schutz der Minderheit, sondern ihre Vernichtung.

Die Scheingemeinschaft aber, die man zur Aufrechterhaltung der Versailler Ordnung schuf, der Genfer Völkerbund, in dem die letzte politische Minderheitenrechtsprechung zusammenfloß, war die Gemeinschaft der Unterdrücker, bei deutschen Minderheitenbeschwerden also letztlich Richter in eigener Sache.

So diente, dem deutschen Volke gegenüber, das Minderheitenwesen von Versailles, - nach außen großmäulig als Beweis des Gerechtigkeitstrebens und als Ausfluß aus dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker dort, wo dieses nicht zur vollen Volkstumselbständigkeit führen konnte oder sollte, aufgemacht - als moralisches Feigenblatt zur Verdeckung schamlosen Vernichtungswillens.

Angesichts dessen muß man annehmen, daß die oben genannten rechtlichen Unklarheiten beabsichtigt oder doch willkommen waren. Sie gaben letztlich die Möglichkeit,

das Maß und den Personenkreis des Schutzes der deutschen Minderheit zu beschränken; nach außen immer wieder die Loyalität der Vertragserfüllung zur Schau zu stellen, im Innern des Staates aber verwaltungsmäßig das Gegenteil zu tun; und so mit scheinheiliger Miene, von niemandem gestört, den Vernichtungskampf gegen das Deutschtum zu führen, der die Tschechei und Polen berüchtigt gemacht hat.

Hinzu kommt, daß für eine positive Volkstumentfaltung in Europa solange kein Raum sein konnte, als die Führung des Erdteils europaabgewandt, überseeimperialistisch war und nur ein Interesse daran hatte, Europa als Objekt des eigenen Rohstoff- und Handelsmonopols im eigenen Rücken zu haben, politisch aber schwach zu wissen, sodaß es die imperialistische europafeindliche Politik insbesondere der Randinsel Europas, Englands, nicht stören konnte. Volkszerschneidungen und daraus erwachsende, möglichst ungelöste Minderheitenprobleme mußten einer solchen Führung Europas geradezu erwünscht erscheinen.

Der individualistischen Demokratie ist eigen, daß sie organisch Bluthaftes haßt. Sie kennt kein Volk im natürlichen Sinne, nur Staatsvölker als die Summe der durch die gleiche Staatsangehörigkeit verbundenen Menschen, einerlei, welchen Blutes. Volkstumschutz ist ihr also schon an sich im Innern eines Staates wesensfremd. Erst recht in der Völkergemeinschaft, die sie nur als Nebeneinander von Staaten erkennen kann. Sie kann daher - selbst bei gutem Willen - höchstens zu einem Minderheitenschutz im Sinne eines Sprachschutzes in Schule, Presse und vielleicht vor Behörden gelangen und darüber hinaus zur Verpflichtung, den einzelnen Minderheitsangehörigen nicht zu benachteiligen.

30.6.1941

Die Revolution des Nationalsozialismus, die zur Revolution des jungen Europa geworden ist, hat aber das Bluthaftorganische und damit die lebendige Dynamik auch im Bewußtsein wieder dorthin gerückt, wo beides im Leben steht: in den Mittelpunkt der Weltbewegung. Sie hat daher auch beides zur Grundlage und zum Ziel der Gerechtigkeit der neuen Ordnung gemacht.

Daher erscheint uns das ganze Problem nicht mehr als Minderheitenschutz, sondern als Volkstumrecht. Und zugleich gewinnt damit dieses Problem gegenüber dem einstigen vielfältig an Bedeutung. Die freie Entwicklung unseres Volkstums ist uns unveräußerlicher Teil unseres politischen Glaubensbekenntnisses. Wir verstehen darunter nicht nur die Sicherheit gegen Benachteiligung von Mitgliedern unseres Volkstums in anderen Staaten und auch nicht nur die Freiheit der Sprache, Schule und Volkstumsitten, sondern vor allem das Bekenntnis zum gesamtdeutschen Volkstumsleben, zu seiner politischen Weltanschauung, und die Pflege einer innigen, auch tatsächlichen Gemeinschaft zum deutschen Gesamtvolk.

Das deutsche Volk hat ein dreifach besonders begründetes Recht hierauf:

1. In einem Maße wie kein anderes großes seßhaftes Volk in Europa hat es seit Jahrhunderten Siedlungen außerhalb des geschlossenen mitteleuropäischen Siedlungsgebietes gegründet.

Wo es das tat, war es Kulturträger und strahlte seine Kultur auf das neue Heimatland aus. Das gilt für die Kaufleute, die schon die Pomerellen-Herzöge - übrigens mit zum Schutz gegen die agressive Polenpolitik - nach Danzig riefen. Es gilt für die Ritter, Handwerker und Bürger, die ins Baltikum zogen; es gilt für die deutschen Kaufleute der Hanse bis nach Nowgorod hinauf. Es gilt für die Handwerker, Kaufleute und Gelehrten

30.6.1941

im polnischen Raum, die hier in Krakau deutsche Kultur erblühen ließen und ein verwüstetes und kulturloses Land erleuchteten, deren Recht bald das Recht von über 600 Ortschaften allein im Krakauer Raum war. Es gilt für die Handwerker, die schon im 17. Jahrhundert nach Moskau kamen. Fast alle diese Siedlungen wurden herbeigerufen, erhielten vielfach auch Zusicherungen: so auch die bäuerlichen Siedlungen an der Wolga im Schwarzerde- und Schwarzmeergebiet der Ukraine, nördlich und südlich des Kaukasus, in den Beskidenländern, in Ungarn, Siebenbürgen, in Kroatien, in der Backa und im Banat. Keine dieser Siedlungen ist ein versprengter oder zurückgebliebener Rest imperialistischer deutscher Angriffe. Auf ihre geschichtliche Kulturträgerschaft und die Tatsache, daß sie gerufen wurden, vielfach auch auf von altersher verbrieften Rechtsanspruch gründet sich das besondere Volkstumsrecht, das die deutschen Volksgruppen Osteuropas geltend machen können.

Es ist noch nicht beseitigt durch die Betrugs- und Gewaltpolitik, die ihnen gegenüber zum Dank für ihre Kulturträgerschaft vielfach angewendet wurde: etwa in der weitgehend erfolgreichen Entdeutschungspolitik der Polen gegenüber dem Krakauer Deutschtum, die ich eingehend darlegen konnte, als ich das erste Mal hier in Krakau sprach, - oder in der jahrhundertelangen, freilich erfolglosen vertragsuntreuen Politik Polens gegenüber der freien Stadt Danzig, die ich auf der Osttagung deutscher Rechtswahrer in Zoppot im einzelnen durch die Jahrhunderte verfolgen konnte, als schon die ersten polnischen Schüsse auf Hela gelöst wurden, - oder in der brutalen Ausräuberung und Vernichtung der Nowgoroder deutschen Kaufmannschaft durch den blut- und geldgierigen Iwan Grosnys, - oder in der Austreibung der deutschen Kaufleute und Handwerker, die man nach Moskau gerufen hatte, in die unbewehrte Siedlung außerhalb der Mauern, die sie binnen weniger Wochen errichten mußten,

30.6.1941

wie in ein Ghetto, - oder in der Vernichtung des blühenden ukrainedeutschen Bauerntums durch die Bolschewiken.

Solche Gewaltakte vermögen den geschichtlich, kulturell und rechtlich begründeten Anspruch des Deutschtums auf Volkstumsfreiheit und -pflege nicht zu beseitigen. Wichtig ist lediglich die Macht, ihn durchzusetzen. Und sie hat der Führer uns zurückgegeben.

2. Das Recht auf Deutschtumpflege gründet sich auf die ordnungstärkende Tätigkeit, die gerade deutsche Siedlungen - wo immer in der Welt sie liegen - stets entwickeln. Es gibt keinen einzigen Fall in der Geschichte Europas, in dem eine deutsche Siedlung ordnungsfeindlich konspiriert hätte. Wenn sie in ihrem Lebensrechte nicht beeinträchtigt wurden, haben sie stets ihr Deutschtum mit Loyalität, ja mit aktiver Loyalität zu ihrer neuen Heimat verbunden.

3. Das Volkstumsrecht der deutschen Siedlungen Europas gründet sich darauf, daß sie im europäischen Großraum liegen, für den das Großdeutsche Reich gemeinsam mit dem italienischen Imperium die Ordnungsverantwortung trägt. Teile eines Volkes, das die Ordnung seines Großraumes nach innen wie auch dessen Freiheit gegenüber äußeren agressiven Tendenzen, wie den englischen und bolschewikischen Imperialismen,trägt, müssen in diesem Großraum auch außerhalb des völkischen Kernsiedlungsgebietes volkstumgemäße Entwicklungsfreiheit haben.

So ist also das deutsche Volkstumrecht außerhalb der Reichsgrenzen in Europa ein integrierender Bestandteil der Konsolidierung und Neuordnung Europas.

Es setzt sich daher auch tatsächlich und rechtlich in demselben Maße durch, in dem die europäische Gemeinschaft sich konstituiert. Insbesondere haben alle europäischen Staaten, die dem Dreimächtepakt beigetreten sind

30.6.1941

und in denen noch deutsche Siedlungen bestehen - aus der bulgarischen Dobrutscha sind sie, wie bekannt ins Reich heimgekehrt - alsbald europarechtlich wie auch innerstaatlich das Volkstumrecht ihrer deutschen Volksgruppen grundrechtlich anerkannt.

Aufschlußreich ist es, dies im einzelnen näher zu verfolgen.

1. Die slowakische Republik hat in § 51 ihrer Verfassung vom 21.7.1939 bestimmt, daß die registrierten Parteien der Volksgruppen je einen Vertreter in den Staatsrat entsenden, und ordnet in § 59 an:

> Eine Volksgruppe beteiligt sich an der Staatsmacht mittels ihrer registrierten politischen Partei, wenn diese als Vertreterin des politischen Willens der gesamten Volksgruppe angesehen werden kann.

Dieses am 29.5.1940 erlassene Gesetz über die politischen Parteien der Volksgruppen, denen nur slowakische Staatsbürger angehören können, sieht eine Registrierung der Volkstumspartei vor, die kundgemacht wird, und bestimmt in § 6 Abs. 2:

> Mit dem Tage der Kundmachung der Registrierung:
>
> entsteht die politische Partei und wird Rechtsperson,
>
> genießt die registrierte Partei alle den registrierten Parteien durch besondere Rechtsvorschriften zuerkannten Rechte und hat alle ihnen auerlegten Pflichten,
>
> können die Disziplinargeldstrafen, die durch die zuständigen Parteiorganisationen auferlegt wurden, im Administrativrecht eingetrieben werden,
>
> beziehen sich auf die Parteiorgane die Bestimmungen über das Amtsgeheimnis, die im Organisationsstatut enthalten sind.

11a

592

30.6.1941

Dann wird weiter in diesem Gesetz gesagt, daß sich die Bürger frei zu ihrer Volkszugehörigkeit bekennen können. Über die Volkszugehörigkeit der Bürger wird ein Kataster geführt. Änderungen im Nationalkataster können nur innerhalb der gesetzlichen Grenzen vorgenommen werden. Jede auf Entnationalisierung gerichtete Tätigkeit ist strafbar. Ferner wird bestimmt, daß die auf dem Gebiet der Slowakei heimischen Volksgruppen das Recht haben, sich unter eigener Führung kulturell und politisch zu organisieren. Auch können die Volksgruppen und ihre Glieder mit ihrem Muttervolk Kulturbeziehungen anknüpfen und pflegen. Endlich haben nach einer weiteren Bestimmungen des Gesetzes die Volksgruppen das Recht, im öffentlichen Leben und in den Schulen ihre Sprache zu gebrauchen, worüber noch ein besonderes Gesetz herausgegeben werden soll.

30.6.1941

Dann folgt eine Ordnung der Auflösungsbefugnis der Regierung. Wie bei jedem Gesetz kommt es auch hier auf den Willen der Gesetzesanwendung an, der in dem Bericht des verfassungsrechtlichen Ausschusses in den Worten zum Ausdruck gekommen ist:

> Der Regierungsantrag ist in den Intentionen des Abs. 1 des § 59 der Verfassung verfaßt, wo ausgesprochen ist, daß die Volksgruppe und ihre Angehörigen ihre politische Partei gründen können, die Repräsentantin des politischen Willens der ganzen Volksgruppe sein soll. Das heißt, daß die Volksgruppe nicht durch mehrere, sondern nur durch die eine politische Partei repräsentiert werden kann. In diesem Sinne besteht hier ein Parallelismus zwischen der slowakischen Volkspartei Hlinkas (als Volksvereinigung) und den analogen Gebilden einer jeden Volksgruppe. Mit einem Wort: die politische Repräsentation der Volksgruppe zur Ausübung der Staatsgewalt, eigentlich zur Teilnahme an der Staatsgewalt beruht auf denselben Grundsätzen, auf welchen die politische Partei der Slowaken aufgebaut wurde.

Die rein innerstaatliche slowakische Volkstumrechtsregelung erhält durch das Schutzverhältnis zwischen Deutschland und der Slowakei und durch deren Beitritt zum Dreimächtepakt europarechtlichen Gehalt.

2. Zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich wurde bei Gelegenheit des zweiten Wiener Schiedsspruchs am 30.8. 1940"in dem Wunsche, die Stellung der deutschen Volksgruppe in Ungarn entsprechend den beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen zu gestalten", der bekannte Volksgruppenvertrag geschlossen, der

"der deutschen Volksgruppe die Moeglichkeit, ihr Volkstum uneingeschraenkt zu erhalten", den Volksgruppenangehoerigen das "Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung", ohne Nachteile befuerchten zu muessen, zusichert und das Recht der Selbstkonstituierung der Volksgruppe aufstellt: "Angehoeriger der Volksgruppe ist, wer sich zum Deutschtum bekennt und von der Fuehrung des Volksbundes der Deutschen in Ungarn als Volksdeutscher anerkannt wird". Auf diesen Grundsaetzen wird in dem Vertrag weiter konkret fuer die Volksgruppe festgestellt:

1. Das Recht ihrer Organisierung und der Bildung besonderer Verbaende, z.B. fuer Jugendpflege, Sport usw.;
2. Das Recht freier Berufsausuebung wie alle anderen Staatsangehoerigen;
3. Das Recht anteilmaessiger Beteiligung an den Behoerden unter besonderer Konzentrierung von Beamten deutschen Volkstums in deutschen Siedlungsgebieten bei angemessener Beteiligung in den Zentralstellen;
4. Das Recht volksdeutscher Schulfreiheit in Grund-, Mittel-, hoeheren und Fachschulen;
5. Das Recht oeffentlicher und privater Pflege und Benutzung der deutschen Sprache, weitgehend auch im amtlichen Verkehr;
6. Das Recht auf deutschen Namen und auf Unterlassung jeder Magyarisierung;
7. Das Recht zu freiem kulturellen Verkehr mit dem grossdeutschen Mutterland.

Deutschland erkennt an, dass die Pflicht der Deutschen Ungarns zur Loyalitaet gegenueber Ungarn unberuehrt bleibt.

Diese Regelung des deutschen Volkstumsrechtes in Ungarn wird besonders gekennzeichnet durch das Nebeneinander einer klaren grundsaetzlichen Ausrichtung des Volkstumsrechtes und einer beispielhaften - nicht erschoepfenden - Aufzaehlung konkreter Folgen hieraus, durch die Anerkennung der Volksgruppe als solcher, also als Gemeinschaft mit

mit autonomem Konstituierungsrecht und - im Verein mit dem Bekenntnis des Volkstumsgliedes zum Deutschtum - autonome Bestimmung des Kreises der Volkstumzugehoerigen; dadurch, dass dieses Recht von vornherein nicht nur innerstaatlich ungarischen, sondern zwischenvoelkisch deutsch-ungarischen und ausserdem - jedenfalls seit dem Beitritt Ungarns zum Dreimaechtepakt - europarechtlichen Charakter traegt.

3. Bei der gleichen Gelegenheit wie mit Ungarn hat das Grossdeutsche Reich am 30.8.40 einen Volksgruppenvertrag geschlossen, in dem Rumaenien sich verpflichtet, "die Angehoerigen der deutschen Volksgruppe in Rumaenien den Angehoerigen rumaenischen Volkstums in jeder Weise gleichzustellen und die Stellung der deutschen Volksgruppe im Sinne der Karlsbader Beschluesse zur Erhaltung ihres Deutschtums weiter auszubauen".

Diese Karlsbader Beschluesse vom 1.12.18, die bei der Eingliederung Siebenbuergens von der Siebenbuerger Nationalversammlung gefasst worden sind, enthalten u.a. folgende volkstumsrechtliche oder doch das Volkstumsrecht beruehrende Leitsaetze:

"Die volle nationale Freiheit fuer alle mitbewohnenden Voelker. Jedes Volk wird den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner eigenen Sprache durch Individuen aus seiner eigenen Mitte haben, und jedes Volk wird das Recht der Vertretung in den gesetzgebenden Koerperschaften und in der Regierung im Verhaeltnis der Zahl der zu ihm gehoerenden Individuen haben".

Immer wieder hat das Deutschtum Siebenbuergens sich im Nachversailler Rumaenien auf die feierliche Zusicherung dieser Karlsbader Beschluesse berufen: wie bekannt ist, angesichts der sprunghaft launisch wechselnden Politik des damaligen Rumaenien mit sehr wechselndem Erfolg. Hoehepunkte wie die konkretere Ausgestaltung dieser Beschluesse durch die bekannte Ministerratsverfuegung vom Jahre 1938 blieben jedenfalls nur kurzlebige Ausnahmen.

Der begeisterte Eintritt der deutschen Volksgruppe in den Krieg gegen die UdSSR, die freiwillige Meldung der Amtswalter der deutschen Volksgruppe in das rumaenische Heer zeigt schon jetzt, was ein Staat an Kraft und innerer Geschlossenheit gewinnen kann, wenn er seiner deutschen Volksgruppe das ihr zukommende Volkstumsrecht gibt. Das Wesentliche ist freilich die bestaendige Durchfuehrung dieses Rechtes in der Verwaltung. Man wird sicher annehmen duerfen, dass entsprechend dem deutsch-rumaenischen Volksgruppenvertrag zu gegebener Zeit die gesetzgeberischen Einzelregelungen zu seiner Konkretisierung ergehen werden.

Richtig gesehen hat auch das Volkstum/recht der deu- deutschen Volksgruppe Rumaeniens - das uebrigens durch den Vertrag von Siebenbuergen und den rumaenischen Banatteil auf ganz Rumaenien ausgedehnt ist, zwar seine eigene innerstaatlich-verfassungsrechtliche Grundlage, daneben aber selbstaendig eine zwischenvoelkisch deutsch-rumaenische und, jedenfalls seit dem Beitritt Rumaeniens zum Dreimaechtepakt, auch eine europarechtliche.

Es zeichnet sich ferner wie das slowakische und das ungarische dadurch aus, dass es sich nicht im Minderheitenschutz erschoepft, sondern die Volksgruppe ~~als solche~~, als Blutgemeinschaft anerkennt und ihr Pflege der Beziehungen zum deutschen Gesamtvolk zusichert. Es ist Volkstumsrecht.

4. Ueber das Recht der deutschen Volksgruppe Kroatiens liegt mir authentisches Material zwar noch nicht vor. Doch haben wir aus Zeitungsberichten erfahren, dass die Volksgruppe konstituiert und anerkannt ist, und dass sie bei wichtigen Staatsakten wie etwa dem Empfang des deutschen Gesandten in Zagreb offiziell vertreten war. Man darf als sicher annehmen, dass man in nicht zu ferner Zeit auch ueber das Recht der deutschen Volksgruppe in Kroatien Naeheres - und zwar im Sinne eines echten Volkstum/rechtes-

~~Volkstumsrecht~~ - wird berichten koennen.

Wir sehen also, in dem Rahmen und in dem Masse, in dem die Neuordnung Europas fortschreitet, gestaltet sich auch das Recht der deutschen Volksgruppe.

Es weist einheitliche Grundzuege auf, aber es ist doch nicht in jedem Staate nur etwas Aehnliches wie eine Ausfuehrungsverordnung eines allgemeinen, abstrakten Voelkerrechtssatzes oder gar nur Postulats.

Wir Deutsche lieben ~~ex~~ ja auch in unserer innerdeutschen Rechtserneuerung konkrete Ordnungen, die wir in weitem Umfang bereits geschaffen haben. Wir ziehen sie meist inhaltsleeren, sehr verschwommenen Auslegungskniffen hilflos ausgesetzter Phraseologie vor.

Auch das neu sich bildende deutsche Volkstumsrecht in Europa gestaltet sich als eine Reihe konkreter Ordnungen. Dabei ist rechtlich besonders bedeutsam, dass die ueberall erkennbare enge Verflechtung der zwischenvoelkischen, der europarechtlichen und der innerstaatlichen Rechtgrundlegung zwingt, das <u>ganze</u> Volkstumsrecht einer Volksgruppe auch in seiner verwaltungsmaessigen Anwendung als eine Einheit anzusehen.

Es waere nunmehr ebenso falsch, einem voelkerrechtlichen Teil nur Postulat- und nicht bindenden Rechtscharakter zuzuschreiben oder ihm die innerstaatliche Bindung abzusprechen und seine Rechtswirkung auf ein voelkerrechtliches Verpflichtetsein zu beschraenken, wie es andererseits unrichtig waere, die innerstaatlich gegebenen Saetze des Volksgruppenrechts aus sich heraus und nicht aus ihrer zwischenvoelkischen und europarechtlichen Grundlage auszulegen.

Daneben ist von grundlegender Bedeutung fuer das Funktionieren des Volksgruppenrechts, dass es in Staaten zur Anwendung kommt, die der europaeischen Gemeinschaft angehoeren. Das macht den Konflikt zwischen voelkerrechtlicher Verpflichtung und staatlicher

Souveraenitaet unmoeglich, der so oft vorgeschoben wurde, um den einstigen Minderheitenschutz seiner Wirkung zu entkleiden.

Inhaltlich aber ist das Wesentlichste des neuen deutschen Volksgruppenrechtes ein dreifaches:

1. Die Anerkennung der Gruppe als einer autonomen Gemeinschaft;

2. Die Anerkennung ihres Rechts zu freier Lebensgestaltung, insbesondere zur deutschen, zur nationalsozialistischen Weltanschauung;

3. Die Anerkennung des Rechtes der Pflege freier Beziehungen zum deutschen Gesamtvolk.

Alles andere folgt hieraus. Insbesondere auch das, worin sich das einstige Minderheitenrecht erschoepfte.

Die Loyalitaet der deutschen Volksgruppe zu ihrem fremdvoelkischen Staat endlich erhaelt durch dessen Zugehoerigkeit zur europaeischen Gemeinschaft, die vom Grossdeutschen Reich im Verein mit Italien gefuehrt wird, eine neue, auf beiderseitiger Verpflichtung beruhende Grundlage.

Das alles sichert die Bestaendigkeit des Willens zur Durchfuehrung des deutschen Volksgruppenrechts in der Gemeinschaft Europas. Und dieser Wille ist, wie ich eingangs hervorhob, das Entscheidende!

Fuer uns Deutsche ist es unabdingbarer Bestandteil unseres gesamtdeutschen politischen Lebens, dass die deutschen Volksgruppen im europaeischen Raum - soweit sie der Fuehrer nicht ins Reich zurueckgefuehrt hat und damit die Frage hinfaellig geworden ist - sich frei entfalten, zum Deutschtum und Nationalsozialismus sich bekennen und die Beziehungen zum deutschen Gesamtvolk pflegen koennen. Das folgt als Selbstverstaendlichkeit gerade jetzt aus dem Befreiungskampf, den wir fuer ganz Europa gegen den englischen plutokratischen Unterdruecker und gegen den bolschewistischen Zersetzer fuehren.

Ein gesichertes, frei sich entfaltendes deutsches Volksgruppenleben ist aber auch zugleich ein festes

599

30.6.41.

Band, das neben anderem Europa zusammenhaelt.

30.6.1941

Direktor Dr. Coblitz schließt den Vortragsabend mit folgenden Worten:

Herr Staatssekretär! Das Institut für deutsche Ostarbeit ist Ihnen zu besonderem Danke verpflichtet, daß Sie anläßlich Ihres Besuches in Krakau Gelegenheit genommen haben, an dieser Stelle über das Volkstumsleben und Volkstumsrecht in den außerhalb der Reichsgrenzen liegenden Hoheitsgebieten zu sprechen. Wir begrüßen in Ihnen einen der ältesten und bekanntesten Vorkämpfer des nationalsozialistischen Rechtsdenkens und der nationalsozialistischen Rechtsreform, in Ihrer amtlichen Eigenschaft als Staatssekretär des Reichsjustizministeriums ebenso aber auch als Rechtspolitiker in der Akademie für Deutsches Recht. Sie haben, Parteigenosse Freisler, mit Ihren rechtsvergleichenden Darlegungen die Vielgestaltigkeit der Problematik uns vor Augen geführt, die auf dem Gebiet des Volksgruppenrechts im europäischen Raume aufgetreten ist. Wir erkennen die von Ihnen für ein nationalsozialistisches deutsches Volksgruppenrecht aufgestellten Postulate als Grundsätze einer modernen europäischen Volksgruppengesetzgebung in den einzelnen Ländern an, in denen deutsche Menschen unter fremder Herrschaft leben. Ihre Ausführungen werden ~~ebenso~~ für die rechtswissenschaftliche Arbeit des Instituts, ebenso aber auch für das amtliche Wirken der Männer, die hier im Osteinsatz im Generalgouvernement tätig sind, richtungweisende Zielsetzung sein. Ich darf Ihnen für Ihre Ausführungen den besonderen Dank Ihrer Hörer und des Instituts für deutsche Ostarbeit aussprechen.

601

30.6.1941

19:30 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg Krakau.

21:00 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.